

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

40. Sitzung

Hannover, den 15. September 2004

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Feststellung eines Sitzverlustes gemäß Artikel 11 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m. § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Antrag - Drs. 15/12284314

Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema "Qualitätsschule für Niedersachsen - Raus aus dem PISA-Tal" Unterrichtung - Drs. 15/1242.....4314
Bernhard Busemann, Kultusminister4314, 4320
Wolfgang Jüttner (SPD).....4323, 4334
Karl-Heinz Klare (CDU)4334
Ina Korter (GRÜNE).....4345
Hans-Werner Schwarz (FDP)4351, 4354

Tagesordnungspunkt 3:

Aktuelle Stunde4355

a) **Kahlschlag statt Konzept - Stratmann bei der Kulturförderung orientierungslos!** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/12844355
Christina Bührmann (SPD).....4355
Katrin Trost (CDU)4357
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE).....4358
Dr. Philipp Rösler (FDP)4359
Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur.....4360

b) **Wirtschaft und Verbraucher in Niedersachsen unter Hochspannung - Energiepreise nicht weiter verteuern** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/12864362
Hermann Dinkla (CDU)4362
Stefan Wenzel (GRÜNE)4364
Walter Meinhold (SPD)4364
Dr. Philipp Rösler (FDP)4366
Hans-Heinrich Sander, Umweltminister..... 4367

c) **Verwaltungsreform der Landesregierung zwischen Gefälligkeitgutachten und Ignoranz!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/12884368
Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE) 4368
Hans-Christian Biallas (CDU) 4370, 4371
Jörg Bode (FDP)4371
Dieter Möhrmann (SPD)4372
Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport4374

d) **Justiz als dritte Säule sichern - Für eine Justizreform ohne Tabus!** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/12914376
Carsten Lehmann (FDP).....4376
Ralf Briese (GRÜNE)4377
Dr. Uwe Biester (CDU)4378
Heike Bockmann (SPD)4380
Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin.... 4381

Tagesordnungspunkt 4:

16. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs 15/1250 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/1293 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/1295..... 4382
Beschluss..... 4382

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Umorganisation der Polizei und zur Änderung dienst- und personalrechtlicher Bestimmungen - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/960 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport und Berichtigung- Drs. 15/1245

und

Tagesordnungspunkt 6.

Erste Beratung:
Sachliche Zuständigkeit der Polizeibehörden muss gesetzlich geregelt werden - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/1259 4382
Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE),
 Berichterstatter 4382
Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE) 4383
Heiner Bartling (SPD)..... 4384, 4393
Johann-Heinrich Ahlers (CDU)..... 4387, 4389
Jörg Bode (FDP)..... 4389
Uwe Schönemann, Minister für Inneres und Sport..... 4390, 4393, 4394
Zu TOP 5: Beschluss 3394
 (Erste Beratung: 31. Sitzung am 28.04.2004)
Zu TOP 6: Ausschussüberweisung..... 3394

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/1051 und Berichtigung - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 15/1246

und

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:
Den Bologna-Prozess voranbringen und den Erfolg der Modelluniversität Lüneburg sichern! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/1033 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 15/1273 4395
Dr. Gabriele Andretta (SPD), Berichterstatterin 4395
Bernd Althusmann (CDU)..... 4397
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)..... 4399
Manfred Nahrstedt (SPD)..... 4400
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)..... 4402
Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur..... 4403
Beschluss 4405
 (Zu TOP 7 und 8: Erste Beratung: 34. Sitzung am 26.05.2004)

Tagesordnungspunkt 9:

Einzig (abschließende) Beratung:
Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitssuchende (Nds. AG SGB II) - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/1230 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Drs. 15/1274..... 4406
Gerda Krämer (SPD), Berichterstatterin 4406
Dr. Max Matthiesen (CDU) 4408, 4409
Ursula Helmhold (GRÜNE) 4410
Gesine Meißner (FDP)..... 4411
Sigmar Gabriel (SPD)..... 4412, 4414, 4416
Christian Wulff, Ministerpräsident 4414, 4416
Beschluss 4417
 (Direkt überwiesen am 25.08.2004)

Tagesordnungspunkt 10:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Gesetze - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/1200 4418
Ausschussüberweisung..... 4418

Tagesordnungspunkt 11:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Eisenbahnen und Seilbahnen (NESG) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/1235 4418
Ausschussüberweisung..... 4418

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalman (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)	Staatssekretärin Dr. Gabriele Wurzel, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	Staatssekretär Wolfgang Meyerding, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Dr. Ursula von der Leyen (CDU)	Staatssekretär Gerd Hoofe, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kultusminister Bernd Busemann (CDU)	Staatssekretär Hartmut Saager, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)	Staatssekretär Joachim Werren, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	Staatssekretär Gert Lindemann Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann (CDU)	
Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP)	Staatssekretär Dr. Christian Eberl, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 10.34 Uhr.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 40. Sitzung im 15. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode und bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir trauern um Heinrich Franke, der am 26. Juni 2004 im Alter von 76 Jahren verstarb. Herr Franke gehörte dem Niedersächsischen Landtag von 1955 bis 1965 als Mitglied der CDU-Fraktion an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Jugendfragen, im Sonderausschuss für Fragen des Beamtenrechts und im Ausschuss für Jugend und Sport. Für seine Verdienste wurden Herrn Franke das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Wir trauern um Hans-Jürgen Fuhrhop, der am 10. Juli 2004 im Alter von 88 Jahren verstarb. Herr Fuhrhop gehörte dem Niedersächsischen Landtag von 1970 bis 1982 als Mitglied der CDU-Fraktion an. Während dieser Zeit war er im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten tätig. Für seine Verdienste wurden Herrn Fuhrhop das Niedersächsische Verdienstkreuz 1. Klasse und das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir trauern heute aber nicht nur um die zwei verstorbenen Kollegen, sondern wir trauern vor allem auch um die ermordeten Kinder, Lehrerinnen und Lehrer sowie die vielen Menschen im russischen Beslan, die Opfer von verbrecherischen Terroristen geworden sind. Wie immer die Motive der Mörder beschaffen sein mögen: Welche bessere und gerechtere Welt wollen sie den Menschen bieten, wenn sie bereit sind, fliehenden Kindern in den Rücken zu schießen und zu töten? Wo Hass regiert, kann Menschlichkeit nicht gedeihen, und wo brutaler Kindermord zum Mittel der politischen Auseinandersetzung wird, bleiben Toleranz und Humanität zwangsläufig auf der Strecke. Unser Mitgefühl gilt den vielen Trauernden, den Müttern und Vätern der Toten ebenso wie den Freunden und Verwandten, die - wie wir - bis heute nicht fassen können, was hier geschehen ist und wozu

Menschen fähig sind. Ich bitte Sie, der Toten still zu gedenken. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor. Zu den Tagungsordnungspunkten 10 und 11 hat die Landesregierung inzwischen beantragt, die beiden Gesetzentwürfe sogleich an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Ich schlage vor, dass wir beide Punkte der Einfachheit halber auf der Tagungsordnung belassen und sie zu dem dafür vorgesehenen Zeitpunkt lediglich zum Zwecke der Ausschussüberweisung aufrufen. Gibt es dafür Einverständnis? - Das ist der Fall.

Für die Aktuelle Stunde liegen vier Beratungsgegenstände vor, und es liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die, wie Sie wissen, morgen früh um 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt; sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird.

Meine Damen und Herren, bevor ich feststelle, dass das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist, stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. - Ich stelle fest, dass das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 18.55 Uhr beendet sein.

Ich möchte Sie noch auf zwei Veranstaltungen hinweisen:

(Unruhe)

- Können wir die Unterhaltungen eine Sekunde einstellen?

In der Portikushalle ist die vom *Asphalt*-Magazin gestaltete Ausstellung „Auf Augenhöhe - 10 Jahre Straßenmagazin Asphalt“ zu sehen.

In der Wandelhalle wird die vom Steiermärkischen Landtag konzipierte Ausstellung „Das Land Steiermark. Tourismus und Kultur“ gezeigt. Sie wissen, dass wir in der vergangenen Woche eine Delegati-

on des Landtages der Steiermark im Hause begrüßen konnten.

Ich empfehle beide Ausstellungen Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr - wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Bernadette Schuster-Barkau:

Von der SPD-Fraktion hat sich für heute Herr Lestin entschuldigt.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1:

Feststellung eines Sitzverlustes gemäß Artikel 11 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m. § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Antrag - Drs. 15/1228

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher sogleich abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Die Abgeordnete Frau Harms ist damit aus dem Landtag ausgeschieden. Ich danke ihr im Namen des gesamten Niedersächsischen Landtages für die geleistete Arbeit und wünsche ihr in ihrer neuen Funktion alles Gute.

(Beifall im ganzen Hause)

Die neue Kollegin werde ich nachher noch begrüßen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema „Qualitätsschule für Niedersachsen - Raus aus dem PISA-Tal“ Unterrichtung - Drs. 15/1242

Meine Damen und Herren, zu dieser Regierungserklärung hat der Herr Kultusminister um das Wort gebeten. Er hat es hiermit. Bitte schön!

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Beginn des neuen Schuljahres 2004/2005 markiert einen Wendepunkt in der niedersächsischen Schul- und Bildungspolitik. Die endgültige Auflösung der Orientierungsstufe beendet einen quälenden und belastenden, über 30 Jahre dauernden Streit über diese Schulform. Bis zum Regierungswechsel fehlten Mut und Kraft für einen solchen konsequenten Schritt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Gegenteil: Ständig neue Strukturmodelle der SPD-Vorgängerregierung haben Schulen und Schulträger zutiefst verunsichert. Doch jetzt ist die Orientierungsstufe Geschichte, und - einmal ehrlich - niemand trauert ihr nach.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Bildungsqualität und zur Sicherung von Schulstandorten vom 25. Juni 2003 wurde die wohl umfassendste Schul- und Bildungsreform in der Geschichte des Landes Niedersachsen eingeleitet und ein Jahr früher als geplant in nur 14 Monaten umgesetzt. Welche Herkulesaufgabe wirklich zu bewältigen war, zeigen folgende knappe Zahlenangaben: 553 Orientierungsstufen waren flächendeckend aufzulösen. Insgesamt 251 440 Schülerinnen und Schüler wechselten nun direkt in die fünften, sechsten und siebenten Jahrgänge der weiterführenden Schulen. 13 332 Lehrkräfte aus den Orientierungsstufen mussten an anderen Schulformen eingesetzt werden. Dies alles ist weitestgehend reibungslos zum Schuljahresbeginn gelungen.

Vielleicht hatten Sie, meine Damen und Herren, Gelegenheit, an einer der vielen Einschulungsfeiern an unseren Schulen teilzunehmen. Sie werden feststellen und bestätigen: Es geht ein Ruck durch unsere Schulen. Es herrscht dort Aufbruchsstimmung! Der Neuanfang wird auch als Chance begriffen. Viele alt gediente Lehrkräfte haben sich aus

vollem Herzen gefreut, endlich wieder die fünften und sechsten Jahrgänge an ihren Schulen begrüßen und kontinuierlich begleiten zu dürfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In einem beispielhaften Kraftakt sind auch die aus dem Gesetz folgenden Verordnungen, Erlasse und verwaltungstechnischen Maßnahmen termingerecht fertig geworden. Für diesen engagierten Einsatz danke ich nachdrücklich allen Beteiligten: unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kultusministerium, die gearbeitet haben wie noch nie und alle an einem Strang ziehen, unserer gesamten Schulverwaltung im Lande Niedersachsen, die ihre ganze Arbeitskraft in das Gelingen des Vorhabens gesteckt hat. Meine Damen und Herren, wir haben wirklich tolle Leute in unserer Schulverwaltung,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

gerade wenn man bedenkt, dass nur 1 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Belange von 81 000 Lehrkräften und 1,25 Millionen Schülerinnen und Schülern betreuen. Ich danke ausdrücklich auch unseren Personalratsvertretern für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mein Dank gilt aber auch den kommunalen Schulträgern, die die Herausforderung Strukturreform als Chance begriffen und konstruktiv mitgearbeitet haben. Bezeichnenderweise hat kein einziger Schulträger in Niedersachsen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Orientierungsstufe ein weiteres Jahr beizubehalten. Die Aufgabe war zu bewältigen. Beispielhaft hat dies die Landeshauptstadt Hannover gezeigt, die die größte Herausforderung frühzeitig angenommen und konsequent umgesetzt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ganz besonders danken will ich aber unseren Lehrerinnen und Lehrern, die angesichts dieser Vielzahl von Neuerungen zur Vorbereitung des Schuljahresbeginns vielfältige Belastungen auf sich genommen haben, um einen reibungslosen Start für unsere Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Sie haben damit einmal mehr durch ihr aktives und engagiertes Handeln populistische Vorurteile gegen den Lehrerberuf Lügen gestraft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Immerhin ist es noch gar nicht so lange her, dass ein niedersächsischer Ministerpräsident Lehrkräfte öffentlich als „faule Säcke“ diffamiert und beleidigt hat. Diese Zeiten sind - meine ich - Gott sei Dank vorbei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Jetzt ist er Bundeskanzler! Das ist noch schlimmer! - Gegenruf von der SPD)

Dazu nur ein paar nüchterne Zahlen: Von den betroffenen 13 332 Lehrkräften haben nur gut 50 Widerspruch gegen ihre Versetzung eingelegt. Der Personalrat hat im Rahmen des Nichteinigungsverfahrens ganze zwei Fälle im Lande angemeldet; das sind 0,02 % aller Betroffenen. So bestätigt auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - bekanntermaßen in kritischer Distanz zur schwarz-gelben Landesregierung -: „Kein Chaos an den Schulen“. So heißt es am 4. September in der *Braunschweiger Zeitung*.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das war schon ein tolles Kompliment!)

Dies zeigt einmal mehr, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer motiviert, leistungswillig und flexibel sind. Ich bin rundum stolz auf unsere Lehrkräfte und auf das, was wir gemeinsam geleistet haben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich danke gerade auch der Lehrerschaft für die Unterstützung und das Verständnis, auch für manche Zumutung, die mit den letzten Wochen und Monaten verbunden war.

Für die Opposition hier in diesem hohen Hause, die leider nicht immer durch konstruktive Vorschläge glänzt,

(Zuruf von der SPD: Aber meistens!)

ging der Schuss insofern vollends nach hinten los. Ich zitiere Herrn Jüttner in seiner Rede anlässlich der Verabschiedung des Schulgesetzes am 25. Juni 2003. Herr Jüttner sagte in meine Richtung:

„Sie werden den Wind zu spüren bekommen, wenn es darum geht, 10 000 personelle Einzelmaßnahmen vorzunehmen, wenn es bei den Schulträgern knirscht und wenn dann im nächsten Jahr die Umorganisation im Einzelnen stattfinden wird ... Sie

haben die ersten entscheidenden Fehler gemacht“,

meinte Herr Jüttner seinerzeit.

(Reinhold Coenen [CDU]: Meinte er!)

So kann man sich täuschen, meine Damen und Herren. Hier gilt einmal mehr die alte Volksweisheit: „Wer heute den Kopf in den Sand steckt, der knirscht morgen mit den Zähnen.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Angesichts der permanenten Chaostage in Berlin wird der Begriff „Reform“ für Bürger und Politiker fast schon zum Unwort. Da ist es wohltuend, wenn die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 19. August kommentiert:

„So kann der Umbau des Schulwesens in Niedersachsen als Beleg dafür gewertet werden, dass Reformen in Deutschland noch möglich sind. Es gibt noch Politik jenseits des Hartz-IV-Theaters. Und das Erfolgsrezept ist einfach: Die schwarz-gelbe Landesregierung hat nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, was sie vorhat, und sie hat dies Schritt für Schritt umgesetzt.“

So ist es, meine Damen und Herren, und über das Ergebnis wollen wir heute miteinander reden.

Unsere Schul- und Bildungsreform lässt sich natürlich nicht auf die Abschaffung der Orientierungsstufe reduzieren. Die Rahmenbedingungen für ein modernisiertes und zukunftsfähiges gegliedertes Schulwesen sind gesetzt worden - begabungsgerecht, durchlässig und wohnortnah. Die Schulträger haben die durch die Schulstrukturreform gebotenen Chancen genutzt, ihr Schulangebot neu zu strukturieren, durch zusätzliche Angebote zu erweitern und qualitativ zu verbessern.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und bereits mittelfristig zurückgehende Schülerzahlen haben sie verantwortungsvoll darauf geachtet, ihr schulisches Angebot zukunftsfähig zu gestalten. Auch dazu einige Fakten: Landesweit gibt es jetzt 26 neue Schulen: vier Hauptschulen, elf Realschulen und elf Gymnasien. Drei neue gymnasiale Oberstufen, 30 neue Schulzweige und 226 Außenstellen wurden eingerichtet, davon 121 an Gymna-

sien. Durch 40 Außenstellen sind in der Fläche an neuen Schulstandorten zusätzliche Schulangebote entstanden, die auch zu selbständigen Schulen ausgebaut werden können. Zum Schuljahresbeginn 2005 werden weitere Gymnasien hinzukommen. Schon Martin Luther hat es vor 500 Jahren auf den Punkt gebracht - ich zitiere ihn -: „Wenn die Schulen zunehmen, dann steht es wohl im Lande.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir können mit Fug und Recht sagen: Der eigentliche Gewinner der Reform sind die Schülerinnen und Schüler des ländlichen Raums im Flächenland Niedersachsen: Vechelde, Twistringern, Rhaderfehn und andere mit neuen Gymnasien, Hollenstedt, Jemgum, Wendeburg und andere mit Realschulzweigen, Ottersberg, Werlte, Visselhövede und andere mit gymnasialen Außenstellen. Das sind beispielhaft nur einige Orte, die für ein erweitertes und verbessertes Bildungsangebot stehen. Und aller Streit um neue Schulstandorte in Niedersachsen ist mit dieser Schulstrukturreform wohl endgültig begraben worden. Wir haben echte gymnasiale Angebote geschaffen und keine Moggelpackungen etwa im Rahmen von Kooperativen Gesamtschulen.

(Beifall bei der CDU)

Die Ausweitung von Bildungsangeboten führt natürlich zu einem veränderten Elternwahlverhalten. Im Landesdurchschnitt haben sich 21,2 % der Eltern für die Hauptschule, 38,3 % für die Realschule und 38,7 % für das Gymnasium als weiterführende Schule für ihr Kind entschieden. Dies entspricht insgesamt den Erwartungen und den Zielsetzungen. Wir können - bei allen Problemen - sagen: Die Hauptschule bleibt stabil, der Anteil der Gymnasialschülerinnen und -schüler wächst angemessen, und Niedersachsen bleibt Realschulland. Sie wissen, dass ich nicht für einen Abiturquotenfetischismus stehe und dezidiert nicht der Meinung bin, dass der Mensch beim Abitur anfängt. Ich bin aber stolz darauf, dass wir jetzt Bildungschancen insbesondere auch im ländlichen Raum konsequent ausschöpfen und damit für mehr Chancengerechtigkeit sorgen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch wenn es den Sozialdemokraten und den Grünen vielleicht nicht so ganz in die Richtung passt: Unterm Strich werden wir - auch mit einer gewissen Rückläuferquote z. B. nach Jahrgang 6

unserer Schulen - eine deutlich höhere Bildungsbeteiligung als die Vorgängerregierung aufweisen. Ohne die berufsbildenden Schulen, die Sie rein rechnerisch auch immer ein bisschen aus der Abiturquote weghalten wollen, lagen wir bei der SPD-Vorgängerregierung bei einer im Bundesvergleich sehr niedrigen Abiturientenquote von nur 21 %. Ich finde, das war ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Schulträger in unserem Lande haben die Reform zum Großreinemachen genutzt. Unser eigens eingerichtetes „Mobiles Beratungsteam Neue Schulstruktur“ hat flächendeckend Beratungsarbeit geleistet. Die Liste der Schulstandorte zeigt dies eindrucksvoll einmal mehr.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ist ebenso gleich geblieben wie die Zahl der vorhandenen Schulräume. Viele Schulträger haben durch die Schulstrukturreform sogar gespart. Der Landkreis Goslar, Herr Gabriel - wir hatten das schon einmal ausgetauscht -, weist dankenswerterweise eine Einsparung von 353 000 Euro nach. Viele haben aber auch investiert und deswegen in die kommunale Kasse gegriffen. Das Bundesbauprogramm für Ganztagschulen hat mit einer Förderung von rund 100 Millionen Euro pro Jahr allein in diesem Jahr durchaus einen Investitionsschub ausgelöst. Auch das gehört zur Gesamtbetrachtung. Die Baumaßnahmen können aber nicht alle auf das Konto Schulstrukturreform gebucht werden. Mögliche Mehrbelastungen sind im Wesentlichen von den Kommunen selbst veranlasst und somit auch von ihnen selbst zu verantworten. Wenn Sanierungsbedarf über Jahre hinaus geschoben wird, wenn trotz Beratung vorhandener Schulraum nicht genutzt und auf Neubau gesetzt wird, wenn Kommunen wie in Twistringen, in Harsefeld oder anderswo neue Gymnasien bauen, dann kann dafür nicht die Landesregierung in geldliche Verantwortung genommen werden.

Auch hier hilft einmal mehr der Vergleich mit der SPD-Vorgängerregierung. Kein Schulträger in Niedersachsen hatte die Förderstufe - das war noch Ihr Gesetz - umgesetzt, obwohl sie doch seit August 2002 gesetzlich verankert war. Alle wussten: Die Förderstufe mit ihrer Prämisse der Vierzügigkeit zielte eindeutig auf eine Verringerung der Zahl der Schulstandorte ab. Sie war eine Kampfansage an ein gegliedertes und wohnortnahes Schulwesen insbesondere im ländlichen

Raum. Die Förderstufe hätte einen Schulkonzentrationsprozess ungeahnten Ausmaßes ausgelöst: ungenutzte Schulgebäude, explodierende Schülerbeförderungskosten und anderes mehr. Wenn die Förderstufe hätte realisiert werden müssen, meine Damen und Herren, wären die Kommunen an den Kostenfolgen erstickt. So entsteht auch hier mit dem neuen Schulgesetz nicht nur ein bildungspolitischer, sondern auch ein wirtschaftlicher Gewinn.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schulen und Schulverwaltung haben die Vorgaben des Landtages zügig und konsequent umgesetzt. Jetzt ist Zeit für Ruhe an unseren Schulen, damit unsere Lehrkräfte mit den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern unter verlässlichen Rahmenbedingungen konsequent und langfristig arbeiten können. Die unselige Schulstrukturdebatte ist ein für alle Mal beigelegt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Dieter Möhrmann [SPD] lacht)

- Herr Möhrmann, ich weiß gar nicht, was es da zu lachen gibt. Eigentlich wollte ich gerade auch in Ihre Richtung noch etwas ansprechen. - Wir wollen keine ideologischen Grundsatzdiskussionen mehr. Das gilt auch gerade für unsere Gesamtschulen. Auch wenn bereits die erste ihre Pforten zum Schuljahresbeginn geschlossen hat, weil die Schülerinnen und Schüler ausgeblieben sind - die Gesamtschulen in Niedersachsen bekommen bei gleichen Rahmenbedingungen eine faire Chance im Wettbewerb der Schulen. Ich habe von vielen Gesamtschulen ermutigende Signale erhalten, dass sie sich dieser Herausforderung stellen und am Reformprozess mitarbeiten werden. Die anstehenden Abschlussprüfungen und Vergleichsarbeiten werden zeigen, wo unsere Schulen wirklich stehen und wo Handlungsbedarf besteht. Die Ergebnisse werden wir dann gemeinsam bewerten, und wir werden notwendige Konsequenzen ziehen, und zwar in die eine wie in die andere Richtung.

Herr Gabriel, Herr Jüttner, wir haben ja nun über die Jahre hinweg so manchen Strauß miteinander ausgefochten. Dabei gibt es immer Meinungsverschiedenheiten und manchmal auch Rituale. Ich erinnere mich an die eine oder andere Rede von Ihnen, Herr Gabriel, in der Sie fragten: Muss es denn immer so sein: „Die Regierung hat immer Recht, und die Opposition hat immer Unrecht.“? Müssen wir uns denn immer in solchen Ritualen

bewegen, um zu denken, wir hätten unsere Pflicht getan? - Ich will Sie gerade einmal rund um die Schulstrukturreform ansprechen. Sie können inhaltlich anderer Auffassung sein. Sie können mehr für Gesamtschulen, für anderes oder für was auch immer sein. Aber kann man, damit unsere Schulen in Ruhe arbeiten können, nicht einfach einmal sagen: „Diese Schulstrukturreform stellen wir nicht infrage.“? Das Inhaltliche mögen Sie ja immer gestalten, wie Sie wollen, aber die grundsätzlichen Faktoren der Schulstruktur sollte und muss man nicht unbedingt infrage stellen.

Ich darf Herrn Jüttner aus einem Beitrag der *Ostfriesischen Nachrichten* vom 19. April zitieren, in dem er selber zur Einsicht gekommen ist: „Mit einer Schulstrukturreform-Debatte wird man nichts gewinnen.“ So ist es dann auch wohl. Aber dann haken Sie das doch ab, und lassen Sie uns gemeinsam in die Zukunft gucken.

Meine Damen und Herren, wir wollen in Niedersachsen endlich raus aus dem PISA-Tal, in das uns die Vorgängerregierung geführt hat. Doch der PISA-Papst Jürgen Baumert, der ja sehr oft und viel zitiert wird - ich komme nachher noch einmal darauf zu sprechen -, hat deutlich gemacht: „Bis sich Veränderungen im Schulsystem durchsetzen und Wirkung zeigen, dauert es zehn bis 15 Jahre.“ So stand es in der *WELT* vom 4. September. Wir sind in Niedersachsen auf dem Weg zur Qualitätsschule; das Fundament ist gelegt. Deshalb wollen wir uns jetzt mit allen Kräften der Arbeit an unseren Schulen und der inneren Schulreform widmen. Ich will hier nur einige wichtige Maßnahmen nennen, die wir zum Schuljahresbeginn vor dem Hintergrund des Schulgesetzes und der Koalitionsvereinbarung gemeinsam umgesetzt haben:

Zentrale Abschlussprüfungen und regelmäßige Vergleichstests überprüfen und sichern schulische Qualität und sorgen für Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit in der Bewertung.

Für den Fachunterricht in den fünften und sechsten Schuljahrgängen wurden Curriculare Vorgaben entwickelt, die den Diskussionsstand der gemeinsamen Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz bereits aufgreifen.

Wir erfüllen endlich den Bildungsauftrag an unseren 4 323 Kindertagesstätten mit Leben, indem wir uns gemeinsam mit allen Trägern auf einen „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Ele-

mentarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen für Kinder“ geeinigt haben.

Wir investieren für die gesetzlich vorgeschriebene Sprachförderung vor der Einschulung mehr als 280 Lehrerstellen. Mit den - freiwilligen - Fördermitteln des Landes für die Kindertagesstätten, die noch hinzukommen, stellen wir fast 19 Millionen Euro allein für die Sprachförderung vor der Einschulung zur Verfügung. 10 % unserer Schulanfänger haben von den Lehrkräften der Grundschulen im ersten Halbjahr dieses Jahres Sprachfördermaßnahmen erfahren. Über die Ergebnisse werden wir vielleicht schon in einigen Wochen und Monaten berichten können.

Für alle allgemein bildenden Schulen sind neue, anspruchsvolle Grundsaterlasse vorgelegt worden. Die Pflichtstundentafeln in Grundschule, Hauptschule und Realschule wurden erhöht. Hauptschule, Realschule und Gesamtschule erhalten jeweils 179 Jahreswochenstunden in den Jahrgängen 5 bis 10. Die Kernfächer und Basiskompetenzen werden nachdrücklich gestärkt.

Die Hauptschule wurde von der Vorgängerregierung als „Rumpfschule“, „Restschule“ oder wie auch immer abgeschrieben. Wir stärken sie:

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

mit neuem Profil, durch eine konsequente Ausrichtung auf die berufliche Bildung mit 60 bis 80 besonderen Unterrichtstagen, mehr Deutsch und Mathematik, Schulsozialarbeiterstellen, Bevorzugung bei Ganztagsangeboten und Senkung der Klassenobergrenze. Die Aufzählung zeigt, was über Jahre versäumt wurde, meine Damen und Herren. Schließlich erweitern wir unser Netz von Kooperationsverbänden zur Hochbegabtenförderung, um im Flächenland Niedersachsen ein maßgeschneidertes wohnortnahes Angebot zu ermöglichen. Zum Schuljahresbeginn sind bereits 38 Kooperationsstandorte mit 204 Schulen vorhanden.

319 Schulen werden im neuen Schuljahr, also jetzt, als Ganztagschulen arbeiten. Seit dem Regierungswechsel ist trotz der schwierigen finanziellen Lage des Landes die Zahl der Ganztagschulen mehr als verdoppelt worden. 100 neue Ganztagschulen wurden zum 1. August genehmigt. 49 davon richten ihre Nachmittagsangebote mit eigenen Mitteln und in Kooperation mit außerschulischen Partnern ein. Damit zeigen Schulen und Schulträger eine erfreuliche Bereitschaft zu

Eigenverantwortung und Eigenleistung, die uns auch in vielen anderen Bereichen ganz gut tun könnte.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben mit dem Abitur nach zwölf Schuljahren eine weitere überfällige Entscheidung getroffen, die zum Standard in allen Bundesländern werden wird. Schon der jetzige sechste Schuljahrgang an den Gymnasien, der noch ein Jahr Orientierungsstufe bewältigt hat, wird dieses Abitur nach zwölf Schuljahren ablegen können, sodass die ersten Abiturientinnen und Abiturienten nach dem neuen Modell im Jahre 2011 ihr Abitur machen. So werden wertvolle Lebens- und Lernzeit gewonnen, aber auch ein Jahr im Berufsleben und damit mehr Beitragssicherheit und Beitragsgerechtigkeit in unserem sozialen Sicherungssystem.

(Beifall bei der CDU)

Mit der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln haben wir aus der Finanznot eine Tugend gemacht. Die letzte Auswertung liegt noch nicht vor, aber weit über 80 % der Eltern haben das Angebot angenommen. Durch die jüngste Gerichtsentscheidung - das hat sich herumgesprochen - stehen den Schulen weitere Finanzmittel zur Verfügung. Auch wenn es an einzelnen Schulen noch etwas knirscht - diese Neuerung wird sich schon zum nächsten Schuljahresbeginn eingespielt haben, meine Damen und Herren, und mit Erfolg. Ich werde Ihnen davon berichten.

John F. Kennedy hat einmal ausgeführt: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ Deshalb freue ich mich, dass der Landtag unbeschadet aller dramatischen Finanznöte des Landes den Schulen 2 500 zusätzliche Planstellen mehr als vor dem Regierungswechsel zur Verfügung gestellt hat. Die neue Regierung hat Wort gehalten und das Signal „Vorfahrt für Unterricht“ unverkennbar gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorgängerregierung hat dagegen eine desolate Unterrichtsversorgung hinterlassen - und ungedeckte finanzielle Wechsel. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: 700 „November-Lehrkräfte“ aus 2002 lassen grüßen.

Alle frei werdenden Lehrerstellen können zum Schuljahresbeginn wieder besetzt werden. Nach dem derzeitigen Planungsstand wird die durch-

schnittliche rechnerische Unterrichtsversorgung aller allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen inklusive einer Reserve von 200 Stellen - das wird zum 1. November realisiert sein - 99,6 % erreichen. An den allgemein bildenden Schulen können 1 580 neue Lehrkräfte eingestellt werden - das ist meist schon geschehen -, an den berufsbildenden Schulen 580.

Nun muss man auch sagen: Nicht alles kann auf Anhieb perfekt gelingen. Wir haben Fachlehrermangel an Gymnasien für die Fächer Latein, Spanisch, Musik und Physik. Uns fehlen Lehrkräfte für unsere Förderschulen, wo wir - das haben wir damals auch gesagt - erst 2007 das von der Vorgängerregierung hinterlassene Defizit werden ausgleichen können. Ohne die Förderschulen läge die Unterrichtsversorgung bereits bei exakt 100 %. An den berufsbildenden Schulen macht mir die Entwicklung Sorge, wenn weiter steigende Schülerzahlen mit dem Drang in berufliche Vollzeitschulen korrespondieren. Wir werden auch im nächsten Schuljahr durch flexible Einstellungsverfahren einen Einsparbeitrag zum Landeshaushalt erbringen. Ich bin aber sicher, dass wir auch zum nächsten Schuljahresbeginn eine ähnlich gute Unterrichtsversorgung erreichen und damit unsere gemeinsame Zielsetzung umsetzen und dauerhaft verankern können.

Wir haben - auch das gehört zur Wahrheit - Einschnitte an anderer Stelle vornehmen müssen, um bei weiter steigenden Schülerzahlen und Qualitätsanforderungen die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau zu sichern. Dazu gehören die Streichung von Anrechnungsstunden für Lehrkräfte, die u. a. den Stundentafelerhöhungen für Schüler zugute gekommen sind. Da wir konsequent auf frühkindliche Förderung setzen, haben wir die Klassenobergrenzen an der Mehrzahl unserer Schulen - das sind unsere Grundschulen - nicht erhöht und bilden damit deutlich kleinere Klassen als etwa süddeutsche Bundesländer. Wer hier erhöht, gefährdet Schulstandorte und unseren Grundkonsens „kurze Wege für kurze Beine“. Zur Stärkung der Hauptschule haben wir z. B. die Klassenobergrenze von 28 auf 26 Schülerinnen und Schüler senken können. An den Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen ist die Klassenobergrenze auf 32 bzw. 30 Schülerinnen und Schüler erhöht worden. Auch hier gehen wir nicht so weit wie die süddeutschen PISA-Siegerländer mit 33 und mehr. Insgesamt wird sich - das ist oft nicht bekannt - die Klassengröße in den ohnehin nur betroffenen fünften, sechsten und siebenten Jahrgängen im

Durchschnitt um nicht einmal einen halben Schüler pro Klasse erhöhen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Da ist so mancher Irrtum unterwegs oder wird von bestimmter Seite kolportiert. - Wir werden dort im Mittel deutlich unter 25 Schülerinnen und Schüler pro Klasse bleiben. Es zählt ja mittlerweile zur pädagogischen Binsenweisheit, dass der Lernerfolg nicht von der Klassengröße abhängt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ach, auf einmal!)

Ich zitiere die PISA-Studie - Seite 423, Herr Gabriel - - -

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das habe ich von Ihnen anders gehört!)

- Wenn die Klasse nicht homogen ist, wenn sie kompliziert ist - Hauptschule, Förderschule -, dann muss in kleinen Gruppen gearbeitet werden. Sie wollen das nicht hören. Schauen Sie sich wenigstens den jüngsten Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz an, oder schauen Sie sich z. B. den Mathetest - erst vor kurzem ausgewertet - in den dritten Jahrgängen an. Ich rätele noch daran, woran das denn liegt. Erstaunlicherweise war in Klassen mit einer hohen Schülerzahl das Ergebnis besser als in denen mit einer niedrigen Schülerzahl. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, dem einmal nachzugehen. Das Thema Klassengröße sollten wir also einmal mit ruhigem Blut beobachten.

Wir haben 2 500 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Opposition hat das seinerzeit abgelehnt. Wir haben im Gegenwert von 2 700 Stellen umgeschichtet. Die Opposition hat das abgelehnt. In der Differenz sind das 5 200 Stellen, die wir für Unterricht verwenden, die Sie nicht haben wollten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

- Herr Plaue, so lächerlich, wie Sie sich jetzt verhalten, war auch Ihre Schulpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie Ihr Zahlenwerk umsetzen würden, gäbe es heute hier eine Unterrichtsversorgung von gerade einmal 90 %. Sie würden sagen: 90 % guter Unterricht sind besser als 100 % schlechter Unterricht. - Wir aber wollen beides. Wir wollen etwa

100 % Unterrichtsversorgung und 100 % guten Unterricht. Das ist das Ziel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, ich bitte, die Unterhaltungen einzustellen. - Bitte schön, Herr Minister!

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Goethe hat einmal gesagt: „Wer nicht vorwärts geht, geht zurück; wer nicht täglich klüger wird, wird täglich dümmer.“ Recht hat er! Die Landesregierung wird sich nicht auf ihrer Erfolgsbilanz ausruhen, sondern weitere Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung schulischer Qualität in unserem Bundesland durchsetzen. Damit haben wir begonnen: Wir sind auf dem Weg zur eigenverantwortlichen Schule, die in weitaus stärkerem Maße als bisher selbst für die Qualität ihrer Arbeit verantwortlich ist. Erweiterte Personalverantwortung, Budgetierung, eigene Qualitätssicherung, Rechenschaftspflicht, mehr Freiheit in der inhaltlichen Organisation des Unterrichts, Öffnung gegenüber dem gesellschaftlichen Umfeld und Einbindung in regionale Netzwerke sind Kennzeichen einer solchen eigenverantwortlichen Schule. Wir können dabei an die guten Erfahrungen aus dem Schulversuch ProReKo im berufsbildenden Bereich anknüpfen. Der war auch Ergebnis eines gemeinsamen Landtagsbeschlusses.

Eines will ich hier und jetzt deutlich machen: Eigenverantwortliche Schule heißt nicht, dass jede Schule machen kann, was sie will! Schule ist und bleibt den staatlichen Zielvorgaben verpflichtet, wie sie im Schulgesetz, in den einschlägigen Verordnungen und den Grundsatzergänzen verankert sind. Ich bekenne mich nachdrücklich zur staatlichen Verantwortung für unser Bildungswesen, weil ich gerechte Bildungschancen für alle Kinder in unserem Land durchsetzen und ein mögliches Gefälle zwischen finanzstarken und finanzschwachen kommunalen Schulträgern und Schulen verhindern will und muss. Eigenverantwortliche Schulen bleiben mehr denn je auf die Erreichung staatlich gesetzter Ziele verpflichtet. Dazu werden sie zukünftig wirksame Instrumente zur Überprüfung haben, die sowohl der einzelnen Schule als auch der Schulverwaltung klare Hinweise für notwendige Kurskorrekturen liefern werden. Dazu gehört auch die Einführung eines neuen Systems

der Schulinspektion. Es geht dabei nicht um ein billiges Kopieren ausländischer Modelle, sondern im Sinne des Benchmarkings um das Lernen von anderen. Schulinspektion, verkürzt auch „Schul-TÜV“ genannt, steht für Qualitätssicherung und Systemberatung in staatlicher Verantwortung. Schulinspektion überprüft schulische Qualität im pädagogischen, didaktischen und methodischen Handeln. Schulinspektion steht für die Erstellung und Einhaltung von Qualitätsmaßstäben nach konkreten Kriterienkatalogen. In unserem Land besteht - das habe ich in den letzten Wochen und Monaten immer wieder festgestellt - ein großes Bedürfnis nach Transparenz, was schulische Leistungen anbetrifft. Eltern, Schulträger und auch die Schulen selbst wollen wissen, wo sie stehen und wo Verbesserungen erforderlich sind. Eine Schule, die im Wettbewerb steht, muss auch bereit sein, sich zu öffnen, und muss im verantwortbaren Umfang transparent sein. Schulinspektion ist deshalb ein entscheidender Beitrag zur Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht sowie zur gezielten Förderung und Forderung aller Schülerinnen und Schüler. Wir haben bereits festgelegt, dass die Zentrale der Schulinspektion in Bad Iburg ihren Sitz nehmen wird. Der Beginn ihrer Arbeit ist für Anfang 2005 geplant; der Aufbau soll bis 2007/2008 abgeschlossen sein.

Weitere wichtige Kennzeichen schulischer Qualitätsentwicklung sind die schon kurz angesprochenen Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz. Im Gegensatz zu den bisherigen Rahmenrichtlinien werden die künftigen Kerncurricula zukünftig nicht vorrangig angeben, welche Inhalte von den Lehrkräften wann zu behandeln sind, sondern zu welchem Zeitpunkt welche Kompetenzen von den Schülerinnen und Schülern überprüfbar erworben sein müssen. Wir schreiben ihnen nicht mehr alles vor, sondern wir setzen das Ziel, und die Schule soll das Ziel eigenverantwortlich erreichen. Ich halte das fast schon für einen revolutionären Vorgang in unserem Bildungswesen, und ich sehe dort auch eine große Bereitschaft, das mitzutragen.

Die Länder haben zur Unterstützung ein gemeinsames „Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen“ gegründet - ein wichtiges und unverzichtbares Stück schulpolitischer Gemeinsamkeit über alle Partei- und Ländergrenzen hinweg.

(Zustimmung bei der CDU)

Erste Schulen sollen bereits im kommenden Jahr eigenverantwortlich arbeiten. Deshalb hat das Land Niedersachsen eine Kooperationsvereinbarung mit der Bertelsmann-Stiftung getroffen mit dem Ziel der Unterstützung dieser Pionierschulen z. B. beim Einsatz von Verfahren zur Qualitätssicherung und bei der erforderlichen Qualifizierung von Schulleitungen und Lehrkräften.

Eigenverantwortliche Schule und Schulinspektion stehen im großen Kontext der notwendigen Schulverwaltungsreform in unserem Lande.

Zum Jahresende werden - auch hier sind Wahlversprechen gehalten worden - die Bezirksregierungen aufgelöst. 300 Stellen sind im Kultusbereich einzusparen. Wir arbeiten mit Hochdruck am Konzept einer neuen Schulaufsicht, welche staatliche Bildungsverantwortung sichert und schulische Qualität fördert.

Wir haben von Anfang an alle beteiligten Gruppen intensiv in die Entwicklung entsprechender Konzepte eingebunden. Die Arbeit ist in entsprechenden Arbeitsgruppen zur Schulinspektion, zur eigenverantwortlichen Schule und zur Schulverwaltungsreform bereits in vollem Gange. Sie alle sind herzlich eingeladen - die Regierungsfractionen wie die Oppositionsfractionen -, unseren Entwicklungsprozess konstruktiv zu begleiten und sich nicht in die Neinsagerrolle zu flüchten. Wir wollen die besten Lösungen für unsere Schulen finden und werden deshalb sehr genau hinhören, wenn jemand gute Ideen hat. Aus dem Kultusausschuss habe ich das positive Signal vernommen, dass sich gerade auch vor dem Hintergrund eines Entschließungsantrages der SPD-Fraktion ein gemeinsamer Weg abzeichnet, der dauerhaft Bestand haben könnte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir setzen konsequent auf die frühzeitige Förderung aller Kinder. Wenn die PISA-Studie und meinerwegen jetzt auch die OECD-Studie Recht haben - darauf werde ich noch eingehen -, dann ist es der Vorhalt gegenüber dem deutschen Bildungswesen, dass wir nicht genug fördern. Da haben wir noch aufzuholen und müssen wir etwas tun.

Niemand von unseren Schülerinnen und Schülern soll verloren gehen - das ist die Kernforderung unserer Schul- und Bildungspolitik. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten und Fer-

tigkeiten die bestmögliche Förderung erhalten. Martin Buber hat einmal gesagt: „In jedermann ist etwas Kostbares, welches in keinem anderen ist.“ Das mag für uns alle gelten. Deshalb ist es unsere Pflicht und Verantwortung, die besonderen erzieherischen und pädagogischen Bedürfnisse eines jeden Kindes und Jugendlichen in den Blick zu nehmen und entsprechend zu handeln.

Wir wollen deshalb für jede Schülerin und jeden Schüler einen individuellen Förderplan entwickeln. Die Vorarbeiten laufen bereits, und zum Schulhalbjahr werden den Schulen die entsprechenden Unterlagen und Hilfestellungen vorliegen. Bereits im genannten „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung“ für unsere Kindertagesstätten ist die Beobachtung und die Dokumentation jedes einzelnen Kindes festgehalten. Die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätte und Grundschule haben wir jetzt schulgesetzlich verankert. Von der 1. bis zur 9. bzw. 10. Klasse wird künftig die individuelle Lernentwicklung in einem individuellen Förderplan dokumentiert und fortgeschrieben. Angestrebte Förderziele, notwendige Maßnahmen sowie die Einschätzung des Erfolgs mit den erforderlichen Konsequenzen gehören dazu. Selbstverständlich ist eine intensive Zusammenarbeit mit den Eltern vorgesehen. Ich glaube, dass wir in Niedersachsen mit diesem individuellen Förderkonzept einmal mehr Maßstäbe über unsere Landesgrenzen hinaus setzen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dieser Bedarf an Fördermaßnahmen - manchmal kann es nie genug sein - zeigt sich auch schon in konkreten Maßnahmen in unserem Land. Allein in Sprachfördermaßnahmen aller Schulformen investieren wir derzeit fast 37 000 Lehrerstunden. Für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf in allgemeinen Schulen setzen wir in Integrationsklassen, mobilen Diensten, sonderpädagogischer Grundversorgung und weiterer Zusammenarbeit mit der Grundschule insgesamt fast 13 000 Lehrerstunden ein. Ein weiteres Zeichen konsequenter Förderung ist unser richtungweisendes Modell der Hochbegabtenförderung, für das bis jetzt fast 1 500 Lehrerstunden zur Verfügung stehen. Alle diese Maßnahmen im Gegenwert von 2 000 Lehrerstellen - ich betone das ausdrücklich - werden über die Stundentafel und die vorgesehenen Pool-Stunden für die weiterführenden Schulen hinaus zusätzlich an unseren Schulen zur Verfügung ge-

stellt, um unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich individuell zu fördern. Dabei ist niemand ausgeschlossen. Je nach Begabung und je nach Bedarf sind alle dabei.

Gleiches gilt für die Durchlässigkeit unseres Schulwesens, die wir nicht nur schulgesetzlich festgeschrieben, sondern auch durch eine entsprechende Verordnung mit Leben gefüllt haben. Schülerinnen und Schüler haben bei entsprechenden Leistungen das verbriefte Recht auf einen Schulformwechsel in Niedersachsen. Die Stundentafeln in allen weiterführenden Schulformen sind im 5. und 6. Schuljahrgang nahezu deckungsgleich. In den weiterführenden Schulen können am Ende des 10. Jahrgangs alle relevanten Abschlüsse erworben werden. Die Chancen des berufsbildenden Schulwesens bis hin zum Hochschulstudium sind Ihnen allen bekannt. Ich meine, wir sollten gemeinsam noch besser und noch mehr herausstellen, wie gut gerade unsere berufliche Bildung ist und welche Möglichkeiten und Abschlüsse denkbar sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insgesamt kann man sagen - das ist immer auch ein Anspruch an das gegliederte Schulwesen -, das ist ein hohes Maß an Durchlässigkeit. Ich glaube schon, hier sagen zu dürfen: Wir liefern das mit unserem Gesetz und allen nachgeordneten Regelungen.

Meine Damen und Herren, dann und wann wird es besonders interessant, wenn Studien von außerhalb kommen. Ich muss Ihnen sagen, ich war von der OECD-Studie, die uns gestern präsentiert wurde, bei aller Offenheit für Ratschläge von außen - von anderen Ländern, von Verbänden usw. - recht enttäuscht, weil ich bemerkt habe, dass sie altes Datenmaterial und alte Botschaften enthält. Darin wird offenbar übersehen, was alle Bundesländer unternehmen, gleichgültig wer regiert - manche besser als die anderen. Das wird einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Da Sie mir ohnehin nicht glauben, Herr Gabriel, und mir Ratschläge erteilen, die ich leider nicht befolgen kann und auch nicht befolgen muss, möchte ich gerne einmal zitieren, was Herr Baumert, der landläufig „PISA-Papst“ genannt wird und den Sie ja auch gerne zitieren, zur OECD-Studie sagt. Erstens bedauert auch er, dass übersehen wird, was die Länder alles schon gemacht haben. Er sagt auch, dass die Kultusminister in Deutsch-

land insgesamt auf dem richtigen Weg sind, weil sie vieles z. B. hinsichtlich der Bildungsstandards usw. beschlossen und umgesetzt haben, was die OECD offenbar nicht zur Kenntnis nimmt. Dann wird er von der *Süddeutschen Zeitung* gefragt:

„Stimmen Sie der OECD-Kritik zu?“

Darauf antwortet Baumert:

„Nein. Weder sind die Daten neu, noch sind viele der Interpretationen durch Daten gestützt. Da werden vielfach nur Meinungen verbreitet.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Redakteur fragt nach:

„Zum Beispiel?“

Darauf Baumert:

„Alle Forderungen nach einem Gesamtschulsystem sind durch wissenschaftliche Untersuchungen nicht untermauert. Man sollte nicht den Eindruck erwecken, dass politische gemeinte Ratschläge wissenschaftlich gedeckt sind.“

(Reinhold Coenen [CDU]: Das ist unglaublich!)

Zur OECD befragt, wie er es einschätzt und was wir in den nächsten Jahren zu erwarten haben, antwortet er:

„Die OECD-Daten messen auch nur langfristige Strukturänderungen. Daher kann die OECD noch zehn Jahre lang dasselbe wie jetzt behaupten.“

Dann gute Nacht! Sie haben ja Herrn Schleicher zu Ihrem kleinen Parteitag in der nächsten Woche eingeladen. Dessen Rede könnte ich Ihnen auch halten, weil er seit 20 Jahren immer das Gleiche erzählt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe Ihnen das Interview aus der *Süddeutschen Zeitung* kundgetan, damit Sie gleich nicht Ihre Reden hier vergeigen.

Meine Damen und Herren, Bilanz und Ausblick dieser Regierungserklärung zeigen die Herausfor-

derungen, die wir bewältigt haben und denen wir uns noch stellen müssen. Die Schul- und Bildungspolitik des Landes hat einen verlässlichen und berechenbaren Rahmen gesetzt, den wir jetzt zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler mit schulischem Leben erfüllen können und erfüllen müssen. Ich setze auf das Engagement und auch auf die Mithilfe aller Beteiligten auch hier im hohen Hause. Jetzt sollte nicht doch wieder möglicherweise kleines Karo gespielt werden und nicht gesagt werden: Dort hat irgendwo ein Musiklehrer gefehlt und dort haben die Kommunen ein Problem; es fehlt finanziell ein bisschen; man wolle nach Finnland schielen, weil man Freren, Faßberg und Fürstenau nicht zur Kenntnis nehmen will. Ich würde uns allen raten und vielleicht auch darum bitten, einen Moment innezuhalten und an das gemeinsame Ziel zu denken. Das sind die Zukunftschancen unserer jungen Generation im schweren Wettbewerb. Diese Chancen sind miteinander zu sichern. Wir alle sind diesem Ziel verpflichtet. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Daran müssen alle arbeiten, jeden Tag aufs Neue, jeder an seiner Stelle. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, bevor ich dem Kollegen Jüttner das Wort erteile, möchte ich gern Frau Polat willkommen heißen. Verehrte Frau Kollegin, ich heiße Sie hier im Kreis Ihrer neuen Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen. Es sind eigentlich alles sehr nette Menschen, ein Mal ein bisschen mehr, ein anderes Mal ein bisschen weniger. Ich wünsche Ihnen bei der Arbeit viel Freude. Es gibt auch mal Ärger. Unter dem Strich sollten Sie aber schon Freude bei Ihrer Arbeit haben. Alles Gute für Sie in den nächsten Jahren!

(Beifall im ganzen Hause)

Nun hat der Kollege Jüttner das Wort. Bitte schön!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Vorbereitung auf die Regierungserklärung mit dem Titel „Raus aus dem PISA-Tal“ habe ich mit den Mitgliedern meiner Fraktion darüber geredet, wie das denn gehen würde. Ich habe gesagt: Dort geht es um Konzeptionelles, um die Zukunft, und es

wird in der politischen Debatte dann sicherlich sinnvoll sein, das Florett zu nehmen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben mir daraufhin gesagt: Du täuschst dich, bei Busemann hilft nur das Schwert.

(Beifall bei der SPD – Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich muss sagen, liebe Damen und Herren: Sie haben mich überzeugt. Ich war wieder zu gutmütig. Ich verspreche, mich zu bessern. Herr Busemann, was Sie hier vorgelegt haben, hat mit Zukunftsfähigkeit nur in kleinen Teilen etwas zu tun. Darauf will ich auch eingehen. Was Sie hier vorher abgeliefert haben, war Selbstherrlichkeit und Selbstgefälligkeit, wie es diesem Thema überhaupt nicht ansteht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben darum gebeten, auf das kleine Karo zu verzichten, das Sie hier allerdings in aller Breite ausgeteilt haben. Ich will mich hier auf zwei Dinge beschränken, um deutlich zu machen: Bei Ihnen war das nicht kleine Karo, sondern Pepita. Für die Jüngeren, die zu jener Zeit nicht dabei waren, füge ich hinzu: Das ist das ganz kleine Karo.

Außerdem will ich auf zwei Details Ihrer Rede eingehen, die ich für absolut unverträglich halte. Das erste ist Ihre Bemerkung zum Landkreis Goslar. Das war der Versuch, deutlich zu machen, dass die Menschen dort, wo der Vorsitzende der SPD-Fraktion herkommt, mit der Schulstrukturreform besonders zufrieden sind, weil sie die Gewinner sind.

(Reinhold Coenen [CDU]: Wir sind alle zufrieden!)

Sie sagen wissentlich die Unwahrheit, Herr Busemann.

(Beifall bei der SPD)

Diese 353 000 Euro, von denen Sie dort sprechen, sind im Landkreis Goslar zur Veränderung der Struktur der Sonderschulen - heute Förderschulen - ausgegeben worden. Diese Mittel haben mit der Schulstruktur überhaupt nichts zu tun. Wenn Sie dies als Beispiel hier anführen, so zeigt das, wie kleinkariert Sie sind, wenn es darum geht, die Wahrheit sozusagen geradezubiegen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Nun zu dem zweiten Detail - ich sage das auch deshalb, damit ich heute Abend zu Hause hereingelassen werde -:

(Bernd Althusmann [CDU]: Ist das nicht immer der Fall?)

Sie haben in Ihrer Rede gesagt, das gymnasiale Angebot an den KGSen in Niedersachsen sei eine Mogelpackung. Das gymnasiale Angebot an den niedersächsischen Gesamtschulen richtet sich nach den vom Kultusministerium erlassenen Richtlinien, und zwar deckungsgleich mit dem Rest des Landes. Es ist wirklich unerhört, was Sie da machen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben zugesagt, dass die Gesamtschulen eine Chance hätten. An solchen Beispielen wird aber deutlich, was in Ihrem Hinterkopf abgeht. Sie wollen dafür sorgen, dass sie ihre Chance nicht eingeräumt bekommen. Das lassen wir nicht zu!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was haben wir hier in der letzten Dreiviertelstunde erlebt? Wir haben einen Ressortchef erlebt, der sich beruflich neu orientieren will - als Legendenstricker.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Ich nenne drei Teile der Legende. Diese sind nicht neu. Sie werden durch Wiederholung übrigens auch nicht richtiger; auch das muss man sagen. Den ersten Teil hören wir in jeder Plenarsitzung: Die SPD hat alles an die Wand gefahren. - Jetzt dürfen Sie klatschen.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden ansonsten nicht mehr viel Gelegenheit dazu haben. Der zweite Teil: Busemann hat alles Klasse gemacht.

(Beifall bei der CDU - Bernd Althusmann [CDU]: Sehr richtig!)

Der dritte Teil: Die niedersächsische Bevölkerung ist von Punkt 2 geradezu begeistert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer sich so geben kann, verdient, dass überprüft wird, was ihn treibt. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder er ist ein begnadeter Schauspieler und reif für den Komödienstadel oder aber die Geschäftsordnung im Kultusministerium ist ohne unsere Kenntnis dahingehend verändert worden, dass nur noch gute Nachrichten in das Ministerbüro durchgelassen werden. Sie können auswählen, welches für Sie die angenehmere Variante ist. Ich halte beide Varianten für tragisch und werde Ihnen Ihre Legenden eben einmal zerpfücken.

Fangen wir mit dem an, was die SPD getan hat. Sie konnten vor Stolz und Kraft wegen der Lehrereinstellungen und der Unterrichtsversorgung ja kaum noch laufen. Ich will einmal darauf hinweisen, dass in den Jahren von 1998 bis 2003 mehr als 15 000 neue Lehrerinnen und Lehrer in den niedersächsischen Schuldienst gekommen sind.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Hören Sie doch zu! - Von diesen entfielen über 3 000 auf zusätzliche Stellen. Die Bilanz von 2003 bis 2008 werden wir uns ja in dreieinhalb Jahren ansehen können, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen sagen, wie weit Sie bis heute gekommen sind. Heute befinden Sie sich allenfalls auf dem alten Stand. Darüber hinaus gibt es so gut wie gar nichts, weil Sie schon abkassiert haben. Darauf kommen wir gleich.

Zweitens sei der Redlichkeit halber - Herr Busemann, Sie haben mitunter darauf hingewiesen, das heute aber ausgespart – gesagt: Sie haben sich bei Themen wie Sprachförderung, selbstständige Schule, Hochbegabtenförderung, Modernisierung der Eingangsstufe an Grundschulen und dem frühen Lernen von Fremdsprachen engagiert und sich diese Themen zu Eigen gemacht. Das sind aber Dinge, die vor 2003 im Niedersächsischen Kultusministerium qualifiziert entwickelt worden sind.

(Zustimmung bei der SPD - Ursula Körtner [CDU]: Aber nicht finanziert!)

Es ist ja auch in Ordnung, dass Sie das übernehmen. Das kritisierten wir überhaupt nicht. Was nicht in Ordnung ist, ist, zu sagen, dass vorher alles fatal gewesen und gegen die Wand gefahren worden sei, während Sie aber mit den gleichen

Ergebnissen heute hier brillieren wollen. Wir werden dies öffentlich machen und entsprechend kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Dazu hat Herr Busemann heute hier in seiner umfassenden Regierungserklärung kein Wort gesagt. Es mag ja sein, Herr Klare, dass Herr Busemann insgeheim der Meinung ist, dass er sich, was den Grad der Ideologie angeht, von Ihnen unterscheidet. Ich glaube sogar, da hat er Recht. Er hat einen Schuss Pragmatik in seinem politischen Agieren,

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das stimmt!)

der Ihnen relativ wesensfremd ist.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Gleichwohl muss hier deutlich werden: Zur Redlichkeit gehört das einfach dazu. Dazu hat er hier aber nichts ausgeführt. Herr Klare wird bei dem, was er tut, ideologisch angetrieben. Das ist überhaupt keine Frage. In dieser Funktion wäre er nicht in der Lage gewesen zu sagen: Och, das war gut. Das mache ich weiter. - Das war das, was ich eben ausgeführt habe. Das unterscheidet ihn davon, bei aller Kritik, die wir haben.

So, jetzt kommen wir zu den Teilen 2 und 3 der Legende, die ich zusammenfassen muss.

(Hermann Eppers [CDU]: Wir haben doch genug Zeit!)

Beginnen wir mit dem Thema Unterrichtsversorgung. Sie haben die Messlatte auf 100 % hochgelegt. Daran wollen Sie gemessen werden. Der Ausgangspunkt bei Ihrem Amtsantritt waren 98 % Unterrichtsversorgung. Das haben Sie immer scharf kritisiert. Dann haben Sie Neueinstellungen vorgenommen. Das ist korrekt.

(Zuruf von Hermann Eppers [CDU])

- Ja, richtig. Im September 2003 haben Sie damit die Unterrichtsversorgung auf 99,5 % gebracht. In Ordnung. Im Februar 2004 lag die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen aber schon wieder bei 98 %.

(Ursula Körtner [CDU]: Wegen Ihrer 700 Lehrer!)

Warum war das so? - Die Unterrichtsversorgung ist Ihnen so wichtig, dass Sie zum 1. Februar 2004 die ersten 700 Stellen gestrichen haben.

(Ursula Körtner [CDU]: Sie! Sie haben sie nicht finanziert!)

Außerdem führen Sie zwar gute und richtige Projekte wie etwa den Sprachunterricht, die wir in der Mittelfristigen Planung mit zusätzlichem Personal versehen haben, durch, stellen aber nicht das dafür notwendige Personal ein. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD)

Das war für Sie noch der leichte Teil der Aufgabe. Dann aber griff im August 2004 das Schulgesetz. Unstrittig ist ausweislich der schriftlichen Vorlagen des Kultusministeriums, dass dieses unserer Meinung nach wirklich überholte und unnütze Schulgesetz mehr als 1 161 Lehrerstellen zusätzlich bindet. Auf gut Deutsch: Sie haben ein Gesetz verabschiedet, und um dieses Gesetz realisieren zu können, mussten Sie diese Lehrereinstellungen vornehmen. Daraus resultiert aber keine einzige zusätzliche Unterrichtsstunde. Das ist die Situation. So arbeiten Sie sich auf annähernd 100 % hoch.

Die Folgen dieses Vorgehens sind in den niedersächsischen Schulen zu spüren, worauf Herr Busemann fairerweise ja hingewiesen hat. Die Klassenfrequenzen werden erhöht. Übrigens: Die Ausstattung der Vollen Halbtagschulen - das hat er nicht gesagt - ist - entgegen Ihren Zusagen im Juni des letzten Jahres anlässlich der parlamentarischen Gesetzesberatung - dramatisch verschlechtert worden. Der Förderunterricht ist rasiert worden; nicht vollständig, aber zum Teil. Mehr als 200 Stellen. Die Anrechnungsstunden sind gekürzt worden. Die Zeiten für Beratungslehrer sind verschlechtert worden. Die zweite Person beim Schwimmunterricht ist abgezogen worden.

Meine Damen und Herren, dieses Maßnahmenpaket ist nur einem Ziel geschuldet, nämlich dem Ziel, eine Unterrichtsversorgung von annähernd 100 % weiterhin aufrecht zu erhalten. Um das Ganze auch noch so zu gestalten, dass es niemand so recht merkt, muss alles natürlich auch noch mit einer neuen Software unterlegt werden mit der Folge, dass die Schulen nicht mehr in der Lage sind, Vergleiche anzustellen. Das herauszukriegen war unheimlich schwierig. Ich zeige Ihnen aber anhand einzelner Beispiele auf, was das heißt. Der Beschönigungsfaktor Busemann bringt

an einzelnen Realschulen 5 bis 8 % Unterrichtsversorgung. Auf gut Deutsch: Wo vorher 100 % waren, sind es jetzt noch 94 %. So rechnet man das einfach. Bei den Gesamtschulen werden zum Teil mehr als 10 % des Unterrichtsbedarfs weggerechnet. So kann man natürlich alles schönrechnen, meine Damen und Herren. Man sollte aber nicht den Eindruck erwecken, als würde man den Schulen etwas Gutes tun. Herr Busemann will vielmehr sich etwas Gutes tun, damit die niedersächsische Öffentlichkeit glaubt, dass es bei 100 % Unterrichtsversorgung bleibt. Das aber ist überhaupt nicht in Ordnung. Deshalb werden wir das auch deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Auch Sie haben in den letzten Wochen und Monaten doch die Schreiben mit all den Hilferufen bekommen: Hier fehlt eine Lehrkraft, da fehlt eine Lehrkraft. - Herr Busemann hat mir ja verboten, darüber zu reden, weil das kleines Karo ist. Aber genau diese Hinweise gibt es. Das hat auch damit zu tun, wie das ganze Paket in den letzten Wochen durchgesetzt worden ist.

Der Schulleitungsverband Niedersachsen, in dem fast alle niedersächsischen Schulleiter organisiert sind, hat Ihnen, Herr Busemann, im Juni dieses Jahres geschrieben: Die Umsetzung neuer Erlasse und Verordnungen in den Schulen gestaltet sich schwierig. - Im Anschluss daran wird das lang ausgeführt, und es wird darauf hingewiesen - ich zitiere -:

„Mit Verärgerung wird von unseren Mitgliedern und vom Vorstand registriert, dass der Sachverstand nahezu aller befragten Verbände in den Anhörungen zu den Erlassen und Verordnungen kaum berücksichtigt wurde.“

Frieden im Lande, meine Damen und Herren. - Ich zitiere:

„Die Verärgerung der Schulen nimmt zu.“

Ich zitiere weiter:

„Wir protestieren im Namen unserer Mitglieder ausdrücklich gegen die offenkundige Nichtbeachtung unserer Stellungnahmen zu den hier angesprochenen Erlassentwürfen und gegen die Vernachlässigung der Fürsor-

gepflicht des obersten Dienstherrn gegenüber der zeitlichen und organisatorischen Überlastung der niedersächsischen Schulleiterinnen und Schulleiter. Der SLVN sieht mit Sorge, dass durch diese Situation in den Schulen keinerlei Ressourcen mehr für die Sicherstellung des originären pädagogischen Auftrages und die Weiterentwicklung von Unterrichtsqualität zur Verfügung stehen.“

Frieden im Lande, meine Damen und Herren.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Ja, so sieht es aus!)

Das sind diejenigen, die die Verantwortung tragen bei der Umsetzung dessen, was Sie da auf den Weg gebracht haben. Diese Kritik setzt sich im Juli fort. Ich könnte weiter zitieren. Viele Beschwerdemails und verzweifelte Hilferufe – Originalzitate – von diesem doch auch von Ihnen für wichtig gehaltenen Verband.

Natürlich haben Sie an dieser Stelle Recht: Das Chaos ist im August bzw. September dieses Jahres nicht in der Schärfe aufgetreten,

(Reinhold Coenen [CDU]: Überhaupt nicht!)

wie einige dies prognostiziert haben. Das stimmt. Meine Damen und Herren, womit hat das aber zu tun? - Ich glaube, das hat ganz viel damit zu tun, dass die Beschäftigten des Landes, die Beamten und Angestellten - egal, ob in den Schulen oder in den Behörden -, loyale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind und die ihnen aufgebene Arbeit auch umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Die haben sich dabei richtig Mühe gegeben, und zwar unabhängig von der Frage, wie sie inhaltlich dazu stehen. Nachdem jetzt ein Großteil der Arbeit gemacht worden ist, kommen die ein bisschen zur Ruhe und stellen fest, welch ein Chaos in der Realität passiert. Das mischt sich dann natürlich auch mit Fatalismus. Wenn ich weiß, dass mein Aufschrei eh keine Folgen hat, dann mache ich es irgendwann auch nicht mehr. Ich habe das beim Thema Konnexitätsprinzip erlebt. Ich habe mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Frage gesprochen, ob sie denn dem Umstand nachgehen, dass für die Schulträger zusätzliche Kosten

entstehen. Die haben mir gesagt: Natürlich entstehen zusätzliche Kosten, und zwar in erheblicher Höhe. - Sie machen sich aber nicht die Arbeit, all das aufzulisten, weil die dafür verwendete Zeit rausgeschmissen wäre; denn die Leitung der Kultusbürokratie hat unmissverständlich mitgeteilt, dass es auf keinen Fall Geld gebe.

(Ursula Körtner [CDU]: Es war ja auch keine neue Aufgabe!)

Wenn man dann im Nachhinein kommt und sagt, die hätten nichts beantragt, oder bezüglich der Gesamtschulen darauf hinweist, dass es dort keine Initiativen gebe, weil die sich derzeit angesichts der Tatsache, dass sie in den nächsten vier Jahren keine Chance sähen, gerade alle aufgelöst hätten, dann ist das nicht in Ordnung, meine Damen und Herren. Zur Fairness gehört dazu, das auch korrekt wiederzugeben.

Die Debatte über die Unterrichtsversorgung geht weiter. Im Jahr 2005 haben Sie mehr als 50 Millionen Euro im Haushalt zu bringen, Herr Busemann. Ich zitiere jetzt einmal, was Sie dazu im Schulverwaltungsblatt geschrieben haben: Das sind, wie versprochen, 2 500 Planstellen mehr als vor dem Regierungswechsel. Diese Zahl wird auch im kommenden Schuljahr trotz aller Sparzwänge konstant bleiben. - Ich glaube, dass die Zahl der Planstellen konstant bleiben wird. Wahrscheinlich aber werden Sie 1 000 Planstellen nicht besetzen, meine Damen und Herren.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Quatsch!)

Das haben Sie der niedersächsischen Öffentlichkeit nicht gesagt. Im nächsten Jahr wird das aber deutlich werden.

(Beifall bei der SPD)

Dann ist Schluss mit Ihrem Thema Unterrichtsversorgung, es sei denn, Ihnen fällt noch unheimlich viel mehr ein, was Sie sonst noch aus dem System rausquetschen können.

Was das Thema Lernmittelfreiheit angeht, wissen wir ja nicht erst seit gestern um die Unterfinanzierung der Bildung in Deutschland; sowohl gemessen am Bruttoinlandsprodukt als auch am Anteil der öffentlichen Ausgaben. Da ist es besonders eklatant. Wir alle wissen doch auch um den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Chancen, auch beruflichen Chancen. Gerade hier ist Deutschland Schlusslicht, wie wir wissen. Sie

haben eben selbst gesagt, wir dürften niemanden hängen lassen. Wie aber sollen die Niedersachsen diese Aussage vor dem Hintergrund der Tatsache bewerten, dass Sie zu Beginn dieses Jahres die Hausaufgabenhilfe gestrichen haben? Das sind die Schwächsten dieser Gesellschaft, und da war Aufruhr, aber Sie sind darüber hinweg gegangen. Die Kollegin von der FDP war mit in meinem Wahlkreis und hat dort gesagt: Das ist ja alles schrecklich. Wir wollen mal sehen, was wir machen können. Das kriegen wir bestimmt noch hin. - Eine Woche später kam der Haushaltsbeschluss, und es war Feierabend.

Wie ist es beim Thema Lernmittelfreiheit? Auch da wird ausgeführt: Alles paletti. Wenn aber über die Hälfte der niedersächsischen Stadt- und Kreisleiternräte beschlossen hat, sich an der Volksinitiative zu beteiligen, scheint da nicht alles in Ordnung zu sein. Auch der Schulleitungsverband hat Sie im Anhörungsverfahren darauf hingewiesen, dass hier ein Verfahren durchgezogen wird, das so nicht haltbar ist und zu massiven Komplikationen führt. Sie müssten auch die vielen Zeitungsartikel gelesen haben, die das deutlich machen. Sie aber sagen zum Thema Lernmittelfreiheit, ich zitiere: Mit dem Beginn des neuen Schuljahres wurde die entgeltliche Leihe von Lernmitteln eingeführt. Damit können Eltern eine spürbare Entlastung bei den Kosten für die Beschaffung von Lernmitteln für ihre Kinder erreichen.

(Walter Meinhold [SPD]: Unglaublich ist das!)

Das ist doch wirklich unglaublich. Sie streichen die Lernmittelfreiheit und schreiben im Schulverwaltungsblatt von Entlastung für die Eltern.

(Heidrun Merk [SPD]: Unverschämt ist das!)

Zynischer kann man mit dem Thema Lernmittelfreiheit gar nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Als drittes Beispiel will ich ein paar Bemerkungen zur Ganztagschule machen. Der Legendenstricker schlägt zu. Ich kann mich erinnern, dass Sie, Frau Körtnier, hier ausgeführt haben, Ganztags sei im Kern familienfeindlich. Wir reden hier über eine gesellschaftspolitisch hoch umstrittene Frage, mit der sich das konservative Weltbild richtig schwer tut. Herr Busemann war natürlich clever genug zu

merken, dass er weitere Ganztagschulen nicht verhindern kann. 4 Milliarden Euro aus Berlin sind einfach eine gute Ansage. Daran konnte auch Niedersachsen nicht vorbei.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn man eine Sache nicht verhindern kann, muss man ganz vorn in die Spitze und Störpotenzial aufbauen. Das haben Sie gemacht. Dafür will ich zwei Beispiele nennen. Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie im August dieses Jahres 100 Anträge genehmigt haben. Bei dieser Gelegenheit muss man natürlich sagen: Von diesen 100 werden 50 mit Lehrerstunden bestückt, die denen weggenommen werden, die vorher schon Ganztagschulen waren. Das ist der erste Teil der Geschichte. Zu gut Deutsch: Herr Busemann hat keinen Cent hinzugetan.

Punkt 2 der Veranstaltung: Auch die anderen 50 wollten natürlich gern in das Programm aufgenommen werden, weil sie ein pädagogisches Konzept haben und weil im Zweifel die Schulträger auch an einer investiven Weiterbaumaßnahme interessiert sind. Herr Busemann ist dann auf folgenden Gedanken gekommen: Wenn die Schulträger und die Schulen schriftlich erklären, dass sie keinerlei Bedarf nach zusätzlichen Lehrerstunden haben, ist er bereit, mit ihnen darüber zu reden. - Das ist Ganztags light.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Nein, das ist Erpressung! Nicht Ganztags light!)

Vogel friss oder stirb! Das ist die Situation bei diesen Schulen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sigmar Gabriel [SPD]: So ist es!)

Was bleibt ihnen übrig? Sie haben sich darauf eingelassen, weil sie an den Baugeldern aus Berlin interessiert waren. Besonders spannend finde ich - darauf werden wir im nächsten Jahr achten - die lobende Bemerkung von Herrn Busemann, 50 der neuen Ganztagschulen richten die Nachmittagsangebote mit eigenen Mitteln im Rahmen ihrer Unterrichtsorganisation und in Kooperation mit außerschulischen Partnern ein. Das schreibt er, und so hat er es heute auch gesagt. Er hat das als besonders erfreuliche Bereitschaft zur Eigenverantwortung und Eigenleistung gelobt. Meine Damen und Herren, meine Befürchtung ist, dass er

die Schulen jetzt zwei Jahre gewähren lässt und dann hier sagen wird: Diese 50 waren sehr initiativ und haben den Nachweis geführt, dass Ganztags ohne Finanzierung des Landes möglich ist. Das Einsparpotenzial der Zukunft auf Kosten von Ganztags! Ich finde das unerhört. Das muss man in dieser Deutlichkeit auch sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das geht natürlich auch einher mit dem Erlass über Ganztags, den Sie in die Welt gesetzt haben. Er ist so etwas wie Bikinimodell: Beides gehört zur gleichen Einrichtung, ist aber sehr unverbunden miteinander.

(Heiterkeit bei der SPD)

Morgens findet Pflichtunterricht statt, und nachmittags dürfen Ehrenamtliche kommen. Meine Damen und Herren, diese Art von Ganztagschule ist eine Mogelpackung.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie mag frauen- und familienpolitisch diskutabel sein. Bildungspolitisch ist sie falsch, und wir reden hier über Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ganztags bedeutet: rhythmisierter Tagesablauf, andere Zeitstruktur, andere Lernform. Ganztags heißt nicht: Morgens Pflichtunterricht, und nachmittags hängen wir etwas dran. Das ist eine Diskreditierung eines zentralen bildungspolitischen Projekts der Zukunft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Schluss mit dem Blick zurück. Jetzt stellt sich die Frage: Was steht uns mit Ihnen bevor? Ich war schon erstaunt über Ihre Reaktion auf den Bericht der OECD, meine Damen und Herren. Es handelt sich um eine der angesehensten internationalen Organisationen, die sich im Übrigen mit Wirtschaftsfragen befasst und die ein Interesse daran hat, dass qualifiziertes Personal für wirtschaftliche Dynamik zur Verfügung steht. Die OECD erstellt weltweit jedes Jahr einen solchen Bericht.

(Zuruf von der CDU: Mit alten Daten!)

- Natürlich nicht mit den Daten aus 2004. Das geht nicht, das wissen auch Sie. Da wollen wir uns mal

nichts erzählen. In dem Bericht geht es um Langfristlinien. Gestern gab der niedersächsische Kultusminister dazu eine Presseerklärung.

(Minister Walter Hirche: Mit den Daten aus der SPD-Regierungszeit!)

- Auf dem Niveau wollen wir nicht diskutieren.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist klar! - weitere Zurufe von der CDU)

- Der Bericht basiert auf den Daten aus 2001. Herr Busemann hat hier gesagt: Bei der Umsetzung solcher Geschichten reden wir über die zurückliegenden 10 bis 15 Jahre. Was soll deshalb Ihr Einwurf, Herr Hirche? Das ist doch albern.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Er hat doch Recht!)

- Ja, natürlich hat er Recht. Darum geht es doch gar nicht. Aber ich mache gleich eine Bemerkung dazu: Sie sollten anders damit umgehen und lieber ein Stück Nachdenklichkeit entwickeln, wie es beispielsweise Frau Ahnen, die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, fertiggebracht hat. Bei Ihnen stattdessen nur schlanke Selbstgefälligkeit, überhaupt kein Gespür und keine Sensibilität dafür, dass ein solcher Bericht in der Öffentlichkeit zu Recht auch als Fortsetzung von Defiziten begriffen wird, die ja auch konkret beschrieben werden, meine Damen und Herren.

Natürlich ist seit 2001 in allen Bundesländern eine ganze Menge diskutiert und neu angepackt worden. Das stellt doch niemand in Frage. Wir dürfen aber nicht die Lautstärke der Diskussion mit der Wirksamkeit der Entwicklung verwechseln. Zweitens müssen wir beachten, dass die einzelnen Bausteine, die angepackt worden sind, in ein Gesamtkonzept passen müssen. Das ist doch die entscheidende Frage. Dass sich jemand bewegt, sagt doch noch nichts darüber aus, ob er zum Ziel kommt. Ich kenne Leute, die treten auf der Stelle und wundern sich, dass sie, obwohl sie sich noch mehr bewegen, nicht recht voran kommen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Das müssen Sie ja ganz genau wissen!)

Das ist Ihr Problem, meine Damen und Herren. Sie haben keine Vision für die Entwicklung der Bildungslandschaft in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]:
Wie schön, dass Sie die haben!)

Deshalb packen Sie nur vom Gleichen mehr drauf und halten das für die Lösung.

Ich sehe einen zentralen Konflikt zwischen Ihnen und uns: Wir wollen das Bildungswesen ausrichten auf Integration und Motivation,

(Zuruf von der CDU: Sagen Sie doch gleich, Sie wollen die Einheitsschule!)

während ich bei Ihnen Selektion und Sanktion unterstelle. Das ist die Differenz hinsichtlich der Langfristlinien, über die wir zu reden haben.

Der zweite Vorwurf, den ich Ihnen mache: Sie haben ein falsches Verständnis von Begabung. Das ist in der Debatte über das Schulgesetz wieder deutlich geworden. Deshalb treffen Sie übrigens auch falsche Strukturentscheidungen.

Der dritte Vorwurf, den ich Ihnen mache: Sie ignorieren die sozialpolitische Bedeutung von Bildungspolitik, weil Ihnen der Begriff „Chancengleichheit“ im Kern nichts sagt.

Der vierte Vorwurf, den ich Ihnen mache: Sie orientieren sich hinsichtlich der Ergebnisse des Bildungssektors am Arbeitsmarkt von morgen. Das ist das Spannende an der OECD-Studie. Dort heißt es, entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Arbeitsproduktivität eines Landes ist, dass mehr in weiterführende Ausbildungsgänge gesteckt wird und dass die Menschen in diesen Ausbildungsgängen vor allem lernen, den sozialen Wandel zu organisieren. Das ist sehr viel wichtiger als einzelne Qualifikationen, die heute vielleicht abgefragt werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist Ihnen, glaube ich, fern. Deshalb auch das Unverständnis an dieser Stelle. Wir kritisieren nicht alle Projekte, die Sie vorantreiben, Herr Busemann. Weit gefehlt! Wir glauben aber, dass der Masterplan falsch ist, der Ihren einzelnen Aktivitäten zugrunde liegt.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Glauben heißt nicht wissen!)

- Sie sind schlauer, das weiß ich. - Das wird an einer Stelle in Ihrer Rede sehr deutlich. Sie erzählen frank und frei, Bayern sei ein PISA-Siegerland.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist ja so!)

Das ist der Kern Ihres Problems. Sie orientieren sich an einem Bundesland, das an ein paar Stellen besser abgeschnitten hat als wir - und das übrigens eine geradezu peinliche Abiturquote hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie es mir nicht glauben, Herr Klare - mir glauben Sie nicht, das weiß ich -, dann empfehle ich Ihnen, das Gutachten für die bayerische Wirtschaft „Bayern 2020“ zu lesen. Da heißt es im Vorwort: Wer in Bayern glaubt, sich ausruhen zu dürfen, weil es besser als andere Länder abgeschnitten hat, der hat sich gewaschen. - Nicht der Vorsprung von Bayern ist das Thema, sondern der Rückstand aller deutschen Bundesländer gegenüber den internationalen Siegerländern. Aber das haben Sie nicht begriffen! Sie wollen bayerischer werden. Das geht in die Hose, und zwar voll und ganz.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wo sind die Themen, die zu bearbeiten sind? - Über Bildungsfinanzierung ist zu reden. Das sollten wir miteinander machen. Aber ich stelle fest: Niedersachsen wird in den nächsten Jahren zum Bildungssparland. Wir sind schon dabei: Hochschulen - 50 Millionen Euro im letzten Jahr, durchgeschrieben, 10 Millionen noch extra drauf. Im nächsten Jahr werden sie über 50 Millionen Euro beim pädagogischen Personal einzusparen haben. Sie erzählen hier etwas über die Notwendigkeit vorschulischer Bildung und sind sich nicht fein genug, 2 Millionen Euro bei der Sprachförderung im Kita-Bereich zu streichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Da gilt der alte Satz „An den Taten werden wir sie erkennen und nicht an den Sprüchen“. Wir wissen natürlich auch, dass das Geld hier nicht im Keller liegt und dass eine Umschichtung im Landeshaushalt nicht immer leicht ist. Aber, meine Damen und Herren, wo ist denn Ihre Kreativität an den Stellen, wo etwas ginge? Herr Gabriel hat Ihnen gestern ausgerechnet, was es beispielsweise bedeuten würde, wenn die Landesregierung im Bundesrat beim Thema Eigenheimzulage den Vorschlägen

der Bundesregierung folgen würde. Wir reden über mehr als 680 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für den Bildungsetat allein in dieser Wahlperiode, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit 680 Millionen Euro kann man einiges bewegen. Ich habe heute gelesen, dass jetzt auch Frau Merkel für den Ausbau der Ganztagschulen ist. Sie sagte heute Morgen im Radio, wir müssten wieder mehr in das Bildungssystem investieren, und hat dann einen ganz grandiosen Vorschlag zur Finanzierung gemacht: Sie plädierte für ein einfacheres Steuersystem. Wahrscheinlich ist dieses einfachere Steuersystem das, was Sie im Oktober letzten Jahres in Leipzig auf dem CDU-Bundesparteitag in Euphorie beschlossen haben.

(Ursula Körtner [CDU]: Ab 2006!)

Diese Beschlussfassung dürfte ungefähr zu einem Defizit von 60 bis 70 Milliarden Euro jährlich führen, wenn man Kopfpauschale und das Merz'sche Steuerkonzept zusammen nimmt. Wie man aus 60 bis 70 Milliarden Euro weniger zusätzlich in Ganztagschulen investieren kann, bleibt das Geheimnis von Frau Merkel. Sie wird es Ihnen wahrscheinlich irgendwann erklären. Ich freue mich, wenn ich das von Ihnen höre.

(David McAllister [CDU]: Sie wollen Steuern erhöhen!)

- Ich habe Ihnen doch gerade einen Vorschlag genannt, aber dazu ist die Landesregierung ja nicht bereit.

Ich will nur sagen: Sie kommen immer mit Ideen, aber wenn es konkret wird, dann tauchen Sie ab.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das gilt für das Thema Eigenheimzulage, und das gilt beispielsweise für das Thema „vorschulischer Bereich“. Diejenigen, die noch kontinuierlich wissenschaftliche Aufsätze lesen, wissen, dass wir den Stand der Wissenschaft bei diesem Thema nur begrenzt aufgenommen haben. Das gilt für die Hirnforschung, und das gilt für die Lernpsychologie. Wir müssten inzwischen alle wissen, welche Bedeutung der vorschulische Sektor hat. Vor diesem Hintergrund ist es sehr in Ordnung, dass der Bildungsauftrag in diesem Bereich gestärkt wird. Es ist sinnvoll, dass die Kooperation zwischen

Kitas und Schulen verbessert wird. Alles keine Frage!

Aber, Herr Busemann, wo bleibt denn Ihre Forderung nach Gebührenfreiheit im dritten Kita-Jahr? Ich zitiere aus der Aktuellen Stunde vom 23. Oktober 2002:

„... möchten wir dahin kommen, dass wir die Eltern im dritten Kita-Jahrgang von den Beiträgen freistellen. Ich glaube, das ist eine wirksame, vernünftige und bezahlbare Maßnahme.“

Das glaube ich auch!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sigmar Gabriel [SPD]: 0,3 % im Haushalt!)

Herr Busemann, ran an die Arbeit!

(Sigmar Gabriel [SPD]: Er hatte gesagt: „trotz eines maroden Landeshaushalts!“)

An der Sache werden wir ihn gerne messen. Es ist ihm ja sogar noch gelungen, das in die Koalitionsvereinbarung reinzuschreiben. Meine Damen und Herren, jetzt warten wir mal ab. Wer es mit vorschulischer Bildung ernst meint, der darf nicht nur pfeifen, der muss auch trommeln.

(Zuruf von der CDU: Thema verfehlt!)

- Sie entscheiden nicht, wer welches Thema verfehlt hat.

Bei alledem, meine Damen und Herren, ist eines entscheidend: Das ist die Qualität des Unterrichts. Da lese ich heute mit Erstaunen, was unser Landtagskollege Schwarz gestern alles so zum Besten gegeben hat. Ich glaube, dass bei einem Teil von Ihnen lediglich im Kopf ist: „Fakten, Fakten, Fakten“, frühe Zensurengebung, Pflichtunterricht, Abfragen, ganz schnelle Vergleiche usw. Mit dieser Vorstellung bin ich auch groß geworden. Aber ich sage Ihnen: Die ist veraltet, die ist total veraltet.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Von allen gemeinsam getragen!)

Was wir brauchen, meine Damen und Herren, zeigen uns die anderen Länder. Da geht es um Lernen lernen und darum, Sachverhalte mit dem Lebensalltag zu verbinden. Herr Busemann, ich verweise nur auf den Bericht über den Mathematik-Test in der heutigen Ausgabe der *Hannoverschen*

Allgemeinen Zeitung, warum eine Schule gut abschneidet und eine andere nicht. Das war ganz spannend. Da geht es darum, dass Kinder voneinander lernen, da geht es um Projektorientierung, um Handlungsfähigkeit und um den Umgang mit heterogenen Gruppen.

Da gibt es im Kultusministerium interessante Ansätze. Was Herr Busemann zum Bildungsbündnis mit der Bertelsmann-Stiftung gesagt hat, ist ein vernünftiger Baustein. Im Orientierungsrahmen Schulqualität vom September letzten Jahres sind vernünftige Anregungen enthalten. Herr Busemann, da ergibt sich doch eher die Frage, warum Sie das nicht verpflichtend für die Schulen machen. Warum machen das nur 100 Schulen und die anderen 3 300 Schulen nicht? Das ist doch die Frage!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Da geht es auch um die Frage der Schulinspektionen. Auch das ist eine Sache, bei der Sie wahrscheinlich eher uns als Ihre Regierungsfractionen hinter sich haben, wenn ich das richtig einschätze.

Ich teile auch Ihre Einschätzung, dass die Klassengrößen und die Zahl der Pflichtstunden nicht unbedingt das Nonplusultra für Unterrichtsqualität sind. Das zeigt sich auch am Beispiel von Finnland, das relativ wenig Pflichtstunden hat. Das Entscheidendere sind die Unterrichtskultur und die Unterrichtsqualität. Sie packen etwas drauf. Ob wir es an der Stelle schaffen, das bezweifle ich etwas, weil ich den Eindruck habe, dass gegen diese notwendige Radikalisierung des Schulalltags zumindest in den Regierungsfractionen massive Vorbehalte bestehen. Das scheint mir das Problem zu sein. Sie sind nicht in der Lage loszulassen, aber genau das muss hier passieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir brauchen ein Ende der Input-Steuerung. Wir brauchen natürlich die Aufrechterhaltung der staatlichen Verantwortung, das ist keine Frage, aber die lässt sich auch anders regeln. Sie lässt sich regeln über Zielvereinbarungen mit den Schulen, über eine Stärkung des Schulmanagements, übrigens auch über eine Ergebnisverantwortung derjenigen, die in den Schulen lehren. Das macht es notwendig, dass der Schulalltag ganz anders aussieht als heute. Ich kann mir vorstellen, dass sich viele Lehrerinnen und Lehrer darauf freuen, dass sich

das so entwickelt. Aber die Struktur und die Systematik des Schullebens und des Schulrechtes geben das heute noch nicht hinreichend vor.

Dazu gehört natürlich auch das Personal- und Budgetrecht. Das, was bei ProReKo im Vorgriff passiert, ist eine Sache, die sicherlich vernünftig ist.

Und dazu gehört eben auch eine umfassende Qualitätssicherung durch äußere und innere Evaluation.

(Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, Ihr letzter Zwischenruf legt ja nahe, zu sagen: Das ist ein Konzept, das hat aber mit Leistung usw. nichts zu tun. - Ich sage Ihnen: Das ist grundfalsch. Was wir brauchen, ist Lust auf Lernen, ist eine Kultur der Anstrengung. Die geht aber nicht damit einher, dass man irgendetwas auswendig lernt, sondern damit, dass man lernt, sich auf Lebenssituationen einzustellen. Diesen kleinen Unterschied haben Sie noch nicht begriffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ingrid Klopp [CDU]: Sie haben zehn Jahre lang nichts begriffen und wollen es uns jetzt erzählen!)

Um zu erreichen, dass Individualisierung des Lernens im Mittelpunkt steht, wird die Lehrerbildung zu ändern sein. Es ist völlig unverständlich, was die schulformspezifische Ausbildung da zu suchen hat. Wir brauchen einen ganz anderen Stellenwert der pädagogischen Qualifikation und ganz andere Praxisteile. Ich habe den Eindruck, dass das, was von uns gemeinsam andiskutiert worden ist, im Moment wieder stockt. Sie können niemandem in den Kollegien erklären, warum die Lehrerfortbildung zusammengestrichen wird. Wer eine Modernisierung des Schulwesens will, muss dafür sorgen, dass sich ihre Träger kontinuierlich qualifizieren können.

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu gehört übrigens auch das Thema Durchlässigkeit. Herr Busemann, Sie halten das so schön hoch. Der Trick mit dem Rechtsanspruch ist wirklich elegant, das räume ich gerne ein. Aber Sie haben sich auf der Einfädelungsspur schon wieder ausgefädelt;

(Beifall bei der SPD - Ingrid Klopp
[CDU]: Quatsch!)

denn mit dem gesamten Konstrukt der Curricula gewährleisten Sie, dass die Durchlässigkeit in der Praxis nicht stattfinden kann. Was habe ich von einem Rechtsanspruch, wenn ich ihn nicht einlösen kann? - Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Ich sehe mit Interesse, wie Sie gegenwärtig bemüht sind, das Thema Reform der Schulverwaltung/Schulinspektion voranzubringen. Ich glaube, es ist eine gute Sache, wenn es gelingt, diese Schulinspektion - der Name mag kritisch sein - als unabhängigen Teil der Landesverwaltung zu beauftragen, kontinuierlich die Qualität der Schulen festzustellen. Aber, Herr Busemann, wenn es Ihnen nicht gelingt, Unterstützungssysteme aufzubauen, dann helfen Ihnen diese ganzen Feststellungen der Qualitätsstandards in den Schulen nicht.

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE])

Sie wissen wie ich, dass im Haushalt dafür keine Mittel vorhanden sind. Ich weiß genau, welche Ratschläge Ihnen im Zweifel aus der Wirtschaft oder aus anderen Bereichen gegeben werden. Wer das nicht umfassend anfasst und dabei nicht auch Geld in die Hand nimmt, bringt einen Rohrkrepierer zustande. Ich glaube, das wollen wir alle zusammen nicht. Deshalb muss genau geprüft werden, wie man das ganze System der Schulverwaltung so organisiert, dass es in der Lage ist, diesen Radikalisierungsprozess des Bildungssektors angemessen zu begleiten.

Ich sage Ihnen eines: Mit Ihren Freunden in den Verbänden werden Sie diese Geschichten nicht hinbekommen. Die wollen das nämlich nicht. Deshalb müssen Sie gucken, wo die richtigen Kooperationspartner dafür sind. Es gibt schon Widerstände - auch bei Ihnen, Frau Körtner. Ich sehe es Ihrem Gesicht an. Ich weiß das ja auch. Das passt Ihnen alles nicht in den Kram. Aber ich sage Ihnen: Ich glaube, der Weg wird nicht aufzuhalten sein. Das wird wohl auch die CDU-Landtagsfraktion nicht schaffen, so viel Mühe sie sich auch gibt.

In diesen Zusammenhang gehört auch, dass wir in den Regionen die Kooperationen verbessern. Der Modellversuch „Regionen des Lernens“ ist, glaube

ich, ein gutes Signal. Wir müssen sehen, dass er eine Fortsetzung findet. Wir brauchen eine verstärkte Bildungsberatung und werden im Übrigen - das ist für die meisten wahrscheinlich ein Tabuthema - darüber reden müssen, wie sich das Zusammenwirken von Land und Kommunen im Schulsektor perspektivisch gestalten soll. Es gibt ja inzwischen Forderungen nach der Kommunalisierung des Schulwesens. Das mag im Moment zwar ein bisschen utopisch klingen, aber die heutige Arbeitsteilung - die einen sind für die Gebäude da und die anderen für das pädagogische Personal - wird nach meiner Einschätzung im Zuge der Umwandlung des gesamten Bildungssystems keine Zukunft haben.

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE]
- Hans-Werner Schwarz [FDP]: Herr Jüttner, das haben Sie schon einmal gesagt!)

- Das ist in Ordnung, wenn Sie meiner Meinung sind.

Herr Busemann hat ja heute die Debatte um die Schulstruktur beendet. Sie findet nicht mehr statt. Vor dem Hintergrund der Berichterstattung in den heutigen Zeitungen wundert mich das sehr. Auch ich habe das in der *Süddeutschen Zeitung* gelesen und gedacht: Vielleicht lesen sie im Ministerium die *Süddeutsche* nicht. Aber Sie müssen zugeben: Das war das einzige Zitat, das Sie gefunden haben. Der Rest der Presselandschaft war eindeutig so, dass klar war: Hier werden Tendenzen korrekt beschrieben: bezogen auf die Finanzierung der Bildung und im Übrigen auch bezogen auf die Gliederung des Bildungswesens in Deutschland. Auch das muss man einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Ich meine, Sie hätten sich auch hier hinstellen können und Frau Professor Allmendinger, die Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zitieren können. Das ist eine sehr angesehene Frau, die auf das Thema "Passt das Bildungssystem zum Arbeitsmarkt von morgen" sagt: nur bedingt. Der Arbeitsmarkt fragt immer stärker Beschäftigte nach, die in der Lage sind, sich als Person weiterzuentwickeln und Innovationsmöglichkeiten für sich zu nutzen. - Ich zitiere weiter: Ein Problem ist die Schule und ihre Gliederung in drei verschiedene Typen. Das gegliederte System sortiert zu viele aus, die von

Talent und Interesse her ohne Weiteres auf den Hochschulen erfolgreich sein könnten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das sind keine verbohrten Bildungsideologen, sondern Leute aus dem ökonomischen Bereich, die das von der Nachfrageseite, von der Wirtschaft her diskutieren. Das müsste Ihnen doch zu denken geben.

Meine Damen und Herren, Ihr gegliedertes System ist weder modern noch begabungsgerecht, weder wohnortnah noch standortsicher.

(David McAllister [CDU]: Ach!)

Es ist nicht die Lösung, sondern es ist Teil des Problems.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Der Satz war druckreif! - David McAllister [CDU]: Zurück in die 70er!)

Herr Busemann hat auf das duale System hingewiesen, das überall in der Welt so gerne nachgeahmt wird. Meine Damen und Herren, das duale System wird weltweit sehr geschätzt, aber über das gegliederte System rümpft die Fachwelt die Nase. Auch das können Sie heute überall nachlesen.

Dabei geht es - es kam ja der Einwurf nach der Einheitsschule - überhaupt nicht um die ideologische Debatte der 70er-Jahre. Deshalb werde ich Ihnen zum Abschluss gerne ein kleines Zitat der Persona non grata Andreas Schleicher vortragen.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Aber nur ganz kurz, Herr Jüttner, Ihre Redezeit ist überschritten.

Wolfgang Jüttner (SPD):

„Mit der Forderung nach einer Einheitsschule wird man sich in Deutschland nicht viele Freunde machen. Die Deutschen stellen sich unter einer solchen Schule noch immer die deutsche Gesamtschule vor, und die ist wahrlich kein Erfolgsmodell.“

(Ursula Körtner [CDU]: Ach nee! - David McAllister [CDU]: Aha!)

- Vorsicht!

„Die Abschaffung der verschiedenen Schultypen ist auch nicht der zentrale Punkt, aber unser Bildungssystem ist ganz auf negative Auslese ausgelegt. Die schlechten Schüler werden einfach in die nächstniedrigere Schulform geschickt und die Probleme damit abgewälzt.“

Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Walter Meinhold [SPD]: So ist es!)

Fazit: Sie haben die niedersächsischen Schulen im letzten Jahr weiß Gott unter Dampf gehalten. Sie haben ihnen viel zugemutet. Sie setzen Dinge fort, die durchaus stimmig sind. Aber, meine Damen und Herren, in den zentralen Fragen sind und bleiben Sie Opfer Ihrer ideologischen Verbohrtheit. Für Ihren Versuch, das PISA-Tal zu verlassen, prognostiziere ich Ihnen massive Orientierungsprobleme.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Klare das Wort. Ich erteile es ihm.

(Beifall bei der CDU)

Karl-Heinz Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die dringend notwendige Neuausrichtung der Schulpolitik in Niedersachsen in nur 18 Monaten vollzogen. Ich möchte zuallererst dem Kultusminister Bernd Busemann ganz herzlich für die eindrucksvolle Regierungserklärung danken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister Busemann, wir wissen, was dahinter steckt. Wir haben in vielen Dingen gemeinsam gearbeitet. Wenn es so umfassend dargestellt wird, wie es der Minister gerade getan hat, dann wird, glaube ich, auch deutlich, welche Mammutaufgabe in dieser relativ kurzen Zeit geleistet worden ist, was da alles in Angriff genommen worden ist. Wenn man so lange in der Schulpolitik ist wie ich und auch - gerade in den letzten Jahren - so viel erlebt hat, dann kann man nur sagen: Dies ist

ein großartiges Ergebnis. Wir freuen uns mit den Schülerinnen und Schülern, mit den Lehrerinnen und Lehrern, dass sie das jetzt weiter bearbeiten können.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Klare, kleinen Augenblick! - Meine Damen und Herren, ich habe nur einem das Wort erteilt. - Herr Klare!

Karl-Heinz Klare (CDU):

Es ist ein immenses Tempo vorgelegt worden. Jetzt muss die Reform wachsen. Das dauert seine Zeit. Die Schule braucht jetzt eine Zeit der Ruhe. Aber der richtige Weg - darauf kommt es an - ist jetzt geebnet.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich möchte - das ist mir ein Anliegen - all denen, die daran mitgewirkt haben, genau so herzlich danken, wie es der Minister getan hat. Ich beziehe selbstverständlich die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen mit ein, ebenso die Elternschaften und die Schüler, wenn sie denn beteiligt waren. Ich hebe die Schulleitungen hervor, die in besonderer Weise an diesen Aufgaben mitgewirkt haben. Ich danke den Schulträgern, dass sie sich diesen Herausforderungen gestellt haben, die Aufgaben gut gelöst haben - übrigens über alle Parteigrenzen hinweg - und sich in den Dienst einer guten Sache gestellt haben.

Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirksregierungen, die zusätzlich und auch sehr gut gearbeitet haben. Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kultusministerium. Ich sage einmal ein bisschen locker - ich bitte, es mir nicht übel zu nehmen -: Dort wurde noch nie so viel gearbeitet wie bei dieser Schulreform.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Viele haben auch die Freude an der Arbeit zurückgewonnen; denn sie haben endlich einmal die Bestätigung für das bekommen, was sie geleistet haben. Dort gibt es nämlich wirklich Könner. Das ist über Jahre ein bisschen vernachlässigt worden. Man muss sich einmal fragen, woran das liegt.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke ferner den Personalräten auf allen Ebenen. 13 000 Lehrkräfte umzusetzen, und zwar so reibungslos, das gelingt nur dann, wenn man von einer Sache überzeugt ist und wenn Lehrkräfte und Personalräte mitziehen. Ich habe den Vorsitzenden des Lehrerhauptpersonalrats, Herrn Liu, vorhin in der Loge gesehen. Ihnen und Ihren Kollegen sei im Namen der CDU-Fraktion auch herzlich gedankt. Es wäre schön, wenn Sie es Ihren Kollegen ausrichten würden.

(Beifall bei der CDU)

In den Personalräten sitzen nun nicht alles in der Wolle schwarz gefärbte Leute, also CDU-Mitglieder. Im Gegenteil; das wissen wir. Wichtig ist, dass sie an einem Strang gezogen haben, weil das Vertrauen in Schulpolitik zurückgekehrt ist. Dies war über Jahre verloren gegangen. Das ist vielleicht das Wichtigste, was wir den Schulen erst einmal geben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die umfassendste Schulreform mit einer grundlegenden Neuausrichtung auf den Weg gebracht, die es in diesem Land jemals gegeben hat; denn wir standen den Schülerinnen und Schülern gegenüber in einer besonderen Pflicht. Das Wissen der Welt verdoppelt sich alle sechs bis sieben Jahre. Die Zugänge zum Wissen der Welt sind völlig verändert worden. Deswegen war die Neuausrichtung überfällig und dringend erforderlich.

Die immer schnelllebigere Veränderungsprozesse in der Gesellschaft verlangen auch von Schule, sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Stillstand ist Rückschritt. So haben wir die Schule auf die Anforderungen von heute und auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichtet.

Ich habe mit Herrn Gabriel - jetzt ist er leider hinausgegangen; aber ich gehe einmal davon aus, dass er draußen am Lautsprecher mithört - im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Neustadt über Schulpolitik debattiert. Er hat dort in einer sehr lockeren Art und mit erstaunlicher Leichtigkeit die Fragen der Schulpolitik behandelt. Es ging um Schulstrukturfragen, Lehrerbildung und Ganztagschulen. Auch zur Unterrichtsversorgung hat er sich geäußert. Das war nicht alles in meinem Sinne - das will ich gerne zugeben -, aber durchaus logisch; das muss man sagen. Aber das Erstaunen über das, was er dort gesagt hat, bleibt: Warum hat dieser Mann das eigentlich nicht umgesetzt, als

er dafür die Verantwortung hatte? Diese Frage müssen wir uns heute stellen.

(Beifall bei der CDU)

Er hätte diesem Land, den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften dadurch viel Ärger und viele Sorgen erspart. Das ist angesichts des Chaos, das hier in den letzten Jahren aufgebaut worden ist, leider die Wahrheit. Ich komme darauf noch zu sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Dann zu den Finanzierungsproblemen, die er da hat. Es gibt kein Erkenntnisproblem, was die Frage von Frühförderung oder von Stärkung der Grundschule anbetrifft. Er hätte das alles umsetzen können, weil die Daten aus der Zeit stammen, in der er Verantwortung getragen hat. Jetzt, glaube ich, will er die Eigenheimzulage dafür in Anspruch nehmen. Vor zwei Jahren war es die Erbschaftsteuer. Ein bisschen weiter zurück war es der Jäger 90. Noch früher, als er bei den Falken war, wollte er, glaube ich, die gesamte Bundeswehr abschaffen, damit in Bildung investiert werden kann.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Da war ich Zeitsoldat!)

- Zeitsoldat, gut! Da hätten Sie sich gleich mit abgeschafft.

(Sigmar Gabriel [SPD]: So ist das mit den Vorurteilen!)

- Genau das ist es! - Genau diese Art einer gewissen Verlogenheit kann ich Ihnen leider nicht absprechen; das ist so.

(Beifall bei der CDU)

Gut, dass Herr Gabriel wieder in den Sitzungssaal gekommen ist und das hören kann.

Herr Jüttner, jetzt zu Ihnen und Ihrer Rede. Ich frage deshalb sehr präzise, weil diejenigen, die uns heute kritisieren, sich erst einmal fragen müssen, wohin sie die Schulpolitik in diesem Lande eigentlich getrieben haben. Herr Jüttner, Sie haben versucht, die persönliche Integrität des Ministers ein bisschen zu beschädigen. Wissen Sie, das ist stilllos. In der Sache setzen wir uns gerne mit Ihnen auseinander. Das werde ich im Laufe meiner Rede auch tun.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Nennen Sie doch einmal ein Beispiel!)

Herr Jüttner, wenn Sie mich gemeint haben, als Sie davon sprachen, dass ein bisschen mit dem Herzen Schulpolitik gemacht würde, so gebe ich das gerne zu. Ich mache mit dem Herzen Schulpolitik, weil unsere Kinder das auch verdient haben. Da gehe ich nicht pragmatisch heran, wie Sie es vielleicht das eine oder andere Mal tun.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eines aber sage ich noch einmal: Wenn Sie alles so gut wissen, wie Sie es heute dargestellt haben, warum haben Sie es nicht umgesetzt, als Sie die Verantwortung getragen haben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich hätte es begrüßt, wenn Sie wenigstens so fair gewesen wären und uns ein wenig Geld übrig gelassen hätten, damit wir das Vernünftige tun können, ohne andere zu belasten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir mussten - das will ich sehr sachlich feststellen - auf einem schulpolitischen Chaos aufbauen, das in Deutschland einmalig war. Das, was wir hier erlebt haben, war ein Debakel.

(Jacques Voigtländer [SPD]: Deswegen macht ihr jetzt alles nach!)

Ich will das auch benennen. Dass Sie die Unterrichtsversorgung als „Sch...“ - Entschuldigung! - bezeichnet haben, ist in allen Zeitungen nachzulesen. Sie haben es so drastisch formuliert, wie es niemand anders tun kann. Möchten Sie das in der Zeitung noch einmal nachlesen?

Ich nenne als Stichworte: Verunsicherung von Lehrkräften, von Eltern, Unsicherheiten bei den Schulträgern, täglich neue Vorschläge aus der Tagespresse, kein Vertrauen. Herr Gabriel hat seine eigene Partei verunsichert. Der schulpolitische Sprecher ist zurückgetreten. Das bildungspolitische Profil der SPD, das sich über Jahrzehnte entwickelt hat, alte Grundüberzeugungen wurden über Nacht über den Haufen geworfen, weil Ministerpräsident Gabriel mit eigenwilligen Ideenskizzen kam, um wieder einmal Schlagzeilen in der Presse zu machen. Das war die Realität. Die niedersächsische SPD, Herr Jüttner, machte alles mit. Sie verlor damit fast alles, zunächst ihre schulpolitische Glaubwürdigkeit und am Ende auch die Regierungsverantwortung. Das wirklich Fatale daran ist, dass die innerparteilichen Auseinandersetzungen der Regierungspartei SPD allein über

Fragen der Schulstruktur Niedersachsens in den letzten 13 Jahren enorm zurückgeworfen haben. Das ist die Wahrheit. Sie haben unsere Kinder in Niedersachsen jahrelang benachteiligt, weil Sie nicht in der Lage waren, eine vernünftige Schulpolitik zu machen, die ganz sicher mehr ist als ein Streit über Schulstrukturfragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jede Fundamentalkritik in diese Phase hinein, in der der dringend notwendige Neuanfang an den Schulen gerade einmal drei Wochen läuft, ist schlichtweg unverantwortlich. Es ist zugleich unglaubwürdig, weil - ich sage es noch einmal - Sie nicht in der Lage sind, auch nur einen abgestimmten Vorschlag zu präsentieren, der eine halbwegs glaubwürdige Alternative darstellt. Die SPD in Niedersachsen war in anderthalb Jahren nicht in der Lage, auch nur einen Grundsatz mit einem schulpolitischen Konzept zu entwickeln. Ich denke, das sagt wohl alles über den Zustand der SPD in Niedersachsen. Herr Landesvorsitzender Jüttner, das wäre eine Aufgabe, der Sie sich jetzt stellen könnten.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie werden sich wundern!)

Wer so kleinkariert, wie Sie es hier gemacht haben, die wirkliche Erfolgsbilanz von Kultusminister Busemann zu zerreden versucht, ohne Alternativen zu benennen, hat nicht die Kinder, sondern Parteistrategien im Auge, Herr Jüttner.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Bei den Grünen wird es ähnlich sein; das werden wir gleich erleben. Sie kündigen ständig ein neues Schulkonzept an. Bis jetzt liegt noch nichts vor. Da, wo Sie mitregieren, ändern Sie nichts. Hier aber reden Sie von tollen Schulkonzepten. Bisher haben Sie aber nur geredet, und es gibt kein einziges verschriftetes Wort, das wir nachlesen können.

Meine Damen und Herren, wir mussten die Schulreform zügig umsetzen, und sie musste in einem Guss umgesetzt werden, weil die Schulen langfristige verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, mit denen gearbeitet werden kann. Das wussten alle Beteiligten. Es gab hier keine halben Sachen. Weil Sie das genau so gesehen haben wie wir, waren viele bereit, sehr hohe Belastungen auf sich zu nehmen.

Die Kritik vor allem der Grünen, aber auch die der SPD, wir hätten zu viel auf einmal gemacht, ist falsch und unseriös. Ich muss Sie an einiges erinnern. Wäre das noch im Juni 2002 beschlossene Schulgesetz - das ist ja noch gar nicht so lange her - umgesetzt worden, wären Förderstufen nur an vierzügigen Schulsystemen angegliedert worden. Das hätte bedeutet, dass alle anderen Schulen in diesem Lande - das ist die Masse der Schulen - hätten aufgelöst werden müssen. Ihr Gesetz hätte damals zu einer massiven Schulkonzentration mit der zwangsläufigen Folge von umfangreichen Neubaumaßnahmen, einer Vielzahl von Umbauten sowie einer Masse von leer stehenden Schulen geführt.

Mit dem neuen Schulgesetz haben CDU und FDP hunderte von Schulstandorten und damit auch wichtige infrastrukturelle Einrichtungen in diesem Lande gerettet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb war die zügige Behandlung des Schulgesetzes in einem Guss besonders wichtig.

Ich habe mich damals gefragt, warum die Kommunen angesichts dieser Beschlusslage eigentlich nicht auf den Barrikaden waren; denn sie wussten ja, was sie umsetzen mussten. Ich erinnere an die Frage zwangsläufiger Schulschließungen. Ich glaube, für viele ist diese Standortfrage damals in den Hintergrund getreten, weil man viel stärker auf den größten pädagogischen Unsinn, den in der Geschichte Deutschlands eine Landesregierung vollbracht hat, fokussiert war: Sie wollten eine Förderstufe so, wie sie beschrieben ist, einrichten. Das war der größte schulpolitische Unsinn, den es je gab. Wer sich damit befasst hat, weiß, wovon ich rede.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses neue Gesetz hat nicht nur hunderte von Schulen vor dem Aus bewahrt; wir haben auch erreicht, dass eine Vielzahl von neuen Schulen zum Jahresbeginn eingerichtet wurde. Das wird zurzeit in den Städten - der Minister hat vorhin einige genannt - groß gefeiert und mit Recht gefeiert. Die Leute freuen sich darüber, neue Schulstandorte in ihren Mauern zu haben. Das ist eine tolle Sache, eine gute Geschichte, die die neue Landesregierung mit auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auch einer alten Forderung, die Sie immer aufstellen, wird hiermit entsprochen. Mit diesen neuen Schulen insbesondere im ländlichen Raum wird nämlich ein erleichterter Zugang zu Realschulabschlüssen oder gymnasialen Abschlüssen geschaffen. Wir sind uns sicherlich einig darin, dass dies gewürdigt werden muss; denn dies entspricht auch den Forderungen der OECD-Studien.

Es gibt übrigens eine interessante Parallele zum Regierungswechsel im Jahre 1976, zum Wechsel zur Regierung von Ernst Albrecht. Damals hatte die alte Landesregierung über 3 000 kleine Grundschulen geschlossen. Dann kam Kultusminister Werner Remmers und hat ca. 1 800 kleine Grundschulen, deren Auflösung schon beschlossen war - die Kommunen hatten die Verfügung schon in der Hand -, vor der Schließung gerettet. Diese Grundschulen arbeiten heute noch zum Wohle der Kinder, meine Damen und Herren. „Kurze Wege für kurze Beine“ war damals das Stichwort.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Emsländer Werner Remmers rettete bei der Regierungsübernahme 1976 1 800 kleine Grundschulstandorte. Der Emsländer Bernd Busemann rettet bei der Regierungsübernahme 2003 hunderte von Schulen im Sekundarbereich I. - Eine schöne, interessante Parallele, meine Damen und Herren. Ein Glück, dass es die Emsländer gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind in diesem Lande auf gut ausgebildete junge Menschen angewiesen. Sie sind ein Standortfaktor, mit dem wir wuchern müssen. Deshalb - Herr Jüttner, Sie waren im Kabinett in der Verantwortung - habe ich nie verstanden, wie ignorant man sich gegenüber zentralen Problemen in der Bildungspolitik verhalten hat. Es musste Sie doch auch umtreiben, dass unsere Kinder bei den nationalen Vergleichstests immer die Verlierer waren! Es musste Sie doch irgendwie auch anspornen, sie wieder einmal auf die Siegerstraße zu bringen! Aber das hat Sie nicht interessiert. So war leider die Diskussion. Es musste Sie doch umtreiben, dass 10 % eines Jahrgangs ohne Schulabschluss die Schule verließen!

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist ja jetzt besser geworden!)

- Darauf komme ich noch zu sprechen. Aber wenn Sie erwarten, dass eine Reform, die sich seit drei Wochen in der Umsetzung befindet, schon nach so kurzer Zeit diese Erfolge zeigt, dann erwarten Sie meines Erachtens ein bisschen zu viel, Herr Jüttner. Ich nehme an, dass wir uns darin einig sind.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Dann warte ich also noch ab!)

Es hat uns umgetrieben, dass 10 % eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss und ohne Hoffnung auf eine vernünftige berufliche sowie auf eine persönliche Perspektive verlassen. Ich habe mich gefragt, warum Sie nicht darauf reagiert haben, dass von weiteren 15 % der Schüler, auch wenn sie einen Schulabschluss erlangt haben, gesagt wird, ihre Kenntnisse reichten nicht aus, um eine erfolgreiche Ausbildung zu absolvieren. Die Zahlen waren Ihnen doch gegenwärtig. Wir haben sie Ihnen doch immer gesagt.

Meine Damen und Herren, Sie haben das Problem nicht angefasst, geschweige denn in den Griff bekommen

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und 20 bis 25 % eines Jahrgangs sozusagen in eine ungewisse Zukunft geschickt. Sie hatten damals die Verantwortung.

(Reinhold Coenen [CDU]: Ungeheuerlich!)

Meine Damen und Herren, es hilft diesen jungen Menschen nicht, wenn Sie jetzt alles, was anläuft, kaputtreden. Das ist eine Auffassung von Politik, für die ich keine Worte habe. Sie reden alles kaputt, haben die Verantwortung für eine miserable Politik und sind nicht in der Lage anzuerkennen, welche guten Entwicklungen mit den initiierten Maßnahmen eingeleitet worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Antwort ist die Schulreform aus einem Guss.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Aufguss!)

Ich stehe auch zu einem gegliederten Schulwesen. Ein dreigliedriges Schulwesen haben wir in Niedersachsen nicht, auch wenn Sie es immer wieder behaupten. Profilierte Schulen, hohe Durchlässigkeit und neue Inhalte, gute Unterrichtsversorgung und der ganzheitliche Ansatz, insbesondere die

Einbeziehung der Förderung von drei- bis fünfjährigen Kindern im Kindergarten, also das niedersächsische Modell, sind in Deutschland ein Markenzeichen geworden. Ich nenne weiterhin die besondere Sprachförderung, den Weg in die eigenverantwortliche Schule usw. Diese Maßnahmen mussten sozusagen in einem Zusammenklang umgesetzt werden. Das ist die neue Schulreform.

Sie haben nicht geglaubt und vielleicht auch noch nicht einmal gehofft, dass wir diese Maßnahmen mit all den Anhörungen und Fachgesprächen in so kurzer Zeit umgesetzt haben.

(Reinhold Coenen [CDU]: Gehofft haben sie es!)

Hätten wir es nicht geschafft, dann wären Sie doch die Ersten gewesen, die über uns hergefallen wären. Das ist doch die Wahrheit. Das merken wir doch auf den Veranstaltungen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt, wo wir es geschafft haben, behaupten Sie, dass wir zu viel auf einmal gemacht hätten. Sie kritisieren, dass wir den Schulen zu viel zugemutet hätten.

(Reinhold Coenen [CDU]: Sie können uns nicht folgen! - Ina Korter [GRÜNE]: Das sagen die Schulleiter! - Jacques Voigtländer [SPD]: Gesagt hat das zwar noch niemand, aber das müssen Sie ja jetzt sagen!)

- Herr Voigtländer, Sie werden nicht mehr so oft zu den Veranstaltungen eingeladen. Das ist leider ein Problem. Das bleibt jetzt anderen überlassen, und die hören so etwas nun jeden Tag. Fragen Sie einmal Frau Korter!

Ich bin fest davon überzeugt, dass Niedersachsen mit dieser Richtungsentscheidung für das moderne Schulwesen den richtigen Weg eingeschlagen hat: ein klares Profil, Schulen, die wieder erkennbar sind, ausgerichtet auf die Begabungen der Schüler mit langfristig organisierten Bildungsgängen.

Herr Jüttner, Bildung ist kein statischer Begriff, auch wenn Sie uns das immer wieder unterstellen - ich sage das nachher noch etwas deutlicher -, und Lernen vollzieht sich immer dynamisch. Darin sind wir uns ja einig. Das ist eine allgemeine Feststellung, die ich hier einmal treffen muss, damit Sie uns nicht immer vorhalten, wir würden in die

50er-Jahre zurückgehen. Deshalb benötigen wir die verschiedenen Wege des Lernens. Das ist doch die einzige richtige Antwort: orientiert an den verschiedenen Persönlichkeiten. Wenn Sie heute in der Kirche waren, dann haben Sie bestätigt bekommen, dass unsere Kinder - alle, jedes einzelne Kind - verschiedene Persönlichkeiten sind. Der Bischof hat heute gesagt, das sind alles Prinzessinnen und Prinzen. So weit gehe ich heute in der bildungspolitischen Diskussion nicht. Nur, wir müssen doch ein Schulsystem entwickeln, das auf die Kinder, auf deren unterschiedliche Persönlichkeiten, eingeht und ihnen entsprechende Fördermöglichkeiten lässt. Das geht nun einmal nur dann, wenn wir verschiedene Wege des Lernens anbieten.

Das Credo heißt: Wir wollen die richtige Schule für jeden Schüler und für jede Schülerin. So kann der Anspruch auf individuelles Fördern und Fordern optimal umgesetzt werden. Insbesondere dazu, nämlich zu einer Verpflichtung, auf der einen Seite den Schwachen zu helfen - das wird im Schulgesetz deutlich gemacht - und auf der anderen Seite auch den sehr Guten zu helfen - auch das ist im Schulgesetz eindeutig niedergelegt -, stehen wir.

(Ina Korter [GRÜNE]: Wo helfen Sie denn? Sie sortieren sie doch aus!
- Ursula Körtner [CDU]: Frau Korter wird es nie verstehen!)

Meine Damen und Herren, Sie alle zusammen haben geglaubt - einige von Ihnen glauben es heute noch -, dass man die Spitze, also die sehr guten Schülerinnen und Schüler, ignorieren kann. Wenn ich diese Zwischenrufe höre, dann muss ich Ihnen vorwerfen, dass Sie das leider immer noch tun. Sie meinen, verschiedene Talente können gleichgemacht werden. Diesem pädagogischen Irrglauben laufen Sie und viele Linke noch hinterher. Das System hat aber nicht funktioniert. Wir haben im Gegenteil den Rechtsanspruch auf Förderung von Förderschülern und von Hochbegabten in das Schulgesetz geschrieben, meine Damen und Herren. Das ist unser Anspruch - nicht mehr und nicht weniger.

Ich habe auch gehofft, dass wir nach der Landtagswahl bezüglich der Schulstrukturpolitik Ruhe haben. Dem ist leider nicht so, wie ich einigen Anträgen entnehmen muss. Kämpfen Sie weiter für Ihre Klientel, wenn Sie meinen, dass das wichtig ist. Mit einer Schulpolitik für Kinder hat das nichts zu tun. Wir kümmern uns um Inhalte. Bitte tun Sie

uns der Sachlichkeit und Glaubwürdigkeit wegen nur einen Gefallen: Wenn Sie von der einen Schule für alle reden, dann grenzen Sie die nicht aus, die einen ganz besonderen Förderbedarf haben, und zwar die Kinder in unseren zehn Förderschulformen. Darüber reden Sie überhaupt nicht, weil Sie von diesem Thema keine Ahnung haben und sich überhaupt nicht damit befassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Ina Korter [GRÜNE]: Wir grenzen überhaupt niemanden aus!)

Meine Damen und Herren, wenn heute - so wie Sie hier und anderer Stelle - Grüne und Sozialdemokraten, das Wort von der einen Schule für alle im Munde führen, dann haben sie sich unzureichend mit der Sonderschulpädagogik auseinander gesetzt. Oder sie klammern die Schüler von vornherein mit ihren berechtigten Förderansprüchen aus. Noch ein Vorurteil, mit dem ich gerne aufräumen möchte - Sie brauchen in Ihrer Rede dann gar nicht darauf einzugehen -: Wenn Sie von „Standesdenken“ und „zurück in die 50er-Jahre“ reden - ich habe es heute auch in den Nachrichten von irgendjemandem gehört; ich kann nicht sagen, von Ihnen -, wenn Sie sagen, wir wollten die Schulpolitik in die 50er-Jahre zurückversetzen, dann ist das purer Populismus oder - ich muss es besser sagen - unsinniger Populismus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich war Hauptschullehrer. Ich war gerne Hauptschullehrer. Ich war auch Leiter einer Hauptschule. So etwas zu behaupten, ist Unsinn, weil eine Hauptschulklasse kein monolithischer Block ist, in der nur Schüler sind, die gleichgeschaltet einen Beruf lernen wollen. Nicht alle wollen Schlachter werden - nichts gegen den Beruf. So laufen Sie durch die Gegend, und Sie wissen, dass das Unsinn ist, dass es in einer Hauptschule ein sehr differenziertes Angebot gibt. Dort gibt es viele unterschiedliche Menschen, Hochbegabte, Schüler mit fachlichen Stärken und natürlich auch Schwächen. Das Unterrichtsangebot in einer Hauptschule ist sehr differenziert.

(Ina Korter [GRÜNE]: Aber erst nachdem wir sie gemacht haben!)

Wer behauptet, die Bildungswege führen in die Sackgasse, der stempelt diese Kinder ab und programmiert sie auf ganz bestimmte Berufe. Ich kann nur sagen: keine Ahnung von Schulpraxis.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gerade in der Hauptschule gibt es gute und schlechte Zeugnisse und Abschlüsse. Man kann die 10. Klasse besuchen oder in das differenzierte Berufsschulwesen übergehen. Die Schüler können dort die Fachhochschulreife und auch die normale, die uneingeschränkte Hochschulreife erlangen. All das negieren Sie. Sie tun so, als wenn es das nicht gibt, weil es das in Ihrem Kopf nicht geben darf, weil Sie keine Perspektive für Hauptschulen sehen wollen und weil Sie Schwächere ausklammern. Das ist doch der Punkt.

(Ina Korter [GRÜNE]: Das ist ja wohl nicht wahr! Wer hat sich denn für Integration stark gemacht?)

Deswegen kann ich nur sagen: Lassen Sie diese parteipolitischen Taktiken heraus, und erzählen Sie diesen Menschen nicht weiterhin solchen Unsinn. Wenn Sie dann die Diskussion insgesamt betrachten, dann nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, was jetzt bewiesen ist, nämlich dass es ein ganz gewaltiges Leistungsgefälle zwischen SPD-regierten und unionsregierten Ländern gibt.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Warum wohl!)

Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass das System in den unionsregierten Ländern sozial gerechter ist als das in den SPD-regierten Ländern. In unionsregierten Ländern gelingt es besser, leistungsstarke Schüler zu fördern, ohne die Kinder zu benachteiligen, die aus sozial schwachen oder Ausländerfamilien kommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, man kann es noch konkreter machen: Schon in der Grundschule gibt es bemerkenswerte Leistungsspitzen. Die Förderung der Schwächsten wird trotzdem nicht vernachlässigt. Ein Ergebnis der nationalen Grundschulleseuntersuchung lautet: In Bayern und Baden-Württemberg können Migrantenkinder besser Deutsch lesen als deutsche Kinder in Bremen. Das ist die Antwort, die dort gegeben wird.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das muss ja irgendwelche Gründe haben. Auch darüber sollten Sie einmal nachdenken. Sie sollten diese Fakten nicht immer ausklammern. Wenn wir dann über PISA reden, dann muss man sagen, dass Bayern auch im Vergleich mit allen anderen

Ländern, wie Finnland, Schweden usw., nicht irgendwo, sondern im obersten Drittel liegt. Das sollten Sie sich einmal vergegenwärtigen; Sie sollten Bayern nicht immer so abstempeln, als wenn es nur in Deutschland eines der besten Länder ist.

Ich habe mich auch gefragt - das haben Sie zum Schluss gesagt -, was das Gerede von Selektion soll. Ich sage es Ihnen noch einmal deutlich: Der Begriff „Selektion“ hat im pädagogischen Sprachbereich nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wer so über Selektion redet, dem geht es nicht um die Interessen der Kinder, sondern benutzt dieses Wort als Kampfbegriff. Das hilft nicht, sondern das schreckt in jeder Form ab.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir können gerne darüber streiten, ob der Zeitpunkt für die Aufnahme in ein differenziertes Schulsystem nach der vierten Klasse der richtige ist. Wir haben unsere Haltung und können diese gut aus Lernentwicklungsgründen erklären. Aber das hat doch nichts mit Selektion zu tun. Was wollen Sie denn damit bewirken?

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Ich kann das auch auf Deutsch sagen: Dann heißt es Aussortieren! Wie nennen Sie es denn?)

- Das ist genauso ein Zirkus; das sage ich Ihnen. Das muss ich nicht sachlich begründen.

Gleichermaßen ist das natürlich auch ein Affront gegen unsere Lehrkräfte. Denn mit solchem Gerede, meine Damen und Herren, sprechen Sie den Lehrerinnen und Lehrern sozusagen jede Einflussmöglichkeit ab der fünften Klasse ab. Die Zuweisung auf eine weiterführende Schule ist nicht das Ende des Förderns. Ganz im Gegenteil: Durch langfristige Bildungsgänge werden neue Möglichkeiten geschaffen, Kinder langfristig zu bilden.

Wir haben die Inhalte auf die Erfordernisse der heutigen Zeit ausgerichtet. Das war ein ganz wichtiger Punkt. Wir stärken Naturwissenschaften, und zwar in allen Schulformen. Ich weiß, wie schwer Sie es damals hatten - das gebe ich gerne zu -, die entsprechenden Lehrer für Physik und Chemie zu finden. Aber es war für mich beunruhigend, dass Sie wegen des Lehrermangels bei diesen Fächern immer Abstriche gemacht haben. Es war und ist

heute noch schwer. Der Minister hat darauf hingewiesen, Lehrer mit entsprechenden Fächerkombinationen zu finden und diese Fächer zu besetzen. Aber es ist weitestgehend gelungen, weil wir auch Seiteneinsteiger, also Fachleute für Physik und Chemie, eingestellt haben. Das ist gut so, weil es besser ist, dass ein Fach unterrichtet wird - ob von einem Seiteneinsteiger oder nicht, aber diese haben sich in vielen Bereichen bewährt -, als wenn es, wie es bei Ihnen der Fall war, ausfällt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Vermittlung von neuen Technologien ist besonders in der Hauptschule wichtig - gerade weil Eltern von Hauptschülern diese technische Einrichtung oft nicht zu Hause haben. Hier liegt ein besonderer Schwerpunkt. Wichtig ist auch die Stärkung des Fremdsprachenunterrichts. Was ist eigentlich modern in einem zusammenwachsenden Europa? - Es ist gut, die Fremdsprachen so auszustatten, wie wir es gemacht haben. Das Erlernen der ersten Fremdsprache ist ab Klasse 3 verpflichtend, die zweite Fremdsprache folgt ab Klasse 6 und die dritte ab Klasse 7. Meine Damen und Herren, wir haben im Sinne eines ganzheitlichen Bildungskonzepts die Zusammenarbeit von Grundschulen und Kindergärten gesetzlich vorgeschrieben. Das steht jetzt übrigens zum ersten Mal - Sie haben davon geredet - im Schulgesetz. Die Entwicklungsstufe von Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren erhält jetzt ein besonderes Augenmerk. Auch das ist über Jahre vernachlässigt worden. Das nehme ich aber niemandem übel. Es ist bei uns in Deutschland überall vernachlässigt worden. Heute wissen wir, dass die Kinder in dieser Altersstufe die größten Entwicklungsmöglichkeiten haben und wahrscheinlich am meisten lernen können. Dieser Entwicklungszeitraum wird von uns gefördert. Das ist übrigens nicht mit einer Vorschule gleichzusetzen. „Vorschule“ klingt abwertend. Das kann man doch einmal anerkennen, meine Damen und Herren, man muss nicht immer nur kleinkariert kritisieren.

Der Orientierungsplan für Bildung ist erwähnt worden. Was mich dabei interessiert hat: Es ist dem Minister gelungen, die verschiedenen unterschiedlichen Träger zum ersten Mal unter einen Hut zu bringen und für alle Kindertagesstätten etwas Gemeinsames zu erreichen. Das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit das für alle einmal klar ist: Ich finde es schön, wie Sie über Kindergärten reden. Aber ich erinnere gern daran - das gehört auch etwas zur Wahrheit der letzten 13 Jahre -, dass Sie sich damit schmücken, Sie hätten Kindertagesplätze geschaffen oder viel zur Schaffung beigetragen. Geschaffen haben sie aber die Kommunen und Träger. Sie haben eine 100-prozentige Übernahme der Personalkosten versprochen, haben aber zum Schluss nur 20 % übernommen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit haben Sie auch dazu beigetragen, dass die Verschuldungssituation der Kommunen heute so ist, wie sie ist.

Eine wichtige Maßnahme ist die Sprachförderung: Jeder Schüler, der in Deutschland die Grundschule besucht, muss Grundlagen der deutschen Sprache beherrschen. Das ist nichts Abstraktes, sondern das ist notwendig, weil die Kinder erst durch das Erlernen der deutschen Sprache in die Lage versetzt werden, Lernfortschritte zu erzielen und am Leben teilzunehmen. Das geht nicht, wenn sie nur in der Ecke sitzen. Es ist auch wichtig, weil nur ein nicht deutsch sprechendes Kind in einer Grundschulklasse die anderen Kinder an der Weiterentwicklung hindert. Deswegen ist das der richtige Schritt. Die niedersächsische Sprachförderung hat bundesweit Anerkennung gefunden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, es ist richtig: Das alte Modell, das Sie vorbereitet haben, ist jetzt von Kultusminister Busemann praxistauglich gemacht worden. Ich bin auch der Meinung, dass wir nach dem zweiten Durchgang darüber reden müssen, dass das eine oder andere möglicherweise verändert werden muss. Ich habe gehört, dass es an der einen oder anderen Stelle einen relativ hohen Verwaltungsaufwand gibt. Wenn sich das denn so bewahrheitet, kann man es ja abbauen. Ich habe auch gehört, dass die Tatsache, dass in manchen ländlichen Bereichen sehr kleine Gruppen gebildet werden müssen, zu etwas weniger Unterrichtsstunden führt. Das muss geändert werden. Deswegen erfolgt eine Bestandsaufnahme, vielleicht auch eine stärkere Einbeziehung der Kindertagesstätten. Es muss aber klar sein, dass die Qualität in dieser Frage auf keinen Fall verändert werden darf. Sie ist hoch und soll hoch bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die OECD-Studie brauchten wir nicht als Hinweis, um über die zentrale Bedeutung der Grundschule zu reden. Die Grundschule ist die wichtigste Schulform. Dazu bekennen wir uns, und das sagen wir überall. Wir haben dies auch im Wege eines Erlasses umgesetzt. Der Grundsatzterlass zur Arbeit in der Schule ist übrigens das Beste, was zurzeit deutschlandweit auf dem Markt ist, meine Damen und Herren. Das muss man auch einmal in Richtung Kultusministerium und der Mitarbeiter, die daran gearbeitet haben, sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben die Grundschule besonders gestärkt, aber die Grundschule muss sich verändern, weil sie jetzt eine neue Stellung im Schulsystem hat. Die Orientierungsstufe ist weg. Meine Damen und Herren, die Grundschule bleibt eine Schule des Behütens und der Lernfreunde; das ist überhaupt keine Frage. Aber, lieber Herr Meinhold, wir sind uns hoffentlich darin einig, dass es auch wieder eine Schule sein wird, in der viel intensiver gelernt werden muss, und dieses Lernen wird sich entscheidend über Unterricht definieren müssen.

(Beifall bei der CDU)

Besonders wichtig ist eine alte Forderung, die immer wieder aufgestellt wird: Macht doch eine Grundschule so, dass grundlegende Bildung vermittelt wird. Die Leute sollen Deutsch und Mathe lernen, sie sollen Musik und einige Dinge mehr haben, aber die grundlegende Vermittlung ist wichtig. Meine Damen und Herren, wer in der Grundschule nicht richtig lesen, schreiben und rechnen kann, wird große Probleme haben, eine schulische Perspektive zu erlangen. Wahrscheinlich lernt er es gar nicht mehr. Deswegen haben wir sechs Stunden Deutsch täglich in die Stundentafeln hineingeschrieben - übrigens haben die Sachsen acht Stunden Deutsch, aber die wissen auch, warum -, weiterhin fünf Stunden Mathematik - sogar sechs Stunden in der zweiten Klasse - und drei Stunden Englisch, verpflichtend. Meine Damen und Herren, so vermittelt man grundlegende Bildung, und am Ende gibt es eine sehr verantwortbare Schullaufbahnpflichtempfehlung, wie wir jetzt schon gesehen haben. Ich glaube, es ist eine gute Sache, die Grundschule in dieser Weise auszustatten. Wir werden damit den OECD-Forderungen gerecht.

Wie ich gesagt habe, bekommen die weiterführenden Schulen ein besonderes Profil. Ich mache es Ihnen einmal am Beispiel der Hauptschulen deutlich. In der Hauptschule wird jetzt inhaltlich und organisatorisch auf die Arbeitswelt vorbereitet. Meine Damen und Herren, eine ganz zentrale Forderung der ausbildenden Wirtschaft - auch in der Anhörung - lautet: Berufliche Orientierung in der Hauptschule muss gestärkt werden, und zwar durch Praxistage, indem Experten in die Schule geholt werden, durch Zusammenarbeit mit berufsbildenden Schulen und durch mehr Betriebspraktika. 60 bis 80 Tage berufliche Orientierung - das ist einmalig in Deutschland. Wenn diese Schülerinnen und Schüler diese profilierte Hauptschule verlassen, haben sie Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickelt und sich angeeignet, die sie so an keiner Schulform lernen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und weil das so ist, haben sie wieder Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die ausbildenden Betriebe freuen sich darauf, solche ausgebildeten Leute zu bekommen. Ich bin sicher: Wenn sich dieses System, das jetzt ab der siebenten Klasse anläuft, in der Weise entwickelt, dass wir am Ende wieder eine höhere Zahl von Ausbildungsplätzen haben, weil die ausbildenden Betriebe endlich wieder die Leute bekommen, die sie brauchen und die sich entwickeln können, dann möchte ich Ihnen eines gerne mitgeben, da Sie jetzt ja wieder da sind. Ich bitte Sie herzlich - Walter Meinhold, du bist Hauptschulleiter gewesen -

(Walter Meinhold [SPD]: Ja, bitte!)

die öffentliche Diffamierung der Hauptschule und ihrer Schülerschaft ab sofort zu unterlassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Hauptschule braucht öffentliche Unterstützung; das ist wichtig. Sie darf nicht zum Modernisierungsverlierer werden, weil Sie gerade mal wieder eine neue Struktur im Kopf haben. Hören Sie auf, die Hauptschule als Restschule zu diffamieren. Ich finde es infam, eine Schule, auf die 20 %, 25 % oder auch nur 10 % der Schüler gehen - das ist egal und in den Regionen unterschiedlich -, als Restschule zu erklären. Was sind denn Sie mit Ihren 7 %, meine Damen und Herren? Wenn dort schon 25 % ein Rest ist, dann sind Sie möglicherweise noch viel weniger.

Damit auch das klar ist. Mit der von Ihnen geforderten Abschaffung der Hauptschule ist kein einziges schulpolitisches Problem gelöst, sondern allenfalls wegbefördert, und zwar sprachlich. Ich habe vor kurzem mit Herrn Oesterhelweg eine Hauptschule besucht und mit einem Hauptschulleiter gesprochen, der sich dafür bedankt hat, dass er die fünften und sechsten Klassen wieder an die Schule bekommt.

(David McAllister [CDU]: Das ist auch meine Einschätzung!)

Sie können endlich wieder langfristig pädagogische Arbeit machen. Sie können eine Band gründen; das konnten sie vorher nicht. Sie können fünf Jahre zusammenbleiben. Meine Damen und Herren, sehen Sie doch einmal die neuen pädagogischen Chancen dieser Zusammenarbeit in einer profilierten Schule. Reden Sie sie nicht kaputt, sondern warten Sie einfach ab, was sich dort entwickelt. Urteilen Sie dann, wenn wir vielleicht einen oder zwei Jahrgänge hinter uns haben.

Ich sage auch etwas zu den Bildungsstandards, weil sie die Schule besonders verändern. Bildungsstandards legen fest, welches verbindliche Wissen, welche Kompetenz Schülerinnen und Schüler zum Abschluss ihrer Schulzeit erworben haben müssen. Das wird zentral getestet. In Niedersachsen - das entspricht einer alten Forderung - wird es keinen Abschluss ohne eine zentrale Überprüfung der Bildungsstandards mehr geben. Der Staat, das Land Niedersachsen, garantiert mit dem Stempel auf dem Abschlusszeugnis, dass die Schüler bestimmte Dinge gelernt und sich angeeignet haben können. Das Abschlusszeugnis in Niedersachsen gilt übrigens bundesweit und nicht nur für Niedersachsen. Herr Jüttner, Sie haben es vorhin ein bisschen negativ dargestellt. Wir alle waren uns einig über bundesweite Bildungsstandards. Mit dem Stempel gibt es eine Garantie. Ein Abschlusszeugnis heißt, man kann ganz bestimmte Dinge. Deswegen wird die ausbildende Wirtschaft sagen, wenn der Staat ihr das garantiert, dann nimmt sie die Leute. Ich bin mir sicher, dass sich das in der Zusammenarbeit zwischen der ausbildenden Wirtschaft und der Schule in besonderer Weise hervorragend entwickeln wird.

Meine Damen und Herren, es stehen noch einige weitere Projekte an, die vorsichtig angegangen werden, z. B. die Neuausrichtung der Lehrerbildung. Hier werden die Praxisanteile verstärkt. CDU und FDP werden bei der Entwicklung der Studien-

gänge Bachelor und Master ein ganz besonderes Augenmerk auf den verstärkten Praxisbezug in diesen Studiengängen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen ein Umdenken in der Lehrerfort- und -weiterbildung. Ein „Weiter so“, wie Sie es angeht oder eingefordert haben, Herr Jüttner, kann es ja gar nicht geben. Wer weiß, wie zentrale Fortbildungsangebote auf den Markt gebracht worden sind, ohne dass sie am Bedarf orientiert waren - das heißt, die Kurse sind ausgefallen -, der kann so nicht weitermachen. Deswegen werden wir uns auf die regionale und schulinterne Lehrerfortbildung konzentrieren und sie ausbauen. Aber wir werden auch neue Wege gehen, indem wir andere Anbieter, z. B. Erwachsenenbildungseinrichtungen, Universitäten oder die Wirtschaft bitten, sich an der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, mein vorletztes Wort betrifft die Lernmittelausleihe. Wenn man nichts mehr hat, dann ist es schwer, eine vernünftige Lehrmittelausleihe zu machen. Aber, Herr Jüttner, es ist der falsche Weg, das zu glorifizieren, was Sie in der Vergangenheit auch immer wieder mit Kürzungen vorgelebt haben. Wenn Kinder die Bücher zehnmal umwälzen müssen, dann ist das nicht das Gelbe vom Ei. Das sollten auch Sie rückwirkend selbstkritisch feststellen. Eines kann ich Ihnen sagen: Alles, was damals an die Wand gemalt worden ist, als der neue Erlass kam, hat sich fast in nichts aufgelöst. Die großen Bedenkenträger sind jetzt ruhig geworden, weil das Kultusministerium bzw. dessen Mitarbeiter zum Teil in Einzelgesprächen mit den Leuten gesprochen haben. Jetzt kommt wieder Geld in die Schulen. Natürlich ist es das Geld der Eltern. Das ist gar keine Frage; das muss man auch zugestehen. Aber es kommt Geld in die Schule, und jetzt können neue Bücher angeschafft werden. Das ist in der schwierigen Lage, in der wir uns befinden haben, ein guter Effekt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Jüttner, der letzte Punkt, den ich ansprechen will, ist mir ein bisschen auf den Zeiger gegangen. Sie und Unterrichtsversorgung - ich will keine Vergleiche nennen. Meine Damen und Herren, wir haben die Situation vorgefunden, dass Sie die Unterrichtsversorgung um 14 % nach oben manipuliert haben. Eine 84-prozentige Unterrichtsversorgung wäre also in Wahrheit eine 70-prozentige

gewesen. Das war die alte Strategie. Dies haben Sie uns vorgemacht.

Jetzt haben wir einen Paradigmenwechsel bei der Unterrichtsversorgung. Es gibt nun Pflichtstunden und weniger Zusatzbedarf. Aber die Pflichtstunden sind ausgeweitet worden: Realschule plus vier, Grundschule plus zwei, Hauptschule plus zwei und andere Schulformen auch. Es gibt mehr Pflichtstunden, und diese Pflichtstunden werden erteilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die fallen auch nicht aus; die werden erteilt.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren kann endlich der Unterricht stattfinden, der in den Stundentafeln dargestellt wird und auf den die Schüler einen Anspruch haben. Die 2 500 Lehrer, die wir zusätzlich eingestellt haben, sind alle noch da. Es wurde keiner von ihnen entlassen. Ich kann Ihnen auch sagen, dass in diesem Jahr alle freien Stellen wieder besetzt worden sind - zwar gestaffelt, aber sie sind besetzt worden - und dass 2005 alle frei werdenden Stellen auch wieder besetzt werden - zwar gestaffelt, aber sie werden besetzt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das wollen wir erst einmal sehen!)

Das ist wichtig, meine Damen und Herren, weil unsere jungen Leute, die eine Lehrerausbildung machen oder machen wollen, eine Perspektive haben müssen. Und die haben sie bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt, der Herr Minister hat das Abitur an den KGSen klein geredet. Das stimmt gar nicht. Das hat er nicht getan. Er hat eine Vergleichssituation hergestellt. Selbstverständlich haben unsere Gesamtschulen eine Entwicklungsmöglichkeit. Meine Damen und Herren, wir haben in das Gesetz hineingeschrieben, dass sich diese Schulen pädagogisch und organisatorisch weiterentwickeln können. Die, die es in Anspruch nehmen wollten, haben es getan. Die KGS Neustadt haben eine gymnasiale Oberstufe bekommen. Aber sonst gibt es in diesem Land keinen einzigen Antrag auf Ausweitung einer KGS oder IGS. Es liegt nichts vor, obwohl die Möglichkeit besteht, meine Damen und Herren. Ich weiß auch, warum sie es nicht machen. Aber darüber können wir an anderer Stelle reden.

Herr Jüttner, es muss doch klar sein, dass wir eine Gleichwertigkeit bei der Unterrichtsversorgung herstellen mussten. Wir konnten die bei der Unterrichtsversorgung doch nicht um ein Drittel besser ausgestattet lassen. Warum haben sie sich denn beschwert, als ihnen etwas abgezogen worden ist? - Das ist doch ein Beweis dafür, dass sie wesentlich besser ausgestattet waren als alle anderen Schulen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Meinhold, wenn wir eine ordentliche vergleichbare Situation bei den Abschlüssen haben wollen, dann kann es nur funktionieren, wenn alle Schulen gleichgestellt sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich mache Ihnen an einem Beispiel klar, wie sich Ihre Unterrichtsversorgungsdiskussion und Ihre Manipulation der Zahlen, meine Damen und Herren, ausgewirkt haben. Ich habe ein Zeugnis vom vorletzten Halbjahr - das letzte Schulhalbjahr in Ihrer Regierungszeit - mitgebracht. Ich habe übrigens aus jedem Schuljahr ein solches Schulzeugnis dabei, Herr Voigtländer.

(Jacques Voigtländer [SPD]: Immer wieder bringt er ein Zeugnis mit!)

- Und immer wieder lese ich Ihnen das vor, damit klar wird, wie das damals ausgesehen hat. - Ein Bewerbungszeugnis einer Hauptschülerin: Geschichte - siehe Bemerkungen, Erdkunde - siehe Bemerkungen, Physik - siehe Bemerkungen, Chemie - siehe Bemerkungen, Biologie - nicht erteilt. „Nicht erteilt“ gibt es immer dann, wenn weniger als die Hälfte der Stunden überhaupt stattgefunden hat oder weniger als die Hälfte der Arbeiten geschrieben worden ist. Bei „siehe Bemerkungen“ steht: Wegen langfristiger Erkrankung der Lehrkraft kann keine Zensur erteilt werden. - Ein Bewerbungszeugnis aus dem letzten Schulhalbjahr in Ihrer Regierungszeit, und heute kommen Sie her und mahnen eine Unterrichtsversorgung an. Wir haben heute mit 81 000 Lehrerstellen im Schuldienst die größte Lehrerdichte, die es jemals in diesem Land gegeben hat, meine Damen und Herren. Nehmen Sie das doch einmal zu Kenntnis!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Schluss möchte ich Ihnen eine Zahl mit auf den Weg geben - vielleicht zum Nachdenken, viel-

leicht aber auch als Beweis dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind -: Das sind die Ausgaben für den Schulbereich im Landeshaushalt in Prozent, gemessen am Gesamthaushalt. Ich meine, das sind unbestechliche Zahlen, die auch nicht interpretierbar sind. Im letzten Regierungsjahr der SPD lag dieser Anteil am Gesamthaushalt bei 15,4 %. Heute, im Jahre 2004, liegt dieser Anteil am Gesamthaushalt bei 17,09 %. Ich meine, das ist Überzeugung genug.

(Beifall bei der CDU)

Nach dem, was Sie uns im Schulbereich hinterlassen haben, war es wirklich schwer, das Vertrauen der an Schule Beteiligten zurückzugewinnen. Ich glaube - ich bin mir noch nicht sicher -, dass, wenn sich das so langsam weiterentwickelt, wie sich das entwickelt hat, wir es geschafft haben, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Auf diesem Wege, meine Damen und Herren, werden wir weitermachen, weil wir das Wohl unserer Kinder im Auge haben. Das ist eine solch lohnende Aufgabe, in der man auch mit dem Herzen arbeiten kann, auch wenn Sie das nicht so gut finden.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Abgeordnete Frau Korter das Wort. Ich erteile es ihr.

Ina Korter (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Busemann, als ich Sie vorhin reden hörte, bekam ich eine ungefähre Vorstellung darüber, wie Sie wohl als Schüler gewesen sein könnten:

(Lachen bei der CDU)

wahrscheinlich nicht super fleißig, aber durchaus talentiert. Mit den Hausaufgaben werden Sie sich, vermute ich, nicht lange aufgehalten haben. Die konnte man morgens bestimmt noch irgendwo abkupfern. Aber im Unterricht waren Sie bestimmt immer vorneweg; immer ein flotter Spruch drauf - hoppla, jetzt komme ich. - So stelle ich mir das vor: Grenzenloses Selbstbewusstsein bei tendenzieller Ahnungslosigkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das alles fällt mir ein, wenn ich höre, wie Sie die neuen OECD-Erkenntnisse mal eben so nebenbei als langweilig und überflüssig bezeichnen. Dieses ewige Gequatsche der Wissenschaftler geht Ihnen auf den Keks. Es reicht Ihnen, Herr Busemann, wenn Sie wissen, dass morgens die Sonne aufgeht und vor den Sommerferien die Zeugnisse verteilt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ingrid Klopp [CDU]: Also ist denn das zu glauben?)

Als Herkules in gebügelten Jeans marschieren Sie heute durch die niedersächsische Schullandschaft. Dazu passt es, dass Sie die Abschaffung der OS in Niedersachsen mit einer Mondlandung vergleichen und am ersten Schultag im Kultusministerium ein Lagezentrum aufbauen, das diese Landung steuern und kontrollieren soll. Die wirkliche Landung, die Landung auf dem Boden der Realität, Herr Minister, werden wir und Sie in den nächsten Jahren erleben, wenn sich zeigt, wie viele Kinder im selektiven Schulsystem der CDU und der FDP scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Behauptung, die Abschaffung der Orientierungsstufe sei die größte Schulreform in der Geschichte Niedersachsens, ist nicht nur maßlos, sie zeugt auch von bedenklicher schulpolitischer Einfalt. Es kann doch nicht die Antwort auf PISA sein, zur Schulstruktur der 50er-Jahre des vorherigen Jahrhunderts zurückzukehren. Die PISA-Siegerländer haben diese Schulstruktur bereits vor Jahrzehnten abgeschafft. Mit der Rückkehr zu einer so antiquierten Schulstruktur wird Niedersachsen bei PISA niemals erfolgreich abschneiden. So kommen wir aus dem PISA-Tal nicht heraus, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident war kürzlich in Finnland. Er ist voller Begeisterung zurückgekommen und hat Finnland sogleich zum politischen Vorbild für Deutschland erklärt. Es wäre besser gewesen, Herr Ministerpräsident - nun ist er leider nicht da -, er hätte auch seinen Kultusminister mitgenommen und sie hätten sich gemeinsam

die Schulen in Finnland genauer angesehen. Dann hätten sie sehen können, wie man aus dem PISA-Tal tatsächlich herauskommen kann.

(Ursula Körtner [CDU]: Jetzt kommt wieder die Finnland-Debatte!)

- Frau Körtner, hören Sie doch erst mal zu. - Über den niedersächsischen Kurs in der Schulpolitik soll man sich in Finnland bei den dort Besuchten sehr kritisch geäußert haben. Aber darüber hat der Ministerpräsident lieber geschwiegen; davon hat er der Presse hier nichts erzählt. Man weiß ja auch aus anderen Quellen, was dort besprochen und geredet wurde.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Meine Damen und Herren, unserem Schulsystem hat PISA attestiert, dass es zu vielen Jugendlichen nur mangelhafte Kompetenzen vermittelt und bei zu wenigen Jugendlichen zu hohen Leistungen führt. Vor allem aber hat PISA gezeigt - das wissen Sie genau; das haben wir hier schon mehrfach debattiert -, dass die Selektion in deutschen Schulen so hoch ist wie in keinem anderen Land. Aber das scheint Sie nicht zu interessieren. Vielleicht ist es Ihnen ja recht so. Sortiert wird in unserem Schulsystem nicht wirklich nach Begabungen, wie Sie immer wieder behaupten, sondern sortiert wird letzten Endes bei uns nur nach der sozialen Herkunft.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch von Ingrid Klopp [CDU])

- Ist Ihnen das neu? Darüber haben wir hier schon des Öfteren diskutiert. Hören Sie jetzt erst mal zu - hier muss ich nicht eine einzige Aussage von Herrn Baumert als Zitat herausnehmen -: Die Mehrheit der PISA-Forscher führt diese Selektivität eindeutig auf die frühe Verteilung der Kinder auf institutionell getrennte Bildungsgänge zurück.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Herrn Baumert würde ich an Ihrer Stelle nicht mehr zitieren, jedenfalls nicht mehr so oft!)

Was macht die schwarz-gelbe Landesregierung? - Sie hebt nicht etwa die Selektion auf, sondern sie verschärft sie noch. Sie ignoriert penetrant alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und verlegt die Trennung der Kinder noch weiter nach vorne, nämlich nach Klasse 4.

Mit dieser nur ideologisch begründeten Entscheidung, meine Damen und Herren von CDU und FDP, verschenken Sie wissentlich die Begabungsreserven niedersächsischer Schülerinnen und Schüler. Denn sie wissen genau, dass man nicht in der vierten Klasse sagen kann: Diese Begabung liegt vor, keine andere wird sich entwickeln. - Sie sortieren viel zu früh aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb ist Ihre Schulpolitik ohne jede Zukunftsfähigkeit. Sie ist angesichts der künftigen Herausforderungen, besonders vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, zum Scheitern verurteilt. Die Eltern, Herr Minister, haben ja sehr deutlich gemacht, was sie von Ihrer Sortiererei halten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nichts, gar nichts!)

Sie haben sich über die Schullaufbahneempfehlungen hinweggesetzt und ihre Kinder an einer höheren Schulform oder gleich an einer Gesamtschule angemeldet, um die Bildungschancen für ihre Kinder länger offen zu halten. Ein Drittel der Eltern, für deren Kind eine Hauptschule empfohlen war, hat sich geweigert, dieser Empfehlung zu folgen. Gleichzeitig ist an den Gymnasien ein Fünftel mehr Kinder angemeldet worden als empfohlen.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Zum Schaden für die Kinder!)

- Dass Sie das jetzt sagen, spricht für Ihren bildungspolitischen Kenntnisstand.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Ich bin davon überzeugt!)

Auch die Gesamtschulen haben weiter steigende Anmeldezahlen. Trotz größerer Klassen mussten sie in diesem Schuljahr noch mehr Kinder abweisen als zuvor. Davon will der Kultusminister und wollen Sie, Frau Körtner und Herr Klare, nichts wissen. Das ignorieren Sie. Die Anmeldezahlen an den Gesamtschulen lässt der Kultusminister gleich ganz aus seinen Statistiken heraus. Auch in seiner Rede heute hat er sie wieder unterschlagen. Lieber diffamiert er das gymnasiale Angebot an den Kooperativen Gesamtschulen als Mogelpackung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dann wissen wir doch genau, was Sie von Gesamtschulen halten.

(Ingrid Klopp [CDU]: Das hat er so nicht gesagt!)

- Das steht in der Regierungserklärung, und er hat es auch gesagt.

(Ingrid Klopp [CDU]: Das wurde heute aber nicht gesagt!)

Herr Minister, Sie wissen genau: Das Wahlverhalten vieler Eltern in Niedersachsen zeigt, dass Ihre Politik der frühen Trennung und Sortierung von den Eltern in Niedersachsen nicht akzeptiert wird. Eltern wissen doch genau, dass die Hauptschule heute eine Sackgasse für ihr Kind ist.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wir haben doch eine neue! - Ingrid Klopp [CDU]: Mensch, Mensch, aufgepasst!)

- Hören Sie doch erst einmal zu! Man sieht ja, wie sie angewählt wird. Sehen Sie doch einmal nach, wie die Hauptschulen angewählt worden sind! - So schlecht war die Anwahl noch nie.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das muss sich doch entwickeln!)

- Wir werden ja sehen, wie begeistert die Ströme auf die Hauptschule gehen werden.

Dass das Image der Hauptschule so schlecht ist, liegt nicht an den Kolleginnen und Kollegen dort. An vielen Hauptschulen wird die Arbeit hoch professionell und engagiert geleistet. Das kann ich wirklich beurteilen, Herr Klare. Ich bin nämlich vor meinem Einzug in den Landtag an einer Schule für Erziehungshilfe tätig gewesen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: In privater Trägerschaft!)

Dann können Sie mir nicht erzählen, ich hätte eine Realitätsferne, wenn Sie seit 1986 im Landtag sitzen und zu dem, was in der Schule passiert, wahrscheinlich nicht mehr so viel Realitätsnähe haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Davon, was unser schulpolitisches Konzept von einer Schule für alle - „neun Jahre gemeinsam“ - bedeutet, Herr Klare, haben Sie offensichtlich nichts verstanden, wenn Sie hier von Ausgrenzung

und Förderschulen reden. Nach unserem Konzept gehen alle Schüler in eine Schule und werden überhaupt keine Kinder aussortiert.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wer unterrichtet die denn?)

Meine Damen und Herren, die PISA-Forscher haben sehr deutlich formuliert: Wenn in der Hauptschule die Leistungsschwächeren unter sich bleiben und wenn auch das Anforderungsniveau entsprechend herabgeschraubt wird, dann fehlen die Herausforderungen, die nötig sind, um die Potenziale aller Kinder voll ausschöpfen zu können. Mit dem Programm, das der Kultusminister als Stärkung der Hauptschulen verkauft, werden die Hauptschülerinnen und Hauptschüler noch mehr abgekoppelt. Die Unterrichtsstunden werden um fast 20 % gekürzt.

(Walter Meinhold [SPD]: So ist es! -
Zuruf von Hans-Werner Schwarz
[FDP])

- Herr Schwarz, das wissen Sie doch genau! - Stattdessen sollen die Hauptschülerinnen und Hauptschüler an 60 bis 80 Tagen Praktika in Betrieben leisten, für die es noch kein Konzept gibt. Sie wissen genau, an vielen Standorten im ländlichen Raum wird das überhaupt nicht umzusetzen sein. Diverse Hauptschulen haben das längst signalisiert und haben ihre Praxisanteile längst vorher gemacht, aber zwei Wochen im Block. Der einzelne Betriebs- und Praktikumstag wird kaum durchzuführen sein. Gleichzeitig haben Sie die Lehrerstunden gekürzt, die für den Unterricht in Arbeit/Wirtschaft/Technik notwendig sind. Diese Stundenkürzung wird es den Hauptschülerinnen und Hauptschülern erschweren, z. B. einen erweiterten Sekundarabschluss zu bekommen, in der zehnten Klasse noch den Realschulabschluss zu machen.

Meine Damen und Herren, 10 % aller Jugendlichen - das wurde vorhin schon einmal angesprochen - erreichen heute in Niedersachsen nicht einmal einen Hauptschulabschluss.

(Ursula Körtner [CDU]: Gestern auch nicht!)

Diese Zahl ist an sich schon ein Skandal, und dies kann sich unsere Gesellschaft überhaupt nicht leisten. Das ist Konsens.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Schulpolitik der Landesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob es ihr gelingt, diese skandalös hohe Zahl von Jugendlichen, die in der Schule scheitern, zu senken. Bislang sehe ich da bei Ihnen kein Erfolg versprechendes Konzept.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Reden Sie doch nicht vorher alles kaputt!)

Ganz besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft. PISA hat uns vor Augen geführt, dass unsere Schule diese Kinder jahrzehntelang vernachlässigt hat. Auch das können wir uns nicht länger leisten, vor allen Dingen wenn wir überlegen, dass die Arbeitskräfte der Zukunft zu einem ganz hohen Prozentsatz aus Migrantenfamilien kommen werden. Heute haben die Kinder aus Migrantenfamilien zu einem großen Teil nicht mal einen Hauptschulabschluss. Welche Konzepte haben Sie da, Herr Minister? Wie wollen Sie da vorgehen? - Wir brauchen ein durchgehendes Konzept vom Kindergarten an - am besten noch vorher -, auch mit Elternschulen, zur Sprachförderung, damit diese Kinder nicht gleich außen vor bleiben.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Genauso wie in Finnland!)

Der Kultusminister behauptet, dass er mit der Sprachförderung mehr für die Migrantenkinder tut. Tatsächlich führt er einige Programme der Vorgängerregierung fort. Selbst diese Sprachförderprogramme, die schon bei der Vorgängerregierung zu mager ausfielen, hat er noch weiter gekürzt - die Hausaufgabenhilfe ganz gestrichen, muttersprachlichen Unterricht zusammengestrichen. Also auch hier große Worte, große Show, aber keine eigene Idee.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Genauso werden die Kindertagesstätten von Minister Busemann vernachlässigt. In ihren Sonntagsreden haben CDU-Bildungspolitiker die Bedeutung der Kitas für Bildung und Entwicklung längst erkannt. Aber in der Praxis tut sich nichts außer einem unverbindlichen Orientierungsplan. Hier, Herr Minister, läge in der Tat die Herkulesaufgabe für Sie. Der Bildungsauftrag, die Qualität der Kitas und die Ausbildung der Erzieherinnen sind so zu verbessern, dass sie endlich europäischen Standards genügen. Aber an dieser Stelle hat Sie offensichtlich schon die Kraft verlassen.

Erst recht ist keine Rede mehr vom kostenlosen Kita-Jahr für Fünfjährige.

Meine Damen und Herren, die konservative Schulpolitik setzt besonders darauf, dass wenigstens die Gymnasien besonders gute Leistungen hervorbringen können, wenn dort nur die guten Schüler unter sich sind. Auch diese Illusion wurde durch die PISA-Studie gründlich zerstört. Die Leistungen der deutschen Gymnasiastinnen sind keineswegs besser als die der schwedischen oder finnischen Schülerinnen. Der PISA-Bericht schreibt uns deutlich ins Stammbuch:

„Die Sicherung von Mindeststandards ist keine Frage der Selektivität, sondern eine Frage der Förderung und des professionellen Umgangs mit Leistungsheterogenität im Unterricht.“

Es ist doch nur schlichte Propaganda, wenn Minister Busemann seine antiquierte Schulstruktur heute erneut als Qualitätsschule verkaufen will und ernsthaft behauptet, damit aus dem PISA-Tal herauszukommen. Durch ständige Wiederholung wird das nicht richtiger, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie wissen genau, was die neueste OECD-Studie für Ihre schulpolitische Weichenstellung bedeutet. Sie sind mit Ihrer Schulpolitik auf dem falschen Weg. Aber für Sie sind Studien und internationale Vergleiche ja langweilig, ermüdend und überflüssig - so habe ich es gelesen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen hat der Organisator der PISA-Studien, Andreas Schleicher, beklagt, dass die Kultusminister in Deutschland einer Debatte über eine grundlegende Reform des Schulwesens noch immer ausweichen. Was Sie, Herr Minister Busemann, betrifft, hat er mehr als Recht damit. Andreas Schleicher hat auch davor gewarnt, dass die deutschen Schulen den Anschluss an andere Länder noch mehr verlieren werden.

(Ulrike Kuhlo [FDP]: Deswegen handeln wir ja auch!)

Wenn im Spätherbst die nächste PISA-Studie vorgestellt wird, müssen wir damit rechnen, dass das gegliederte deutsche Schulsystem erneut sehr schlecht abschneiden wird. Da fragt man sich wirk-

lich manchmal, wie es eigentlich um die Lesekompetenz des Kultusministers bestellt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Oder hat er die PISA-Studien gar nicht gelesen? - Nein, seit gestern weiß ich: Er will sie gar nicht lesen. Meine Damen und Herren, wir brauchen keine frühe Selektion und auch keine höheren Hürden auf dem Weg zum Abitur. Wir brauchen Förderung für alle Kinder in allen Schulen. Wir brauchen einen differenzierenden Unterricht, der wirklich auf die Verschiedenartigkeit der Kinder eingeht. Auch das hat Schleicher erneut betont. Er hat gefordert, dass die Lehrerausbildung entsprechend reformiert werden muss. Auch dazu gibt es von der Landesregierung bisher keine Vorschläge. Sie verspricht uns mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Tatsächlich aber gibt es nur mehr Durchlässigkeit nach unten. Dabei müssen in Niedersachsen schon jetzt fast 10 % der Kinder im Laufe ihrer Schulzeit eine Abschulung verkraften. Bisher gibt es kein Konzept der Landesregierung, des Kultusministers, wie wir diese Zahl verringern können.

Im neuen Schuljahr besuchen 40,7 % der Schülerinnen und Schüler im fünften Schuljahrgang ein Gymnasium. Das sind 7 % mehr, als ein Jahr zuvor in die Eingangsklasse des Gymnasiums gegangen sind. Das ist eigentlich eine sehr erfreuliche Entwicklung, denn wir brauchen viele gut qualifizierte Schülerinnen und Schüler. Die Landesregierung hat die Schulen auf diese Entwicklung aber überhaupt nicht vorbereitet. Sie hat auch hier kein Konzept, wie die Gymnasien mit der größer werdenden Heterogenität ihrer Schülerschaft umgehen sollen. Förderressourcen sind überhaupt nicht vorgesehen. Die schönsten Formulierungen über Förderpläne, die man in die Erlasse schreibt, nützen überhaupt nichts, wenn man keine entsprechenden Ressourcen hat.

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist richtig!)

Meine Damen und Herren, es ist zu befürchten, dass die meisten Gymnasien - ich finde, das ist eine katastrophale Entwicklung - viele ihrer neuen Kinder schon in den ersten zwei Jahren wieder aussortieren werden. Der Kultusminister will die Realität offenbar nicht wahrnehmen und auch nicht wahrhaben, dass immer mehr Eltern einen höheren Bildungsgang für ihr Kind wollen. Schon wieder hat er davon geredet, Niedersachsen sei ein Real-

schulland, obwohl im neuen fünften Jahrgang inzwischen deutlich mehr Kinder auf das Gymnasium als in die Realschule gehen. Zum dramatischen Rückgang der Zahl der Anmeldungen an den Hauptschulen fällt ihm schon gar nichts mehr ein. Offenbar hofft der Minister immer noch darauf, die Realität an den Schulen in seinem Sinne manipulieren zu können. In Dienstbesprechungen werden Grundschullehrkräfte bereits dazu aufgefordert, in Zukunft bei den Schullaufbahempfehlungen „realistischer“ zu sein, sprich: Sie sollen weniger Kinder für das Gymnasium und mehr für die Hauptschule empfehlen. Man fragt sich doch, was daran realistisch sein soll. Realistisch sind die Eltern, die genau wissen, dass ihre Kinder nur mit einem möglichst hohen Schulabschluss eine Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben.

Die FDP geht sogar noch einen Schritt weiter als der Minister. Sie will die freie Elternentscheidung gleich ganz abschaffen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Hört!
Hört! Die Liberalen!)

Das ist es also, was wir heute unter liberaler Schulpolitik in Niedersachsen verstehen sollen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Genau, die
Schüler entscheiden am besten
selbst!)

Es ist nicht die Aufgabe der Schule, Herr Schwarz, Kinder auszusortieren, sondern ihre Aufgabe ist es, allen Schülerinnen und Schülern die nötigen Qualifikationen zu vermitteln, die sie für den Arbeitsmarkt der Zukunft brauchen. Die Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Frau Professor Allmendinger, hat heute - der Kollege Jüttner hat vorhin schon darauf hingewiesen - in der Presse erneut erklärt, dass dies in der überkommenen dreigliedrigen Schule nicht möglich ist.

(Zuruf von der SPD: Sehr wohl!)

Dass es in einer anderen Schule aber sehr wohl möglich ist, haben uns Finnland und Schweden deutlich gezeigt. Herr Schwarz, ich wäre froh, Sie würden endlich einmal dazu kommen, unsere Vorstellung von einer gemeinsamen Schule für alle zur Kenntnis zu nehmen und nicht immer die Gesamtschulen zu diffamieren, die ja durch KMK-Beschluss gezwungen sind, eine äußere Differenzierung vorzunehmen. Wenn Sie diese abschaffen,

können Sie endlich von anderen Gesamtschulen sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum wir in der Schulpolitik nicht endlich von Finnland lernen? Sie waren mit Ihrer Fraktion ja auch dort. Herr Busemann meint aber, wir sollten nicht ins Ausland gucken. Sein Horizont reicht über die Grenzen Niedersachsens nicht hinaus.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Doch, bis
Bayern!)

- Manchmal reicht sein Horizont bis Bayern; das stimmt. Heute hat er sich in der Regierungserklärung auf niedersächsische Orte bezogen.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Busemann, Sie haben Ihre vielen Zahlen in der Regierungserklärung heute mit einigen Zitaten garniert. Nun gut, auch wir wissen, wie man die Suchmaschinen im Internet bedient, Herr Minister. Hören Sie einmal, was für ein passendes Luther-Zitat wir heute für Ihre Regierungserklärung gefunden haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Er kommt
doch aus dem Emsland!)

Ich zitiere Martin Luther: Ihr könnt predigen, über was ihr wollt, aber predigt niemals über 40 Minuten.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Bernd Althausmann [CDU]: Sie sind jetzt bei Minute 39!)

Meine Damen und Herren, die echte Bewährungsprobe der schwarz-gelben Schulstrukturreform fand nicht am 19. August dieses Jahres statt. Die Bewährungsprobe wird erst kommen, wenn sich zeigt, wie viele Schülerinnen und Schüler in diesem System erfolgreich sind und wie viele scheitern. Ich fürchte leider, dass das PISA-Tal in Niedersachsen dann noch tiefer sein wird. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Schwarz das Wort. Ich erteile es ihm.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich wirklich bemüht, der Diskussion aufmerksam zu folgen. Wenn ich es richtig bewerte, hat sich wie ein rot-grüner Faden durch die Diskussion gezogen, dass es um Vermutungen und Vorhersagen geht, was alles eintreten und passieren könnte. Es gab aber nicht einen einzigen echten Beleg dafür, dass wir irgendwo einen richtigen Fehler gemacht hätten. Einen solchen Beleg habe ich hier nicht gehört. Deswegen sage ich: Ich erwarte von Ihnen, dass Sie Geduld aufbringen und uns die Chance geben, dieses System umzusetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Regierungserklärung von Herrn Minister Busemann ist noch einmal deutlich geworden, dass die Regierungskoalition ein Wahlversprechen umgesetzt hat. Die ungeliebte Orientierungsstufe in Niedersachsen ist Geschichte. Gegen teilweise erbitterte Widerstände ist eine Schulstruktur auf den Weg gebracht worden, die eine wichtige Grundlage für die Verbesserung der Unterrichtsqualität ist und damit den niedersächsischen Schülerinnen und Schülern mehr Chancen gibt.

(Walter Meinhold [SPD]: Sagen Sie mal etwas zum Elternwillen!)

Die CDU/FDP-Koalition hat sich - im Gegensatz zu denen, die jetzt hier dazwischenreden - nicht aus der Ruhe bringen lassen und ist den einmal beschrittenen Weg konsequent weitergegangen. Das von interessierter Seite aus befürchtete Chaos ist ausgeblieben. Die von der Opposition an die Wand gemalten Horrorszenerarien sind realitätsfremd. Herr Jüttner, ich gebe gerne zu, man kann durchaus unterschiedliche Wahrnehmungen haben, wenn man in die Schulen hineingeht. Wir sind in den Schulen gewesen. Unsere Wahrnehmung ist eben eine andere als die, die Sie oder auch Frau Korter hier beschrieben haben.

(Das Handy des Redners klingelt)

- Oh wei!

(Walter Meinhold [SPD]: Unglaublich!)

- Ich gebe einen aus, Herr Meinhold.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

- Nix; das gilt natürlich nicht für alle.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Kollege Schwarz, das geht nicht zulasten Ihrer Redezeit. Viel besser wäre es, Sie würden für einen wohltätigen Zweck spenden.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Okay, das ist akzeptiert.

Für die FDP bedeutet das bisher Geleistete ein Stück Zufriedenheit, aber nicht mehr, weil wir genau wissen, dass wir erst am Anfang stehen, wenn es darum geht, Qualität an unseren Schulen weiterzuentwickeln. Das Bemerkenswerteste an der Entwicklung der Schulstrukturreform war die Arbeit, die vor Ort in den Städten und in den Gemeinden an den Schulen geleistet worden ist. Angesichts des hohen, aus meiner Sicht manchmal auch zu hohen Tempos kann der Respekt nur denjenigen gelten, die durch Bereitschaft und mit Engagement dazu beigetragen haben, gute Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit der Bildungslandschaft in Niedersachsen zu schaffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich meine damit in erster Linie die Schulleitungen mit ihren Kollegien. Sie sind es gewesen, die diese Reform getragen haben. Nach einem Kraftakt ohnegleichen mit den Stichworten Abschaffung der OS, Abitur nach zwölf Jahren, Zentralabitur, Lehr- und Lernmittelfreiheit, Stärkung der Hauptschule usw. ist es jetzt zwingend erforderlich, dass den Schulen zum Durchatmen Zeit gegeben wird, damit man in aller Ruhe der eigentlichen Aufgabe, nämlich dem Unterrichten, nachkommen kann. Die Belastungen lagen aber auch bei den Schulträgern, denen entsprechend Dank gesagt werden muss. Es mussten zum Teil extreme Herausforderungen bewältigt werden. Dass das in dieser Weise gelungen ist, verlangt wirklich Respekt.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Jetzt gilt es aber, den Blick nach vorne zu richten, denn wir haben bislang nichts anderes als einen, wenn auch wirklich wesentlichen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Mittelfristig gehört eine Menge mehr dazu, um die Qualität des Bildungswesens in Niedersachsen spürbar zu verbessern.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, die für die FDP-Fraktion wirklich wichtigen Dinge anzusprechen. Wie Sie wissen, ist der Begriff „eigenverantwortliche Schule“ auf unsere Initiative hin in das Schulgesetz aufgenommen worden. Wir sind nämlich der Überzeugung, dass Persönlichkeitsentwicklung und Eigenverantwortung untrennbar miteinander verbunden sind, wenn es darum geht, den Lebensweg so zu gestalten, dass er zu einer inneren Zufriedenheit führt.

Besonders beeindruckt hat uns eine ausgeprägte Autonomie an den Schulen des PISA-Siegerlandes. Die hohe Eigenständigkeit überträgt sich positiv auf das gesamte Schulwesen. Nach unseren Erfahrungen werden die Kinder schon sehr früh vor Entscheidungen gestellt, an die sie sich dann auch zu halten haben. Bemerkenswert ist das ausgesprochen hohe Vertrauen der Eltern in die Institution Schule.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: So ist es!)

Der Lehrerberuf hat in der finnischen Gesellschaft den höchsten Stellenwert. Das ist ein beliebter und begehrter Beruf. Man muss sich die Frage stellen, warum das eigentlich so ist. Die Antwort ist sehr interessant. Die Lehrer sehen es als ihre Aufgabe an, die Gesellschaft durch ihre Arbeit prägen zu können. Sie wollen eigenverantwortlich junge Heranwachsende in die Arbeitswelt entlassen, die ihre Fähigkeiten dazu verwenden, sich selbst und ihr Land nach vorne zu bringen. Das Urteilsvermögen der Lehrkräfte wird von der Öffentlichkeit kaum infrage gestellt. Auch wir müssen wieder lernen, den Lehrkräften Vertrauen entgegenzubringen. An dieser Stelle ist ein gesellschaftspolitisches Umdenken dringend erforderlich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hier liegt aus unserer Sicht übrigens auch einer der Schlüssel zum Erfolg. Stichwort: Lehrerausbildung. In erfolgreichen Ländern ist es so, dass ein Teil der Zugangsberechtigung zum Lehramtsstudium der Nachweis sozialer Kompetenz und pädagogischer Fertigkeiten ist. Ich halte das für richtig. Es hilft doch niemandem, wenn ich Lehrkräfte habe, die über ein exzellentes Fachwissen verfügen, dieses Fachwissen aber gleichzeitig nicht vermitteln können, die vielleicht noch nicht einmal in der Lage sind, Vertrauen zu ihren Schülern aufzubauen.

Nicht nur am Rande will ich erwähnen, dass in einem Lehramtsstudiengang der Bereich Diagno-

sefähigkeit eine wesentliche Rolle spielen muss. Wir helfen sowohl den Bewerbern als auch - das ist bei weitem wichtiger - den Schülern, wenn wir in dieser Frage neue und andere Wege gehen.

Vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist übrigens ein wichtiges Stichwort im Zusammenhang mit dem Begriff „Elternwille“. Wir stehen in Niedersachsen doch seit Jahren vor der schwierigen Situation, dass Empfehlungen von denjenigen ausgesprochen werden, die sich aufgrund ihres Berufes tagtäglich mit dem Leistungsvermögen und dem persönlichen Umfeld des Kindes befassen. Diese Empfehlung wird von den Lehrern ausgesprochen. Auf der anderen Seite sind es die Eltern, die diesen Empfehlungen, aus welchen Gründen auch immer, nicht trauen oder vertrauen.

Das Ergebnis ist leider allzu oft niederschmetternd. Angst, Frust und Resignation sind die Folge, einmal ganz abgesehen davon, dass die Weiterentwicklung vieler eigentlich unbeteiligter Schüler nicht unbedingt positiv beeinflusst wird. Folgendes, meine Damen und Herren, macht daher Sinn: Wenn sich Schullaufbahneempfehlung durch die Schule und Elternwille nicht decken, dann sollte für das betreffende Kind nach zu entwickelnden Kriterien eine Aufnahmeprüfung darüber entscheiden, welche Schulform für dieses Kind die Richtige ist.

(Beifall bei der FDP)

Übrigens, damit das noch einmal klar ist: Einen Elternwillen kann man nicht abschaffen. Entweder haben die Eltern einen Willen, oder sie haben keinen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die derzeitigen Regelungen in Niedersachsen und in Deutschland sind der Sache insgesamt aber nicht zuträglich, und zwar aus dem Grund, den Herr Jüttner vorhin angesprochen hat: Es geht um die Nähe zum Kind. - Uns geht es in dieser Frage darum, die Kinder nicht zu schädigen. Wir müssen verhindern, dass sie einem jahrelangen Frust ausgesetzt werden. Man muss sie schützen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Dann selektieren Sie doch nicht!)

- Das hat mit Selektion überhaupt nichts zu tun. Das hat ausschließlich mit Hilfestellung für das Kind zu tun; nur mit Hilfestellung.

(Beifall bei der FDP)

Das alles vor dem Hintergrund, dass die Durchlässigkeit gerade auch für Spätentwickler - wie dies in der Vergangenheit der Fall war - stets gewahrt bleiben sollte.

Da wir gerade beim Schulalltag und bei der Leistungsfähigkeit sind: Es gibt den so genannten 30 %-Erlass. Dieser Erlass besagt unter Ziffer 8 im Kern, dass Klassenarbeiten für den Fall, dass 30 % nicht mit mindestens „ausreichend“ bewertet werden können, der Schulleitung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Herr Minister, dieser Erlass ist nicht leistungsfördernd. Im Gegenteil, Praktiker wissen, dass er in letzter Konsequenz das Niveau des Klassenverbandes drückt. Solche Erlasse sind auf dem Weg zur Qualitätsverbesserung in unseren Schulen ein Hindernis und damit abzuschaffen und durch die individuelle Förderung des Schwächeren zu ersetzen.

Ich glaube, ich weiß, wovon ich rede; denn ich habe in den letzten fünf Jahren meiner Schultätigkeit die Aufgabe des Vertrauenslehrers übernommen, übernehmen dürfen. Vertrauenslehrer werden von den Schülern ja gewählt. Ich berichte aus Erfahrung, dass sogar die Schüler nicht genau wissen, ob sie eine ausreichende, eine schwach ausreichende oder eine mangelhafte Leistung erbracht haben. Das führt zu Verunsicherung.

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Minister in seiner Regierungserklärung die eigenverantwortliche Schule noch einmal betont hat. Wer sich mit den ProReKo-Schulen auskennt, der wird festgestellt haben, dass man es in diesen Schulen in aller Regel mit einem ausgesprochen hochmotivierten Lehrerkollegium zu tun hat. Ich bin davon überzeugt, dass das vor allem auch damit zu tun hat, dass die Lehrkräfte ihre Möglichkeiten in einem großzügig gesteckten Rahmen besser nutzen können, die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler individuell auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Vor allem ist dort auch die auffallend enge Kooperation mit anderen Schulformen eine Bereicherung.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Karl-Heinz Klare [CDU])

Eng verbunden sein wird mit der eigenverantwortlichen Schule natürlich auch die Ausgestaltung der Schulleiterposition. Aus unserer Sicht wird das Berufsbild des Schulleiters in Zukunft neu geschrieben werden müssen, um den entsprechenden Anforderungen insgesamt gerecht werden zu

können. Die Erfahrungen aus ProReKo müssen genutzt werden, um auch an den allgemein bildenden Schulen Erfolge zu verzeichnen.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen möchte ich in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, dass die Schulen in freier Trägerschaft in unserer Bildungslandschaft ein wesentlicher Bestandteil sind. Sie übernehmen Aufgaben, für die das Land zuständig wäre, wenn es sie nicht gäbe. Deshalb dürfen wir gerade diese Institutionen nicht kaputt sparen.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt liegt uns sehr am Herzen. Die FDP-Fraktion hat Anfang des Monats nicht ohne Grund in Burgdorf ein Hearing zum Thema „Gesundes Lernen“ durchgeführt, weil immer wieder zu Recht bemängelt wird, dass unsere Kinder bereits im frühen Entwicklungsstadium Übergewicht haben, meistens verursacht durch falsche Ernährung und mangelnde Bewegung. Die gesundheitlichen Auswirkungen sind verheerend, die Langzeitfolgen kaum abzusehen. Die Konzentration, die Leistungsfähigkeit in der Schule und damit die gesamten Entwicklungschancen leiden unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das haben Sie aus der Regierungserklärung von Renate Künast abgeschrieben!)

- Von wem bitte? - Die kam auf den Gedanken, als wir ihr das vorgelesen haben. So war das. Die kam viel zu spät damit.

Diese Kinder sind häufig dem Spott ihrer Mitschüler ausgesetzt. Die Folge ist: Sie fressen ihren Frust zusätzlich in sich hinein. - Frau Künast war übrigens nicht bei dem Hearing. - Beim Hearing wurde auch die mangelnde Bewegung deutlich angesprochen. Die Zeiten haben sich natürlich gewaltig verändert. Während die Kinder früher auf der Straße Fußball gespielt haben, ist heute häufig der Computer oder der Fernsehapparat der beste Freund.

(Astrid Vockert [CDU]: Leider!)

Nachweislich sind die Kinder, die nicht früh die Freude an der Bewegung entdecken, später nur noch sehr spät dafür zu motivieren. Darum ist es wichtig, frühzeitig diese Freude an der Bewegung zu vermitteln.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Fazit: Sowohl in den Familien als auch in den Schulen muss das Gesundheitsbewusstsein wieder gestärkt werden. An die Familien können wir nur appellieren, Gesundheitserziehung wieder in ihren Alltag mit einzubeziehen. In den Schulen dagegen müssen wir in Zukunft Grundlagen schaffen, um entsprechende Erkenntnisse nicht nur im Unterricht zu vermitteln.

In dem gesamten Komplex Gesundheit, Bewegung und Ernährung sollten wir auch auf die PISA-Siegerländer schauen. Nachmittägliche Sportbetreuung in Kooperation mit Vereinen deckt den Bereich Bewegung ab. Die Gewöhnung an gesundes Essen durch schulische Begleitung, das Vermitteln von Alltagskompetenzen wie höflicher Umgang zum Beispiel - das können heute Erwachsene kaum - oder das Erlernen von Tischmanieren, - -

(Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Schwarz, einen Augenblick bitte. - Fahren Sie jetzt bitte fort.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

- - - aber auch die medizinische Begleitung durch die Schulen sind beispielsweise in Finnland vorbildlich. All das ist unabhängig vom Bildungssystem oder Schulstruktursystem möglich. Es kommt nicht darauf an, ob es sich um Gesamtschulen oder um ein gegliedertes System handelt.

Gerade wurde eine OECD-vorgelegt, die bisher kaum jemand gelesen hat, die aber viele schon ausführlich kommentiert haben. Als Kernaussage haben wir vernommen, dass die Deutschen zu wenig Geld in ihre Bildung gesteckt haben. Na, bravo. Das stimmt. Das sagen wir aber schon seit langer Zeit, das ist keine wesentlich neue Erkenntnis. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur 2,5 Milliarden Euro Zinsen und frage: Wie wollen wir angesichts dieser Tatsache die wirklich vorbildlichen Beispiele aus vielen anderen Ländern hier eigentlich umsetzen? Das berühmte Bild vom nackten Mann, der sich nicht in die Tasche fassen kann, wird hier deutlich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jeder kann sich also ausmalen - sogar diejenigen, die in der Schule mit Mathematik nichts am Hut gehabt haben -, was man tun könnte, ja, eigentlich tun müsste. Für uns sind finnische Verhältnisse in diesem Fall eher Zukunftsmusik, aber das Ziel müssen wir im Auge behalten.

Der nächste und letzte für uns wichtige Punkt ist die Schulverwaltungsreform. Auf dem Weg zu den Zielen, die ich hier formuliert habe, wird es entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, Schulinspektion, Beratung und Schulaufsicht als sich ergänzende Steuerungsinstrumente zur Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität zu gewährleisten. Das kann nur funktionieren, wenn die äußeren Bedingungen stimmen. Im Bedarfsfall muss wechselseitige Information, Konsultation und Kooperation zeitnah und unbürokratisch möglich sein. Unabhängig von der Schaffung einer zentralen Verwaltungseinheit ist einer dezentralen Organisation der Schulinspektion aus Effektivitätsgründen und auch aus Kostengründen der Vorzug zu geben.

(Beifall bei der FDP)

Man kann dabei unter anderem lange Wege vermeiden, eine gemeinsame Nutzung von Querschnittspersonal anstreben usw. Auf diese Art und Weise ist auch aus unserer Sicht das notwendige Einsparpotenzial zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal das sagen, was ich am Anfang betont habe: Wir haben einen richtigen Schritt in die richtige Richtung getan, aber es liegt noch eine Menge Arbeit vor uns. Ich wäre ausgesprochen dankbar, wenn insbesondere die Opposition ihren Beitrag dahin gehend leisten würde, dass sie uns zumindest ermöglicht, weiterarbeiten zu können, dass sie nicht in die Schulen geht und dort Stimmung macht, wie ich es leider zu oft erlebt habe.

(Zuruf von Jacques Voigtländer
[SPD])

- Ich gehe nämlich sehr oft in die Schulen und merke, was da los ist, Herr Voigtländer.

(Zuruf von Ina Korter [GRÜNE])

Ich bitte Sie also, keine Stimmung zu machen, sondern uns die Chance zu lassen, vernünftig an dem, was wir begonnen haben, weiterzuarbeiten. Sie haben die Chance, zu dem Zeitpunkt, zu dem

wir die Ergebnisse unserer Reform vorlegen und beweisen müssen, was dabei heraus gekommen ist, Ihren Beitrag zu leisten. Ich hoffe, dass Sie zu dem Zeitpunkt all das werden zurücknehmen müssen, was Sie uns heute an Unsinn prognostizieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Ende der Besprechung der Regierungserklärung.

Wir treten nun in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 15.30 Uhr fort.

Unterbrechung: 13.35 Uhr.

Wiederbeginn: 15.31 Uhr.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Beratungen fort. - Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren und ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, gebe ich bekannt, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, Tagesordnungspunkt 13 - Entwurf eines Niedersächsischen Hafensicherheitsgesetzes -, ursprünglich für Donnerstag, den 16. September 2004, 10.30 Uhr vorgesehen, unmittelbar nach Tagesordnungspunkt 11 zu behandeln. Ich bitte die Redner und Rednerinnen, sich darauf einzustellen.

Nunmehr rufe ich auf

Tagesordnungspunkt 3:

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde, meine Damen und Herren, liegen vier Beratungsgegenstände vor: a) Kahlschlag statt Konzept - Stratmann bei der Kulturförderung orientierungslos! -, b) Wirtschaft und Verbraucher in Niedersachsen unter Hochspannung - Energiepreise nicht weiter verteuern -, c) Verwaltungsreform der Landesregierung zwischen Gefälligkeitsgutachten und Ignoranz! - und d) Justiz als dritte Säule sichern - Für eine Justizreform ohne Tabus!

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass insgesamt für die Aktuelle Stunde 80 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen, die gleichmäßig auf die vier Fraktionen aufgeteilt sind, d. h. jede Frakti-

on kann über höchstens 20 Minuten Redezeit verfügen. Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, so wie das heute der Fall ist, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet. Jeder Redebeitrag - das gilt auch für die Mitglieder der Landesregierung - darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich durch ein Klingelzeichen darauf hinweisen, dass die letzte Minute der Redezeit läuft. Erklärungen und Reden - das kennen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen - dürfen nicht verlesen werden. Ich rufe damit auf

a) Kahlschlag statt Konzept - Stratmann bei der Kulturförderung orientierungslos! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/1284

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Bührmann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Christina Bührmann (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion hat heute für die Aktuelle Stunde das Thema „Kahlschlag statt Konzept - Stratmann bei der Kulturförderung orientierungslos!“ beantragt, weil der Minister im Vorfeld der Haushaltsberatungen die Kulturverbände in einer Art und Weise diskreditiert, die wir nicht hinnehmen werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Minister wirft der freien Kultur zunehmende Verbandsbürokratie und puren Lobbyismus vor und spricht von der Beseitigung krasser Missverhältnisse, obwohl er noch im letzten Jahr genau das Gegenteil gesagt hat. Er nimmt durch die geplanten Einsparungen in Höhe von 8 Millionen Euro offenbar die Zerschlagung der freien Kultur in Niedersachsen in Kauf. Die Presseerklärung des Ministers zu den Einsparungen im Kulturhaushalt macht deutlich, dass Sie, Herr Minister Stratmann, immer noch nicht über ein kulturpolitisches Konzept verfügen, das wir - gerade in diesem Hause - von Ihnen immer wieder abgefordert haben. Minister Stratmann ist in der Kulturpolitik offensichtlich noch nicht angekommen und gefährdet durch Unkenntnis die Kulturinitiativen im ländlichen Raum und das ehrenamtliche Engagement vieler

Bürger und Bürgerinnen nicht nur massiv, sondern treibt ihren Niedergang voran.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir erleben seit Wochen in der gesamten Kulturszene berechnete Empörung über die von Minister Stratmann angekündigten Einsparungen in Höhe von 8 Millionen Euro, wobei noch weitere 3 Millionen Euro folgen sollen. Wir erleben einen Minister, der, obwohl er immer davon gesprochen hat, mit den Kulturschaffenden in einen Dialog einzutreten, förmlich zu Gesprächen getragen werden muss. Sie erinnern sich an die Debatte um die Museen.

Noch im März 2003 hat der Minister in einem HAZ-Interview gesagt – ich zitiere: Ich werde mit den Kulturschaffenden in Niedersachsen darüber sprechen, welche Schwerpunkte Kulturpolitik in Niedersachsen haben sollte.

Der Minister hat ebenfalls in diesem Interview auf die Frage nach der freien Kultur geantwortet: Dort, wo man mit wenigen Mitteln viel bewegen kann, soll man keine Einsparungen vornehmen. Wir sollten uns bei den Einsparungen auf das konzentrieren, was auch wirklich etwas bringt.

Am 11. September 2003, also fast genau vor einem Jahr, sagte der Minister - auch hier zitiere ich -: Ich habe mich immer dafür eingesetzt, nicht bei den Mitteln für kleine und freie Theater in der Fläche zu kürzen, wo mit wenig Geld viel ehrenamtliches Engagement gefördert wird.

So weit, so gut. Am 1. September 2004 hat der Minister plötzlich eine andere Sichtweise und sagt in einem Interview mit der NP hinsichtlich der geplanten Kürzungen in der Kultur- und Theaterszene im Jahr 2005:

„Man muss doch aber die Frage stellen, warum das Land weiter Geld für sehr viel Kulturbürokratie und Lobbyismus ausgeben soll statt für Kunst und Kultur selbst. Hier müssen mit den Kürzungen auch krasse Missverhältnisse beseitigt werden.“

„Oh!“, kann man da nur sagen, Herr Minister. Es gibt offensichtlich neue Einsichten.

(Oh! bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister, welche Missverhältnisse meinen Sie eigentlich? Wissen Sie eigentlich, worüber Sie reden? Manchmal - wir haben diese Debatte ja schon häufiger geführt - bezweifle ich das. Ich gebe da gerne etwas Nachhilfe, denn das ist ja der zentrale Punkt der Debatte.

(Zuruf von Kurt Schrader [CDU])

Wir reden hier über die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, Herr Schrader, die als beliebener Unternehmer hoheitliche Aufgaben wahrnimmt.

(Glocke der Präsidentin)

Wir reden über den Landesmusikrat, der vehement gegen Ihre geplanten Kürzungen demonstriert. Ich erinnere meine Kolleginnen und Kollegen im Landtag gerne daran, dass der Ministerpräsident vollmundig erklärt hat, das Musikland Niedersachsen zu schaffen. Heute, sehr geehrte Damen und Herren, bangt der Musikrat um seine Projekte und um die Finanzierung der Musikschulen.

Wir reden über die Kunstschulen,

(Glocke der Präsidentin)

über die Freien Theater, über die Kulturelle Jugendbildung, den Literaturrat, den Museumsverband und den Heimatbund.

Sehr geehrter Herr Minister, wie immer darf ich Sie auch heute auffordern, endlich Ihr Konzept für die Kulturförderung in Niedersachsen vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass Sie von der einen Seite zur anderen Seite gehen, permanent einer Gruppe versprechen, es werde nicht gekürzt, und dann doch kürzen. Wir müssen davon wegkommen, dass überall im Land der Eindruck entsteht, in Niedersachsen gibt es keine Kulturpolitik mehr, in Niedersachsen wird nur noch gespart. Dieser Eindruck entsteht, weil der Minister offensichtlich nicht in der Lage ist, sich zur Kulturpolitik richtig zu verhalten und vor allen Dingen den Kulturschaffenden zu vermitteln, womit sie rechnen können und dass sie mit Ihnen in einen substanziellen Dialog treten können.

Herr Minister, legen Sie heute Ihr Konzept vor! Dann können wir darüber reden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal auf das hinweisen, was ich, als ich Tagesordnungspunkt 3 aufgerufen habe, gesagt habe, nämlich dass Erklärungen und Reden in der Aktuellen Stunde nicht verlesen werden dürfen. Zitieren ist durchaus erlaubt. - Ich wollte Ihnen diesen Hinweis vor dem Hintergrund des eben geführten Beitrages noch einmal gegeben haben.

Ich rufe nunmehr die Kollegin Frau Trost von der CDU-Fraktion auf. Bitte schön!

Katrin Trost (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon dreist, wie die SPD-Fraktion in dieser Aktuellen Stunde dieses Thema mitbesetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Hans-Hermann Wendhausen [SPD]:
Nicht ablesen!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Kulturminister heute Kahlschlagpolitik und Orientierungslosigkeit vorwerfen, sage ich Ihnen nur Folgendes: Es war doch Ihre Politik nach dem Gießkannenprinzip, Ihre Politik der Verantwortungslosigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen und Ihre Politik des Machterhalts um jeden Preis, die uns in diese finanzielle Katastrophe geführt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Bernd Althusmann [CDU]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, ich habe großes Verständnis für die vielen Briefe, die uns jetzt erreichen, für die Proteste und die Demonstrationen gegen die Kürzungen im Kulturbereich. Nur, diese Proteste richten sich gegen die Falschen; denn wir haben das, was wir jetzt zu vertreten haben, nicht zu verantworten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Dieter Möhrmann [SPD]: Was? Wer kürzt denn?)

Nicht dieser Kulturminister und diese Landesregierung haben diesen finanziellen Trümmerhaufen hinterlassen. Das waren Sie gemeinsam mit den Grünen, Anfang der 90er-Jahre, mit Ihrer katastrophalen Personalpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Dieter Möhrmann [SPD]: Frau Kollegin, die Weichen stellen aber Sie!)

Ich sage ganz deutlich auch in Richtung der Protestierenden: Dieser Scherbenhaufen ist auf die Tätigkeit der SPD und der Grünen zurückzuführen, aber nicht auf unsere Tätigkeit.

Meine Damen und Herren, genauso unverschämt ist es, heute zu beklagen, dass wir kein Geld für die Kulturpolitik haben, vor allem wenn ich sehe, dass Ex-Minister Oppermann damals den Vertrag mit Hannover geschlossen hat. Das waren 50 Millionen Euro für das Staatstheater, ohne kommunale Beteiligung.

(Thomas Oppermann [SPD]: Das hat
Heinrich Aller gemacht!)

Bei den anderen Staatstheatern gibt es eine kommunale Beteiligung. Die Stadt Hannover aber zahlt nichts. Nein, sie stellt dem Land sogar noch Rechnungen zu, nach denen es noch etwas für den Brandschutz einbringen soll. Wenn sich Hannover beteiligt hätte, hätten wir heute 20 Millionen Euro mehr und bräuchten über diese Kürzungen, die wir jetzt notwendigerweise vornehmen müssen, nicht diskutieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben uns im Bereich Kultur schon einige Anträge und im September letzten Jahres die Aktuelle Stunde mit dem Thema „Theatersparkurs - Abschied von Ambitionen“ beschert. Frau Bührmann, Sie wissen ganz genau, wie der Stand der Diskussionen ist. Sie wissen ganz genau, dass wir am 10. Juni noch eine Unterrichtung zur Kulturförderung hatten. Sie wissen auch ganz genau, dass das Ganze im Fluss ist und dass wir warten müssen, bis die titelscharfen Haushaltsdaten vorliegen und wir gemeinsam dort hineingehen können.

Wir wollen - und das werden wir auch - möglichst allen Menschen in Niedersachsen den Zugang zur Kultur ermöglichen. Wir werden die Kultur fördern und nicht die Verwaltung innerhalb der Kulturträger.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, haben Sie Geduld! Sie werden sehen, dass wir in dem Rahmen, den Sie zu verantworten haben, Kultur nach besten Mög-

lichkeiten fördern werden: gezielt, qualitätsbewusst und für die Menschen in Niedersachsen. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Zum gleichen Tagesordnungspunkt spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Dr. Heinen-Kljajić. Bitte schön!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was wir im Moment erleben, ist nicht mehr und nicht weniger als die Verabschiedung dieser Landesregierung aus der Verantwortung für den nichtstaatlichen Kultursektor.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Verloren gehen wird dabei nicht nur eine Vielzahl von Einrichtungen in freier Trägerschaft, sondern verloren geht dabei auch die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung; denn die Halbwertszeit der Postulate in Sachen Kultur lässt für die Verlässlichkeit dieser Landesregierung nur Böses befürchten.

Nehmen wir das Beispiel Koalitionsvertrag! Da ist noch großartig die Rede davon, eines der prioritären Ziele sei die Stärkung des ländlichen Raumes. Jetzt heißt es in Sachen Kultur: Wir sind nur noch zuständig für die Finanzierung der Leuchttürme. - Damit sind gemeint die staatlichen Einrichtungen wie Staatstheater und Landesmuseen, die sich bekanntlich in Großstädten befinden, aber nicht auf dem Land.

Noch im Mai letzten Jahres hat Minister Stratmann - wie ich finde, völlig zu Recht - darauf hingewiesen, dass im Bereich der freien Kultur die Einsparpotenziale für den Landeshaushalt in keinem Verhältnis stehen zu dem Schaden, den diese Kürzungen vor Ort bei der Grundversorgung mit Kultur anrichten würden. Das heißt, Minister Stratmann: Das was Sie im Moment an Kürzungen planen, das planen Sie wider besseren Wissens.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ein weiterer Widerspruch: Sie wollen nur noch Kultur mit überregionalem Stellenwert fördern. Gleichzeitig soll aber mit den Landschaften das Element der Regionalität gestärkt werden. Wie,

bitte schön, wollen Sie das noch miteinander in Deckung bringen? Außerdem kann man sich die Frage stellen: Welches Geld sollen die Landschaften nach den von Ihnen geplanten Kürzungen dann überhaupt noch verteilen?

Und von der FDP ist außer der Forderung, dass auch die Staatstheater mit in die Kürzungen einbezogen werden müssen, eigentlich auch nicht viel zu hören, obwohl sie doch erst jüngst Kultur als neues Profilierungsgebiet entdeckt hatte.

Das heißt: Statt einer kulturpolitischen Debatte, die wir anscheinend, jedenfalls nach dem Beitrag meiner Vorrednerin, auch leider hier und heute nicht führen können, erleben wir allerorten nur Konfusion. Stattdessen bräuchten wir eigentlich ganz dringend diese kulturpolitische Debatte; denn es geht hier um mehr als nur um Kürzungen bei einzelnen Haushaltstiteln.

Das, was wir hier im Moment erleben, ist ein echter Paradigmenwechsel; denn die Landesregierung kündigt einen Konsens auf, einen Konsens, den wir in jahrzehntelangen Debatten erreicht haben, der nämlich besagt, dass das Land, die Kommunen und die freien Träger gemeinschaftlich auf gleicher Augenhöhe partnerschaftlich für die Grundsicherung in Sachen Kultur in diesem Lande zuständig sind. Stattdessen propagieren Sie jetzt neuerdings die Privilegierung der Landesbetriebe.

Es geht also gar nicht mehr nur um ein Mehr oder Weniger an Kulturförderung oder an Kulturangeboten, sondern um die Glaubwürdigkeit einer Politik, die seit Jahren auf aktivierenden Staat, Bürgergesellschaft und Bürgerengagement setzt, was ja auch Sie an anderen Stellen tun. Der Staat braucht aber diese Ressourcen der Zivilgesellschaft als Kooperationspartner, weil wir mit eigenen Mitteln längst keine ausreichende Versorgung mehr sicherstellen können. Das gilt auch für den Bereich Kultur.

Das heißt, Sie zerschlagen mit Ihren Kürzungen Strukturen, die wir eigentlich gerade wegen der Lage der öffentlichen Kassen stärken müssten, statt sie zu reduzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Schlimmer noch: Zur Rechtfertigung Ihrer Sparpolitik unterstellen Sie den freien Trägern Schwächen dort, wo ihre eigentlichen Stärken sind, gerade im Vergleich zu staatlichen Institutionen. Minister

Stratmann behauptet, ein Großteil der Mittel der Kulturförderung würde gar nicht der Kultur selbst zugute kommen, sondern würde in Bürokratie und Lobbyismuserbeit der Verbände fließen. Dann frage ich mich: Wieso haben Sie das nicht vorher moniert? Schließlich müssen die Landesverbände jährlich ausführliche Berichte über ihre Mittelverwendung vorlegen. Die belegen übrigens genau das Gegenteil.

Wenn man das Kriterium „ein Minimum an Bürokratie“ schon als Messlatte anlegt - ich will erst einmal gar nicht abstreiten, dass das sinnvoll ist -, warum setzt man dann gleichzeitig die größten Kürzungen bei der LAG Soziokultur an, deren Modell der beliehenen Unternehmerschaft bundesweit als das Modell für effektive Mittelverwendung gehandelt wird?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ein letztes Wort, apropos Lobbyarbeit: Das, was Sie, Herr Minister Stratmann, als Lobbyarbeit bezeichnen - und das wissen Sie auch -, ist in Wahrheit nichts anderes als Fachberatung und Fachbildung für Einrichtungen und Verbandsmitglieder, von der die Qualität der Kulturangebote doch nur profitiert. Das kann doch eigentlich nur im Landesinteresse sein.

Wir fordern Sie deshalb auf, Minister Stratmann: Hören Sie auf mit dem Versteckspiel, und legen Sie endlich konkrete Zahlen auf den Tisch. Hören Sie auf damit, eine Zweiklassenkultur zu propagieren: auf der einen Seite die staatlichen Einrichtungen, auf der anderen Seite die freie Kultur, für deren Zukunft wir nicht mehr zuständig sind. Und hören Sie auf mit Ihren unhaltbaren Unterstellungen. Kommen Sie zurück zu einer sachlichen kulturpolitischen Debatte, an deren Ende aus unserer Sicht als Ergebnis nur stehen kann: die Rücknahme des Mittelkahlenschlags bei der freien Kultur. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die FDP-Fraktion erteile ich nunmehr Herrn Dr. Rösler das Wort. Herr Dr. Rösler, bitte schön!

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf dem Weg zum ökumenischen Gottesdienst bin ich heute bei ein paar Musikern stehen geblieben. Hinterher hat sich herausgestellt, dass es der Posaunenchor für den Gottesdienst war. Ich aber dachte: Oje, schon wieder eine Demonstration!

Das ist auch die Situation, in der wir uns momentan in Niedersachsen überall befinden. Tatsache ist, dass in allen Bereichen eben unangenehme, unpopuläre, aber zwingend notwendige Entscheidungen erforderlich sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Während Sie sich immer um diese Entscheidungen gedrückt haben, werden wir sie treffen und ihre Folgen dann auch in allen Bereichen aushalten müssen.

Die Tatsache, dass es sich unser Wissenschaftsminister nicht leicht macht, auch bei der Kultur zu sparen, zeigt, welchen Stellenwert die Kultur für CDU und FDP hat. Es sind eben nicht einfach nur die Schokoladenstreusel auf der Sahne, die man in schwierigen Zeiten einfach wegsparnt, sondern sie ist für CDU und FDP in der Tat die Hefe im Teig. Wir wollen daran arbeiten, dass sie auch nach einem Kürzungshaushalt in Niedersachsen weiterhin Bestand haben kann. Aber man wird nicht um notwendige Einsparungen umhinkommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Kollegin, Sie haben die FDP bereits angesprochen. Wir als Regierungsfractionen haben uns durchaus - das hat ja durchaus Bedeutung und ist anders als in der Opposition - erlaubt zu sagen, in welchen Bereichen unserer Ansicht nach nicht so stark gespart werden darf. Das waren z. B. die freien Theater, 80 an der Zahl mit einer Gesamtförderung von 1 Million Euro. Die Förderung kann man nicht pauschal auf Null setzen, wenn man gleichzeitig bei den drei Staatstheatern und den beiden Landesbühnen mit einem Fördervolumen von insgesamt 120 Millionen Euro überhaupt nichts tut.

(Thomas Opper mann [SPD]: Haben Sie das denn umgesetzt?)

Um es gleich zu sagen, Herr Kollege: Wir stehen voll hinter dem Einsparvolumen, das der Wissenschaftsminister an dieser Stelle erbringen muss.

Wir sind aber gerne bereit, uns die Zahlen in Ruhe anzusehen und dann gemeinsam zu entscheiden, an welcher Stelle gespart wird. Ich würde mich freuen, wenn Sie das auch täten.

Das Thema der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde hat uns dabei völlig überrascht; denn Sie können eigentlich noch gar nicht wissen, was mit dem Haushalt auf Sie zukommt, weil das Landeskabinett erst am nächsten Dienstag über seinen Haushaltsplanentwurf entscheiden wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Haben Sie keine Zeitung?)

Erst dann, wenn das Kabinett dem Landtag den Haushaltsplanentwurf vorlegt, können Sie seriös und solide über den einen oder anderen Titel diskutieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir sind zwar neu in diesem Haus. Aber ich glaube, wir haben das Spiel etwas besser verstanden als Sie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe)

Was die Frage der Kultur anbelangt, so muss ich sagen: Wenn man die Zwischenrufe der Frau Kollegin Merk und des Herrn Kollegen Plaue bei den Diskussionen über Kultur hört, dann weiß man, wo Kultur ist und wo nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir halten fest: Wir warten voller Vertrauen ab, was der Wissenschaftsminister vorlegt. Wir wissen, dass es an dieser Stelle aufgrund Ihrer hervorragenden Vorarbeit nicht leicht wird. Aber ich sage Ihnen: Wenn es leicht wäre, dann hätten Sie eigentlich auch weiterregieren können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Zu Wort gemeldet hat sich von der Landesregierung Herr Minister Stratmann. Bitte schön, Herr Minister!

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Philipp Rösler, auch ich habe mich die ganze Zeit gefragt: Woher wissen die eigentlich alles das, was sie hier vortragen? - Das frage ich mich wirklich, liebe Frau Kollegin Bührmann; denn die Haushaltsklausur findet erst nächste Woche statt. Das heißt, Sie antizipieren hier eine Entscheidung; denn eine solche Entscheidung hat es noch nicht gegeben. Lassen Sie uns doch ganz ruhig abwarten! Ich bin im Gespräch, und ich bin mir ziemlich sicher, dass manches Geschrei, das jetzt erhoben wird, dann schnell wieder abklingen wird.

Im Übrigen möchte ich Ihnen auch sagen: Sie erheben Opposition allmählich zum Selbstzweck. Das, was ich zurzeit vor meinem Haus erlebe - dort haben die LAGS und die freien Theater mit Aktionen zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich Sorgen machen -, ist viel inhaltsschwerer und kreativer als das, was Sie uns hier eben geboten haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es macht mir wirklich mehr Spaß, mich auf der Ebene auseinander zu setzen, als mir ständig anhören zu müssen, dass es immer so weitergehen muss, wie es war, dass alles so bleiben muss, wie es ist. Geld hat da zu sein, auch wenn wir alle zur Kenntnis zu nehmen haben, dass das schon lange nicht mehr der Fall ist.

(Zuruf von der SPD: Das sagt doch niemand!)

Ich will jetzt keine Rede zur finanziellen Situation in Niedersachsen halten. Den Ernst der Lage müssten allmählich auch Sie kapiert haben. Daher erspare ich mir das, auch weil wir hier nicht alle Zeit der Welt zur Verfügung haben.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jüttner?

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Nein, ich habe nur fünf Minuten Redezeit.

Sie schüren derzeit bei den Betroffenen Angst und erweisen der Sache selbst damit einen Bärendienst. Bitte hören Sie damit endlich auf!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte einmal etwas zu den Zahlen sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Frau Bührmann, Ihre Darlegungen zeigen Ihre Unkenntnis. Sie reden hier von 8 Millionen Euro. In der Tat hat das Kabinett gesagt: Du hast im Hochschulbereich das zu machen, und dann sind noch 8 Millionen Euro zu bringen. - Aber niemand hat gesagt, dass die 8 Millionen Euro ausschließlich aus dem Kulturbereich kommen müssen, und niemand, schon gar nicht jemand von der Landesregierung, hat gesagt, dass das 8 Millionen Euro sind, die sich auf 9 Millionen Euro zu beziehen haben. Offensichtlich wissen Sie gar nicht, dass wir allein im Bereich der freien Kultur, wenn man das Aufkommen aus der Konzessionsabgabe dazu rechnet, weit über 32 Millionen Euro zur Verfügung haben. Ich weiß gar nicht, wo die 9 Millionen herkommen, die in der Debatte ständig mit angeführt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Fest steht, auch die Kultur kann nicht von Kürzungen ausgenommen werden. Die Situation ist so dramatisch, dass die Kultur davon nicht ausgenommen werden kann. Dazu zähle ich übrigens auch die großen staatlichen Einrichtungen; das sage ich hier auch sehr deutlich.

Aber auch da will ich noch einmal Folgendes erwähnen - ich habe das sehr gut in Erinnerung -: Als wir im letzten Jahr darüber debattiert haben - übrigens auch auf Antrag der SPD -, wie wir mit den Staatstheatern umgehen, da haben Sie, Frau Bührmann, an diesem Rednerpult gestanden und mir vorgeworfen, dass ich die Staatstheater überfordere und insgesamt das Staatstheater Hannover in den Ruin treibe. Was habe ich denn im letzten Jahr gemacht? Ich habe im letzten Jahr gesagt, ich kürze deshalb bei den großen staatlichen Kultureinrichtungen, insbesondere beim Staatstheater Hannover, weil ich die freie Kultur vor weiteren Kürzungen schützen möchte. Das habe ich im Jahre 2003 getan, und damit bin ich nicht wortbrüchig geworden, sondern ich habe mein Wort gehalten. Wir haben das Budget des Staatstheaters Hannover auf 46,4 Millionen Euro heruntergefahren. Wir mussten dies tun, weil die Vorgängerregierung in jedem Jahr, wenn die ihre Budgets nicht eingehalten haben, nachgeschossen hat. Da

spielte Geld überhaupt keine Rolle. In der Situation waren wir. Da haben wir gegengesteuert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen: Auch die Staatstheater und die staatlichen Kultureinrichtungen müssen einen Solidarbeitrag leisten. Aber ich kann nicht, wenn ich solche Maßnahmen schon eingeleitet habe, jetzt wieder sagen, da muss wieder 1 Million Euro her. Dann werde ich unglaublich. Das ist auch objektiv zurzeit nicht möglich. Das ist Fakt. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Sie haben mir im letzten Jahr vorgeworfen, ich würde den Staatstheatern finanzielle Lasten auferlegen, die sie nicht tragen können. Wir wissen heute, dass das Gegenteil der Fall ist. Es ist uns sogar gelungen, liebe Frau Bührmann, den derzeit erfolgreichsten Intendanten Österreichs nach Hannover zu holen, damit er hier die Nachfolge von Herrn Puhmann antritt. Darauf sind wir sehr stolz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will hier auch deutlich sagen - dazu bekenne ich mich -: Für mich haben die großen staatlichen Kultureinrichtungen die gleiche Bedeutung wie die kleinen freien Kultureinrichtungen. Beide bedingen einander. Die Qualität unserer großen Häuser wäre ohne die freien Theater nicht denkbar, und wahrscheinlich ist das auch umgekehrt der Fall. Ich bin auch der Meinung, dass manches von dem, was in diesem Land schon vorbildlich läuft - ich denke an das Hildesheimer Modell, wenn ich das so sagen darf, also die Zusammenarbeit zwischen großen Theatern und freien Theatern -, Vorbild für die Staatstheater sein kann. Wir dürfen diesbezüglich keine Tabus und keine Denkverbote haben, sondern müssen an Konzepten arbeiten, die dies stärker berücksichtigen. Dazu bekenne ich mich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Beides ist also aus meiner Sicht gleichwertig zu betrachten.

Was das Stichwort „Leuchttürme“ angeht, so sage ich Ihnen: Für mich ist der strahlendste und hellste Leuchtturm in diesem Lande die Ehrenamtlichkeit. Die Menschen, die sich in diesem Land ehrenamtlich engagieren, sind der eigentliche Leuchtturm.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dennoch sind wir keine Provinzialisten, wie Sie mir im letzten Jahr noch vorgeworfen haben. Wir müs-

sen auch dafür Sorge tragen, dass wir uns große staatliche Kultureinrichtungen wie das Staatstheater oder das Sprengel Museum leisten können, weil die auch zur Reputation unseres Landes beitragen. Ich lasse nicht zu, dass beide - die kleinen freien und die großen staatlichen Theater - gegeneinander ausgespielt wird. Beide gehören zusammen!

(Beifall bei der CDU)

Das, was LAGS, LaFT und andere in diesem Lande geleistet haben, ist vorbildlich. Dazu bekenne ich mich. Ich bekenne mich auch dazu, dass wir zur Kenntnis nehmen müssen, Frau Bührmann, dass in den letzten Jahrzehnten hervorragende Arbeit geleistet worden ist, um die Grundlagen für das zu schaffen, was wir heute in diesem Lande vorfinden. Aber wir merken auch, dass an vielen Stellen Statik eingetreten ist, dass an vielen Stellen die Bewegung raus ist.

Ich kann Folgendes hier so sagen, weil ich es auch den Vertretern der LAGS schon gesagt habe: Wenn von den 1,8 Millionen Euro, die ich für die LAGS habe, mittlerweile 500 000 Euro für Sach- und Personalkosten aufgewendet werden, dann müssen wir darüber reden. Das kann doch kein Tabu sein! Das tun wir mit aller Ernsthaftigkeit und sehr seriös. Ich bin wirklich bemüht, dafür Sorge zu tragen, dass die vielen Einrichtungen im ländlichen Raum auch künftig Mittel aus dem Topf „Soziokultur“ bekommen werden. Das zumindest ist das, was ich hier zusagen kann.

(Beifall bei der CDU)

Bitte diskutieren Sie etwas weniger aufgeregt!

(Christina Bührmann [SPD]: Sie sind doch aufgeregt!)

Bitte warten Sie das ab, was wir am kommenden Dienstag und Mittwoch im Kabinett beschließen werden.

Wir brauchen eine kulturpolitische Debatte, gar keine Frage; da gebe ich Frau Heinen-Kljajić uneingeschränkt Recht. Ich bin bereit, diese Debatte zu führen; auch das ist keine Frage. Aber ich kann sie nicht führen, wenn Sie von vornherein Diskussionen mit der Prämisse anzetteln, weniger Geld darf es aber nicht geben. Damit machen Sie es sich zu einfach. Das ist blanker Populismus. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagungsordnungspunkt liegen mir nicht vor. Damit erkläre ich Tagungsordnungspunkt 3 a für erledigt.

Ich eröffne die Beratung zu Tagesordnungspunkt 3 b:

b) Wirtschaft und Verbraucher in Niedersachsen unter Hochspannung - Energiepreise nicht weiter verteuern - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/1286

Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Dinkla zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Hermann Dinkla (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ankündigung der Gaspreiserhöhung erzürnt ja nicht nur Verbraucher und Kunden, sondern sie verstärkt auch den Druck in Richtung auf eine zukünftige Regulierung. Sie zeigt aber auch, dass es erhebliche Versäumnisse - auf Bundesebene - gibt; denn bekanntlich hätte es die Regulierungsbehörde bereits zum 1. Juli 2004 geben sollen. Sie ist aber noch nicht installiert. Damit will ich deutlich machen: Mitverantwortlich für die bestehende Situation sind auch die steigenden Netzkosten.

Aber wie sieht die Situation im Energiepreissektor generell aus? - Die Preisnachteile aufgrund der Liberalisierung sind weitgehend abgeschmolzen. Gibt es hier einen echten Wettbewerb, meine Damen und Herren? - Nein, den gibt es nicht. Während ich im Bereich der Telekommunikation viele Anbieter sehe, ist der Energiebereich ein Closed-shop mit wenigen Playern. Insofern kann ich sagen, dass es hier keinen echten Wettbewerb gibt.

Meine Damen und Herren, es stellt sich auch die Frage nach dem internationalen Strompreisvergleich. Die Antwort darauf muss uns unruhig machen; denn wer will z. B. erklären, dass die Industrie nach dem für sie geltenden Energiepreis in der Bundesrepublik 2,25 Cent pro Kilowattstunde mehr zahlen muss als in Frankreich? Das ist ein Punkt, der meines Erachtens auch diskutiert werden muss, wenn wir generell über die Wettbewerbsfähigkeit diskutieren.

Wenn auf Berliner Ebene ein Energiegipfel gefordert wird, dann will ich das gar nicht klein reden. Aber eigentlich wären dort vor allem Selbstgespräche angesagt; denn der eigentliche Preistreiber ist der Staat, meine Damen und Herren. Fast unbemerkt von Bürgern und Unternehmen holt sich Vater Staat zurzeit von jedem Liter Benzin 75 % des Preises und von jeder Kilowattstunde 40 %; beim Erdgas bei Privatkunden sind es 30 %. Addiert man diese gesamte staatliche Belastung für die Energiebereitstellung, so kommt man auf den gigantischen Betrag von 53,9 Milliarden Euro im Jahr 2002. In diesem Jahr steigert sich dieser Betrag auf über 56 Milliarden Euro. - Das, meine Damen und Herren, gehört zur aktuellen Energiediskussion mit dazu.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage dies auch vor dem Hintergrund, dass immer gesagt wird, in erster Linie sei das EEG dafür verantwortlich, dass man die Energiepreise anheben will. Richtig ist, dass das Aufkommen für den Bereich der Windenergie, auch im Verbund mit Kraft-Wärme-Kopplung, u. a. erneuerbare Energien, insgesamt mit 2,7 Milliarden Euro zu Buche schlägt.

Aber - jetzt kommt die Bemerkung, auf die Sie sicherlich schon warten -: Wer im Lande weiß denn schon, wie hoch das Ökosteueraufkommen ist? Das Ökosteueraufkommen, das im Jahre 1999 ein Volumen von 4,3 Milliarden Euro hatte, ist jetzt angewachsen auf die unglaubliche Summe von 18,9 Milliarden Euro. Setzen Sie dies einmal ins Verhältnis zu den Beträgen, über die wir hier so diskutieren.

(Walter Meinhold [SPD]: Und was machen wir damit?)

Umso dringlicher ist es, meine Damen und Herren, dass das umgesetzt wird, was in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung steht: eine konsequente Überprüfung der ökologischen Steuerreform. Die muss man in dem Zusammenhang nämlich mit bewerten.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das können Sie sowieso nicht finanzieren! Die Gegenfinanzierung will ich sehen!)

Meine Damen und Herren, alle Zahlen, die ich hier genannt habe, müssen mit auf die Agenda, wenn es um die Diskussion über die Energiepreise und ihre Erhöhung geht. Nur auf die Unternehmen zu

schimpfen, die jetzt - sicherlich deutlich überhöhte - Preissteigerungen beim Gas ankündigen, ist nur die halbe Wahrheit.

Ich wehre mich dagegen, dass der Bund - Minister Eichel - in den kritischen Diskussionen immer auf Tauchstation geht, aber bei der Mehrwertsteuer und all diesen Dingen mitkassiert und letztendlich der größte Preistreiber im Energiebereich ist.

Die aktuellen Energiepreise und die Preiserhöhungen entwickeln sich zu einer unwahrscheinlich großen Belastung für die Unternehmen in diesem Lande. Meine Damen und Herren, wir sollten das auch nicht schönreden. Viele Unternehmer schauen schon nach anderen Standorten in Osteuropa. Diese Diskussion ist Motivation, solche Überlegungen zu forcieren. Ich meine, das kann nicht in unserem Sinne sein. Deshalb ist hier politischer Handlungsbedarf angesagt.

Die Situation ist aber auch eine Zumutung für Privatverbraucher, die zugleich mit vielen anderen Preiserhöhungen fertig werden müssen. Zwar haben sie auf der einen Seite aufgrund der Steuerreform etwas mehr im Portmonee, aber auf der anderen Seite sind es diese Preiserhöhungen, die sie tagtäglich belasten.

Darüber hinaus gibt es auch noch andere Umstände, die uns nachdenklich stimmen müssen. Ich will hierzu ein kleines Beispiel anführen. In meinem Wahlkreis hat eine große Gärtnerei angekündigt, dass sie acht Ausbildungsplätze, die sie zusätzlich bereitgestellt hatte, zum Ende der Probezeit wahrscheinlich auslaufen lassen muss, weil die Energiekosten aus dem Ruder laufen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen - daran führt kein Weg vorbei - günstige Energiepreise im Lande, und wir brauchen keine Preiserhöhungen, die nicht gerechtfertigt sind. Aber wir brauchen auch einen Staat, der mit der Frage, inwieweit er als Staat die Energiepreise belastet, verantwortlich umgeht. Ich glaube, das, was sich hier zurzeit vollzieht, ist inakzeptabel. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Wenzel. Bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal bei der CDU-Fraktion dafür bedanken, dass sie diese Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir haben auch überlegt, ob wir das machen sollen, Herr Dinkla; denn nach den jüngsten Preisanstiegen ist das Thema natürlich in aller Munde.

Ich kann an dieser Stelle noch einmal ganz klar sagen: Die Strategie „Weg vom Öl!“ ist richtig und dringend umzusetzen. Das, denke ich, wird hier auch niemand mehr versuchen wegzudiskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die neuen Studien zu dem Thema zeigen - egal wen man nimmt -, dass wir den Gipfel der Ölförderung noch in diesem Jahrzehnt überschritten haben werden. Einige Studien sagen, das dauert noch fünf Jahre länger. Aber das ist hier nicht die Frage. Klar ist: Die eingeleitete Wende hin zu den regenerativen Energien braucht noch mehr Drive und noch mehr Druck. Wir brauchen noch mehr Druck in Bezug auf die Nutzung von Wind, Solarthermie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse, Geothermie. Wir brauchen die effiziente Nutzung von Blockheizkraftwerken und Brennstoffzellen, und wir brauchen die Wasserstofftechnologie als Speicher- und Transportmedium. Das, meine Damen und Herren, ist die gigantische Herausforderung, vor der wir als Gesellschaft, insbesondere auch im Bereich von Forschung und Entwicklung stehen. Herr Dinkla, das ist ein Weg ohne Alternative; ich hoffe, dass Sie mir an dieser Stelle Recht geben. Das ist ein Weg, der eine klare Strategie, aber auch den festen Willen braucht, das umzusetzen.

Meine Damen und Herren, diese hohen Preise - egal ob für Öl oder für Strom - rütteln alle auf. Wir brauchen Alternativen zum Öl, aber wir brauchen auch funktionierende Energiemärkte. Diese haben wir leider nicht. Netzgebundene Systeme - und dazu gehört nun einmal der Strommarkt - brauchen regulierte Märkte und nicht freie, sozusagen ungebundene Wettbewerbssituationen; denn die können am Ende nur die Großen ausnutzen.

Minister Rexrodt, Herr Rösler, hat 1998 eine überstürzte Liberalisierung des Strommarktes eingeleitet. Dabei hat er keine Regulierung vorgesehen, sondern lediglich eine freiwillige Verbändevereinbarung. Davon profitiert haben die ganz großen Kunden und Produzenten, die den Markt unter sich

aufgeteilt haben. Sie machen die kleinen Wettbewerber platt und sorgen dafür, dass die Durchleitungspreise zu hoch sind. Sie erschweren den Wechsel zwischen den Lieferanten. Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, die Konzerne werden diese Monopole nicht freiwillig aufgeben.

An dieser Stelle, Herr Rösler, gibt es zwei Einflüsse: einmal das, was Herr Rexrodt 1998 gemacht hat. Interessant ist aber auch das, was die Kollegen Hirche und Sander am letzten Freitag im Bundesrat gemacht haben: Selbst die beiden FDP-Minister haben unterschiedlich abgestimmt, als der Antrag von Hessen auf die Tagesordnung gekommen ist, in dem gefordert wurde, dass der Vorschlag der Bundesregierung bezüglich der Regulierung und der Kontrolle der Märkte durch die Regulierungsbehörde noch verschärft wird. Offensichtlich redet Herr Hirche in der Öffentlichkeit anders, als er es tut, wenn es in die Abstimmung im Bundesrat geht. Das können wir nicht verstehen, meine Damen und Herren. Ich hoffe, dass wir Aufklärung darüber erhalten, welche Position die FDP und welche die CDU tatsächlich vertritt.

Mit Marktradikalismus allein, Herr Rösler, kommen wir hier nicht klar. Wir haben von daher eine große Sympathie für eine Verschärfung der Möglichkeiten der Regulierungsbehörde, um diesen Markt funktionsfähig zu machen. Aber dafür müssen wir jetzt handeln, und dafür brauchen wir nicht nur Sprüche, sondern konstruktive Arbeit auch im Bundesrat; der Bund hat vorgelegt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Also eine neue Bundesregierung!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Meinhold. Bitte schön!

Walter Meinhold (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Preiserhöhungen, egal bei welchen Produkten, sind eigentlich nie gut.

(Christian Dürr [FDP]: Keine ökonomische Aussage!)

Wenn sie allerdings die Energiewirtschaft betreffen - und wir wissen, dass die Energie sozusagen der Saft für jede Wirtschaft ist -, dann ist klar, dass eine ganz andere Debatte ausgelöst wird. Deshalb

ist es auch verständlich, dass nach einer solchen Ankündigung der drei großen Energieversorger in der Bundesrepublik eine solche Debatte entsteht.

Diese Energieversorger - Herr Dinkla, da teile ich Ihre Auffassung - organisieren eben nicht das, was wir unter Wettbewerb verstehen. Deshalb kann ich nicht verstehen, dass Sie der Meinung sind, Schuld hat am Ende die SPD-geführte Bundesregierung. Das war ein bisschen zu schlicht.

Es ist auch zu schlicht, wenn die großen Energieversorger lediglich auf die ständig steigenden Ölpreisnotierungen auf dem Weltmarkt verweisen. Das reicht nicht aus. Deshalb teilen wir die Auffassung des Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement, der vor dem Energiegipfel beim Kanzler in aller Klarheit gesagt hat: Die Preiserhöhungen müssen von der Tagesordnung abgesetzt werden. Wir müssen über die Frage, wie wir mit veränderten Bedingungen auf dem Weltmarkt umgehen, sachlich diskutieren und nicht nur alleine sozusagen eine Marktmacht ausspielen. - Das darf nicht sein.

Nun zu Ihrem Hinweis, Herr Dinkla, dass die Maßnahmen, die die Bundesregierung in Sachen Stromsektor, erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung getroffen hat, dafür verantwortlich sind, dass das alles so schlimm ist. Dazu kann ich Ihnen nur in aller Klarheit sagen: Wir müssen in der Energiepolitik umsteuern.

(Zustimmung von Wolfgang Jüttner [SPD])

Jetzt komme ich nicht mit dem Thema, das Sie von mir erwarten. Ich sage nichts zur Kernenergie. Sondern: Wir müssen den Weg gehen, mehr und mehr von den fossilen Energieträgern unabhängig zu werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn solange die Fragen der fossilen Energieträger unsere Energiepolitik bestimmen, sind wir abhängig; beim Gas von einigen wenigen Förderländern, die logischerweise ihre Bedingungen stellen.

Deshalb ist der Weg der Bundesregierung richtig. Wir müssen die Brücke bauen: Raus aus dem Zeitalter der Energieversorgung durch fossile Energien - auch der Kernenergie -, hin zur kompletten Bandbreite der erneuerbaren Energien.

Ich habe neulich einen Fernsehbericht über die Bundesvorsitzende der CDU, Frau Merkel, in Mag-

deburg gesehen; soweit ich weiß, war sie dort bei Enercon. Sie hat gesagt: Ich gehe dorthin, wo die tollen Produkte sind. - Wissen Sie, was sie vergessen hat zu sagen? Dass es etwas mit der Politik der Bundesregierung zu tun hat, dass genau in diesen Bereichen moderne, sichere, zukunftsorientierte und dazu auch noch gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen. Da muss man schon wissen, in welche Richtung man gehen will.

(Zustimmung von Wolfgang Jüttner [SPD] - David McAllister [CDU]: Trotz der Bundesregierung!)

Eine andere Geschichte. Wenn Sie die Ökosteuer ansprechen: Wollen Sie die Lohnnebenkosten für die Rentenversicherung hochtreiben? - Wir sind doch heilfroh, dass wir sie noch unter 20 % halten. Wir können das natürlich streichen.

(David McAllister [CDU]: Tanken für die Rente!)

- Machen wir! Und noch etwas: Selbst Herr Stoiber würde die Ökosteuer wegen einer möglichen Erhöhung der Lohnnebenkosten nicht anfassen.

Wir haben in der Bundesrepublik ein anderes Problem, und zwar das der Durchleitung - Herr Wenzel hat es angesprochen -: aufgrund der Verbändevereinbarung. Sie wissen, wir werden jetzt eine Regulierungsbehörde bekommen, die klar fordert, die Gründe offen zu legen, warum man bestimmte Durchleitungsentgelte nimmt.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf eine Sache hinweisen: Bezüglich der Versorgungssicherheit steht Deutschland an der Spitze in der Welt. In keinem Land der Erde sind die Stromausfälle so gering wie in Deutschland. Für eine funktionierende Wirtschaft ist das mehr denn je wichtig. Das heißt, auch da muss man genau abwägen: Was ist Mitnahmeeffekt, und was ist dazu da, die Systeme entsprechend aufrechtzuerhalten?

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen. Es ist richtig, in die erneuerbaren Energien zu gehen und Kraft-Wärme-Kopplung zu forcieren. Aber alle Experten sagen, dass etwas anderes noch viel wichtiger wäre, nämlich: Wir haben das Potenzial, das uns durch Energiesparen zur Verfügung steht, noch lange nicht ausgenutzt. Stattdessen verbrauchen die privaten Haushalte von Jahr zu Jahr mehr. Nun gibt es eine Möglichkeit, um sich als Verbraucher gegen Preiserhöhungen zu wehren

- die Unternehmen machen das, weil sie auf der Kostensenkungsseite schon aktiv arbeiten -: Man sollte z. B. schlicht und einfach überlegen, ob jeder Kilometer mit dem Auto gefahren werden muss und ob jedes Gerät auf Stand-by geschaltet werden muss.

Solche Einsparungen dienen zwei Dingen: einmal dem Portemonnaie, was ich allen gönne, und andererseits der Umwelt, was noch viel wichtiger ist. In diesem Sinne muss die Debatte geführt werden. Ich gehe davon aus, dass der Energiegipfel beim Kanzler eine ganze Menge bringen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, mir liegt eine letzte Wortmeldung vor. Herr Kollege Dr. Rösler von der FDP-Fraktion, bitte schön!

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem nun die Kollegen von Rot und Grün gesprochen haben, ist es, meine ich, dringend an der Zeit, das eine oder andere sachlich und fachlich richtig zu stellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich fange mit dem Wichtigsten an. Die 1998 von unserem damaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt eingeleitete Liberalisierung der Strommärkte war und ist ordnungspolitisch eindeutig richtig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜNE])

- Ah, Sie sind auch da. Schön, Sie nach dem Urlaub zu sehen.

Denn nicht die Liberalisierung, Herr Kollege Wenzel, ist Schuld an der momentanen Preissteigerung, sondern, ganz im Gegenteil, die fehlende Konsequenz bei der Liberalisierung. Die nur halbherzige Einführung von Wettbewerb ist der wahre Grund für die Preissteigerung von heute, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Verantwortung hierfür liegt einzig und allein bei Ihrer rot-grünen Bundesregierung, die viele Dinge verschlafen hat. Ich erinnere nur daran, dass die EU-Beschleunigungsrichtlinie für den Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt, die eigentlich zum 1. Juli 2004 hätte umgesetzt werden müssen, erst am 28. Juli 2004 durch Beschluss des Bundeskabinetts ins Verfahren gegangen ist. Das ist wieder einmal ein Beispiel für die handwerkliche Inkompetenz dieser rot-grünen Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wir reparieren jetzt das, was Rexrodt verbockt hat!)

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang die Ministererlaubnis zur Übernahme der Ruhrgas durch E.ON. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat den Wettbewerb mit Sicherheit nicht gestärkt; durch solche monopolartigen Strukturen ist der Wettbewerb im Gegenteil noch geschwächt worden.

(Beifall bei der FDP)

Dieser wettbewerbspolitische Super-GAU ist volkswirtschaftlich durch nichts zu entschuldigen. Ich frage Sie dennoch, Herr Wenzel: Wo waren denn damals die Grünen, als Staatssekretär Tacke dieser Monopolisierungstendenz im Prinzip stattgegeben hat, trotz aller Hilfeschreie der Monopolkommission und des Kartellamtes? Wenn man wirtschaftspolitisch von den Grünen schon nichts erwarten kann - das tut wohl niemand hier im Haus -, dann hätte doch wenigstens die Verbraucherschutzministerin an dieser Stelle einmal ihre Stimme erheben können, anstatt nachträglich einfach nur stumpf nach mehr Regulierung auf den Strommärkten zu rufen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Neben der Verhinderung von Wettbewerb - das wurde schon zu Recht angesprochen - gibt es das eine oder andere Bundesgesetz, das die Preise mit in die Höhe treibt. Ökosteuer, Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz, Erneuerbare-Energien-Gesetz - diese drei Gesetze haben dazu beigetragen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der staatliche Anteil am Strompreis heute 40 % beträgt. Die von Ihnen ideologisch-politisch gewollten Steuern und Abgaben waren ungefähr nur dieser Teil - 500 Millionen Euro im Jahre 1998 - und sind auch heute, im Jahre 2004, auf mehr als 10 Milliarden Euro gestiegen. All das sind Kosten, die die

Verbraucher von heute Ihre Wege zu tragen haben und die die Arbeitnehmer im Übrigen womöglich auch mit Arbeitslosigkeit zu bezahlen haben, denn nicht nur im Bereich der energieintensiven Unternehmen sind Strompreise durchaus auch ein Standortfaktor. Wenn also jemand die Verantwortung für die hohen Strompreise von heute trägt, dann sind Sie es mit Ihrer ideologischen Energiepolitik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen fordern wir Sie auf, eine Kehrtwende auch in der Energiepolitik einzuleiten. Wir brauchen eine ideologiefreie, zukunftsfähige Energiepolitik.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das sind ja erst einmal nur Phrasen!)

Unserer Meinung nach bedeutet das einen technologieoffenen Energiemix aus fossilen Brennstoffen, erneuerbaren Energien und Kernenergie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denn nur dieser Energiemix wird in der Lage sein, Umweltschutz auf der einen Seite zu ermöglichen, auf der anderen Seite aber auch Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit dauerhaft zu sichern. In diesem Sinne sagen wir: Sie können vom PISA-Land Finnland lernen, wo in der Tat gerade ein Kernkraftwerk gebaut wird. Vielleicht fahren Sie einmal hin und gucken sich die Schule und auch das neue Kernkraftwerk an. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung erteile ich nunmehr dem Minister Herrn Sander das Wort. Bitte schön, Herr Minister!

Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wohl wir alle hier im Hause bedauern allgemein, dass die infolge der Liberalisierung erfolgten Preisnachlässe leider wieder aufgebraucht worden sind. Meine Vorredner haben auf die vielfältigen Gründe hingewiesen. Vielleicht kann man aber auch noch einmal positiv sagen, dass Niedersachsen auch durch die Preisaufsicht, die hier betrieben wird, noch unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Wir alle gemeinsam haben das Ziel, dass wir nun aber so schnell wie möglich eine

Regulierungsbehörde bekommen, die funktioniert. Dazu muss ich Ihnen etwas sagen, Herr Wenzel.

(Zuruf von Stefan Wenzel [GRÜNE])

- Ich versuche doch gerade, es zu erklären. - Es gibt keinen Unterschied in der Bewertung durch Herrn Hirche und durch das Umweltministerium. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder machen Sie eine Ex-ante-Lösung, d. h. Sie prüfen vorweg, oder Sie machen eine Missbrauchslösung, dann prüfen Sie hinterher. Wenn Sie die Ex-ante-Lösung wählen - das ist der Antrag Hessens, dem das Umweltministerium nicht zugestimmt hat -, dann müssen sie bedanken, dass das im Augenblick noch ein sehr großes bürokratisches Monster ist. Das wäre bei der Genehmigung von 1 700 Anträgen kaum leistbar.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ich habe eine Zwischenfrage!)

Es würden zusätzlich zu dem derzeit bestehenden Personal noch einmal 200 Personen eingesetzt werden müssen, um diese Regelung zu vollziehen. Daher setzt sich das Wirtschaftsministerium ganz vehement dafür ein, dass wir eine schlanke Lösung bekommen. Die Missbrauchslösung, wie Sie, Herr Wenzel, und Ihre Bundesregierung sie verfolgen, kommt viel zu spät.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister Sander, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wenzel?

Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Frau Präsidentin, es gibt noch mehrere Redner der Landesregierung in der Aktuellen Stunde. Denen möchte ich nicht die ganze Redezeit wegnehmen.

Wir sind uns doch darüber einig, Herr Wenzel, dass wir jetzt schnell handeln müssen, denn diese Preiserhöhungen belasten nicht nur den Privathaushalt und unsere Volkswirtschaft, sondern sie belasten insbesondere unsere mittelständische Wirtschaft auch im Lande Niedersachsen. Wir sollten alles dafür tun, dass wir nun eine Regulierungsbehörde installieren, die wirklich effektiv ist.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Vielleicht sollten Sie erst einmal mit Minister Hirche reden, damit Sie wenigstens in

der FDP eine einheitliche Auffassung vertreten!)

Aber ich habe Sorgen. Wenn Sie heute die dpa-Meldung über den designierten Preisaufsichtsvertreter lesen, dann sehen Sie dessen Vorschlag, wir sollten in Zukunft mehr Strom aus dem Ausland beziehen. Herr Meinhold, wie er das unter dem Aspekt von Energiesicherheit und richtig und gut funktionierender Netze vertreten kann, kann ich nicht verstehen.

(Walter Meinhold [SPD]: Ich auch nicht!)

Insofern müssen wir den Strom in Deutschland erzeugen, um nicht abhängig zu werden, und wir müssen dementsprechend unsere Netzbetreiber dazu bringen, ihre Kosten offen zu legen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, damit kann ich feststellen, dass wir Tagesordnungspunkt 3 b erledigt haben.

Ich rufe auf:

c) Verwaltungsreform der Landesregierung zwischen Gefälligkeitsgutachten und Ignoranz! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/1288

(David McAllister [CDU]: Da ist ja schon der Titel falsch!)

Zu Wort gemeldet hat sich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Professor Dr. Lennartz. Bitte schön!

(David McAllister [CDU]: Sehr schön, kein Manuskript!)

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Motto der Landesregierung oder das, was sie sich zum Ziel oder zum Maßstab gesetzt hat, heißt Klarheit und Wahrheit.

(Bernd Althusmann [CDU]: So sind wir!)

Das gilt für das Projekt der Verwaltungsreform nicht.

(Bernd Althusmann [CDU]: Bitte?)

Herr Minister Schünemann, Sie haben Anfang Juni das erste Mal Schwierigkeiten im Prozess der Verwaltungsreform bekommen, als Sie die Zahlen über die Kostenfolgen der Verwaltungsreform der Presse und der Öffentlichkeit gegenüber dargestellt haben. Sie haben damals schon das erste Mal getrickst, als Sie zu günstige Annahmen für das dargestellt haben, was Sie einsparen werden.

Jetzt wird jede der Zahlen, die Sie vorlegen und vorgelegt haben, natürlich kritisch hinterfragt, auch vom Landesrechnungshof. Anfang August hat es eine interne Stellungnahme des Landesrechnungshofs gegeben. Wir kennen sie nicht, aber Sie kennen sie offensichtlich, denn bereits einen Tag später haben Sie für 10 000 Euro eine Gegenexpertise in Auftrag gegeben. Warum wäre das notwendig gewesen, wenn Sie nicht durch diese interne Stellungnahme beunruhigt worden wären? Dort ist das gleiche Muster, wie wir es Anfang Juni feststellen konnten, wieder zu sehen. Erneut tricksen Sie. Am 9. August geht diese Gegenexpertise in Ihrem Haus ein. Ein Sprecher des Ministeriums sagt, die Studie liege noch nicht vor. Zwei Tage später bestätigen Sie den Eingang und sagen, Ihre Berechnungen werden in dieser Gegenexpertise bestätigt.

Am 25. August beschließt der Haushaltsausschuss des Landtags einstimmig, also mit den Stimmen allen Fraktionen, er wolle das Gutachten vorgelegt haben. Die Landesregierung verweigert die Vorlage des Gutachtens. Was haben Sie eigentlich zu verbergen, Herr Minister Schünemann?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Beauftragung des Gutachters Professor Homburg von der Universität Hannover, dessen fachliche Kompetenz wir nicht in Zweifel ziehen, ist durchaus delikater, denn Professor Homburg gehört dem persönlichen Beraterkreis des Ministerpräsidenten an, der früher „Future minds“ hieß und der seit kurzem bodenständiger mit „Zukunft Niedersachsen“ benannt ist.

Herr Wulff hat sich kürzlich zu den Verdiensten dieses Beraterkreises geäußert und hat gesagt, dem Beraterkreis sei u. a. der Wahlsieg zu verdanken gewesen. Ich bin so traditionell zu sagen, ich habe es noch so gelernt, dass Wahlsiege einer Mehrheit von Wählerinnen und Wählern zu verdanken sind. Das ist auch ein Argument dafür, die Landeszentrale für politische Bildung nicht abzuschaffen; denn wenn es die mit ihrer staatsbürgerlichen Bildung nicht mehr gäbe, dann werden aufgrund solcher Äußerungen womöglich Leute glauben, sie bräuchten nur einen Beraterkreis, um Wahlen gewinnen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Das ist aber eine abenteuerliche Konstruktion!)

So einfach ist es ja nicht. Die Delikatesse an dieser Beauftragung ist doch: Der Beraterkreis hat sich verdient gemacht. Der Ministerpräsident hat den Beraterkreis und seinen Mitgliedern Dank zu schulden. Wie macht er das? Nur durch einen warmen Händedruck? - Damit komme ich zur Kostenrechnung zurück. Die Kostenrechnung, die Sie im Kontextgesetzentwurf in der Drucksache 1121 vorgelegt haben, umfasst zwei Positionen, die nicht Gegenstand des Themas, nämlich der Abschaffung der Bezirksregierungen, sind: erstens die 700 Stellen aus dem Hochschuloptimierungskonzept, wie Sie es nennen, und zweitens 1 455 Stellen aus dem Geschäftsbereich des Finanzministeriums. Sie haben nichts mit der Abschaffung der Bezirksregierung, also auch nicht mit einer Gesetzesfolgenabschätzung in diesem Gesetz zu tun. Wenn man diese Zahlen aus Ihrer Kalkulation herausrechnet, dann kommt man nicht zu einer Einsparung von 0,5 Millionen Euro für 2005, erst recht nicht von 36,5 Millionen Euro, sondern man kommt zu einer Belastung, also zusätzlichen Kosten, von über 10,4 Millionen Euro. Wenn man dann die Kosten der Polizeireform - dazu kommen wir nachher noch -, die Gegenstand der Abschaffung der Bezirksregierungen ist und die logischerweise dadurch induziert ist, mitrechnet, dann steigt die entsprechende Belastung für das Jahr 2005 noch einmal. Deswegen sagen wir, Herr Minister Schünemann: Ihre Trickereien in puncto Kostenfolgen diskreditieren die Verwaltungsreform insgesamt. Insoweit sind Sie nicht mutig, sondern nur noch unseriös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum letzten Punkt. Herr Professor Hesse aus Berlin, den Sie nominiert hatten, hat Ihnen in der Anhörung des Innenausschusses bestätigt, dass Sie einen mutigen Ansatz der Verwaltungsreform praktizieren.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist auch so!)

Darüber hinaus hat er aber ergänzende Maßnahmen gefordert. Er hat erstens gesagt, dass eine Kreis- und Gebietsreform sinnvoll und notwendig ist, wenn auch, so Hesse - mit einem gewissen Blick an die Auftraggeber oder die Benenner -, nicht sofort, mittelfristig reiche.

Der Grundsatz, den er formuliert, ist richtig. Den teilen wir; das wissen Sie. Wir haben nur eine unterschiedliche Zeitperspektive. Er sagte aber: Solange es diese Kreis- und Gebietsreform nicht gibt, gibt es Ergänzungsbedarf bei den Regierungsbüros. Dann frage ich Sie: Was ist mit dem Begriff „Ergänzungsbedarf“ gemeint? - Das sind harte Kompetenzen, wie Hesse das nennt. Die müssen dort hinein. Sie haben außer der Genehmigung von Flächennutzungsplänen nichts an Vollzugs- und Entscheidungskompetenzen in diese zukünftigen Behörden hineingepackt. Das ist im Ausschuss kritisiert worden. Sie haben es zur Kenntnis genommen, aber keinerlei Reaktionen gezeigt. Das ist ein entscheidender Fehler im Vollzug Ihrer Verwaltungsreform. Was haben Sie übernommen? - Sie haben eine Empfehlung zur Namensänderung übernommen - ansonsten Ignoranz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Als wir Ihnen damals die Schilder überreichten, hatten wir die Hoffnung, dass auch die Schilder mit dazu beitragen, dass Sie spätestens aufgrund einer Sachverständigenanhörung noch Korrekturen vornehmen werden, um das Konzept besser zu machen. Das haben Sie leider nicht getan. Die Hintergründe sind mir nicht bekannt. Es bleibt - das ist unsere Zwischenbilanz - nach derzeitigem Stand dabei: Das werden nicht mehr als Groß- und August-Behörden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Biallas zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Hans-Christian Biallas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Lennartz, dass eine Fraktion eine Aktuelle Stunde zu einem bestimmten Thema anmeldet und zu dem Thema selbst nichts sagt, hat es in diesem Hause eigentlich selten gegeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben angekündigt, Sie wollten über die Verwaltungsreform reden. Sie haben etwas von Ignoranz und von Gefälligkeitsgutachten gesagt. Aber alles das, was Sie hier vorgetragen haben, waren Spekulationen, die in überhaupt keiner Weise begründet sind. Deswegen werde jedenfalls ich mich nicht auf dieses Niveau einlassen.

Ich werde etwas zu der Verwaltungsreform sagen, Herr Kollege Lennartz, und ich werde sogar etwas Positives zu Ihnen sagen, weil nämlich die Rolle der Grünen - jedenfalls bisher - bei der Diskussion der Verwaltungsreform im Gegensatz zu der SPD eher konstruktiv war, wofür wir eher dankbar sind, als dass wir sagen müssten, Sie hätten da versagt. Sie haben bisher außerordentlich gut und konstruktiv mitgearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Verwaltungsreform in dieser Größenordnung, mit dieser Wirkung und mit dieser Geschwindigkeit ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus. Ich möchte sehr deutlich sagen: Herr Kollege Lennartz, ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass Sie den Begriff „Ignoranz“ verwenden. Sie waren genauso wie ich immer bei den Innenausschusssitzungen. Der Staatssekretär für Verwaltungsmodernisierung hat uns immer wieder in bestimmten Abständen über den Stand der Beratungen der Verwaltungsmodernisierer informiert. Wir konnten Nachfragen stellen, wir konnten Vorschläge machen, wir konnten Anträge stellen, wir konnten das alles debattieren. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe dort eine große Transparenz der Entscheidungsfindung wahrgenommen, aber eben nicht Ignoranz. Deswegen habe ich überhaupt kein Verständnis für das von Ihnen vorgeschlagene Thema in dieser Aktuellen Stunde.

Nun möchte ich etwas Positives zu Ihnen sagen. Im Gegensatz zur SPD, die gesagt hat, es müsse alles so bleiben, wie es war, man könne eigentlich nichts verändern, sind die Grünen weiter. Übri-

gens, Frau Kollegin Leuschner, in Sachsen steht die SPD nicht so wie in Niedersachsen da, sondern noch blamabler. Dort sind es nach den neuesten Umfragen nur noch 9 %. Aber - das muss man anerkennen; ich weiß nicht, ob Sie genauso interessiert die Wahlprogramme der Parteien studieren wie ich - die SPD fordert wacker für Sachsen die Abschaffung der Bezirksregierungen. Die sind dort erheblich weiter als Sie. Vielleicht lesen Sie einmal, was Ihre Genossinnen und Genossen dazu sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insofern sind die Grünen weiter. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mit uns darin einig sind, dass die Bezirksregierungen abgeschafft werden müssen. Wir wollen die Zweistufigkeit der Landesverwaltungen einführen. Sie sind auch dafür. Herr Kollege Lennartz, auch die Regierungsvertretungen haben Sie ausdrücklich begrüßt. Insofern kann ich nur sagen: Sie sind mit uns diesen Weg gegangen. Deswegen verstehe ich nicht, dass Sie sich jetzt, obwohl Sie auf so einem erfolgreichen Weg mit uns gehen, nun gerade noch im letzten Moment, kurz vor Toresschluss, von diesem vernünftigen Kurs abbringen lassen und sich in den Sumpf - ich sage einmal - der Verdächtigungen begeben, die Sie gar nicht begründen können. Sie begeben sich jetzt eigentlich auf das Niveau Ihrer Bundesfreunde. Dabei waren Sie hier in Niedersachsen schon erheblich weiter.

Meine Damen und Herren, bei der Verwaltungsreform geht es auch um die Frage, wie viel wir einsparen, es geht um die Frage der Methodik, und es geht um die Frage Kostenfolgeabschätzung. Herr Kollege Lennartz, darüber kann man sich sicherlich trefflich streiten, aber bei der Verwaltungsreform geht es noch um Weiteres. Es geht natürlich darum, Verwaltungsabläufe zu straffen, Doppelt- und Dreifachzuständigkeiten abzubauen, Genehmigungsverfahren abzukürzen und zu beschleunigen, die Verwaltung insgesamt effizienter und schlanker zu machen und sie transparenter für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten, um damit eine bürgerfreundliche Verwaltung zu schaffen. Um all das geht es. Deshalb bitte ich Sie darum, die Diskussion nicht allein auf die Frage der Finanzierung zu reduzieren. Das ist uns sehr wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun komme ich zum Schluss. Der Kollege Bartling - für seine Eloquenz bekannt - hat uns gesagt: Warten Sie einmal ab, was, wenn das Gutachten von Professor Hesse kommt, darin steht. Dann werden Sie sich wundern. - Er wusste natürlich auch, wer es bestellt hat, nämlich die Strukturkonferenz Ostfriesland

(David McAllister [CDU]: Oldenburg!)

- Entschuldigung -, die Strukturkonferenz Oldenburg - nicht gerade eine Vereinigung der CDU. Herr Kollege Bartling, nun möchte ich nur drei Zitate daraus vortragen, damit deutlich wird: Der Schuss ist ziemlich nach hinten losgegangen. Sie hatten ja gehofft, dass Herr Professor Hesse genau das Gegenteil sagt.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Biallas, drei Zitate sind ein bisschen zu lang. Sie haben Ihre Redezeit überschritten. Sie müssen zum Schluss kommen.

Hans-Christian Biallas (CDU):

Dann möchte ich wenigstens ein Zitat vorlesen: Das Land Niedersachsen verfolgt derzeit einen Reformansatz, in dem sich funktionale Strukturformen verbinden und der mit dem Übergang von einem dreistufigen zu einem zweistufigen Verwaltungssystem einen in der deutschen Verwaltungsgeschichte beispiellosen Systemwechsel vorsieht. Mittel- und langfristig - letzter Satz - dominieren in der Reformbilanz die Einsparungen aufgrund wegfallender Personal- und Sachmittel. - Mehr ist eigentlich nicht zu sagen. Herzlichen Glückwunsch, dass Sie dieses Gutachten unterstützt haben, auch wenn Sie vorher nicht gewusst hatten, was am Ende drinsteht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion der FDP erteile ich nunmehr Herrn Bode das Wort. Herr Bode, bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Lennartz, ich hatte ja gehofft, dass Sie endlich dazu kommen, bei der Frage der Verwaltungsreform konstruktiv mit uns zusammenzuarbeiten, nachdem wir ja einige hoffnungsvolle

Ansätze bei Ihnen gefunden haben. Nachdem Sie aber heute zum x-ten Male wieder das Thema Verwaltungsmodernisierung hier im Plenum auf die Tagesordnung gebracht haben, frage ich mich schon, wo der ernsthafte Ansatz bei Ihnen ist. Wir haben im Ausschuss, in den Expertenanhörungen nahezu verzweifelt versucht, mit Ihnen über die Frage der Kostenfolgeschätzung, Gutachten, Bewertung etc. ins Gespräch zu kommen. Nicht eine einzige Frage zu diesem Thema ist bei diesem Ansatz gekommen. Als ich dann noch einmal nachgefragt habe, ob wir daraus schließen können, dass alles in Ordnung ist, dass Sie zufrieden sind, dass Sie unsere Zahlen jetzt auch glauben, haben Sie geantwortet - das möchte ich einmal zitieren -:

„... sind Sie mit Ihrer Annahme, das Thema sei durch und darüber dürfe und müsse nicht mehr geredet werden, im Irrtum. Sollte der Landesrechnungshof ein Papier zur Verfügung stellen, in dem die Berechnungen der Landesregierung zu den Kostenfolgen der Verwaltungsreform in Niedersachsen infrage gestellt werden, ist die Diskussion wieder da. Wenn es ein solches Papier gibt, wird es wahrscheinlich nicht lange dauern, bis es auf dem Tisch des Hauses liegt ...“

Das war am 25. August dieses Jahres. - Es gibt kein solches Papier. Die Diskussion ist in dieser Form völlig ins Leere gegangen. Das ist eine Phantomdiskussion. Und Sie kommen heute hier in diesem Hause wieder damit an. Führen Sie die Diskussion doch mit uns im Fachausschuss, wo wir über die Fragen reden können!

Auch die Frage des Gutachtens zu einigen strittigen Fragen, wie man eventuell Ansätze in Kostenfolgeabschätzungen allgemein betrachtet, ist im Ausschuss auch vom Staatssekretär Meyerding erörtert worden. Ich glaube schon, Sie hätten uns nicht geglaubt, wenn wir gesagt hätten, wie wir entsprechende Abzinsungen etc. vornehmen würden. Dann ist es manchmal ganz gut, Expertenrat einzuholen. Meine Hoffnung war, dass Sie dann beruhigt sind. Ich habe mich aber scheinbar getäuscht. Sie haben dieses Thema heute schon wieder nichtssagend auf die Tagesordnung gebracht.

Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, die positiven Aspekte dieser sehr beeindruckenden

Verwaltungsreform heute noch einmal darzustellen, damit sie nicht zu kurz kommen.

Wir haben durch die Abschaffung der Mittelinstanz eine Verwaltungsvereinfachung in Niedersachsen ab dem Jahr 2005 vor uns, die ihresgleichen sucht. Eine umfassende Aufgabenkritik mit Aufgabewegfall und -abbau ist durchgeführt worden. Die Gewerbeaufsicht wird - das ist ausdrücklich gelobt worden - die zentrale Genehmigungsstelle der niedersächsischen Wirtschaft werden. Dort wird es Service aus einer Hand für die Unternehmen geben. Wir werden sehr viel besser und sehr viel schneller zu Genehmigungs- und Industrieansiedlungen kommen, sodass wir in Niedersachsen auch wirtschaftlich einen Schritt nach vorne gehen. Das ist ein positiver Punkt der Verwaltungsreform, den man gar nicht oft genug sagen kann.

Das Schöne ist ja, dass insbesondere Herr Professor Hesse, der ja eben schon viel zitiert worden ist - der am Anfang nicht unbedingt als jemand dargestellt werden konnte, der von der Landesregierung beauftragt worden ist, sondern der dem eher kritisch gegenübersteht -, in der Anhörung eine bemerkenswerte Aussage getroffen hat, die ich hier gerne zitieren möchte. Er hat als Experte zu unserer Verwaltungsreform gesagt:

„... meine positive Einschätzung des Gesamtansatzes sei hiermit bestätigt. In der Tat ist das auch deutschlandweit inzwischen die Wahrnehmung. Das wird Ihnen gefallen, der Opposition weniger.“

- Damit hat er Recht. - Er sagte dann weiter:

„Sie begehen einen Systemwechsel. Es gehört politischer Mut dazu, das umzusetzen. Was Sie bislang geleistet haben, verdient Anerkennung im Ländervergleich, wenn Sie mir die Bemerkung erlauben. Ich halte in der Tat, was die Zukunftsfähigkeit von Landesadministrationen generell angeht, den Weg zur Zweistufigkeit für richtig.“

Das ist von oberster Stelle ein Lob für den Weg, den wir beschritten haben. Das ist schön so.

Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich: Ich bin stolz und auch dankbar dafür, Herr Staatssekretär Meyerding und Herr Minister Schünemann, dass ich bei diesem Meilenstein der Verwaltungsreform mitar-

beiten durfte. Niedersachsen wird es im nächsten Jahr deutlich besser gehen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Nun zu dem letzten Punkt, nämlich der Frage der Ignoranz. Ich muss ganz ehrlich sagen: „Regierungsbüros im Grundsatz richtig konzipiert“ - das war ein Schlagwort von Professor Hesse -, „mittelfristig die notwendige Organisationsform“. Auf die Frage, ob wir seiner Meinung nach mit dem Ansatz der Mitarbeit der Regierungsbüros bei den Genehmigungsverfahren richtig liegen, sagte er:

„Das wäre ein wertvoller Hinweis darauf, dass man bereit ist, die Regierungsbüros flexibler und steuerungsstärker auszustaffieren. Das wäre ein gutes Signal.“

Auf die Frage, ob die Kompetenzen dort unbedingt erforderlich sind, sagte Herr Professor Jung vom Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung:

„Ich meine, die Regierungsbüros brauchen diese nicht.“

Ich kann Ignoranz erkennen, nämlich bei den Grünen, die nicht wahrhaben wollen, dass wir den richtigen Weg gehen. Das ist ein bedeutungsvoller Weg für Niedersachsen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die SPD-Fraktion erteile ich nunmehr Herrn Kollegen Möhrmann das Wort. Bitte schön!

(Ursula Körtner [CDU]: Wo ist denn Herr Bartling? - Bernd Althusmann [CDU]: Wir wollen aber Herrn Bartling hören!)

Dieter Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Biallas, ich soll Ihnen vom Kollegen Bartling einen herzlichen Gruß ausrichten mit dem Hinweis, dass er sich über das Gutachten des Herrn Professor Hesse im Vorhinein überhaupt nicht geäußert hat.

Das gilt auch für Herrn Bode. Wenn Sie Herrn Hesse zitieren, dann sollten Sie auch zitieren, dass er gesagt hat: Wer diese Reform beginnt, der darf nicht da aufhören, wo Sie aufhören wollen, sondern der muss sich über die Folgen für die kommunale Ebene, also die Kreise, Gedanken machen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das dürfen Sie nicht ausblenden.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Warum reden wir unter dieser Überschrift über die Frage der Verwaltungsreform? - Das hängt damit zusammen, dass es im Einzelnen sehr viel Kritik gibt, beispielsweise im Zusammenhang mit den Fragen: Kommt wirklich überall eine Zweistufigkeit heraus? Ist es nicht manchmal sogar eine Einstufigkeit, weil es nach oben hochgezoomt wird? Was wird den Kommunen tatsächlich an neuer Verantwortung gegeben?

Meine Damen und Herren, das ist kontrovers diskutiert worden. Schon nach der ersten Kabinettsitzung hat der Landesrechnungshof im März gesagt: Deshalb sind bei der Erarbeitung der Verwaltungsmodernisierungsschritte, anders als in der Kabinettsvorlage dargestellt, die bewährten Organisationsprinzipien und Ordnungskriterien nicht auf den Prüfstand gestellt worden. Es ist auch kein Vergleich zwischen einem zweistufigen und einem dreistufigen Verwaltungsaufbau angestellt worden. - Das war die Kritik. Von dieser Kritik sind Sie nie wieder losgekommen, Herr Schönemann.

Dann haben Sie versucht, mithilfe der Einsparungszahlen, die Ihnen Ihr Super-Staatssekretär Meyerding - von dem ich im Übrigen viel halte - mit seiner immerhin 28,4 Vollzeitstellen umfassenden Stabsstelle Staatsmodernisierung vorgelegt hat, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es zwar die eine oder andere Schwachstelle in der Verwaltungsreform geben mag, dass aber unter dem Strich erhebliche Einsparungen zu verzeichnen sind. Von diesen Zahlen haben Sie sich politisch diejenige ausgesucht, Herr Schönemann, die Ihnen am besten passt. Sie haben nämlich gesagt: Schon im Jahr 2005 sparen wir 36,5 Millionen Euro. - Nachdem das in die Kritik gekommen ist, haben Sie zurückgerudert und gesagt: Nein, das ist die Zahl, wenn ich eine Vollkostenrechnung an-

stelle; ich muss ehrlicherweise sagen, es sind nur 500 000 Euro.

(Bernd Althusmann [CDU]: Falsch!
Das stand alles darin!)

Meine Damen und Herren, auf die 500 000 Euro kommen Sie aber nur deshalb, weil Sie völlig das ausblenden, was Herr Lennartz hier schon gesagt hat, und die Frage der Polizeireform. Wenn die nicht zur Reform der Bezirksregierung gehört, dann weiß ich nicht, welche noch dazugehören soll; denn die Polizei ist bisher ausdrücklich Bestandteil der Bezirksregierung gewesen.

Meine Damen und Herren, das seit gestern vorliegende Gutachten des Landesrechnungshofs zur Polizeireform stellt Ihnen nicht unbedingt ein Zeugnis dafür aus, dass in diesem Bereich Geld gespart wird, sondern sagt Ihnen ganz klipp und klar, dass Ihr Nachweis, dass Sie in drei Jahren mit der Polizeireform Geld sparen können, nur damit zusammenhängt, dass Sie die Notrufe umstellen. Die Notrufe haben aber überhaupt nichts mit der Reform der Bezirksregierung zu tun. Von daher ist es in der Tat Ignoranz, meine Damen und Herren, wie diese Landesregierung mit dem Thema des Umbaus der Bezirksregierung umgeht.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, warum ist das Gutachten bestellt worden? - Es ist doch deshalb bestellt worden, weil es vonseiten des Rechnungshofs, wie man hörte, eine Aussage gab, dass sich die ersten Einsparungen frühestens in 14,5 Jahren im Landeshaushalt bemerkbar machen würden. In 14,5 Jahren! Wir sind jetzt im Jahr 2004. Jeder kann sich ausrechnen, welche Legislaturperiode das ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Dann bin ich ja gar nicht mehr hier!)

Meine Damen und Herren, deswegen haben Sie Professor Homburg beauftragt. Dann ist das Gutachten vorgelegt worden. Jetzt sagen Sie aber: Dieses Gutachten wollen wir nicht vorlegen. - Herr Althusmann, Sie haben am 20. Februar 2004 im Landtag erklärt:

„Die neue CDU-FDP-Landesregierung, gestützt durch beide Koalitionsfraktionen, hat ein erhebliches Interesse daran, dass Transparenz und Offenheit bei der Vergabe von exter-

nen Beratungsdienstleistungen zukünftig in Niedersachsen ohne Wenn und Aber gewährleistet werden.“

Wo ist das Gutachten? Wo unterstützen Sie uns?

Zum gleichen Thema: Diese Landesregierung hat nichts zu verbergen und legt darum alles auf den Tisch. Beratung und Gutachten von Außenstehenden erfolgen nur von Fall zu Fall. - So Herr Möllring am 6. Februar 2004 in einer Pressemitteilung. Am 19. Februar 2004 wurde vor dem Landtag dann gesagt:

„Wir vertrauen auch auf die Kraft unserer eigenen Argumente. Diese durch externe Experten mit der Aura der höheren Weisheit bestätigen zu lassen, ist deshalb überflüssig und wäre angesichts der Situation unseres Landeshaushaltes auch nicht zu rechtfertigen.“

Meine Damen und Herren, Reden und Handeln passen nicht zusammen. Sie haben etwas zu verbergen. Sonst hätten Sie das Gutachten vorgelegt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Von der Landesregierung hat sich Herr Minister Schönemann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Uwe Schönemann, Minister für Inneres und Sport:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, Sie haben mich wirklich völlig kalt erwischt, denn bei den Begriffen in der Überschrift „Gefälligkeitsgutachten“ und „Ignoranz“ habe ich mich gefragt, von welchem Gutachten die Grünen denn tatsächlich reden können. Meine Damen und Herren, im Moment liegt mir nur ein Gutachten vor. Das ist das Gutachten von Herrn Professor Dr. Hesse. Ich glaube, in diesem Fall kann man nun wirklich nicht von einem Gefälligkeitsgutachten sprechen. Deshalb war ich schon ziemlich geschockt, dass Sie sich in dem angesprochenen Sinne geäußert haben.

Von dem Kollegen Bode und dem Kollegen Biallas ist schon dargestellt worden, was dort nun tatsächlich bestätigt worden ist, nämlich das, was wir Ih-

nen schon seit mindestens einem halben Jahr darstellen. Ich kann Ihnen aufgrund der Zeit leider Gottes jetzt nur einige Überschriften nennen - ich glaube, danach brauchen wir in die Tiefe dieser Argumente gar nicht mehr einzusteigen -: Schlüsselrolle Niedersachsens in der gegenwärtigen Reformlandschaft, Stringenz der Reformbemühungen, Reform bringt erhebliche Struktureffekte, Vorreiter, Niedersachsens Reformpolitik setzt neue Maßstäbe, Niedersachsen vollzieht Systemwechsel, Festhalten anderer Länder an alten Strukturen begründungsnotwendig, Regierungsbüros im Grundsatz richtig konzipiert, Ausstattung der Regierungsbüros ist ausreichend, Anbindung der Regierungsbüros an oberste Landesbehörden, formale Aufwertung.

Ich kann mich noch sehr gut an die Rede des Herrn Kollegen Bartling erinnern, der gesagt hat, die Europakompetenz würde damit in der Region an die Wand gefahren. Ich zitiere jetzt noch einmal: Im Fazit ist die europapolitische Rolle der niedersächsischen Region durch die Auflösung der Bezirksregierungen und die Bildung von Regierungsbüros nicht nur nicht gefährdet, sondern insofern auch aussichtsreich gewahrt, als mit dem Organisations- und Personalwechsel Chancen für einen Neuanfang verbunden sind. Niedersachsens Verwaltungsreform hat Modellcharakter. Einheiten der Verwaltungsreform sind sinnvoll und funktionsfähig.

Meine Damen und Herren, was wollen Sie denn noch mehr an Sachverstand von jemandem, der in Deutschland auch wirklich einen Namen hat? Wir sind bei der Verwaltungsreform auf einem richtigen Weg. Dies wird Modellcharakter für Deutschland haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister - - -

Uwe Schönemann, Minister für Inneres und Sport:

Nein, ich habe nicht genügend Zeit. - Sie spielen dann auf die wissenschaftliche Begleitung von Herrn Professor Homburg an. Dazu darf ich erst einmal sagen, Herr Dr. Lennartz, dass ich Ihre Beiträge hier bisher wirklich geschätzt habe. Dieser Teil war aber nun wirklich etwas unter der Gürtellinie. Das sollten Sie meiner Ansicht nach in

der Zukunft so nicht mehr machen. Es muss gesagt werden, dass Herr Professor Homburg nun wirklich einer der anerkanntesten Finanzwissenschaftler ist. Das hatten Sie gesagt. Er ist vor allen Dingen für den Bundeskanzler, für den Bundestag und für den Bundesrat tätig, und auch die alte Landesregierung hat sich des Sachverständigen von Herrn Professor Homburg bedient. Ich erinnere nur an ein Gutachten in der Größenordnung von 250 000 Euro, das Herr Oppermann in Auftrag gegeben hat. Wir sollten über das Niveau, auf dem sich Ihre Rede hier bewegt hat, jetzt nicht weiter reden. Herr Professor Homburg ist wirklich ein anerkannter Wissenschaftler, und das sollten wir hier überhaupt nicht infrage stellen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Zu den Hintergründen: Wir haben ein Non-Paper des Rechnungshofes zugestellt bekommen, das von einem einzigen Senatsmitglied verfasst worden ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist das normale Verfahren!)

- Genau, das will ich ja gerade darlegen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das wird immer so gemacht! Das müssen Sie nicht als Non-Paper diffamieren!)

- Ja, genau so wird es gemacht. Dann sage ich eben: Das ist eine Stellungnahme des Landesrechnungshofes, die von einem einzelnen Senatsmitglied verfasst wurde und die bisher nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden ist bzw. freigegeben worden ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ja, genau! So ist es korrekt!)

In diesem Papier ist bei der Personalkostenberechnung ein Paradigmenwechsel aufgezeigt worden, der weder von der alten Landesregierung noch vom Landesrechnungshof bisher, noch von allen anderen Landesrechnungshöfen in diesem Lande vorgestellt worden ist. Angesichts dessen war es natürlich sinnvoll, dass man wissenschaftlichen Rat einholt, um zu sehen, ob man in der finanzwissenschaftlichen Diskussion vielleicht nicht auf der Höhe ist. Deshalb haben wir um eine Stellungnahme gebeten. Sie liegt uns vor. Sie hat unsere Annahme bestätigt, dass es so, wie wir und Sie gerechnet haben, wie der Landesrechnungshof

in der Vergangenheit gerechnet hat bzw. in der Zukunft rechnen wird, völlig in Ordnung ist. Dies zum Sachverhalt in Bezug auf die wissenschaftliche Begleitung.

(Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, die Präsidentin des Landesrechnungshofes hat dann eine Pressemitteilung herausgegeben und, um nun wirklich auch den Respekt vor dem Landesrechnungshof zu gewährleisten, darum gebeten, dass man in der Öffentlichkeit nicht über die Stellungnahme eines einzelnen Senatsmitgliedes diskutiert, denn es handelt sich erst dann um eine Stellungnahme des Landesrechnungshofes, wenn der gesamte Senat zugestimmt hat. Wir haben Respekt vor dem Landesrechnungshof. Bevor das Papier vom Landesrechnungshof tatsächlich vorliegt, ist es doch nicht sinnvoll, dass wir es jetzt auf den Tisch legen. Wir sollten dies vielmehr erst später tun, wenn es tatsächlich auch vom Landesrechnungshof veröffentlicht worden ist. Das gebietet der Respekt vor dem Landesrechnungshof. Dem sollten Sie meiner Ansicht nach in dieser Frage auch Rechnung tragen. Das ist, wie ich meine, ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu den Fakten: Herr Lennartz sagte, die 700 Stellen, um die es hier beim Wissenschaftsminister geht, dürften nicht einberechnet werden. Grundlage für die Verwaltungsreform Ihrer Landesregierung und unserer Landesregierung sind Zielvereinbarungen zum Stellenabbau. Die Zielvereinbarung 2 beinhaltet 6 743 Stellen, u. a. die erwähnten 700 Stellen. Das ist Grundlage für unsere Verwaltungsreform, Grundlage für unsere Berechnung gewesen. Wenn Sie jetzt einzelne Teile daraus einfach herausbrechen wollen, weil es in Ihre Finanzierung vielleicht besser hineinpasst, dann ist das Ihre Sache. Das ist aber nicht seriös. Sie müssen dies in den Gesamtzusammenhang stellen. Deshalb ist es so, wie wir es vorgelegt haben, völlig richtig. Es ist überhaupt keine Täuschung und auch keine Trickserie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Wir brauchen uns in der Aktuellen Stunde darüber gar nicht so lange zu unterhalten. Es dauert ja nicht mehr sehr lange, bis der Haushalt 2005 auch

Ihnen zugeleitet wird. Wir können dann doch gucken, ob das, was dort geschätzt worden ist, eine Schätzung ist oder ob es etwas ist, was im Haushalt 2005 tatsächlich Realität wird. Meine Damen und Herren, warten wir einfach 2005 ab. Dann werden Sie sehen, dass wir durch unsere Verwaltungsreform nicht nur eine schlankere Verwaltung erreichen und vor allen Dingen etwas für die Wirtschaft tun, sondern auch einen ganz gewichtigen Beitrag zur Sanierung unseres Haushalts hier im Lande leisten. Meine Damen und Herren, das können Sie uns nicht vermiesen. Wir sind stolz darauf, dass wir dieses auf die Reihe bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor.

Wir kommen im Rahmen von Tagesordnungspunkt 3, der Aktuellen Stunde, nun zu

d) Justiz als dritte Säule sichern - Für eine Justizreform ohne Tabus! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/1291

Herr Lehmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Carsten Lehmann (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fülle dessen, was ich mir aufgeschrieben habe und was man zu diesem Thema sagen könnte, macht deutlich, mit welchem Reformumfang wir es zu tun haben, wenn wir uns dem Thema Justizreform zuwenden. Es scheint auf den ersten Blick ein ziemlich trockenes Thema zu sein; man wird sagen, dieses Thema sei etwas für die juristischen Fachleute. Das könnte auf den ersten Blick auch zutreffen. Allerdings liegt uns als FDP-Fraktion daran - deshalb haben wir dieses Thema hier auch in die Aktuelle Stunde gebracht -, dieses Thema noch einmal in die Öffentlichkeit zu bringen, um die Notwendigkeit, die Wichtigkeit und die Dringlichkeit einer solchen Reform ganz klar herauszustellen und ins Bewusstsein zu rufen.

Jeder von Ihnen, die Sie hier unten, aber auch dort oben sitzen, wird wissen: Die Gerichtsverfahren dauern unheimlich lange, bis die letzte Überprüfungsmöglichkeit durch ist. Viele müssen lange

warten, bis sie beim Gericht einen Termin bekommen, sei es für eine Registereintragung oder für was auch immer. Häufig muss sehr lange gewartet werden, bis das abgearbeitet ist, was auch zu Ärger und Unmut führt. Diese Überbelastung, diese zeitliche Verzögerung ist zum einen darauf zurückzuführen, dass es richtigerweise viele Rechtsschutzmöglichkeiten gibt und die Instanzenwege ausgeschöpft werden. Zum anderen hat dies aber auch zur Folge, dass diejenigen, die normalen Rechtsschutz suchen und einfach nur klagen wollen, um eine Forderung einzuziehen, unheimlich lange warten müssen, bis die Vollstreckung vollzogen ist. Zwischendurch sind sie möglicherweise schon Pleite gegangen, bevor sie überhaupt ihr Geld bekommen haben. Dies alles - kurz geschildert - macht deutlich, in welchem Dilemma sich derzeit die Justiz nicht nur in Niedersachsen, sondern auch bundesweit befindet. Weil dem so ist, muss hier dringend etwas getan werden;

(Beifall bei der CDU)

denn wenn wir alles so weiter laufen lassen und nichts an der gegenwärtigen Situation ändern, muss man letztendlich feststellen: Verzögerte Justiz ist verweigerte Justiz. Eine verweigerte Justiz aber ist genau das, was wir uns als Rechtsstaat nicht leisten können und auch nicht leisten wollen.

(Beifall bei der FDP)

Insbesondere dürfen wir nicht die Judikative als eigenständige dritte Säule unseres Staatsaufbaus aufs Spiel setzen, sondern wir müssen sehen, wo wir an dieser Stelle handeln können. Wenn wir an diese Aufgabe herangehen, müssen wir alle Berufsgruppen und alle Berufsstände betrachten. Ich sage das als ein Organ der Rechtspflege, nämlich als Rechtsanwalt. Wir müssen gucken, wo wir gegebenenfalls etwas verändern können. Wo können wir rangehen? Wo müssen wir die Sache anpacken? Wo müssen wir gegebenenfalls auch an Tabus herangehen, die sich über Jahrzehnte, vielleicht aber auch schon über Jahrhunderte hinweg entwickelt haben, weil wir sagen, das ist nicht mehr notwendig, hier geht der Rechtsstaat vielleicht doch etwas zu weit, ohne dass wir den Rechtsstaat als solchen infrage stellen?

(Beifall bei der FDP)

Deshalb nur einige kurze Anregungen zu dem, was in den letzten Tagen zum Teil auch in der Presse schon diskutiert worden ist und worüber man sich Gedanken machen sollte. Zum einen

muss man sich überlegen: Welche Aufgaben soll die Justiz noch wahrnehmen? Wo gibt es Privatisierungsmöglichkeiten? - Wir haben vor gut einem Jahr Privatisierungsmöglichkeiten etwa im Bereich der Justizvollzugsanstalten vorgeschlagen. Erste Prüfergebnisse liegen vor. Eine Anhörung hierzu wird demnächst stattfinden. Zum anderen werden wir auch die Frage stellen müssen: Müssen wir weiterhin öffentlich-rechtliche Gerichtsvollzieher einsetzen, oder können wir möglicherweise auch diesen Bereich privatisieren? Müssen wir auch weiterhin einen fünfstufigen Gerichtsaufbau mit fünf verschiedenen Gerichtszweigen haben, oder können wir eine Zusammenfassung auf zwei Gerichtszweige vornehmen?

Ich sage ausdrücklich: All das sind nur Überlegungen. Darüber muss noch einmal gründlich nachgedacht werden. Zum Thema Arbeitsgerichtsbarkeit haben wir bereits eine Anhörung durchgeführt. Dort wurde gesagt: Das kann man aus Sicht der Fachleute durchaus ein bisschen kritisch sehen, andererseits muss man aber auch beachten, dass man das Ganze möglicherweise auch den spezialisierten Spruchkörpern in Gerichtszweigen zuordnen kann. Man kann überlegen: Müssen wir weiterhin Rechtsschutzmöglichkeiten auch bei geringsten Geldbußen haben? Müssen wir das Ganze gegebenenfalls im Hinblick auf Bagatelldelikte eingrenzen? In welchem Umfang - darüber haben wir auch beim letzten Tagungsabschnitt schon diskutiert - müssen wir bestimmte Sachen zunächst einmal zu Schiedsfrauen bzw. -männern geben und sagen: „Wenn ihr klagen wollt, müsst ihr zunächst einmal versuchen, euch außergerichtlich zu einigen.“?

Auf keinen Fall genügt es zu sagen: Na ja, wir stellen einfach ein paar mehr Leute ein und stocken das Personal wieder auf den Stand auf, den wir vor ein paar Jahren schon einmal hatten. - Das reicht nicht. Das wäre nur ein Kurieren an Symptomen. Wir müssen stattdessen an die Wurzel gehen und fragen: Welches sind die Ursachen, und wie können wir für die Justiz Verbesserungen erzielen? Was das Personal betrifft, unterbreiten wir folgenden Vorschlag: Wenn im Rahmen der Verwaltungsreform Verwaltungsjuristen, Verwaltungsmitarbeiter, Beamte oder Angestellte frei werden, dann können diese ohne Probleme in der Justiz eingesetzt werden; die Verwaltungsjuristen etwa im Bereich der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, die Verwaltungsbeamten möglicherweise im allgemeinen Justizdienst, aber auch im

Justizvollzugsdienst. Wir müssen hier zu kreativen Lösungen kommen.

Weil meine Redezeit so weit abgelaufen ist, an dieser Stelle mein Appell an Sie alle: Arbeiten Sie an diesem Thema intensiv mit. Diskutieren Sie über dieses Thema quer über alle Parteigrenzen hinweg auch vor Ort. Wir müssen diese Reform endlich auf den Weg bringen. Ansonsten können wir der Justiz nicht weiterhelfen. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Ich bitte Sie alle darum, dieses Thema offensiv anzugehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Briese von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ralf Briese (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die große Justizreform ist wieder einmal ein Thema. Dieses Thema ist aber nicht neu. Ich habe in der Zeitung nachgelesen. Schon Helmut Schmidt hatte im Jahr 1974 in seiner Regierungserklärung gesagt, er wolle eine ganz große Justizreform durchführen. Insofern ist das Thema, das uns heute beschäftigt, nicht unbedingt neu.

Tabuloses Denken fordert die FDP-Fraktion in ihrem Antrag zur heutigen Aktuellen Stunde. Eine Jahrhundertreform nannte im Übrigen eine Ex-FDP-Justizministerin in Baden-Württemberg, die von ihr mitinitiierte Debatte. Die gute Frau musste dann leider zurücktreten, weil sie Amtsgeheimnisse an ihren Kollegen Döring weitergegeben hatte. Wir hoffen also, dass die Debatte über eine große Justizreform etwas länger dauert als die Karriere der beiden Ex-FDP-Minister im Ländle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Jens Nacke [CDU]: Zur Sache!)

- Zur Sache komme ich jetzt, Herr Nacke. - Worum geht es bei all den großen Ankündigungen? Worum geht es bei dieser großen Justizreform? - In erster Linie geht es schlicht um Organisations- und Managementfragen. Es geht um Strukturfragen. Nichts Unwichtiges. Das will ich nicht verhehlen. Es ist aber auch nichts Revolutionäres. Wir diskutieren über eine ganze Reihe von Vorschlägen oder auch Veränderungen, die schon seit 20 Jahren debattiert werden. Bezeichnend sind ja auch die Kommentare dazu in den Zeitungen. *Die Welt*

z. B. nannte diese Vorschläge schlicht unspektakulär.

Es gibt eine große Einigkeit in der Diagnose: Die Justiz ist in vielen Bereichen zu unübersichtlich. Die Verfahren dauern zu lange. Die Gebührenordnungen sind für die Bürger nur schwer erkennbar. Insofern gibt es hier eine gewisse Einigkeit und auch einen gewissen Nachbesserungsbedarf. Man kann vielleicht sagen: Die Justiz in Deutschland ist typisch deutsch. Sie ist ein bisschen zu perfektionistisch. Das Justizpersonal klagt über eine hohe Arbeitsbelastung, und viele Bürgerinnen und Bürger - der Kollege Lehmann hat dies in meinen Augen richtig gesagt - klagen darüber, dass die Prozesse zu lange dauern und die Entscheidungen oftmals sehr unverständlich sind.

Die Forderung, dass die Justiz einfacher, überschaubarer und auch bürgernäher werden muss, teilen wir. Das gilt zu einem guten Teil für den Gerichtsaufbau; das gilt auch für die Verfahrensordnung. Was wir allerdings nicht mitmachen werden, ist eine gänzliche Entbürokratisierung der Justiz oder auch eine Beschneidung der Rechtsmittel für die Bürgerinnen und Bürger.

Zwei Sachen sollten die Protagonisten meiner Meinung nach in dieser Debatte aber beachten. Davon kann bis jetzt eigentlich keine Rede sein. Die Vorschläge sollten erstens nicht allein fiskalpolitischen Charakter haben. Das führt nur zu Widerständen bei den einzelnen Leuten und lähmt sie. Das wird der ganzen Sache auch nicht gerecht. Zweitens sollten die Vorschläge frei von Widersprüchen sein. Aber auch davon, meine Damen und Herren, kann überhaupt noch keine Rede sein; denn die bisher betriebene niedersächsische Rechtspolitik ist alles andere als die viel beschworene Politik aus einem Guss. Sie ist in großen Teilen nur ein Aufguss. Darüber hinaus ist sie auch nur wenig abgestimmt, Frau Ministerin. Ein großer Teil der CDU-Bundestagsfraktion hat all das, was sie jetzt vorgeschlagen hat, schon wieder abgelehnt. Die Abstimmung ist unserer Meinung nach noch sehr verbesserungswürdig.

Es gibt noch eine weitere Sache, die sehr kritikwürdig ist. Sie fordern eine Entlastung der Justiz. Sie wollen also, dass die Gerichte entlastet werden. Sie tun aber nichts dafür, dass die Justiz wirklich entlastet wird. Wir reden darüber, dass Sie das Widerspruchsverfahren abschaffen wollen. Wir reden darüber, dass viele kleine Initiativen, die den Täter/Opfer-Ausgleich durchführen, Kürzungsbe-

scheide erhalten. Wir reden darüber, dass die ambulanten sozialen Maßnahmen mit Kürzungen bedacht werden. All das ist außergerichtliche Schlichtung. All denen machen Sie momentan aber nur wenig Mut, diese Arbeit fortzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig haben Sie - das muss ich Ihnen noch einmal sagen; denn das ist der größte Unsinn, den die neue Landesregierung bisher betrieben hat - in Niedersachsen mehr Polizei eingestellt. Gleichzeitig haben Sie beim Gerichtspersonal gekürzt. Sie haben Stellen für Staatsanwälte und Richter gekürzt. Es führt aber zu Mehrarbeit, wenn sie das so genannte Dunkelfeld aufhellen, wie Ihnen jeder Kriminologe bestätigen wird. Gegen eine Aufhellung des Dunkelfeldes ist nichts einzuwenden. Man muss die Justiz aber auch so ausstatten, dass sie diese Aufgabe bewältigen kann. Das haben Sie bis jetzt aber nicht gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Faktisch also wird die geforderte Entlastung der Justiz in Niedersachsen bisher konterkariert. Nichts von dem, was Sie wirklich tun, steht in Einklang mit dem, was Sie wollen. Wir sind sehr gespannt darauf, wie das weitergeht. Ich habe es schon mehrfach gesagt. Wir von den Grünen werden das nicht reflexhaft oder machtpolitisch ablehnen, sondern wir werden uns den Verlauf der weiteren Debatte anschauen. Wir werden es nicht so machen wie etwa die CDU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode auf Bundesebene, die die große ZPO-Reform sehr stark bekämpft hat. Allerdings müsste alles, was Sie hier auf den Weg bringen, schon etwas widerspruchsfreier, etwas durchdachter und etwas abgestimmter sein. Sonst wird nämlich die große Diskussion um die Justizreform nicht viel länger dauern als die Karriere der Justizministerin Werwig-Hertneck in Baden-Württemberg. Und das wäre eigentlich schade. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Dr. Biester von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Uwe Biester (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass wir gehalten sind, in Niedersachsen nicht nur *eine* Reformdebatte zu führen, sondern

wir haben zwei Problembereiche zu behandeln, die ich der Reihe nach benennen möchte. Der erste Bereich ist etwas kurzfristiger. Wir müssen uns Gedanken über die Frage machen: Wie organisieren wir die Justiz in Niedersachsen in Zeichen immer wiederkehrender Sparhaushalte, wissend, dass wir keine Möglichkeit haben, weiteres Geld in das System hineinzugeben. Das führt natürlich dazu, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz eine ganze Zeit lang überbelastet sein werden. Wir nehmen deshalb auch all die Hinweise aus dem Richterbund sowie aus den Reihen der OLG-Präsidenten, Amtsgerichtsdirektoren und Landgerichtspräsidenten sehr ernst, mit denen sie uns auf die Belastungssituation in ihren jeweiligen Gerichten aufmerksam machen.

Aber wir sagen auch: Wir haben ein großes Zutrauen in die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz, und wir glauben, dass sie motiviert bleiben und auch bereit sein werden, diese Überbelastung hinzunehmen, wenn wir ihnen sagen, dass sie nur für eine begrenzte Zeit gilt. Aber wir müssen ihnen eine Perspektive geben. Wir müssen ihnen sagen, wie wir uns das politisch vorstellen und dass wir diese Belastung mittelfristig beseitigen können. Darum geht es in der zweiten Reformdebatte, die Frau Justizministerin Heister-Neumann dankenswerterweise für Niedersachsen angeschoben hat. Wir müssen den Menschen die Perspektive geben, dass die Veränderungen, die wir herbeiführen wollen, dazu führen werden, dass ihre Belastung geringer wird.

Das ist eine Aufgabe, die eigentlich auf Bundesebene gelöst werden müsste. Wir sind in diesem Bereich ja alleine teilweise gar nicht handlungsfähig. Die Debatten werden teilweise punktuell auf Bundesebene geführt, und zwar mit großem Stimmen-Wirrwarr - Herr Briese, das muss man auch einmal sagen - quer durch die Fraktionen. Die Stellungnahmen widersprechen sich häufig. Eine Diskussion aus einem Guss hat es bisher eigentlich noch nicht gegeben. Ich will in dem Zusammenhang auch einmal ein bisschen polemisch werden. Mir ist gesagt worden, dass die Diskussionen immer dann besonders schwierig werden, wenn Herr Ströbele als Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen in die Diskussionen eingreift.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen die Diskussionen, in denen es um mehr als nur eine organisatorische Frage geht, unter drei

Gesichtspunkten führen, die wir für besonders effizient halten. Die erste Diskussion betrifft die Straffung der Gerichtsorganisation. Wir können uns in der Tat für die Zukunft drei Instanzen vorstellen, also ein Eingangsgericht, ein Berufungsgericht und ein Revisionsgericht. Die derzeitige Situation in Niedersachsen ist eher zufällig und historisch bedingt. Sie ist nicht gottgegeben und nicht für alle Zeit zwingend festgeschrieben. Hier können wir zu einer nachhaltigen Veränderung kommen, die gleichzeitig Einsparungen mit sich bringt. Herr Briese, selbstverständlich können wir all diese Diskussionen sehr rechtstheoretisch führen, aber natürlich hat jede Diskussion in der heutigen Zeit - das muss man einräumen, wenn man offen miteinander spricht - auch einen finanzpolitischen Hintergrund. Wir haben sogar die Pflicht, die finanzpolitischen Auswirkungen unserer Diskussion in unsere Überlegungen mit einzubeziehen.

Beim zweiten Punkt geht es um die Straffung der Verfahrensordnungen und damit ebenfalls um ein Problem, das wir auf Bundesebene zu diskutieren haben. Ich halte es für auf Dauer unerträglich, zusehen zu müssen, wie ganze Strafkammern Opfer neuer Verteidigungsstrategien, nämlich der so genannten Konfliktverteidigung, werden. Unsere Verfahrensordnung ist nicht mehr in der Lage, das zu verhindern, wodurch ungeheure Kräfte gebunden werden; Richterinnen und Richter, können an anderer Stelle die Arbeit nicht leisten, weil sie sich dieser Auseinandersetzung ausgesetzt sehen.

Es geht in der Diskussion, Herr Briese, nicht darum, dass wir den Rechtsschutz aufweichen, aber es muss die Frage erlaubt sein, ob wir in allen Bagatellverfahren und bei kleineren Bußgeldbescheiden Rechtsschutz möglicherweise in zweifacher Hinsicht haben müssen, nämlich mit einem Einspruch und dann noch mit einem Rechtsbeschwerdeverfahren, oder ob der Bürger nicht auch dann zu seinem Recht kommt, wenn wir in solchen Fällen nur eine Rechtsmittelinstanz schaffen. Ich meine, darüber muss und kann man offen und ehrlich diskutieren.

(Ralf Briese [GRÜNE]: Ich stimme Ihnen zu!)

Die Probleme bei allen diesen Fragen werden wieder einmal im Detail liegen, darüber müssen wir uns einig sein. Die Rechtspolitik ist gefordert, sich hier reformfähig zu zeigen, weil wir das System in der jetzigen Form nicht mehr werden halten kön-

nen. Frau Ministerin Heister-Neumann hat die Diskussion für Niedersachsen aufgegriffen und ange-regt. Wir danken ihr dafür. Wir laden alle ein, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Diese Ein-ladung gilt für Vertreter von Verbänden und Vereini-gungen wie den Richterbund und ähnliche, sie gilt aber auch für alle Privatpersonen, die innerhalb der Justiz tätig sind oder als Kunden der Justiz ihr Wissen in diesen Reformprozess einbringen wol-len. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist Frau Bockmann von der SPD-Fraktion.

Heike Bockmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was lange gut war, wird von allein nicht besser. In diesem Sinne interpretieren wir das Expertengutachten, das uns fünf unabhängige Sachverständige zur Justizreform vorgelegt haben. Mit den Inhalten haben wir zum Teil überhaupt keine Probleme, denn es geht um Themenberei-che, die bereits von einem Landesjustizminister Pfeiffer, von einer Landesjustizministerin Merk oder auch von einer Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin angesprochen worden sind und die auch hier im Landtag schon Thema waren.

Bei Lichte besehen ist dieses Sachverständigen-gutachten also alter Wein in neuen Schläuchen. Allerdings freuen wir uns sehr über die 180-Grad-Drehung der CDU, denn wir sind aus der letzten Legislaturperiode eigentlich nur eine Blockadehal-tung gewohnt. Neben dem, was bereits in der Presse stand - wir werden heute nicht in der Lage sein, ein 56-seitiges Gutachten en detail zu disku-tieren -, möchte ich mich auf ein Kardinalthema beschränken, das seit langem in der Diskussion ist und das auch die Experten vorschlagen.

Der momentane vierstufige Gerichtsaufbau in der Bundesrepublik Deutschland ist historisch bedingt durch die Auflösung des Deutschen Reiches im Jahres 1806. Nun wird seitens der Expertenkom-mission vorgeschlagen, diesen Instanzenzug, be-stehend aus Amtsgericht, Landgericht, Oberlan-desgericht und Bundesgerichtshof, um eine In-stanz zu verschlanken. Amtsgericht und Landge-richt sollen zu einem Eingangsgesamtgericht zusammen-gefasst werden, sodass wir eine Instanz weniger

hätten. In der letzten Legislaturperiode war diese Diskussion leider aufgrund parteipolitischer Scheu-klappen nicht zu führen. Ich erinnere noch daran, dass der Kollege Stratmann mir hier vorgeworfen hat, der Konsens zwischen den großen Fraktionen sei beendet, wenn wir die Dreistufigkeit weiter diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist jedoch neu - das möchte ich ergänzend zu den niedersächsischen Presseberichte auch einmal thematisieren -: Wir können diese Reform nicht nur auf Berlin schieben,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

weil im Bundesgesetz eine so genannte Experi-mentierklausel enthalten ist. Wir können also als Land tätig werden, indem wir eine Modellregion im Land Niedersachsen ausweisen und in dieser Mo-dellregion die Dreistufigkeit erproben. Wir haben in der letzten Legislaturperiode - es war unmittelbar vor der Wahl - davon Abstand genommen, weil wir die Auffassung vertreten, dass eine solche grund-legende Reform nur im Konsens miteinander durchgeführt werden kann. Sonst werden wir in der Bevölkerung kein Verständnis dafür ernten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte die Justizministerin, auch in diesem Punkt Farbe zu bekennen. Das Motto „Weiterleiten nach Berlin macht frei, Entscheidungskompetenz in Berlin ab 2006“ wird uns hier in Niedersachsen kein Stück weiter bringen. Die SPD-Fraktion ist zu Verhand-lungen bereit unter dem Motto „Die Justiz muss in ihrer Qualität erhalten bleiben, es müssen aber auch wirtschaftspolitische und sozialpolitische Aspekte berücksichtigt werden.“

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Unter diesen drei genannten Vorgaben wird die SPD-Fraktion selbstverständlich gern mitdiskutie-ren, mitentscheiden und unterstützen, im Sinne einer funktionsfähigen Justiz. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Frau Ministerin Heister-Neumann das Wort.

Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen uns nur einmal in unserer Welt umzuschauen und werden sehr schnell feststellen, dass das Leben, wie wir es in unserem Land gestalten können, weiß Gott keine Selbstverständlichkeit ist. Ich liebe dieses Land, denn es hat mir ein Leben in Wohlstand, in Frieden und in Freiheit ermöglicht. Ich möchte dafür allen danken, die in der Vergangenheit dafür gearbeitet haben, dass wir diese Gegenwart haben, gleich an welchem Arbeitsplatz und mit welcher Verantwortung sie dafür gearbeitet haben. Genauso wenig, wie diese Gegenwart, in der wir leben, für uns selbstverständlich sein kann, ist es selbstverständlich, dass wir in Zukunft ein Leben in Freiheit, in Frieden und in Wohlstand haben. Deshalb sind wir aufgefordert, heute diese Zukunft zu gestalten, meine Damen und Herren. Zu dieser Zukunft und für ein freiheitliches, demokratisches System ist für mich eine der Grundvoraussetzungen eine starke dritte Gewalt, eine starke Justiz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es reicht dabei nicht aus festzustellen, dass wir heute an Überlast leiden. Es reicht auch nicht aus festzustellen, dass wir zu wenig Geld haben. Es reicht auch nicht aus, wenn wir alle miteinander sagen, dass wir in einer gewissen Erstarrung verharren.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es gilt meines Erachtens vielmehr, die Menschen zu motivieren, ihnen Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen und sie damit zu gewinnen, an dieser Zukunft genauso mitzuarbeiten, wie unsere Vorgänger das getan haben. Was wir brauchen, sind zukunftsfähige Konzepte für alle Bereiche unseres Lebens, die auch den Menschen beschreiben, meine Damen und Herren, wie unsere Vorstellungen für das Leben von morgen aussehen. Einen Entwurf habe ich am vergangenen Freitag gemeinsam mit den Experten der von mir initiierten Arbeitsgruppe für die Justiz vorgestellt.

Das Ergebnis lautet: Für eine zukunftsfähige Justiz, eine weiterhin starke dritte Gewalt in unserem demokratischen Rechtsstaat ist eine grundlegende Strukturreform an Haupt und Gliedern erforderlich. Diese Studie definiert Leitlinien, nach denen eine solche Reform zu gestalten ist. Aber sie definiert nicht nur theoretische Leitlinien, sondern sie be-

schreibt und benennt auch konkrete, und zwar aufeinander abgestimmte Maßnahmen, die es umzusetzen gilt. Die zentralen Aussagen hierzu lauten: Justizgewährung für den Bürger durch Rückbesinnung auf die Kernaufgaben, also die spruchrichterliche Tätigkeit, und Auslagerung, Herr Briese, all der Aufgaben, die von der Exekutive wahrgenommen werden können, reformierte, effiziente Organisationsstrukturen durch Zusammenführung der bisher fünf Fachgerichtsbarkeiten auf nur noch zwei

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

und - dieses Konzept geht eben nicht nur auf Aspekte des Sparens ein - Qualitätssicherung bei der Richterschaft durch eine reformierte Ausbildung auch im Bereich der Vergleichs- und Schiedsgerichtsbarkeit, hochwertige Auswahlverfahren und Richterassistenz sowie Straffung der Verfahrensstrukturen und der Prozessordnung, um Prozesse zu verkürzen und Tatsacheninstanzen zu straffen.

Meine Damen und Herren, wie soll es jetzt weitergehen? Unser nächstes Ziel wird auf jeden Fall sein, unter den Ländern schnellstmöglich zu einer Verständigung auf ein gemeinsames Bild zu kommen, um dann gemeinsam mit dem Bund diese Reform zügig voranzubringen. Es gibt Beispiele dafür, dass so etwas in kürzerer Zeit als in zehn Jahren zu schaffen ist. Ich bin durchaus zuversichtlich - trotz der hier bereits genannten Punkte wie die unterschiedlichen Äußerungen in Bund und Ländern -, weil erstens der Handlungsdruck sehr groß geworden ist und mich zweitens die positive Resonanz auf die Vorstellung dieser Studie hoffen lässt. Das gilt für den Bund, das gilt für die übrigen Länder, das gilt aber auch für dieses Land. Ich freue mich über diese Reaktion und über diese allgemeine Zustimmung. Denn, meine Damen und Herren, je schneller wir vorankommen, je schneller wir zu *einem* Bild kommen, desto eher können wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz, aber auch die Menschen in unserem Land davon überzeugen, dass Schluss ist mit Einzelaktionen. Sie sehen Licht am Ende des Tunnels. Ich bin davon überzeugt, dass sie dann auch wieder bereit sind, motiviert und engagiert mitzuarbeiten, damit unsere Zukunft so aussieht, dass wir auch weiter ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand vor uns haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Bockmann hat mir eine Vorlage gegeben. Ich kann es mir nicht verkneifen, darauf einzugehen. Sie haben die Dreistufigkeit angesprochen und haben darauf hingewiesen, dass wir jetzt doch bitte das, was wir im Land tun können, auch umsetzen sollten. Wir wollen das selbstverständlich sehr gerne. Ich werde die Dinge, die hier im Land zu machen sind, angehen. Aber wenn Sie die Dreistufigkeit und die Experimentierklausel ansprechen, die uns handlungsfähig macht, dann muss ich darauf hinweisen, dass es die Experimentierklausel auch zuzeiten der SPD-geführten Landesregierung gegeben hat. Da muss man sich schon fragen, warum Sie, wenn Sie davon überzeugt sind, es nicht gemacht haben.

(Heike Bockmann [SPD]: Wir brauchen den Konsens!)

- Nein, Sie brauchten ihn nicht. Sie hätten es auf Landesebene sehr wohl selbst durchführen können, weil es diese Experimentierklausel gegeben hat.

(Heike Bockmann [SPD]: Als wenn Sie eine Konfliktlösung gewollt hätten!)

Meine Damen und Herren, wir werden das angehen. Ich bin ganz sicher - davon können Sie ausgehen -, dass wir das schaffen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde liegen mir nicht vor. Ich schliesse damit diesen Tagesordnungspunkt. Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 4:

16. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs 15/1250 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/1293 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/1295

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Freitag, den 17. September, zu beraten. Ich halte das Haus damit einverstanden, dass wir heute nur die Eingaben beraten, zu denen keine

Änderungsanträge vorliegen. Ich rufe dazu zunächst die Eingaben aus der 16. Eingabenübersicht in der Drucksache 1250 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Damit ist das so beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 rufe ich vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Umorganisation der Polizei und zur Änderung dienst- und personalrechtlicher Bestimmungen - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/960 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport und Berichtigung- Drs. 15/1245

und

Tagesordnungspunkt 6.

Erste Beratung:

Sachliche Zuständigkeit der Polizeibehörden muss gesetzlich geregelt werden - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/1259

Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 5 lautet auf Annahme mit Änderungen.

Der Berichterstatter zu Tagesordnungspunkt 5 ist der Abgeordnete Prof. Dr. Lennartz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Drucksache 1245 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Inneres und Sport mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf mit den aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Dieses Votum wird auch von den mitberatenden Ausschüssen für Rechts- und Verfassungsfragen und für Haushalt und Finanzen getragen.

Ich will nun die wesentlichen Diskussionspunkte kurz ansprechen.

Die von den Fraktionen der CDU und der FDP im Verlauf der Beratungen vorgelegte Darlegung der voraussichtlichen Kosten der Organisationsreform wurde - insbesondere im Hinblick auf eine vom Landesrechnungshof im mitberatenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen abgegebene Stellungnahme - kontrovers diskutiert. Der Landesrechnungshof kritisierte dort die Kostenfolgenabschätzung als zumindest in Teilen nicht nachvollziehbar. Dem schlossen sich die Vertreter der Oppositionsfraktionen an. Dagegen blieben die Vertreter der Regierungsfaktionen unter Berufung auf die Stellungnahmen der Vertreter des Ministeriums für Inneres und Sport bei ihrer Auffassung, es handle sich um eine schlüssige und den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügende Darstellung.

Die Vertreter von SPD und Grünen wendeten sich zudem dagegen, dass die Regelung der Zuständigkeit der Polizeibehörden abweichend vom bisherigen Rechtszustand nicht mehr im Gesetz, sondern im Erlassweg geregelt werden soll. Der Antrag, entsprechende Zuständigkeitsvorschriften ins Gesetz aufzunehmen, fand jedoch keine Mehrheit.

Gleiches gilt für den Antrag der Oppositionsfraktionen, die bisher von den Bezirksregierungen wahrgenommenen Aufgaben im Katastrophen- und Brandschutz statt den Polizeidirektionen künftig den Regierungsbüros zu übertragen. Die weiteren Einzelheiten zu den vorgeschlagenen Änderungen können Sie dem schriftlichen Bericht zum Gesetzesentwurf entnehmen.

Abschließend bitte ich - notgedrungen - namens des Ausschusses für Inneres und Sport, entsprechend der Empfehlung in der Drucksache 1245 zu beschließen. - Schönen Dank.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Dr. Lennartz, Sie können gleich stehen bleiben, weil Sie der Erste sind, der sich zu Wort gemeldet hat.

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt eine andere Rolle angenommen. - Die Neuordnung der Polizei ist aus unserer Sicht mehr als ein organisatorischer Vorgang und hat erhebliche Auswirkungen. Die Polizei wird eine eigen-

ständige, hierarchisch strukturierte Sonderverwaltung unter parteipolitischer Führung. Das bedeutet die Abkehr von der traditionellen Eingliederung der Polizei in die allgemeine Verwaltung. Die Polizei bildet künftig eine geschlosseneren Gesellschaft. Bis zur Leitung des Ministeriums gibt es keinen unabhängigen zivilen Beamten. Unser Leitbild der Bürgerpolizei steht auf dem Spiel.

Die von den Fraktionen der CDU und der FDP vorgelegte Gesetzesfolgenabschätzung/Kostenabschätzung der Umorganisation, kommt zu dem Ergebnis, dass Gesamtkosten in Höhe von 8,3 Millionen Euro entstehen werden. Wir halten diese Zahl für weitaus zu tief gegriffen. Nach unseren Berechnungen werden Kosten von mindestens 12,5 Millionen Euro anfallen, die aber merkwürdigerweise nicht im Kontext der Gesetzesfolgenabschätzung zur Drucksache 1121 - Abschaffung der Bezirksregierungen - eingerechnet werden.

In unserer Kritik sehen wir uns durch die gerade gestern eingetragene Stellungnahme des Landesrechnungshofes bestätigt. Ich will nicht im Detail darauf eingehen, aber eines liegt jedenfalls auf der Hand: Der Landesrechnungshof weist darauf hin, dass auch die Umorganisation unterhalb der Polizeidirektionen, also auf der Ebene der Polizeinspektionen und auch auf der Ebene der örtlichen Polizeieinheiten, Kosten verursachen kann und - wie er behauptet - wird. Das erscheint in Ihrer Gesetzesfolgenabschätzung überhaupt nicht.

(Zustimmung von Heiner Bartling
[SPD])

Die zusätzlich entstehenden Kosten sollen offensichtlich die Polizeibesetzten durch die Wiedereinführung der dreigeteilten Laufbahn mitfinanzieren. Dagegen wehren wir uns vehement. Wenn Sie wirklich sparen wollten, dann würden Sie nicht sieben Polizeidirektionen schaffen, sondern würden mit vier Polizeidirektionen auskommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Es hätte gereicht, die Polizeidirektionen Hannover und Braunschweig auszubauen und zusätzlich in Oldenburg und Lüneburg Polizeidirektionen zu schaffen. Die Aufgaben der so genannten funktionalen Direktion in Hannover, insbesondere die Zuständigkeiten der Bereitschaftspolizei, hätten bei der Polizeidirektion Hannover und die Aufgaben der Wasserschutzpolizei hätten bei der Polizeidirektion Oldenburg ressortieren können.

In Ihrer jetzigen Vorlage des Gesetzentwurfs sind die Zuordnungen von Polizeiinspektionen problematisch bzw. falsch. So sollen die Polizeiinspektionen Nienburg und Schaumburg zu Göttingen, die Polizeiinspektionen Aurich, Leer und der kreisfreien Stadt Emden zu Osnabrück kommen. Ohne die gewaltsame Zuordnung der letztgenannten Inspektionen zu einer Polizeidirektion Osnabrück gäbe es keine sachliche Berechtigung für die Schaffung einer Polizeidirektion in Osnabrück.

Aus unserer Sicht ist es ein fataler Fehler, dass Sie den Anlass der Neuorganisation der Polizei nicht mit einer Aufgabenkritik verbunden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Im Rahmen dieser Aufgabenkritik wäre zu prüfen gewesen, an welchen Stellen man polizeiliche Tätigkeit auf ihre sinnvollen Kernbereiche reduzieren kann. In diesem Kontext wäre zu prüfen gewesen, ob beispielsweise die Verkehrsunfallaufnahme weiterhin von der Polizei wahrzunehmen ist. Es wäre auch zu prüfen gewesen, ob Polizeieinsätze bei privaten Großveranstaltungen weiterhin notwendig sind. Nach unserer Auffassung hätte auch vorwärts gebracht, die Einführung des Ordnungsbegriffs, den Sie im vergangenen Dezember beschlossen haben, wieder rückgängig zu machen, weil Sie damit sozusagen die Polizei von Aufgaben entlasten, die sie für andere, wichtigere Tätigkeiten einsetzen könnte.

Völlig neu ist die Zuständigkeit der Polizei für Hoheitsangelegenheiten, für die allgemeine Gefahrenabwehr, für Brand- und Katastrophenschutz. Der Staat tritt nun als Polizei auf. Dazu gehören das Melde-, das Versammlungs- und das Demonstrationsrecht.

Die Freiheit, sich zu bewegen, und die Freiheit zur Meinungsäußerung sind fundamentale Rechte. Protestumzüge sind jeder Regierung fast immer ein Ärgernis. Auch hier geht es nicht um die Frage, ob die Polizei auf dem Boden des Grundgesetzes steht - das bestreitet niemand -, sondern es geht um Abwägungen von Freiheit und Sicherheit und um Ermessensausübung. Diese soll weder aus parteipolitischer noch aus rein polizeilicher Sicht erfolgen.

Auch die Neugliederung der Inspektionen ist ein Problem. Sie realisieren eine weitergehende Zentralisierung. Sie heben die Einräumigkeit zwischen den Polizeiorganisationen und den kommunalen

Gebietskörperschaften auf. Darüber hinaus wird im Zuge der Neugliederung eine Reihe von Kommissariaten zu Polizeistationen abgestuft mit der Folge, dass dort kein Rund-um-die-Uhr-Dienst mehr vorgesehen ist. So sieht Ihre Stärkung der ländlichen Räume aus.

Meine Damen und Herren, ein besonderes Problem sehen wir in der im Gesetzentwurf vorgesehenen Streichung der §§ 88 bis 90 NSOG, die bislang die Zuständigkeiten der Polizeibehörden regeln. Dass die auf die Bezirksregierungen bezogenen Regelungen des § 88 aufgehoben werden, ist von Ihrem Ansatz her konsequent; denn die wollen Sie ja abschaffen. Aber dass Sie die Zuständigkeiten des Landeskriminalamtes und der neuen Polizeidirektionen nicht mehr - wie bisher üblich und unseres Erachtens verfassungsrechtlich geboten - gesetzlich regeln, sondern nur noch auf dem Verordnungswege durchsetzen wollen, halten wir verfassungsrechtlich und auch in der Sache im Hinblick auf die Kompetenz eines Landtages für absolut problematisch. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der nächste Redner ist Herr Bartling von der SPD-Fraktion.

Heiner Bartling (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Innenminister hat uns vorhin seine Verwaltungsreform insbesondere dadurch als Erfolg verkauft, dass er uns eine Reihe von Schlagzeilen vorgelesen hat. Ich hoffe, dass Sie die Schlagzeile von heute aus der *Nordwest-Zeitung* genauso sensibel zur Kenntnis nehmen. Da heißt es:

„Prüfer rügen Schlamperei bei Reform. Rechnungshof kritisiert falsche Zahlen von Innenminister Schümann.“

Wenn also Schlagzeilen eine Bewertung sind, dann sollten Sie auch das mit einbeziehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Polizeistrukturreform, die von den Regierungsfractionen heute beschlossen werden soll, trägt nicht etwa einer sachlichen Notwendigkeit Rechnung, wie es uns öfter gesagt wird, sondern ist in erster Linie eine Folge der voreilig, ohne Aufgabenkritik und ohne Folgekostenabschätzung beschlossenen Zerschlagung der Bezirksregierungen.

Wir haben dazu ja sehr widersprüchliche Aussagen vernehmen müssen. Herr Staatssekretär Koller hat uns im Innenausschuss sinngemäß mitgeteilt: Machen Sie mich, der ich aus Bayern komme, bitte nicht für die Auflösung der Bezirksregierungen verantwortlich. Das ist politisch entschieden, und deswegen muss ich eine neue Polizeiorganisation machen. Der Herr Innenminister erklärte uns gerade in der letzten Plenarsitzung: Die Organisationsreform der Polizei habe überhaupt nichts mit der allgemeinen Verwaltungsreform zu tun, sondern diene ausschließlich der Effektivierung der Polizeiarbeit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an einem kleinen Beispiel, das Ihnen der Landesrechnungshof ins Stammbuch geschrieben hat, verdeutlichen, wie diese neue Effektivität aussieht. Die derzeitige Polizeiinspektion Wesermarsch mit Sitz in Brake bearbeitet zurzeit eigenständig Delikte der so genannten Massenkriminalität. Zukünftig wird nach dem ersten Eingriff durch den Einsatz- und Streifendienst des zukünftigen Polizeikommissariats Brake die abschließende Sachbearbeitung durch die spezialisierte Tatortaufnahme der zukünftigen Polizeiinspektion Cuxhaven erfolgen. Dadurch fallen in Zukunft zusätzlich 151,4 km Fahrtstrecke Cuxhaven – Brake und zurück an. Die durchschnittliche Fahrzeit beträgt rund zwei Stunden. Der Landesrechnungshof hat festgestellt: Das bedeutet bei 200 angenommenen Fällen für die 14 zusammengelegten Polizeiinspektionen jährlich zusätzliche Gesamtkosten in Höhe von 600 000 Euro. Meine Damen und Herren, ineffektiv kann man qualifiziertes Polizeipersonal gar nicht einsetzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Neuordnung der Polizei, die CDU und FDP heute mit ihrer Mehrheit beschließen wollen, ist jedoch noch mehr als ein organisatorischer Vorgang und hat erhebliche Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Polizei wird eine eigenständige, hierarchisch durchstrukturierte Son-

derverwaltung unter einer politischen Führung. Herr Dr. Lennartz hat dies auch schon ausgeführt. Meine Damen und Herren, es handelt sich bei dem von CDU und FDP vorgelegten Gesetzentwurf zur Umorganisation der Polizei deshalb um weit mehr als um eine harmlose Organisationsveränderung.

Wir werden den Gesetzentwurf aus drei Gründen ablehnen: Der Gesetzentwurf ignoriert erstens das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum großen Lauschangriff. Zweitens ist die Finanzfolgenabschätzung nichts anderes als eine traurige Fortsetzung der Trickserie bei den Zahlen zur Verwaltungsreform. Drittens zementiert dieser Gesetzentwurf eine Polizeiorganisation, die auf eine zivile Vernetzung des Polizeiapparates völlig verzichtet.

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil zum großen Lauschangriff deutlich gemacht, dass die Regelungen der Strafprozessordnung zur akustischen und optischen Wohnraumüberwachung in weiten Teilen verfassungswidrig sind. Dieses Urteil hat unmittelbare Auswirkungen auf die Polizeigesetze der Länder; denn die dortigen präventiven Eingriffsermächtigungen sind mindestens ebenso grundrechtsrelevant wie die vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Vorschriften der Strafprozessordnung. Dies hätte bei dieser Gesetzesänderung korrigiert werden müssen.

Es ist auch nicht hinzunehmen, dass uns bis heute niemand verlässlich sagen kann, was die Polizeireform überhaupt kosten wird. Es entspricht vielleicht nicht dem neuen Stil der CDU/FDP-Mehrheit, aber wir legen großen Wert darauf, einen Überblick über die Folgekosten und die haushaltsmäßigen Auswirkungen zu haben, bevor wir eine Umorganisation dieses Ausmaßes verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

Die Stellungnahme des Landesrechnungshofs liegt dem Landtag allerdings seit zwei Tagen vor. Sie weist der Landesregierung bei der Kostenfolgeabschätzung derart viele Versäumnisse nach, dass man glauben könnte, der Innenminister würde schon wieder mehr oder weniger absichtlich mit falschen Zahlen hantieren. Der Rechnungshof hat Ihnen in seiner Stellungnahme nachgewiesen, dass Sie Kosten für die Übernahme von Aufgaben der Bezirksregierungen unterschlagen haben und an anderer Stelle Einsparungen gegengerechnet haben, die mit der Polizeiorganisation nichts zu tun haben.

Meine Damen und Herren, eine so schlampige und offensichtlich unrichtige Folgekostenabschätzung lässt nur einen Schluss zu: Zum zweiten Mal versucht der Innenminister, sich ein Reformvorhaben schönzurechnen. Ich wünsche mir im Interesse des Landeshaushalts, dass endlich ein seriöser Umgang mit Zahlen stattfindet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir lehnen den Gesetzentwurf heute aber nicht nur ab, weil Sie die Folgekosten unehrlich und unvollständig dargestellt haben. Wir halten den Gesetzentwurf auch inhaltlich für falsch, weil zugunsten eines straff hierarchisch organisierten Polizeiapparates vollständig auf jede zivile Vernetzung der Polizei verzichtet werden soll.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

Nicht nur die Herauslösung der Polizei aus den Bezirksregierungen wird die zivile Vernetzung der Polizei aufheben. Auch die organisatorische Einheit zwischen Landkreisen und Polizeiinspektionen soll aufgegeben werden, ohne dass dafür überzeugende Gründe genannt werden können. Weder Aufklärung noch Prävention von Straftaten können besser organisiert werden, wenn die hierfür erforderlichen Fachleute der Polizei nicht mehr an Ort und Stelle - da, wo sie gebraucht werden -, sondern weit weg an vermeintlich zentraler Stelle vorgehalten werden. Eine solche Organisation der polizeilichen Arbeit ist nicht nur teuer, sondern führt auch zu längeren Wartezeiten für den Bürger und zu einem Wiederaufleben der Aufteilung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei.

Ich hielte es für wesentlich effizienter, alle Polizistinnen und Polizisten - darum haben wir uns bemüht - zu Spezialisten bei der Aufnahme von Alltagskriminalität auszubilden, als dies einigen wenigen ausgewählten Spezialisten an zentralen Standorten zu überlassen.

(Beifall bei der SPD)

Der Arbeitsalltag eines Polizisten aus der Polizeistation vor Ort wird künftig in hohem Maße darin bestehen, die Kollegen aus der zentralen Inspektion anzurufen und auf deren Eintreffen zu warten. Wenn das, meine Damen und Herren, zukünftig die wesentliche Aufgabe der Beamtinnen und Beamten sein wird, dann hätten Sie tatsächlich einen

Grund für die Wiedereinführung des mittleren Dienstes. Ich warne auch hier ausdrücklich vor der Zerschlagung der zweigeteilten Laufbahn. Ich füge hinzu: Es passt einfach nicht zueinander, über die Wiedereinführung des mittleren Dienstes zu diskutieren und gleichzeitig fünf neue Polizeipräsidenten in die B-Besoldung zu bringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch von Hans-Christian Biallas [CDU])

- Ich kenne ja Ihre Propaganda, Herr Biallas, dass ich den Wert der Arbeit dieser Herren Polizeipräsidenten nicht ausreichend würdige. Aber darum geht es doch überhaupt nicht, sondern: Wenn Sie über die Wiedereinführung des mittleren Dienstes und die Absenkung der Besoldungsgruppen auf A 7 und A 8 diskutieren und gleichzeitig B-3-Stellen schaffen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, dass heute 5 000 Leute des öffentlichen Dienstes - die Masse davon waren Polizeibeamte - gegen diese Landesregierung demonstrieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Hans-Christian Biallas [CDU])

Gestatten Sie mir bitte, noch einen letzten Aspekt zu nennen, weil meine Redezeit zu Ende geht.

Mit diesem Gesetzentwurf geht auch die Zuständigkeit für Brand- und Katastrophenschutz aus der Bündelungsbehörde Bezirksregierung an die Polizeidirektionen. Da vier Bezirksregierungen durch sechs Flächenpolizeidirektionen ersetzt werden, müssen hier mindestens 14 neue Stellen geschaffen werden. Auch diese Kosten werden übrigens in der Gesetzesfolgenabschätzung unterschlagen. Ich warne ausdrücklich davor, worüber Sie im Innenministerium verhandeln, nämlich die beiden neuen Brand- und Katastrophenschutzabteilungen jeweils mit weniger als sieben Stellen auszustatten. Sollten Sie hier wirklich tricksen und den Rat Ihrer eigenen Fachleute in den Wind schlagen, so werden wir Ihnen die Versäumnisse im Brand- und Katastrophenschutz zu gegebener Zeit unter die Nase reiben. Das wird für den Innenminister bestimmt keine angenehme Veranstaltung.

Meine Damen und Herren, ich bedauere es, dass anstelle einer sinnvollen und vernünftigen Optimierung der Strukturen, die durchaus notwendig ist, eine Zerschlagung der gewachsenen und funktionierenden Organisation stattfindet. Sie hätten mit

kleinen Veränderungen, von Fachleuten beraten, bessere Ergebnisse erreicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Ahlers von der CDU-Fraktion.

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 28. April dieses Jahres wurde der vorliegende Gesetzentwurf von den Fraktionen der CDU und der FDP in den Landtag eingebracht.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Ein schwarzer Tag!)

In jener Sitzung wurde dargestellt, warum wir eine Umorganisation wollen. Herr Professor Lennartz und auch Herr Bartling, zu Ihrem Verständnis betone ich das gerne noch einmal: In der Koalitionsvereinbarung haben unsere Fraktionen festgeschrieben, die bestehende Polizeiorganisation grundlegend zu überprüfen und im erforderlichen Umfang Strukturveränderungen vorzunehmen. Ziel dieser Strukturveränderung ist die Schaffung einer effektiven und effizienten Polizeiorganisation zur weiteren Verbesserung der inneren Sicherheit in Niedersachsen. - An dieser Zielsetzung hat sich bis heute nichts geändert.

Übrigens, Herr Bartling, unmittelbares Ziel der Umorganisation ist es nicht, im Landeshaushalt Kosten einzusparen, sondern für uns ist es sehr wichtig, die innere Sicherheit in Niedersachsen deutlich zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, herausstellen möchte ich, dass bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs und bei unserer Meinungsfindung die Fachleute bei der Polizei eine sehr große Rolle gespielt haben.

Auf der Grundlage des Abschlussberichts der vom Innenministerium eingerichteten Arbeitsgruppe „Organisation der Polizei“ wird es zukünftig in Niedersachsen acht Polizeibehörden geben. Neben dem Landeskriminalamt sind dies die sechs regionalen Polizeidirektionen an den Standorten Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Olden-

burg und Osnabrück sowie die Polizeibehörde für zentrale Aufgaben. Kriterien für diese räumliche Gliederung waren die vorhandene Organisations- und Personalstruktur, die Orientierung an den Landkreisgrenzen, die Kriminalitätsdaten, die Einsatztaktik und Verkehrsdaten, aber auch die regionalen Strukturdaten über Fläche und Einwohner. Dieser neue Zuschnitt gewährt weitestgehende Ausgewogenheit im Arbeitsaufkommen der einzelnen Polizeidirektionen und führt dadurch zu einem hohen Maß an Funktionalität und Effektivität.

(Beifall bei der CDU)

Durch die Zusammenlegung der bisherigen 50 Polizeiinspektionen auf zukünftig 33 Inspektionen wird zusätzliches Personal für polizeiliche Exekutiv- und Präsenzaufgaben frei.

Meine Damen und Herren, durch diese Umstrukturierung werden im Ergebnis die Rahmenbedingungen der polizeilichen Arbeit verbessert. Die Stärkung der Fläche wird außer durch die beschlossene zusätzliche Einstellung von Polizeianwärtern durch die Verschlinkung der Stäbe erreicht, und die Kriminalitätsbekämpfung wird durch einen konzentrierten Einsatz von Kompetenzen und Ressourcen optimiert.

Und ganz wichtig ist: Das, was unsere niedersächsischen Polizeibeamten in den Arbeitsgruppen vorgestellt haben, fand insbesondere in der Anhörung im Innenausschuss großen Anklang und breite Zustimmung.

So erklärte beispielsweise der Polizeipräsident aus Bayreuth, dass mit dieser Reform den Grundsätzen der Organisationslehre voll entsprochen wurde. Denn das Maß aller Dinge, „so zentral wie nötig, so dezentral wie möglich“, wurde berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU)

Der genannte Polizeipräsident machte deutlich, dass seines Erachtens diese Organisationsplanungen zielführend seien.

Der Landespolizeipräsident aus Hessen erklärte uns, dass in Hessen eine ähnliche Polizeireform durchgeführt worden sei und man erste positive Erfahrungen gesammelt habe. Der Landespolizeipräsident meinte in der Anhörung vor dem Innenausschuss - und daran orientieren wir uns auch -, dass sich Organisationsänderungen lohnten und

dass die geplante niedersächsische Reform als erfolgversprechend für die Optimierung der Struktur und für die Bürger zu bewerten sei.

Und kürzlich, meine Damen und Herren - wir haben es heute ja schon ein paar Mal gehört - äußerte sich auch Professor Dr. Joachim Hesse zur niedersächsischen Verwaltungsreform. Er ist der Ansicht, dass die Reformen erhebliche Struktureffekte bringen werden, und bescheinigte Niedersachsen eine Schlüsselrolle in der gegenwärtigen Reformlandschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen auch aufpassen, dass wir die, um die es bei dieser Umorganisation geht - nämlich unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, ebenso die Feuerwehren und viele andere, die sich Tag für Tag und Nacht für Nacht für die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen bereithalten und die sich oftmals unter dem Einsatz ihres eigenen Lebens für unsere Gesellschaft aufopfern -, mit auf die Reise der Reformen nehmen und sie davon überzeugen, wie wichtig unsere Bemühungen für die Zukunft unseres Landes sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Widerspruch bei der SPD)

Und jetzt hören Sie einmal gut zu, mein Damen und Herren von der SPD: Kürzlich schrieb mir ein Kreisvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, dass er glaubt, dass in der anhaltenden Diskussion über die Sparpläne der Landesregierung viele Menschen nicht grundsätzlich dem Reformbedarf widersprechen. In diesem Punkt gebe ich dem Kreisvorsitzenden der GdP Recht. Meine Damen und Herren, deshalb ist es für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sehr wichtig, dass gerade die Verantwortlichen bei den Gewerkschaften unsere Reformbemühungen und Zielsetzungen ihren Mitgliedern richtig darstellen und damit die Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog erhöhen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unerwähnt bleiben darf nicht, dass der stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund die Reform ausdrücklich begrüßte. Er forderte die Polizei auf, sich dieser Reform zu stellen. Sie sei ein „gutes Modell“, von Polizeibeamten entworfen, und sollte nicht politisch verwässert werden.

(Beifall bei der CDU)

Letztlich darf ich noch berichten, dass der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen, Herr Graulich, uns ebenso Recht gegeben hat. Sowohl von den Aufgabeninhalten als auch von den zu erwartenden positiven Effekten bei der Verknüpfung mit den anderen Aufgaben der Polizeidirektionen - etwa im Bereich der Stabsarbeit - gibt es zu dieser Lösung keine Alternative.

Meine Damen und Herren, die eben genannten Einschätzungen der Fachleute in den Anhörungen haben unserer Fraktion Mut gemacht und uns gleichzeitig darin bestätigt, dass wir mit dem Gesetzentwurf auf dem richtigen Weg sind und dass wir für unsere Bürgerinnen und Bürger im Lande Niedersachsen etwas Gutes erreichen werden.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt noch zu den Kosten. Wie schon eingangs erwähnt, hat die Umorganisation zum Ziel, die innere Sicherheit in Niedersachsen zu verbessern. Dies ist dringend notwendig, weil dieses Ziel gerade in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt wurde.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Widerspruch bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Ich erwähne das auch deshalb, weil in den Ausschussberatungen vonseiten der Opposition immer wieder Kostenfolgeabschätzungen eingefordert wurden. Meine Damen und Herren, wenn ich richtig informiert bin, müssen die das Gesetz einbringenden Fraktionen zwar Kostenschätzungen abgeben, aber keine Kostenfolgeabschätzungen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich meine, dass das, was von den innenpolitischen Sprechern von CDU und FDP vorgetragen wurde, solide ist. Herr Bartling, Sie haben bei der Polizeireform von 1994 überhaupt keine Kostenfolgeabschätzung vorgelegt.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU
und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Ahlers, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möhrmann?

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Meine Redezeit ist gleich abgelaufen. Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Die Einschätzungen des Landesrechnungshofs haben für uns Politiker bei der Meinungsfindung sicherlich eine hohe Bedeutung. Aber, meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof befreit uns nicht davon, dass wir die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben. Und deshalb müssen wir letztlich die Entscheidung treffen, ob wir z. B. die innere Sicherheit verbessern wollen oder nicht.

Ich betone es noch einmal: Wir haben es vor der Wahl gesagt, wir haben es in der Koalition vereinbart, und wir haben es jetzt im Gesetzentwurf vorgelegt: Wir werden uns für die Verbesserung der inneren Sicherheit entscheiden.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Ahlers, Herr Möhrmann wollte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie sie?

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Ich lasse keine Zwischenfrage zu, weil ich weitermachen möchte.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch einige Anmerkungen zum Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Ahlers, Sie haben Ihre Redezeit überzogen. Kommen Sie bitte zum Schluss!

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

In den Ausschussberatungen wurde deutlich, dass diese Rechtsfrage höchst umstritten ist. Ich möchte betonen: Wir halten es so, wie es das Bundesverwaltungsgericht höchstrichterlich entschieden hat.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Ahlers, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss!

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Die CDU-Fraktion lehnt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ab.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Rede ist Herr Bode von der FDP-Fraktion.

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde von der SPD, heute ist kein schwarzer, nein, heute ist ein guter Tag für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Denn ganz anders, als es die Vorredner von der SPD und von den Grünen hier dargestellt haben, betrifft dieser Gesetzentwurf, der hier heute zur abschließenden Abstimmung ansteht, nicht etwa einen langweiligen Verwaltungsänderungsbereich, sondern einen Bereich, der die Menschen in Niedersachsen ganz massiv und bedeutsam betrifft.

Wir werden mit dieser Polizeireform einen wesentlichen Teil unserer Koalitionsaussage, nämlich die Verbesserung der inneren Sicherheit - und ich sage hier: die Verbesserung der gefühlten Sicherheit -, nach vorne bringen, indem wir die Polizei besser ausstatten.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wir werden durch diese Polizeireform das Personal gerechter im Lande verteilen. Wir werden dort, wo es zu wenig Polizeibeamte sichtbar, präsent und vor Ort auf der Straße gab, mehr Polizei haben. Wir werden die Stäbe entschlacken. Wir werden Polizeibeamte für den eigentlichen Dienst freistellen. Wir werden Spezialisierung - ganz anders als Sie, Herr Bartling, es praktiziert haben - nicht überall haben, sodass nicht jeder sein eigener Experte ist, sondern wir werden Spezialisierung nur dort haben, wo wir sie brauchen, und zwar zentral. Die anderen Polizeibeamten können wieder ihrem eigentlichen Dienst auf der Straße nachgehen und so auch sichtbar für mehr gefühlte Sicherheit bei den Bürgern sorgen.

Wir haben ein System, das vergleichbar geworden ist. Bisher war es ja so: Nicht überall, wo „Polizeidirektion“ dranstand, war auch Polizeidirektion drin. Wir haben jetzt eine Aufgabenkritik vorgenommen und definiert, welche Aufgaben eine Inspektion, welche ein Kommissariat, welche eine Direktion und welche das Landespolizeipräsidium wahrzunehmen hat. Alle Ebenen sind vergleichbar und messbar geworden. Das ist ein wesentlicher Fortschritt im neuen System.

Das, was in Bezug auf die Kosten von der Opposition dargestellt worden ist, finde ich wirklich sehr spannend. Ich bin sehr dafür, dass wir dort, wo es hingehört - nämlich in den Fachausschüssen -, sehr intensiv über alle Fragen diskutieren, und ich bin schon etwas enttäuscht, wenn man dort lediglich auf die Frage zu sprechen kommt, ob die Regierungsbrandmeister nicht besser „Bezirksbrandmeister“ heißen sollten und ob sie ihren Sitz bei den Regierungsbüros oder bei den Polizeidirektionen nehmen sollten. Das war der wesentliche Diskussionspunkt, der in den Fachausschüssen thematisiert worden ist. Das war ein bisschen wenig. Da erwarte ich künftig mehr.

Wenn Sie jetzt sagen, das mit den Kosten sei alles ganz anders: In der letzten Sitzung des Innenausschusses habe ich Sie doch noch flehentlich gefragt habe, ob Sie noch Fragen hätten, die wir Ihnen beantworten könnten, oder ob alles geklärt sei. Ich gebe ja zu, da kam noch die Frage: Wie ist das mit der Polizeiinspektion in Lingen? Ich habe Ihnen diese Frage gerne beantwortet, indem ich ausgeführt habe, dass zusätzliche Kosten dort nicht entstünden, weil sie ohnehin entstanden wären. Und dann kamen auch schon keine weiteren Fragen. Vor diesem Hintergrund finde ich es nicht fair, dass Sie hier heute auf einmal denjenigen spielen, der die Kosten im Auge hätte und sich darüber sorgen würde. Da hätten Sie vorher entsprechend in die Diskussion gehen können.

Genauso falsch ist die Forderung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Gesetz genau festzuschreiben, welche Aufgabe wo geregelt werden soll.

Erstens, Herr Dr. Lennartz, ist es nicht so, wie Sie gesagt haben: dass es im alten Gesetz auch schon so war. Auch da gab es nur allgemeine Beschreibungen.

Zweitens - das ist das Entscheidende - macht es bei einem Eingriff in die Bürgerrechte keinen Un-

terschied, welche Institution ihn vornimmt. Der Eingriff ist dann vorgenommen worden, wenn man ihn im Gesetz definiert hat, und die Frage, wer ihn ausführt, ist kein Eingriff in die Bürgerrechte. Deshalb, Herr Bartling, werden wir auch erst dann - das hatten wir vereinbart - über den Lauschangriff reden, wenn sich alle Länder in ihrer gemeinsamen Arbeitsgruppe darüber verständigt haben, wie man damit umgehen muss. Das war Konsens. Uns liegt auch ein entsprechender Antrag vor. Von daher ist es nicht in Ordnung, dass Sie das heute mit der Debatte verknüpfen. Wir haben da eine vernünftige Regelung gefunden.

Ich freue mich, dass wir ab dem nächsten Jahr eine Polizeiorganisation haben werden, die Niedersachsen nach vorne bringt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Minister Schünemann das Wort.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch diese Polizeistrukturereform wird Niedersachsen insgesamt sicherer.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Hans-Dieter Haase [SPD]: Aber nur gefühlt!)

Ich will Ihnen das auch genau erklären.

Aber zunächst einmal möchte ich Ihnen - gerade Herrn Kollegen Bartling - sagen, dass Sie diese Strukturreform doch gar nicht so angreifen sollten; denn es ist doch eigentlich nur eine Optimierung dessen, was 1994 auf den Weg gebracht worden ist. Wir haben die Erfahrungen der letzten zehn Jahre in unsere Überlegungen einfließen lassen und können jetzt sagen, dass wir für die Polizei eine vernünftige Verwaltungsstruktur schaffen.

Herr Bartling, Sie haben zum Schluss gesagt, es wäre gut gewesen, wenn wir eine kleine Experten- gruppe gebildet und auf diese gehört hätten. - Genau das aber haben wir doch getan! Wir haben Polizeibeamte aus Niedersachsen zusammengezogen, die ihre Erfahrungen eingebracht haben. Wir haben kein Gutachten von Kienbaum oder

anderen eingeholt, sondern eingeflossen ist das Wissen der Polizei aus ganz Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, es gibt niemanden - weder bei den Polizeigewerkschaften noch bei den Fachleuten -, der sagt, dass es ein Fehler ist, die Polizei aus den Bezirksregierungen herauszubrechen. Die Einrichtung der Polizeidirektionen wurde bereits 1994 gefordert. Aber Sie hatten nicht den Mut, das umzusetzen. Wir haben den Mut, meine Damen und Herren, und das ist, meine ich, auch genau das richtige Signal für die Polizeibeamten in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es geht darum: Wie wollen wir die Professionalisierung der Kriminalitätsbekämpfung erreichen? - 1994 hat man bewusst gesagt, wir wollen sehr viel dezentral organisieren. Dieser Ansatz war völlig richtig, und wir werden ihn auch beibehalten. Aber es gibt einige wenige Bereiche, in denen sich dieser Ansatz nicht bewährt hat: bei der intensiven Spurensuche oder der Tatortaufnahme. Dabei handelt es sich nicht um Massenkriminalität, sondern um Schwerstkriminalität, um Mord. Es geht z. B. darum, DNA-Spuren zu finden. Sie wissen, welche Möglichkeiten wir über die DNA-Analyse haben. - Bei dieser Gelegenheit: Im Wahlkampf haben Sie mich noch dafür gegeißelt; heute setzen sich zum Teil sogar die Sozialdemokraten im Bundestag dafür ein. - Hier brauchen wir Routine, hier brauchen wir Experten, und genau das werden wir mit dieser Polizeistrukturereform auch bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In einigen Bereichen müssen wir natürlich auch Schwerpunkte bilden. Deshalb haben wir auf Polizeiinspektionsebene Fahndungsgruppen eingerichtet. Darüber hinaus haben wir Verfügungsgruppen eingerichtet, damit man auch einmal aus dem Alltagsgeschäft herauskommt. - Das ist meiner Ansicht nach genau der richtige Weg, und das wird ja auch nicht ernsthaft bestritten.

Die Präventionsarbeit vor Ort hat sich bewährt. Hier haben Sie - das will ich auch gerne sagen - in Ihrer Amtszeit durchaus einiges bewegt. Das soll auch so bleiben. Wir wollen das aber noch optimieren, indem wir auf der Inspektionsebene professionelle Unterstützung für die Kommissariate organisieren. Das jetzt so darzustellen, als wollten wir die Beteiligung der Bürger an der Präventionsarbeit wieder aufgeben, ist völlig falsch. Diese Präventionsarbeit muss in den Kommissariaten durchge-

führt werden, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger. Dann werden wir erfolgreich sein. Wir unterstützen das durch Präventionsgruppen bei den Polizeiinspektionen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Fläche zu stärken, liegt uns besonders am Herzen. Deshalb haben wir ein neues Personalverteilungskonzept entwickelt. Wir wollen - die Kollegen Ahlers und Bode haben es bereits gesagt - 210 Polizeibeamte aus den Stäben nehmen und in das operative Geschäft geben. Diese stehen dann zur Verfügung, damit wir in der Fläche mehr Präsenz schaffen. Dazu kommt noch das 1 000er-Programm, das wir in dieser Legislaturperiode umsetzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt etwas zu den Kosten sagen, weil das ja immer besonders von Interesse ist, und zwar zu Recht.

Die Kritik des Landesrechnungshofs nehme ich sehr ernst. Aber Ihre Kritik, meine Damen und Herren von der Opposition, kann ich nun wirklich nicht ernst nehmen; denn auch schon 1993 hat die Landeshaushaltsordnung bestimmt, dass für Maßnahmen von finanzieller Bedeutung angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen sind, dass bei allen Kabinettsvorlagen die finanziellen Auswirkungen im Einzelnen darzustellen sind und dass Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung unter Verwendung eines vorgegebenen Vordrucks besonders darzustellen sind.

Jetzt darf ich Ihnen vorlesen, was Sie damals als Kostenfolgeabschätzung für die - wie Sie sie damals genannt haben - größte Polizeistrukturereform vorgetragen haben - ich zitiere aus Ihrer Vorlage -:

„Die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung der Neuorganisation sollen sich in engen Grenzen halten. Dabei kommen in erster Linie Kosten für dienststelleninterne Umzüge in begrenztem Umfang sowie z. B. Kosten für Stempel, Vordrucke und Dienststellenschilder in Betracht.“

Meine Damen und Herren, das zu diesem Absatz kein ausführliches Gutachten vom Landesrechnungshof gekommen ist, kann ich nachvollziehen. Aber es ist natürlich nicht seriös, wenn Sie das bei uns jetzt in dieser Weise kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf das kommen, was der Landesrechnungshof gesagt hat. Übrigens: Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, wenn der Landesrechnungshof das, was er dem Landtag zur Verfügung gestellt hat, mit dem Ministerium abgestimmt hätte. Dann hätte man einiges im Vorfeld klären können. Aber wir können das natürlich auch im Plenum machen.

Angesprochen wurde: Unter „IuK, einschließlich Datenverarbeitung, Führungs- und Einsatzmittel, Kriminaltechnik“ sollen wir Einsparungen in Höhe von 2,8 Millionen Euro angesetzt haben, und zwar im Bereich Notrufabfragestellen; diese Einsparungen seien aber nicht reformbedingt.

Dazu kann ich Ihnen sagen: Das ist schlicht nicht richtig. Es ist wahr, dass seit 1999 in der mittelfristigen Finanzplanung dafür Mittel eingestellt werden. Das Ganze sollte bis zum Jahr 2007 vollendet werden. Aber nun ist es so, dass wir, bedingt durch die Polizeistrukturenreform, nicht mehr, wie bisher, 95 Notrufabfragestellen brauchen, sondern nur noch 28. Dadurch, dass wir hier konzentrieren und reduzieren, erreichen wir genau diese Einsparsumme von 2,8 Millionen Euro. Das hätten wir dem Landesrechnungshof gerne intern mitgeteilt; jetzt sagen wir es über das Parlament.

Angesprochen worden ist auch der Bereich „Verlagerung von Aufgaben, allgemeine Gefahrenabwehr, Versammlungsrecht und Brandkatastrophen.“ Das will ich Ihnen auch gerne einmal darstellen. Es richtig - und das ist auch gut so -, dass wir den Katastrophenschutz jetzt bei den Polizeidirektionen zusammenführen. Im Krisenfall werden wir nur noch einen Krisenstab geben. Das hat Synergieeffekte, da werden wir insgesamt besser. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir gerade im Katastrophenschutz vor einer besonderen Bedrohungslage stehen, viel mehr als noch in der Vergangenheit. Darauf reagieren wir: Wir werden in der Zukunft nicht mehr nur vier, sondern sechs Katastrophendienststellen haben.

Es ist richtig, dass wir dort zunächst zusätzliches Personal über kw-Stellen zur Verfügung stellen werden. Wir werden sehen, wie viel Personal in der Zukunft tatsächlich benötigt wird, und werden, wenn wir zusätzliches Personal brauchen, dieses aus den 210 gewonnenen Polizeistellen zur Verfügung stellen. Eine finanzielle Mehrbelastung wird es in diesem Bereich nicht geben.

Ganz interessant ist auch das, was der Landesrechnungshof zu den Umzugs-, Logistik- und sonstigen Kosten und gerade auch zu der Zentralisierung sagt. Herr Bartling, Sie haben noch einmal dargestellt, dass es gar keinen Sinn macht, Polizeiinspektionen zusammenzulegen und ihre Anzahl von 50 auf 33 zu reduzieren. Hier muss der Landesrechnungshof irgendwann auch einmal eine stringente Haltung einnehmen. Bei Ihrer Umorganisation, Herr Bartling, hat der Landesrechnungshof nichts zu den Kosten, aber etwas zu den Strukturen gesagt:

„Die vorstehend genannten Nachteile Ihrer Planung gehen letztlich darauf zurück, dass das von Ihnen vorgestellte Konzept zur Aufbauorganisation der Polizei von dem Prinzip ausgeht, in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine Inspektion oder Polizeidirektion zu unterhalten. Wir haben dieses Prinzip bereits in unserem Jahresbericht 1985 für nicht sachgerecht gehalten und zugleich darauf hingewiesen, dass bei Beachtung des Grundsatzes der Einräumigkeit die übrigen Einheiten der Zwischenebene auch für mehrere Landkreise zuständig sein können. Auch das Kienbaum-Gutachten kommt zu dem gleichen Ergebnis.“

Meine Damen und Herren, nachdem der Landesrechnungshof schon 1985 gefordert hat, Polizeiinspektionen zusammenzulegen und wir das jetzt machen, finde ich es nicht ganz schlüssig, wenn er das heute kritisiert und sagt, dass das Kosten verursacht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zudem darf ich darauf hinweisen, dass wir, wie ich eingangs gesagt habe, nur in Teilbereichen etwas konzentrieren. Im Moment haben wir 18 Polizeiinspektionen mit Zusatzaufgaben. In Zukunft werden wir 28 Stellen haben, sodass wir zum Teil sogar noch eine breitere Präsenz in der Fläche haben werden. Also, auch dies führt leider nicht zum Erfolg.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Minister, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie die verabredete Redezeit schon um mehr als das Doppelte überzogen haben.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Es tut mir sehr Leid, aber ich habe keine andere Möglichkeit. Wenn ich hier mit Fakten vom Landesrechnungshof konfrontiert werde, dann muss ich einfach die Zeit haben, in der Öffentlichkeit meine Position darzustellen. Deshalb brauche ich ein bisschen mehr Zeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Hans-Christian Biallas [CDU]: Genau!
Die Wahrheit muss ans Licht!)

Weiter: Wir hätten nichts zu den Kosten für die Einrichtung von 27 Polizeiinspektionen gesagt. - Bei den Polizeiinspektionen handelt es sich um vorhandene Dienststellen an vorhandenen Standorten. Das erforderliche Personal wird - wie bei der Polizeireform 1994 auch - über Melde- und Ausschreibungsverfahren rekrutiert.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, all diese Punkte, die jetzt kurz vor der Abstimmung wieder aufgeführt worden sind, können in Gänze entkräftet werden. Insofern, meine Damen und Herren, spricht überhaupt nichts dagegen, dieser Polizeistrukturereform zuzustimmen, die - ich kann es nur wiederholen - dazu führt, dass Niedersachsen sicherer wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Hans-Christian Biallas [CDU]: Genau!)

Nun noch zu einigen kleinen Stichpunkten, die von Ihnen auch noch aufgeführt worden sind.

Was ändert sich eigentlich für den Bürger? - Meine Damen und Herren, für den Bürger ändert sich gar nichts. Die Bürger haben genau die gleichen Ansprechpartner wie vorher, aber bei professioneller Kriminalitätsbekämpfung.

Zum Lauschangriff. Dass sie das hier noch einmal anführen, Herr Bartling, finde ich interessant. Ich darf an das erinnern, was Frau Zypries erst vor wenigen Wochen vorgelegt hat. Ich könnte ihr hundertprozentig zustimmen. Aber Sie haben nicht den Mut, das, was Ihre Justizministerin sagt, in die Tat umzusetzen. Das würde bei der Kriminalitätsbekämpfung sicherlich einiges bringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ganz zum Schluss haben Sie etwas gesagt, was wirklich unredlich ist. Sie sagten, angesichts der Wiedereinführung des mittleren Dienstes - wenn

wir das denn überhaupt vorhätten - wäre es nahezu zynisch, Polizeipräsidenten mit B 3 einzuführen. Was das miteinander zu tun hat, kann ich nicht nachvollziehen. Ich habe Ihnen immer gesagt, aus welchen Gründen wir darüber nachdenken: Wir wollen Realschülern mehr Möglichkeiten geben. Das brauche ich hier aber nicht weiter auszuführen.

Meine Damen und Herren, wir schaffen die Bezirksregierungen ab. Die Regierungspräsidenten sind weg, die Vizepräsidenten auch. Wir schaffen in diesem Bereich also tatsächlich Einsparungen und geben der Polizei eine eigene Struktur. Wenn wir die Polizeipräsidenten dann mit B 3 besolden, dann ist das im Vergleich zu anderen Ländern noch sehr zurückhaltend. Wenn Sie damit Stimmung machen wollen, meine Damen und Herren: Damit werden Sie die Polizeibeamten nicht überzeugen können. Die sind von dieser Reform überzeugt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben in Ihrer Amtszeit nicht den Mut gehabt, etwas zu verändern. Wir haben den Mut, weil wir dafür sorgen müssen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sicher sind. Wir sind der Garant dafür. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Die SPD-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Ich erteile Herrn Bartling das Wort für drei Minuten.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Heiner Bartling (SPD):

Es tut mir Leid, dass ich noch stören muss, aber einige Dinge kann ich nicht so stehen lassen.

Es ist schlichte Geschichtsklitterei, Herr Schünemann, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie machten das nur um der Effektivität der Polizei willen. Nein, Sie haben unausgegoren politisch entschieden, die Bezirksregierungen aufzulösen, und deswegen muss die Polizeireform her. Das ist der einzige Grund.

(Beifall bei der SPD)

Dass Ihnen die Polizeibeamtinnen und -beamten, diese qualifizierten Leute, nach dieser politischen Vorgabe die sechs Direktionen so geschnitten haben, dass sie sinnvoll sind, daran will ich überhaupt keinen Zweifel lassen. Das haben die bestimmt ordentlich gemacht. Aber Sie sollten noch einmal genauer hingucken, was auf der Inspektionssebene daraus folgt. Da würden Sie nämlich Effektivitätsverschlechterungen erfahren.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt sagen. Wenn Sie sich hier hinstellen und so tun, als sei die Kostenfolgeabschätzung im Bereich Katastrophenschutz etwas, wo man mal nachgucken müsse - kw-Vermerke und Ähnliches -, dann sage ich Ihnen: Hätten Sie diese Reform nicht gemacht, dann bräuchten Sie nicht 14 Stellen für den Katastrophenschutz in neu einzurichtenden Polizeidirektionen. Das sind Kosten dieser Reform, die Sie verursachen, und die verschweigen Sie dem Parlament. Das ist der Grund dafür, warum wir das kritisieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Minister Schünemann, bitte!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Ich dachte eigentlich, es kommt eine richtige Entgegnung. Aber das waren ja Punkte, die ich noch einmal ganz schnell aufgreifen muss.

Noch einmal zum Bereich Katastrophenschutz. Erstens. Begründung: Wir haben eine andere Bedrohungslage. Zweitens. Wir müssen das Personal auf sechs Polizeidirektionen verteilen. Aber, meine Damen und Herren, einer Gesetzesfolgenabschätzung bedarf es nur, wenn wirklich Mehrkosten entstehen. Ich habe Ihnen gesagt, dass dieses Personal aus den 210 Stellen finanziert wird. Dafür wird es keinen einzigen Euro mehr geben. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Ich bitte Sie, nie wieder etwas anderes behaupten, denn das wäre die Unwahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wir stimmen über Tagesordnungspunkt 5 ab. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Artikel 2. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 3. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 4. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 5. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 6. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 7. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 8. - Unverändert.

Artikel 9. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 10. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 11. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um

das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 12. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Gesetzesüberschrift auf. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf mit den Änderungsvorschlägen zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. - Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit. Der Gesetzentwurf ist mit den Änderungen beschlossen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir kommen jetzt zu der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 6. Dabei geht es um die Ausschussüberweisung. Federführend soll sich der Ausschuss für Inneres und Sport mit dem Antrag beschäftigen, mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/1051 und Berichtigung - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 15/1246

und

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Den Bologna-Prozess voranbringen und den Erfolg der Modelluniversität Lüneburg sichern! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/1033 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 15/1273

Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 7 lautet auf Annahme mit Änderungen. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur zu Tagesordnungspunkt 8 lautet auf Ablehnung.

Berichterstatterin zu Tagesordnungspunkt 7 ist Frau Dr. Andretta. Ich erteile ihr das Wort.

Dr. Gabriele Andretta (SPD) Berichterstatterin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kultur empfiehlt Ihnen in der Drucksache 1246, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP mit Änderungen anzunehmen. Diese Empfehlung hat der federführende Ausschuss mit den Stimmen der Regierungsfractionen beschlossen. Die Vertreter der Oppositionsfractionen beteiligten sich nicht an der abschließenden Beschlussfassung. Der mitberatende Ausschuss für Haushalt und Finanzen hatte sich auf der Grundlage der Ergebnisse des ersten Beratungsdurchgangs im federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Vertreter der Regierungsfractionen und bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen für die vorgeschlagenen Änderungen ausgesprochen. Der ebenfalls mitberatende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hatte mit dem gleichen Abstimmungsergebnis einige Änderungsvorschläge unterbreitet und sich den Empfehlungen aus dem ersten Beratungsdurchgang im Übrigen angeschlossen.

Meine Damen und Herren, da wir mit diesem Gesetzentwurf hochschulpolitisches Neuland betreten, werde ich den Bericht in den wichtigsten Punkten kurz vortragen. Als besondere Schwerpunkte der Ausschussberatungen sind vor allem drei Bereiche zu nennen, und zwar

erstens die Regelungen über die Bestimmungen der Aufgaben der fusionierten Hochschule, die Sie in Artikel 1 § 1 Abs. 1 finden,

zweitens die Regelungen über die Überleitung der von der Stiftung zu übernehmenden Fachhochschulprofessorinnen und -professoren in Ämter von Universitätsprofessorinnen und -professoren im § 3 Abs. 2 und

drittens die Bestimmungen über die Lehrverpflichtung in § 4 Abs. 2 bis 4 der Beschlussempfehlung.

Hinsichtlich der ersten beiden Bereiche konnte im Ergebnis weitgehend Einigkeit erzielt werden. Hinsichtlich der Lehrverpflichtung beschloss der federführende Ausschuss mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Regierungsfractionen die nunmehr aus der Beschlussempfehlung ersichtliche Formulierung, um dem Senat eine stärkere Stellung bei der Bemessung der Lehrverpflichtung einzuräumen. Dagegen plädierten die Vertreter der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen für eine Beibehaltung der im ursprünglichen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen enthaltenen Formulierungen. Sie sind der Auffassung, dass ein Einfluss des Senates auf das operative Geschäft der Personalverwaltung mit dem allgemeinen System des NHG nicht im Einklang stehe.

Ferner wurde im federführenden Ausschuss streitig über die Frage beraten, ob dem Fachministerium die Zustimmung zu Regelungen der Hochschule in den Bereichen Hochschulzugang, Überleitung der übernommenen Professorinnen und Professoren und Lehrverpflichtung vorbehalten werden soll. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen im federführenden Ausschuss, nach denen auf diese Zustimmungsvorbehalte im Interesse einer Stärkung der Autonomie der Hochschule verzichtet werden sollte, wurden mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Regierungsfractionen abgelehnt. Diese sahen in den Zustimmungsvorbehalten des Fachministeriums notwendige Instrumente, um in diesen Bereichen im Hinblick auf die allgemeine hochschulpolitische Entwicklung hinreichend steuernd und mitgestaltend eingreifen zu können.

Zu den Regelungen des Hochschulzugangs vertraten die Mitglieder der Oppositionsfractionen im federführenden Ausschuss zudem die Auffassung, eine Sonderregelung für die Universität Lüneburg müsse vermieden werden, um einen Wettbewerbsnachteil für die Hochschule zu vermeiden. Dieser könnte nach ihrer Auffassung daraus resultieren, dass nur in der fusionierten Hochschule Lüneburg ein Universitätsstudium mit einer Fach-

hochschulreife möglich sein soll. Statt der von ihr geforderten Aufnahme einer für alle Hochschulen gleichermaßen geltenden Regelung in das NHG, die von der Ausschussmehrheit der Regierungsfractionen abgelehnt wurde, verständigte man sich im federführenden Ausschuss schließlich als Kompromiss darauf, die entsprechende Regelung im § 2 bis zum Ablauf des Jahres 2006 zu befristen. Die Regierungsfractionen haben hierzu angekündigt, eine allgemeine Neuregelung dieses Bereiches solle in der anstehenden NHG-Novelle erfolgen. Durch diese soll die jetzt befristete Sonderregelung für Lüneburg gegenstandslos werden.

Weiterer wesentlicher Beratungsgegenstand war die von den Regierungsfractionen im Rahmen der Ausschussberatung vorgelegte Finanzfolgenabschätzung. Hierzu wurde u. a. streitig erörtert, inwieweit die Universität Lüneburg die im Hochschuloptimierungskonzept für die Fachhochschule Nordostniedersachsen festgelegten Einsparpotenziale mit erbringen soll.

Schließlich wurde die Verwendung des in der Anlage 1 des Gesetzentwurfes nicht aufgeführten, bislang von der Fachhochschule Nordostniedersachsen genutzten Grundstückes Wilschenbrucher Weg 69 in Lüneburg diskutiert. Während die Vertreter der Oppositionsfractionen im federführenden Ausschuss die Aufnahme dieses Grundstückes in Anlage 1 und damit die Übertragung des Eigentums an diesem Grundstück auf die Stiftung Universität Lüneburg befürworteten, lehnte die Ausschussmehrheit der Regierungsfractionen dies ab. Zur Begründung wurde ausgeführt, es sei beabsichtigt, das Grundstück der Universität Lüneburg zunächst für fünf Jahre mietfrei zur Verfügung zu stellen und nach Ablauf dieses Zeitraumes zu prüfen, ob noch ein entsprechender Raumbedarf bestehe.

Aufgrund eines Änderungsvorschlages der Regierungsfractionen wurden in Artikel 3 weitere Änderungen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes aufgenommen. Diese betreffen im Wesentlichen die Abschaffung des Wahlrechts für Angehörige der Hochschule in § 16 NHG und eine beamtenrechtliche Sonderregelung im § 38 NHG.

Die weiteren Einzelheiten zu den vorgeschlagenen Änderungen können Sie dem schriftlichen Bericht zu dem Gesetzentwurf entnehmen.

Abschließend bitte ich im Namen des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1246 zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Althusmann das Wort.

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Verabschiedung des Ihnen heute vorliegenden Gesetzentwurfes zur Fusion der Universität Lüneburg mit der Fachhochschule Nordostniedersachsen ist nicht nur ein wichtiges Signal für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion Lüneburg, sie ist im Übrigen auch ein Aufbruchsignal an alle bisher Beteiligten innerhalb wie auch außerhalb beider Hochschulen, alle Kraft und alle Ideen statt in Blockade und Streit nunmehr in Richtung Zukunft und Gemeinsamkeit zu konzentrieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zugegeben: Zu Beginn des Prozesses wurden Fehler gemacht. Manchem fehlte es an Transparenz und entsprechender Einbindung, vielleicht hier und da auch einmal an Kommunikation in und über das Modellprojekt der Fusion. In mancher Veranstaltung wurde das Bild von einer Katze und einem Hund gewählt, die in eine Garage eingesperrt werden, um dann am Ende zu schauen, was und vor allem wer dabei wohl herauskommen möge. Ich sage sehr deutlich, es wurde viel zu viel Zeit in Grabenkämpfen verschwendet, bei denen mehr über Trennendes als über Gemeinsames gesprochen wurde.

Wenn heute der Niedersächsische Landtag an beide Hochschulen einen klaren gesetzlichen Auftrag erteilt, der Herausforderung und Chance zugleich ist, dann muss allen Beteiligten klar sein, dass es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie einer gemeinsamen wissenschaftspolitischen Zukunftsgestaltung geht. Hierzu möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, ein wunderbares Zitat - das könnte man auch im Hinblick auf die Verwaltungsreform oder an anderer Stelle benutzen - vorlesen:

„Auch muss man bedenken, dass kein Vorhaben schwieriger in der Ausführung, unsicherer hinsichtlich seines Erfolges und gefährlicher bei seiner

Verwirklichung ist, als eine neue Ordnung einzuführen. Denn wer Neuerungen einführen will, hat alle zu Feinden, die aus der alten Ordnung Nutzen ziehen, und hat nur lasche Verteidiger an all denen, die von der neuen Ordnung Vorteile hätten. Diese Laschheit entsteht teils aus dem Misstrauen der Menschen, die erst an die Wahrheit von etwas Neuem glauben, wenn sie damit verlässliche Erfahrungen gemacht haben.“

Niccolo Machiavelli, „Der Fürst“, 1513.

Meine Damen und Herren, was als aus der Haushaltsnot geboren begann, erweist sich inzwischen als ein richtiger und, wenn Sie so wollen, auch als ein richtungsweisender Schritt, womöglich als ein erster hochschulpolitischer Schritt in die Zukunft, der im Übrigen beidem gerecht wird: einerseits dem nach wie vor lebendigen Humboldt'schen Ideal, der Einheit von Forschung und Lehre, und andererseits dem Anspruch nach Leistung, Qualität und Exzellenz, und auf der anderen Seite dem Anspruch der Studierenden von heute und den Abnehmern dieser Studierenden nach der zügigen Vermittlung von anwendungsorientiertem, praktisch verwendbarem Wissen.

Das Ihnen heute vorliegende Gesetz zur Fusion der Universität Lüneburg mit der Fachhochschule Nordostniedersachsen schafft nicht nur die Voraussetzungen, dass der Fachhochschulstandort Buxtehude weiter existieren kann, sondern es wird auch ein Modell für Niedersachsen auf den Weg gebracht, das inzwischen bundesweit höchste Aufmerksamkeit genießt. Wir haben inzwischen von Wirtschaftsvertretern und Vorständen verschiedenste Schreiben erhalten, die den Ministerpräsidenten, den Minister und uns insgesamt dafür loben, dass wir hier einen mutigen Schritt gehen und richtungsweisend voranschreiten.

Im Übrigen wird bereits in § 1 des Gesetzes dieser Grundstein für eine neue und gemeinsame Stiftungsuniversität gelegt, die ausdrücklich nicht Gesamthochschule ist, sondern durch die Fusion ein neues, durch Bachelor- und Master-Studiengänge ein international orientiertes, forschungsorientiertes, aber gleichzeitig auch anwendungsorientiertes Profil entwickeln kann.

Mit der heutigen Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes stehen wir nicht am Ende, sondern am

Anfang dieses Prozesses. Wenn es richtig ist, dass heute bis zu 80 % der Studierenden in Deutschland in erster Linie einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss und nicht eine wissenschaftliche Laufbahn anstreben, dann muss die Hochschulbildung heute internationalen Ansprüchen und Standards, zumindest europäischen Standards, auch unter dem Gesichtspunkt der Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen entsprechen.

Im Übrigen hat die Hochschulrektorenkonferenz kürzlich in Berlin nicht umsonst prognostiziert, dass es womöglich in 10 bis 20 Jahren nur noch Universitäten in Deutschland - vielleicht modulartig aufgebaut - mit zwei Profilen geben wird, integriert und mit einer hohen Freiheit für die Studierenden verbunden, sich an diesen Modulen zu orientieren und dann auszuwählen, ob man in Richtung Forschung oder eher Anwendung gehen will.

Dieser in Bologna, in Prag und in Berlin skizzierten Entwicklung des europäischen Hochschulraumes tragen wir mit der Modelluniversität Lüneburg bereits heute, im Jahr 2004, Rechnung und sind mit Sicherheit einer der wesentlichen Vorreiter in Europa.

Am Standort Lüneburg wird eine gemeinsame Stiftungsuniversität neuen Typs mit rund 10 000 Studierenden entstehen, mit neuen akkreditierten Studiengängen, mit einem anwendungs- und forschungsorientierten Profil, mit der Herausforderung interdisziplinärer Zusammenarbeit und völlig neuen innerorganisatorischen Strukturen.

Wesentlicher Kern der zurückliegenden Diskussion im Ausschuss waren die Frage der Regelung des Hochschulzugangs, die Frage der Lehrverpflichtung, die Frage des Professorenamtes und letztlich die Frage der Kosten.

Die in § 2 geregelte Hochschulzugangsberechtigung verspricht ein Höchstmaß an Autonomie. Ich sage auch hier: Das, was wir da hineingeschrieben haben - im Übrigen auch mit Zustimmung der beiden Oppositionsfraktionen -, ist beispielhaft. Es ist zwar eine hochschulpolitische Wahrheit, dass wir in Deutschland unterfinanzierte Hochschulen haben. Ein Höchstmaß an Autonomie können wir aber in dieser zukünftigen Universität insbesondere dadurch sicherstellen, dass es zukünftig danach geht, die Hochschulzugangsberechtigung nicht mehr institutionenbezogen, sondern studiengangsbezogen auszurichten. Das ist eine Neuerung. Es wäre ohne Zweifel sehr sinnvoll, wenn in

Deutschland alle Hochschulen ihre Studierenden zukünftig selber auswählen könnten. Wir gehen einen ersten Schritt in diese richtige Richtung.

In § 3 wird das emotionalste Thema letztendlich zur Zufriedenheit aller Seiten geregelt. Dabei geht es um die Überleitung des Professorenamtes. Die Diskussion über die Frage eines weiteren Berufungsverfahrens für Professoren der Fachhochschule, ja oder nein, hat vor Ort die Wellen hochschlagen lassen. Wir haben einen Mittelweg gewählt, der sicherlich ein Kompromiss ist. Letztendlich geht es darum, sicherzustellen, dass Qualität, Leistung und Exzellenz in dieser zukünftigen gemeinsamen Stiftungsuniversität weiterhin gewährleistet werden. Deshalb kann das Amt eines Universitätsprofessors auf Antrag über eine externe Evaluation unter Hinzuziehung einer weiteren Institution sichergestellt werden. Auch das ist eine neue Qualität von Hochschule.

In § 4 wurde letztendlich eine Kompromissformulierung zur Lehrverpflichtung gefunden. Sie wissen, dass auf der einen Seite die Universitätsprofessoren in der Regel acht Semesterwochenstunden und auf der anderen die Fachhochschulprofessoren 18 Semesterwochenstunden leisten. Es war eine lange debattierte Frage, wie man das zusammenbringen könnte - der eine eher Forschung, der andere eher Anwendung oder Lehre. Diese Frage konnte man letztendlich mit der Regelung lösen, im Benehmen mit dem Senat, mit Zustimmung des Stiftungsrates und des Fachministeriums eine Richtlinie zu erlassen und damit die Grundsätze für die Lehrverpflichtung festzulegen. Das ist zugegebenermaßen eine sehr komplizierte Regelung geworden, die aber der Tatsache geschuldet ist, dass wir in beiden Hochschulsystemen sehr unterschiedliche Lehrverpflichtungen haben und sich diese künftig an Studiengängen, an den Lehrinhalten, an dem Lehraufwand und an den Aufgaben in Forschung und Lehre orientieren sollen.

Bis in die letzten Stunden - also bis gestern - war die Frage der Kosten der Fusion strittig. Ich gehe davon aus, dass wir alle mit der jetzt erzielten Regelung - nämlich die Reduzierung des HOK auf 375 000 Euro für die Universität sowie von 450 000 Euro auf 850 000 Euro für die Fachhochschule sowie ein Formelgewinn von 400 000 Euro, sodass etwa 1 Million Euro zusätzlich als Anerkennung für die Fusionskosten zur Verfügung gestellt werden - zufrieden sein können.

Meine Damen und Herren, es ist allen Dank zu sagen. Ich gehe davon aus, dass auch die Opposition im Hause dieses wichtige Projekt mitträgt - zumindest sind Signale in diese Richtung gesendet worden.

Dieses Fusionsprojekt Lüneburg ist wahrlich ein Rohdiamant, der in den nächsten Monaten hoffentlich zu einem Juwel geschliffen werden kann. Persönliche Eitelkeiten haben hinter diesem hehren Ziel zurückzustehen. Wir alle gemeinsam sind auf einem guten Weg. Ich wünsche mir, dass alle hier heute im Hause diesem Fusionsgesetz ihre Zustimmung geben können. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist Frau Dr. Heinen-Kljajić von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir werden diesem Fusionsgesetz zustimmen, weil wir nach wie vor der Meinung sind, dass die Fusion eine richtige Entscheidung für den Hochschulstandort Lüneburg ist und dass das Gesetz eine vernünftige Grundlage für das Gelingen dieser Fusion bietet. Das heißt aber nicht, dass der vorliegende Gesetzentwurf das Ergebnis einer von allen in allen Einzelpunkten getragenen Kompromisslösung ist.

Die Beratung des Fusionsgesetzes hat sehr deutlich gemacht, dass es in vielen Bereichen enorme Diskrepanzen zwischen den hochschulpolitischen Vorstellungen der Grünen und der Regierungskoalition gibt. So sind Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, in den Beratungen bedauerlicherweise an keiner Stelle davon abgerückt, Zustimmungsvorbehalte des Fachministeriums an Stellen einzubauen, an denen sie klar die sonst auch von Ihnen gerne beschworene Autonomie der Hochschulen beschneiden und damit Ausnahmetatbestände für die Universität Lüneburg schaffen, die der Akzeptanz der neuen Hochschule sicherlich nicht förderlich sein werden. Sie planen z. B. ein neues Hochschulzulassungsgesetz, das die Zulassungsentscheidung zukünftig verstärkt hochschulinternen Auswahlverfahren überlassen soll - was wir übrigens unterstützen. Meine Damen und Herren, warum muss dann aber die Zugangs-

berechtigung an der Universität Lüneburg, die auf der Grundlage einer externen Akkreditierung der Studiengänge basieren soll, noch einmal vom Ministerium abgesegnet werden? - Das ist in meinen Augen paradox.

Wir haben diesem Paragrafen nur deswegen zugestimmt - das wurde bereits berichtet -, weil die CDU und die FDP zugesagt haben, die Frage der Zugangsberechtigung möglichst zeitnah für alle Hochschulen im Rahmen einer NHG-Novelle neu zu regeln, sodass die Lex Lüneburg in diesem Fall nur bis Ende 2006 Bestand haben wird. Wir plädieren dafür, dann das Modell von Hessen zu übernehmen, das die Fachhochschulreife generell als Zugangsvoraussetzung für gestufte Studiengänge vorsieht. Sie, die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, planen dagegen eine Regelung ähnlich dem jetzigen Fusionsgesetz. Das heißt, hier zeichnet sich bereits die nächste Auseinandersetzung ab.

Wirklich verheerend - ich kann es nicht anders nennen - war der Verlauf der Beratungen beim Thema Lehrverpflichtung. Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion sah vor, entgegen der eigentlich klaren Regelung im Gesetzentwurf dem Senat eine Art Vetorecht bei Personalfragen, nämlich bei der Festlegung von Lehrverpflichtungen, einzuräumen. Meine Damen und Herren, wäre dieser Vorschlag, wie es der FDP-Vorschlag vorsah, in das Gesetz aufgenommen worden, wäre die Differenzierung bei den Lehrverpflichtungen, die ja ein Kernelement zur Überwindung der Unterscheidung von Fachhochschule und Universität und damit ein Kernelement des Modellcharakters der neuen Hochschule ist, faktisch aufgegeben worden. Damit wäre die Fusion gescheitert gewesen, bevor das Gesetz überhaupt in Kraft getreten wäre. Die Formulierung, die jetzt nach zähen Debatten im Gesetz steht, hat zwar das Schlimmste verhindern können, dürfte aber bei Juristen in puncto Gesetzesklarheit und Gesetzesvereinfachung, die Sie, werte Kollegen von der FDP ja ansonsten gerne immer wieder einfordern, nur Kopfschütteln auslösen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Fast wäre unsere Zustimmung zum Gesetz schließlich noch an der Mittelausstattung für die neue Hochschule gescheitert. Bereits in der ersten Beratung hatten wir ja eingefordert, dass die finanzielle Ausstattung der fusionierten Hochschulen

vor der Verabschiedung des Fusionsgesetzes geklärt sein muss. Deshalb haben wir gemeinsam mit der SPD unsere Zustimmung davon abhängig gemacht, dass der Gewinn der Fachhochschule aus der formelgebundenen Mittelzuweisung an die neue Universität übergeht und dass Lüneburg bei den Einsparauflagen des HOK für 2005 angenommen wird, zumal Minister Stratmann dies im November letzten Jahres bereits zugesagt hat. Hier hat sich die Opposition - wenn auch nur zum Teil bei der Rücknahme der HOK-Sparauflagen - erfolgreich durchsetzen können.

Eines, meine Damen und Herren, steht fest: Das Modellprojekt kann nicht, wie von CDU und SPD ursprünglich vorgesehen, als Sparmodell gelingen. Zum einen wäre das ein fatales Signal in Bezug auf die Motivation der Angehörigen der Hochschulen gewesen und hätte sicherlich die Abwanderung hoch qualifizierter Mitarbeiterinnen zur Folge gehabt. Zum anderen wird die Fusion nur dann erfolgreich sein, wenn genügend Mittel verfügbar sind, um ein stimmiges und leistungsstarkes Profil aufzubauen. Diese Anforderung an das Land wird meine Fraktion - zumal es hier ja auch Zusagen vonseiten des MWK gibt - jenseits der Zustimmung zum Fusionsgesetz auch bei den zukünftigen Haushaltsberatungen im Auge behalten. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Nahrstedt von der SPD-Fraktion das Wort.

Manfred Nahrstedt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Stratmann, vor einem Jahr, am 23. September 2003, stellten Sie in Lüneburg das Projekt der Fusion von Universität Lüneburg und Fachhochschule Nordostniedersachsen vor. Diese Hochschulfusion soll Fachhochschule und Universität vereinen und unter dem Dach der Bologna-Hochschule Stiftung Universität Lüneburg zusammenführen. Herr Minister, damit weckten Sie bei vielen Beteiligten die große Hoffnung, dass die Universität Lüneburg innerhalb Deutschlands für den Bologna-Prozess eine Vorreiterrolle spielen werde und damit die Chance erhalte, zu einer europäischen Modelluniversität zu werden.

Herr Minister, aus China stammt die Weisheit: Es genügt nicht, zum Fluss zu kommen mit dem Wunsch, Fische zu fangen. Du musst auch das Netz mitbringen. - Ein Netz - in diesem Fall ein ausreichendes Finanznetz - haben Sie nun endlich mitgebracht, und das ist gut für Lüneburg. Obwohl vor der Universitätsgesellschaft in Lüneburg am 6. November 2002 in Aussicht gestellt, hatten Sie die Kürzungen im Rahmen des HOK für 2005 zunächst nicht neu mit der Universität Lüneburg verhandelt, sondern sie wurden bei der Finanzfolgenabschätzung als Einsparauflage abgesetzt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hierbei handelt es sich immerhin um einen Betrag von rund 680 000 Euro. Erst auf unsere Intervention hin haben Sie diesen Betrag nun endlich um 300 000 Euro gesenkt, ebenso den HOK-Betrag für die Fachhochschule um 400 000 Euro. Ihre Einsicht kam spät, aber nicht zu spät. Dass Sie auch den erzielten Formelgewinn der Fachhochschule Nordostniedersachsen nicht, wie noch bis vor zwei Tagen beabsichtigt, einsparen wollen - immerhin handelt es sich um rund 400 000 Euro -, sondern der Universität zur Verfügung stellen, begrüße ich ausdrücklich. Dieser Betrag wurde erst eingestellt, nachdem wir auch in diesem Falle hart geblieben sind und den Formelgewinn für die Universität weiter von Ihnen verlangt haben. Dass die Universität Lüneburg nunmehr über 1 Million Euro mehr enthält, sehe ich als Erfolg unserer Hartnäckigkeit an.

SPD und Grüne haben bei der Abstimmung im Ausschuss nicht mitgemacht, weil wir eine Unterfinanzierung nicht mittragen wollten. Wäre Ihre Einsicht, die Finanzausstattung der Universität Lüneburg höher anzusetzen und festzuschreiben, wie nun geschehen, bereits früher eingetreten, so wäre viel Unzufriedenheit vor Ort vermieden worden. Darüber hinaus hätten alle Ausschussmitglieder die Möglichkeit gehabt, in großer Geschlossenheit unserem Antrag auf verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen zuzustimmen. Die Ausschussempfehlung hätte dann sicherlich nicht „Ablehnung“ gelautet. Heute können Sie aber ruhigen Gewissens unserem Antrag, den Bologna-Prozess voranzubringen und den Erfolg der Modelluniversität Lüneburg zu sichern, zustimmen. Herr Althusmann, ich sehe keinen Grund mehr, ihn abzulehnen.

Lieber Herr Kollege Althusmann, in der Zeitschrift *Universität Lüneburg intern*, Ausgabe Mai 2004, wurden Sie - Sie erinnern sich - zu den HOK-Kosten wie folgt zitiert: Insbesondere komme es zunächst darauf an, die für die nächsten Jahre

anstehenden Kürzungen, die das Hochschuloptimierungskonzept vorsieht, so weit wie möglich abzusenken oder gar auszusetzen. - Herr Althusmann, aufgrund Ihrer Intervention ist nichts abgesenkt oder ausgesetzt worden. Das haben vielmehr wir für die Universität Lüneburg und die Region Lüneburg erreicht, und darauf bin ich stolz, Herr Althusmann.

(Beifall bei der SPD)

Viele Menschen in der Region Lüneburg wünschen sich, dass die Fusion gelingt und aus zwei Hochschulen eine neue Hochschule nach dem Prinzip des Bologna-Prozesses entsteht. Sie möchten, dass für über 10 000 Studierende die institutionelle Unterscheidung von Fachhochschule und Universität überwunden wird und Lüneburg als Modelluniversität die konsequente Einführung der Bachelor-Master-Struktur umgehend umsetzt. Im Rahmen der Bologna-Erklärung haben sich die europäischen Länder darauf verständigt, dass ihre Hochschulsysteme im Wesentlichen auf der zweistufigen Studiengliederung beruhen. Die Studiengänge des zweistufigen Systems sollen unterschiedliche Ausrichtungen und Profile haben. Nur so können sie einer Vielfalt von individuellen, akademischen und Arbeitsmarktanforderungen entsprechen. Forschung, angewandte Forschung, Lehre und Praxis sind dabei gleichwertig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies muss auch so sein; denn gerade der attraktive Mix aus Forschung, Lehre und anwendungsorientiertem Praxisbezug ist heute in der Wirtschaft geschätzte Voraussetzung. Neben dem fachlichen Ruf ist heute die Qualität der Kontakte, die eine Universität zu Unternehmen pflegt, ein wichtiges Kriterium ihrer Reputation.

Das weltweit verfügbare Wissen verdoppelt sich alle fünf Jahre. Nach Prognosen der EU-Kommission werden in bis zu zehn Jahren 80 % der heute angewandten Technologien durch neue ersetzt. Dies ist ein großes Aufgabengebiet für eine Universität, die Forschung, angewandte Forschung, Lehre und Praxis gleichwertig ihren Studierenden anbietet. Ich finde es schade, dass wir im Fusionsgesetz nicht gleich festgeschrieben haben, dass für alle Bachelor-Studiengänge die Fachhochschulreife als Hochschulzugangsberechtigung ausreichend ist. Dies hätte Sinn gemacht und die Vorreiterrolle der Modelluniversität für den Bologna-Prozess weiter vorangetrieben.

Auf die einzelnen Gesetzespassagen in dem uns nun vorliegenden Fusionsgesetz möchte ich nicht weiter eingehen. Meine Kollegin ist in ihrem Bericht darauf eingegangen, und Herr Althusmann hat es weitgehend ebenfalls getan. Eines aber muss gesagt werden: Es war schon aufschlussreich, wie der FDP-Vertreter im Ausschuss die Freiheit der Universität Lüneburg, die wir stärken wollten, zugunsten von Zustimmungsvorbehalten des Fachministeriums hintanstellte. Der Vertreter der sonst jedem die Freiheit wiederbringenden FDP drängte bei der Autonomiestärkung der Universität Lüneburg sein Freiheitsdenken weit an den Rand seines Bewusstseins,

(Beifall bei der SPD)

dies besonders, als es ihm um die Senatsbeteiligung bei der Bemessung der persönlichen Lehrverpflichtungen ging. Hier stand nicht mehr die Freiheit des Dienstherrn in Form der Stiftung im Vordergrund, sondern Universitätsvorstellungen längst vergangener Zeiten. Uns war wichtig, im Fusionsgesetz zu gewährleisten, dass die Professorinnen und Professoren beider Hochschulen als einheitlicher Lehrkörper mit den gleichen Rechten und Pflichten an der neuen Hochschule forschen und lehren können. Dies scheint gelungen zu sein.

Meine Damen und Herren, die Fusion von Universität Lüneburg und Fachhochschule Nordostniedersachsen bietet allen Beschäftigten und Studierenden die Chance, Pioniergeist zu entfalten, aus der formierten Hochschulgesellschaft auszubrechen und eine veränderte flexible und den Bologna-Prozess vorantreibende Universität zu gestalten. Der Horizont einiger Beteiligter - so scheint es mir manchmal zu sein - reicht aber nicht über den Rand des eigenen wohl gefüllten Tellers hinaus.

Meine Damen und Herren, nachdem es in den vergangenen Wochen und Monaten zum Teil heftige, leider auch öffentlich geführte Auseinandersetzungen über die Fusion von Universität und Fachhochschule Lüneburg gegeben hat, muss dies mit der Verabschiedung des Fusionsgesetzes ein Ende haben. Ich fordere deshalb insbesondere die Professorenschaft der Hochschulen auf, sich jetzt, soweit noch nicht geschehen, an die Arbeit zu machen und eine bundesweit vorzeigbare Modelluniversität zu schaffen. Auf die höchsten Gipfel führt keine Seilbahn. Ich appelliere deshalb an alle: Man muss gemeinsam ackern und schwitzen, um etwas zu erreichen. Machen Sie sich an den Aufstieg!

(Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, wir haben im Gesetz nicht überall die Chance genutzt, eine möglichst große Autonomie für die Universität Lüneburg zu erreichen. Es ist uns aber gelungen, die Universität Lüneburg nunmehr mit einer ausreichenden Finanzausstattung in die Zukunft zu schicken. Ich bin davon überzeugt, dass in Lüneburg eine moderne Hochschule neuen Typs entstehen wird, eine Universität, die eine reelle Chance hat, ihre hoch gesteckten Ziele zu erreichen. Deshalb stimmen wir Sozialdemokraten dem Gesetzentwurf zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat der Abgeordnete Zielke.

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Entwurf eines Gesetzes zur Fusion der Lüneburger Hochschulen unterscheidet sich in etlichen Punkten von dem Entwurf, der am 26. Mai dieses Jahres in diesem Haus eingebracht worden ist; denn wie ich seinerzeit ohne große hellseherische Gaben prophezeit habe, haben sich im Verlaufe der Beratungen und nach Anhörung der Beteiligten durchaus Verbesserungen ergeben. Wir alle sind ja lernfähig. Ganz besonders danken möchte ich in diesem Zusammenhang dem Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages, der dem Gesetz an vielen Stellen zu größerer Klarheit verholfen hat.

(Beifall im ganzen Hause)

Bevor ich im Detail auf einige Punkte eingehe, möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung voranschicken. Die Vereinigung einer Fachhochschule mit einer Universität ist bildungspolitisches Neuland. Ein mutiger Schritt, aber - sonst würde kein Mut dazu gehören - durchaus nicht ohne Unsicherheiten. Statt von einer „Modelluniversität“ zu sprechen und mit allerlei Vorschusslorbeeren die Erwartungen kaum erfüllbar hochzuschrauben, würde ich etwas vorsichtiger formulieren und von einem „Experiment“ sprechen, das wir politisch wollen, das große Chancen bietet und das eine große Herausforderung an alle Beteiligten darstellt.

Meine Damen und Herren, diese neue Hochschule heißt nicht irgendwie, sondern „Universität“. Das ist keine Leerformel. Das bedeutet, dass Forschung und Lehre hier ihren gleichrangigen Platz haben sollen. Herr Nahrstedt, ich warne übrigens davor, Forschung und anwendungsbezogene Forschung als getrennte Dinge zu formulieren. Das könnte zu Missverständnissen Anlass geben. Eine solide berufsbezogene akademische Ausbildung gelingt am besten, wenn sie nicht nur auf dem Fundament wissenschaftlicher Wahrheit und Erkenntnis aufbaut - das ist selbstverständlich -, sondern in eine Atmosphäre des Strebens nach solcher Wahrheit und Erkenntnis eingebettet ist.

(Beifall bei der FDP)

Kurz zu einigen Einzelpunkten: Echtes Neuland betreten wir beim Hochschulzugang. Für jeden einzelnen Studiengang wird im Rahmen der Akkreditierung festgelegt, ob etwa das Fachabitur oder die allgemeine Hochschulreife zum Zugang berechtigt. Das ist zielgenauer als eine Einheitsregelung für alle Studiengänge und passt auch zu unserem generellen Anspruch, die Hochschulzulassung immer mehr in die Hände der Hochschule zu legen.

Wesentlich klarer als im ersten Entwurf ist nunmehr auch geregelt, unter welchen Voraussetzungen und wie die Dienstaufgaben und Amtsbezeichnungen der Professoren der ehemaligen Fachhochschule denen von Universitätsprofessoren angeglichen werden können. Hier erscheint mir im Übrigen die Mitwirkung des Fachministeriums sehr sinnvoll.

Innovativ, sachgerecht und ein entscheidender Schritt zu mehr Autonomie der Hochschulen ist auch die Regelung, dass die Hochschule selbst die Lehrverpflichtung ihrer Lehrenden bestimmen kann. Gegenüber dem ersten Entwurf haben wir uns allerdings auch unter dem Eindruck der Anhörung dazu entschlossen, solche Entscheidungen nicht allein dem Präsidenten zu überlassen, sondern dem akademischen Senat ein deutliches Mitspracherecht zu geben.

Einmal ganz generell: Wir tun das hier nicht nur, weil in den Wahlprogrammen von FDP und CDU stand, die Rolle der Senate solle gestärkt werden. Nach unserer Auffassung ist der Zweck einer Universität Forschung und Lehre. Die Hauptakteure sind die Studierenden und die Lehrenden. Die Universitätsverwaltungen haben eine dienende

Funktion. Hochschulautonomie ist für uns nicht die Ersetzung ministerieller Detailsteuerung durch Statthalter in Form allmächtiger Präsidien.

(Beifall bei der FDP)

Universitäten in Anlehnung an Unternehmen der Wirtschaft organisieren zu wollen, mag in mancher Hinsicht durchaus vernünftig sein. Aber letztlich haben Universitäten andere Zwecke als Konzerne. Es ist nicht zu erwarten, dass eine allzu ausgeprägte Top-down-Struktur etwa den unabhängigen Forschergeist besonders beflügelt. Vielmehr bedarf es einer vernünftigen, ausgewogenen Verteilung der Verantwortung innerhalb einer Universität.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In diesem Sinne werden wir zu gegebener Zeit auch die Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes angehen.

Zurück zur Fusion: Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Landesregierung den Fusionsprozess trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen finanziell unterstützt. Dieser Einsatz sollte allen Gruppen in den Hochschulen, gerade aber auch den Verwaltungen zusätzlicher Anlass sein, jetzt besondere Anstrengungen zu unternehmen und befristet ein Übersoll zu leisten. Das Ziel, eine funktionierende Modelluniversität, sollte es allen wert sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat Herr Minister Stratmann.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist Zufall, dennoch bemerkenswert: Am 16. September 2003 hat das MWK den Leitungen der Fachhochschule und der Universität eröffnet, was wir vorhaben. Ich verrate, glaube ich, kein Geheimnis, wenn ich sage, dass wir selbst davon überrascht waren, dass wir sofort auf so viel Zustimmung gestoßen sind. Das ist morgen exakt ein Jahr her. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn mir vor exakt einem Jahr jemand gesagt hätte, dass das Fusionsgesetz vom Niedersächsischen Landtag in einem Jahr einstimmig beschlossen werde, hätte ich vermutlich große Zweifel gehabt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das liegt daran, dass du uns so wenig zutraust!)

Diesbezüglich bin ich ganz offen, weil wir uns darüber im Klaren waren, lieber Sigmar Gabriel, dass dieses Vorhaben eine ungeheure Herausforderung darstellt und wir uns auf wirkliches Neuland begeben. Ich glaube nicht, dass ich im Allgemeinen zu Übertreibungen neige. Aus hochschulpolitischer Sicht ist das, was der Niedersächsische Landtag gleich beschließen wird, aber durchaus als historisch zu bezeichnen. Ich sage dies, weil ich es für wichtig halte, dass insbesondere der Region Lüneburg bewusst wird, welche Chancen mit dieser Funktion verbunden werden können. Es ist bereits mehrmals gesagt worden: Das Fusionsgesetz stellt den Anfang dar. Dieses Gesetz muss jetzt mit Leben ausgefüllt werden. Es gibt aber kein Zurück mehr. Aber jeder, der meint, jetzt noch blockieren zu müssen, muss wissen, dass dies der neuen Universität Lüneburg schadet und dass dies die Universität nicht zukunftsfähig macht, sondern das Gegenteil bewirkt.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Die Hochschulen wetteifern um die besten Köpfe, um die beste Qualität in Forschung und Lehre. Wir sind angehalten, eine wachsende Zahl hoch qualifizierter Berufsanfänger auszubilden. Wir müssen die Kooperation mit der Wirtschaft vertiefen.

Die gesteigerte Nachfrage nach jungen Akademikerinnen und Akademikern mit einer hochqualifizierten, berufsorientierten Hochschulbildung setzt schlechthin voraus, dass sich die Hochschulen den neuen Herausforderungen und den gewandelten Bedürfnissen der Menschen stellen und sich auch den Wünschen der Wirtschaft stärker angleichen. Diese Erkenntnisse sind nicht neu, und sie sind bestimmt keine niedersächsische Besonderheit, sondern werden europaweit unter dem Stichwort „europäischer Hochschulraum“ diskutiert.

Der Bezug dieser Thematik zu dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen liegt in der Überwindung der Grenzen zwischen einer Universität und einer Fachhochschule als Institution. Das geschieht eben nicht durch Gleichmacherei oder in der Weise, dass eine Universität und eine Fachhochschule nur unter einem Dach zusammengeführt werden, aber nebeneinander weiter existieren. Eine solche Idee hätte in den 70er-Jahren zur Gründung von Gesamthochschulen geführt. Mit der Fusion der bei-

den Hochschulen im Nordosten unseres Landes wird auch nicht etwa eine Hochschule geschlossen, sondern es soll unter dem Dach der Stiftung „neue Universität Lüneburg“ eine Hochschule völlig neuen Typus entstehen. Gerade darin liegt die ungeheure Chance.

Warum haben wir uns zu dieser Fusion entschieden? Erstens geht es tatsächlich darum, die Einführung konsekutiver Studiengänge im Zusammenhang mit den Bachelor- und Masterabschlüssen als große Chance zu nutzen. Zweitens geht es, zum Beispiel im Bereich der Wirtschaftswissenschaften, darum, Studienangebote von Universität und Fachhochschule am Standort Lüneburg, die bisher parallel und weitgehend unabgestimmt nebeneinander arbeiten, aufeinander abzustimmen. Dies gilt ebenso für den Bereich der Sozialpädagogik und der Erziehungswissenschaften.

In Naturwissenschaften und Technik sind beide Hochschulen komplementär aufgestellt mit leichten Überschneidungen, etwa im Umweltbereich. Deshalb ergab sich die Planung, die Studienangebote modellhaft im Sinne des Bologna-Prozesses in gestufter Abfolge mit den Abschlüssen Bachelor und Master aufeinander aufzubauen, Parallelangebote abzubauen, die Studienangebote unter Beibehaltung differenzierter Profile forschungsbaasiert und anwendungsorientiert aufeinander zu beziehen.

Im Lehramtsbereich sollte wie an den anderen niedersächsischen Universitäten die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstruktur vorgenommen werden. Der Studiengang für Berufsschulen/Sozialpädagogik wird aus Sicht der Landesregierung durch Beteiligung der Kompetenz der Fachhochschule gestärkt.

Durch die Zusammenführung der Verwaltung und der zentralen Einrichtung beider Hochschulen gehen Doppelungen in die Einsparung, aber auch in die Optimierung der Standorte Lüneburg und Suderburg ein.

Meine Damen und Herren, wichtig ist: Es wird keine Neuauflage einer Gesamthochschule geben. Eine Verwischung der Profile von Universität und Fachhochschule wird dadurch ausgeschlossen werden, dass das Profil der angebotenen Studiengänge dem NHG-Gegenstand der obligatorischen externen Akkreditierung aller Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master entspricht. Das heißt: Alle neuen Studiengänge müssen ak-

reditiert werden. Diese neuen Studienangebote sind in Vorbereitung. Der Prozess der Zusammenführung beider Hochschulen wird extern moderiert, und ich sage noch einmal: Ich bin Herrn Herr Dr. Müller-Böling sehr dankbar, dass er als Leiter des CHE die Moderation übernommen und viele konstruktive Vorschläge eingereicht hat, die uns geholfen haben.

Die beiden Hochschulen sollen integrativ miteinander verschmolzen werden und dabei ihre Eigenart und ihre Stärken in die „neue“ Universität, die Stiftungsuniversität Lüneburg, einbringen. Dass diese dabei nicht verloren gehen, ist für das tatsächliche Gelingen der Fusion - das betone ich ausdrücklich - existenziell. Nicht nur, dass die Fusion einer Universität und einer Fachhochschule - ich sagte es bereits - ein in Deutschland beispielloser Vorgang ist, auch die daraus entstehende Hochschule wird bundesweit einzigartig sein. Zumindest in der Gegenwart wird das der Fall sein. Ich bin sicher, dass andere Länder unserem Beispiel folgen werden. Denn die „neue“ Universität Lüneburg - das soll im Fusionsgesetz ausdrücklich und zweifelsfrei geregelt werden - wird ein Ort sein, an dem die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses stattfindet sowie zugleich die angewandten Wissenschaften gefördert und auch praxisnahe Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wahrgenommen werden. Für alle Fächer wird verbindlich vorgeschrieben, dass die einzurichtenden Lehrangebote als Bachelor- und Masterstudiengänge zu organisieren sind.

Auch ich möchte an dieser Stelle nicht verschweigen - alle meine Vorredner sind darauf eingegangen und haben eigentlich Hinreichendes dazu gesagt -, dass es viele Diskussionen und viele Bedenken gegeben hat, sodass man nicht selten den Eindruck hatte, es gehe weniger um die Sache, sondern mehr um Besitzstandswahrung, um das Erhalten alter, überkommener Traditionen. Ich glaube, es macht wenig Sinn, an dieser Stelle Öl ins Feuer zu gießen. Das ist Vergangenheit. Nach dem Beschluss, den wir heute fassen werden, muss jedem klar sein: Wer sich immer noch verweigert, wer sich immer noch nicht konstruktiv einbringt, der schadet der „neuen“ Universität insgesamt und leistet damit allen, vor allen Dingen den Kolleginnen und Kollegen und den Studierenden an dieser Hochschule, einen Bärendienst. Das sollte man sich sehr, sehr gut überlegen.

Meine Damen und Herren, es ist einiges zu den Kosten gesagt worden. Ich will den Punkt noch

einmal aufgreifen, möchte aber vorab noch einmal betonen, dass ich erwarte, dass jeder die Chance erkennt, die in der Fusion begründet ist. Ich möchte diese Erwartung an dieser Stelle - auch ausdrücklich heute, weil sie es in den letzten Monaten schwer genug hatten - auch verknüpfen mit einem ausdrücklichen Dank an die vielen handelnden Akteure in diesem Prozess, die erkannt haben, worum es geht, und die versucht haben, den Prozess von Anfang an konstruktiv zu begleiten. Namentlich möchte ich für alle Frau Cremer-Renz und Herr Donner nennen, die hinten in der Loge Platz genommen haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich weiß, liebe Frau Cremer-Renz, lieber Herr Donner, was Sie in den letzten Monaten zum Teil auch persönlich haben mitmachen und einstecken müssen. Umso mehr gilt Ihnen mein aufrichtiger Dank, der von Herzen kommt. Ich glaube, ohne die Arbeit und ohne die Leistungen der Hochschulleitung in diesem Zusammenhang wären wir heute längst nicht da, wo wir sind. Mancher wird das vielleicht anders sehen, aber darüber stehen wir heute. Ich meine dies aus vollem Herzen Ernst, und ich glaube, der Landtag wird mich darin bestätigen und diesen Dank mit mir teilen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lassen Sie mich nun noch einige wenige Bemerkungen zu den Finanzen machen. In der Tat ist die Finanzierung für uns momentan ein großes Problem. Wir reden in diesem Haus ja eigentlich über nichts anderes mehr als über die dramatische Haushaltslage unseres Landes, die wir zu bewältigen haben. Davon ist natürlich keine Maßnahme und kein Prozess ausgespart. Dennoch war uns von Anfang an klar: Wir können und wir wollen die Lüneburger nicht im finanzleeren Raum hängen lassen. Wir wollen den Fusionsprozess letztlich nicht an finanziellen Mitteln scheitern lassen. Dass Sie, lieber Herr Nahrstedt, derjenige gewesen sind, der mich überzeugt hat, nehme ich hier zur Kenntnis. Aber auch Frau Dr. Andretta, Frau Dr. Heinen-Kljajić und natürlich der bei uns für Haushaltsfragen nicht ganz unwichtige Kollege Althusmann haben immer wieder in dieser Frage insistiert und letztlich natürlich das hervorgerufen, was wir immer auch gedacht haben, dass wir Sie nämlich in dieser Frage nicht im Regen stehen lassen dürfen.

Allerdings will ich an dieser Stelle auch noch einmal sehr kritisch anmerken - ich kann das jetzt tun,

nachdem ich beide gelobt habe -, dass wir natürlich sehr lange auf die Bezifferung der Kosten gewartet haben. Nachdem wir im Juni einen ersten pauschalen Überblick bekamen, hat uns die detailgenaue Auflistung der Kosten erst eine Viertelstunde vor der zweiten Lesung im Ausschuss erreicht. Ich glaube, das darf man an dieser Stelle erwähnen. Also sind wir hier alle ein Stück weit in der Verantwortung, und es reicht nicht aus, mit dem Finger nur auf das Ministerium zu zeigen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich sehe in der Fusion einen entscheidenden Schritt zur Realisierung der Bologna-Erklärung und zur Einführung von Bachelor- und Master-Abschlüssen in den mittlerweile 44 Bologna-Staaten. Lassen Sie uns diesen Prozess als Chance begreifen. Die Einführung der modularisierten und konsekutiven Studiengänge ist eine große Chance, die wir nutzen müssen. Deshalb habe ich überhaupt kein Problem damit, den Kurs, den die Vorgängerregierung in dieser Frage eingeschlagen hat, mit allem Nachdruck fortzusetzen, weil er richtig ist. Ich nehme zur Kenntnis, dass sich manches Land in Deutschland darüber ärgert, dass dieser Nachdruck dort nicht von Anfang an vorhanden gewesen ist. Wir in Niedersachsen sind Vorreiter. Das sind wir auch mit dieser Fusion. Darauf können wir stolz sein.

Noch einmal ganz herzlichen Dank dafür, dass wir dies heute durch einen einstimmigen Beschluss unterstreichen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf:

Artikel 1. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Niemand.

Artikel 2. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das war einstimmig.

Artikel 3. - Wer stimmt der Änderungsempfehlung des Ausschusses zu? - Ebenfalls einstimmig.

Artikel 4. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Gesetzesüberschrift. - Wer stimmt der Änderungsempfehlung des Ausschusses zu? - Einstimmig.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. - Auch das ist einstimmig beschlossen.

(Beifall im ganzen Hause)

Außerdem müssen wir noch über die Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen. Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit die in die Beratung einbezogene Eingabe für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 9:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitssuchende (Nds. AG SGB II)

- Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/1230 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Drs. 15/1274

Die Beschlussempfehlung lautet auf Annahme mit Änderungen. Es erfolgt eine Berichterstattung. Berichterstatteerin ist Frau Krämer. Sie gehört der SPD-Fraktion an und nicht, wie in einigen Tagesordnungen fälschlicherweise ausgedrückt, der CDU-Fraktion. Frau Kollegin Krämer, Sie haben das Wort.

Gerda Krämer (SPD), Berichterstatteerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank für die Richtigstellung.

Der federführende Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit empfiehlt Ihnen in der Drucksache 1274, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP mit den aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Die mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen, für Inneres und Sport und für Haushalt und Finanzen haben dieser Empfehlung zugestimmt. Die Beschlüsse kamen jeweils mit den Stimmen der Regierungsfaktionen bei Stimmenthaltung der Oppositionsfaktionen zustande.

Weil der Gesetzentwurf im Vorwege an die Ausschüsse überwiesen worden ist, erlauben Sie mir einige Worte zu seinem Anlass und seinem Inhalt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt führt die bisher getrennten Systeme von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe durch Einführung des neuen Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs zusammen. Seinen - vermutlich vorläufigen - Abschluss fand das vorgenannte Reformwerk mit einem Kompromiss, nämlich dem so genannten Kommunalen Optionsgesetz. Für die Umsetzung dieses Gesetzes auf Landesebene bedarf es einiger Regelungen, insbesondere über den Handlungsrahmen und die Handlungsmöglichkeiten für die kommunalen Träger. Der Entwurf enthält daneben Regelungen, die die Behandlung der Zuschüsse des Bundes, aber auch die Verteilung der Mittel zum Gegenstand haben, die das Land den kommunalen Trägern zur Verfügung stellt, soweit es durch das Bundesgesetz eigene Aufwendungen einspart.

Der wesentliche Diskussionspunkt im federführenden Ausschuss betraf die Frage, warum der Gesetzentwurf keine besondere Regelung hinsichtlich der Rechtsform enthält, in der sich die kommunalen Träger mit den Agenturen für Arbeit zusammenschließen können. Die Vertreter der Oppositionsfaktionen im Ausschuss vertraten die Auffassung, dass eine derartige Regelung in den Entwurf aufgenommen werden sollte, damit die in § 44 b SGB II enthaltene Möglichkeit zur Gründung von Arbeitsgemeinschaften umfänglich genutzt werden kann. Die Vertreter der Regierungsfaktionen im federführenden Ausschuss waren jedoch der Auf-

fassung, dass es derzeit erhebliche verfassungsrechtliche Zweifel gebe, ob es zulässig ist, durch Landesrecht die Rechtsgrundlage für solche Zusammenschlüsse von Kommunen und einer Bundesbehörde zu einem einheitlichen Rechtsträger zu schaffen. Hervorgehoben wurden in diesem Zusammenhang vor allem die verfassungsrechtlich problematische Bildung von Mischverwaltungen und die vom Bundesgesetz für möglich erklärte Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe „Existenzsicherung“ in Formen des Privatrechts. Die Ausschussmehrheit sprach sich dafür aus, vor Aufnahme einer derartigen gesetzlichen Regelung die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen so weit wie möglich zu klären. Die derzeit noch bestehenden rechtlichen Unsicherheiten könnten weder im Hinblick auf die Personalveränderungen, die mit der Gründung von Arbeitsgemeinschaften unter Umständen einhergehen, noch in Bezug auf die von der Arbeitsgemeinschaft zu treffenden rechtlichen Entscheidungen hingenommen werden.

Ein Antrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf zur Klärung der Rechtsfragen erst im Oktoberplenium zu behandeln, wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen bei Stimmenthaltung der Mitglieder der SPD-Fraktion abgelehnt.

Die Änderungen, die Ihnen der federführende Ausschuss empfiehlt, sind ganz überwiegend klarstellenden und redaktionellen Inhalts. Aus Gründen der Praktikabilität ist einerseits in § 4 das Abrechnungsverfahren dergestalt verändert worden, dass nunmehr auf die Zahlen des Vormonats Bezug genommen wird, und andererseits ist ein § 5/1 als Übergangsvorschrift aufgenommen worden, der das Abrechnungsverfahren im Monat Januar 2005 regelt.

Hiermit möchte ich meine Ausführungen beenden. Die Erläuterungen zu den Änderungsvorschlägen im Einzelnen gebe ich zu Protokoll.

(Zu Protokoll:)

Zur Überschrift und zu § 1:

Die Überschrift wird auf den Begriff der „Kommunalen Träger“ beschränkt, da die „zugelassenen kommunalen Träger“ (§ 6 a SGB II) durch den neu eingefügten Satz 2/1 in Absatz 1 mit erfasst werden.

Die Ergänzung in Absatz 1 Satz 1 („für ihr gesamtes Gebiet“) verdeutlicht, dass die Region auch für

den Bereich der Landeshauptstadt Hannover kommunaler Träger im Sinne der Regelung ist.

Die Aufgliederung orientiert sich an den Regelungsinhalten des Absatzes in der Entwurfsfassung und erleichtert die folgenden Bezugnahmen.

Die übrigen Änderungen sind redaktioneller oder klarstellender Natur.

Zu § 2:

Die in Satz 2 der Entwurfsfassung enthaltene Aufzählung wird aufgrund der vorgeschlagenen Fassung des § 1 Abs. 1 Satz 2/1 durch die Worte „kommunale Träger“ ersetzt. Die weiteren Änderungen sind klarstellenden oder redaktionellen Inhalts.

Zu § 3:

Zu Absatz 1:

In Satz 1 redaktionelle Anpassungen (siehe § 1 Abs. 1 Satz 2/1).

Die in Satz 2 vorgeschlagene Regelung dient der Klarstellung.

Zu Absatz 2:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit sollte der Absatz in 2 Sätze aufgeteilt werden. Die Änderungen in Satz 2 dienen der Konkretisierung.

Zu Absatz 3:

Die Regelung entspricht inhaltlich § 6 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 SGB II (... „in diesen Fällen erlassen die Kreise den Widerspruchsbescheid nach dem Sozialgerichtsgesetz“), berücksichtigt aber den Umstand, dass in Niedersachsen nicht nur „Kreise“ kommunale Träger im Sinne des § 1 Abs. 1 sind.

Zu § 4:

Die in der Entwurfsfassung unter Satz 3 Buchst. a vorgesehene Regelung ist nicht praktikabel. Es ist nicht möglich, bereits am 15. eines jeden Abrechnungsmonats die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die im Abrechnungsmonat Leistungen erhalten, mitzuteilen, weil die Zahlen für die zweite Monatshälfte noch nicht bekannt sind. Entsprechendes gilt für die Regelung unter b. Die nunmehr vorgeschlagene Regelung stellt auf die Zahlen des Vormonats ab.

Satz 5 hat eine klarstellende Funktion vor folgendem Hintergrund:

Es ist vorgesehen, die Leistungen nach § 22 Abs. 1 SGB II im Hinblick auf spätere Entwicklungen - Nachbewilligungen oder Rückforderungen - zu überprüfen. Insoweit soll, wie das Sozialministerium ausgeführt hat, gegebenenfalls eine Saldierung mit den Aufwendungen im folgenden Abrechnungsmonat vorgenommen werden. Nach Auffassung des Ministeriums ist daneben auch die bundesrechtliche Revisionsklausel des § 46 Abs. 6 Satz 2 ff. SGB II auf einen eventuell späteren Ausgleich durch den Bund von Über- oder Unterzahlungen im Bereich der Leistungen für Unterkunft und Heizung angelegt. Der federführende Ausschuss will durch die vorgeschlagene Aufnahme des Satzes 5 von vornherein einer Gesetzesinterpretation begegnen, die den gewollten späteren Ausgleich nach einer „Revision“ aufgrund der recht präzisen landesrechtlichen Regelungen über die Abrechnungsmodalitäten für ausgeschlossen hält.

Bei den übrigen Vorschlägen handelt es sich um sprachliche Präzisierungen und Korrekturen.

Zu § 5:

Die vorgeschlagenen Änderungen in Satz 1 und 2 sind redaktioneller und klarstellender Natur. Die zeitliche Begrenzung der Regelung in Satz 2 gehört systematisch nach § 6 (siehe dort Absatz 2). In Satz 3 soll der Zahlungsmodus näher präzisiert werden.

Zu § 5/1:

Die Regelung stellt eine notwendige Ergänzung zu den in § 4 enthaltenen Bestimmungen über das Abrechnungsverfahren für den Übergangszeitraum der Jahre 2004/2005 dar.

Zu § 6:

In Absatz 2 findet sich nunmehr die in § 5 Satz 2 der Entwurfsfassung vorgesehene zeitliche Begrenzung und eine Bestimmung über das Außer-Kraft-Treten der Übergangsvorschrift des § 5/1.

Ich bitte Sie abschließend namens des federführenden Ausschusses, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1274 zuzustimmen.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Vielen Dank für die Berichterstattung. Das Wort hat jetzt Herr Dr. Matthiesen.

Dr. Max Matthiesen (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Fraktionen von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag sind die Schnellsten deutschlandweit. Wir haben als Erste den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - in den Landtag eingebracht.

(Beifall bei der CDU)

- Danke schön. - Wir tun alles, um Hartz IV praxistauglich zu machen. Im Anhörungsverfahren haben wir seitens der kommunalen Spitzenverbände viel Zustimmung erhalten. Bezüglich der Anhörung im Sozialausschuss ist kritisch zu vermerken, dass die Arbeitsverwaltung trotz Einladung nicht erschienen war, sie hat nur einen kleinen Brief geschrieben. In Niedersachsen haben wir einen schönen Erfolg zu verbuchen. Das Niedersachsenkontingent von sechs kommunalen Optionen der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist um mehr als das Doppelte überzeichnet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Beworben haben sich 13 Landkreise. Niedersachsen wird ihre Optionsanträge allesamt an das Bundeswirtschaftsministerium weiterleiten. Die Chance besteht, dass fast alle 13 Landkreise den Zuschlag bekommen, weil die anderen Bundesländer ihre Optionen zum Teil zurückgeben.

Ich möchte heute noch einmal betonen: Die kommunale Zuständigkeit für die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist die beste Lösung, die wir in Bund und Ländern immer wieder gefordert haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie ermöglicht, dass sich die Kommune aus einer Hand um erwerbsfähige Arbeitslose und ihre Familien kümmern kann. Die kreisfreien Städte und Landkreise und ihre kreisangehörigen Gemeinden behalten so ein zentrales Mittel erfolgreicher Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Hand und können an die bisherigen Erfolge in der Hilfe zur Arbeit anknüpfen.

Bei den Kommunen sind die Handlungs- und finanziellen Anreize am größten. Die Bürgerschaft nimmt ihre Kommune beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in die Pflicht und setzt sie unter Druck. Dieses Druckpotenzial besteht dagegen nicht gegenüber der bundeszentralistischen Ar-

beitsverwaltung mit ihren vielen hausgemachten Problemen, die nicht abreißen.

Leider ist das Ergebnis des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat vom Dezember letzten Jahres nur sehr unzureichend umgesetzt worden. Bekanntlich sollte flächendeckend die Optionsmöglichkeit für alle Kommunen in Deutschland eingeführt werden. Dafür sollte das Bundesoptionsgesetz die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen, vor allen Dingen bei der kommunalen Selbstverwaltung.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Dr. Matthiesen, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die hinten im Raum stehen und sich unterhalten, sich entweder hinzusetzen oder hinauszugehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
David McAllister [CDU]: Herr Plaeue!)

Dr. Max Matthiesen (CDU):

- Herr Plaeue will das nicht hören.

Rot-Grün hat durch seine Blockade die erfolgreiche Umsetzung des ursprünglichen Optionsgesetzes verhindert, und wir haben jetzt praktisch den Salat. Deshalb wird für die CDU und die FDP auf der politischen Tagesordnung bleiben, die Kommunen insgesamt wieder umfassend in das Geschäft zu bringen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf von CDU und FDP zum Niedersächsischen Ausführungsgesetz zeichnet sich durch besondere Kürze aus. Das haben auch die kommunalen Spitzenverbände sehr gelobt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nicht geregelt wird im Ausführungsgesetz der Betrag der finanziellen Entlastungen, den das Land an die Kommunen weiterleitet. Das ist auch nicht notwendig, entscheidend ist, dass der Gesetzentwurf das Berechnungsverfahren genau festlegt als Saldobildung aus Entlastungen und Belastungen des Landes infolge von Hartz IV.

Die Entscheidung über den genauen Entlastungsbetrag, auf den noch alle warten, wird jetzt mit der Beratung des Haushaltsgesetzes 2005 kommen. Dafür werden wir auch qualifizierte Zahlen haben. Diese sind besonders an das Herz von Herrn Staatssekretär Hoofe mit seiner „Arbeitsgruppe

Quantifizierung“ gelegt. Wir werden auf solide Zahlen zurückgreifen können, und niemand wird mehr behaupten können, dass irgendjemand bei der Weiterleitung der Landesersparnisse beschubst worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Weiterhin lässt sich der Entwurf des Gesetzes davon leiten, dass die kommunale Selbstverwaltung so viel wie möglich an Spielräumen erhalten soll. Deswegen wird die Aufgabe auch im eigenen Wirkungskreis erfüllt und nicht als staatliche Aufgabe. Auf dieser Linie liegt es auch, im Verhältnis von Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden es so zu regeln, dass die Landkreise ihre Gemeinden nur per Vereinbarung zur Durchführung der Grundsicherung heranziehen können, also nicht durch eine Satzung. Das wird nur in einem Übergangszeitraum gehen. Dieses Konsensprinzip entspricht der bisherigen kommunalen Praxis, die allgemein verbreitet ist.

Jetzt komme ich noch zum springenden Punkt, zur Rechtsform der Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitsagenturen und Kommunen. Diese ist leider überhaupt nicht klar. Das führt bei den Kommunen zu großer Unsicherheit. Sie haben die Aufgaben aus der Heranziehung zur Sozialhilfe nicht mehr, aber gleichzeitig noch das Personal, und der Personalwechsel in die Arbeitsgemeinschaften hakt. An dieser empfindlichen Stelle kann das niedersächsische Ausführungsgesetz leider noch keine Regelung treffen. Das liegt an der abenteuerlichen Regelung der Bundesvorschriften in § 44 b SGB II. Sie ist verfassungsrechtlich leider überhaupt nicht durchdacht. Es ist eine Mischverwaltung vorgesehen, die einen einheitlichen Bescheid der Arbeitsgemeinschaft bei zwei Verwaltungen vorsieht, nämlich einer Bundesverwaltung und einer Kommunalverwaltung, also einer zweigeteilten Zuständigkeit. Das ist sehr problematisch, genauso wie die Frage der Hoheitsverwaltung bei Gesellschaften mit privater Rechtsform. Wenn ich das hier erzähle, es ist schon kaum zu verstehen. Damit soll sich jetzt die Praxis herumschlagen. Deswegen hat der Landesgesetzgeber darauf verzichtet, schon jetzt Aussagen zur Rechtsform der Arbeitsgemeinschaften zu machen. Wir müssen erst einmal den Bund, der zuständig ist, hören. Wenn dann der Bund gesprochen hat, können wir entsprechende landesrechtliche Regelungen hier in Niedersachsen treffen. Das soll auch geschehen.

Zum Schluss spreche ich meinen sehr herzlichen Dank auch im Namen der Fraktionen von CDU und der FDP an alle in Bund, im Land, in den Arbeitsagenturen und in den Kommunen aus, die jetzt die schwierige Aufgabe haben, Hartz IV, das SGB II, umzusetzen, um die Grundsicherung für Arbeitsuchende zu einem Erfolg werden zu lassen. Es ist sicherlich nicht übertrieben, davon zu sprechen, dass hier ein Test für unsere Demokratie bevorsteht. Wir wollen hoffen und daran arbeiten, dass dieser Demokratietest erfolgreich ausgeht. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat die Abgeordnete Helmhold.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern hat die Landesregierung die Liste der 13 Landkreise veröffentlicht, die nach dem Optionsgesetz die Aufgaben des Hartz-IV-Gesetzes vollständig übernehmen wollen. Wir werden bald, d. h. spätestens ab 1. Januar 2005, erleben, dass die auch hier 2003 und 2004 geprobte Auseinandersetzung über den besseren Weg zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit im Wesentlichen ideologisch überhöht und parteipolitisch funktionalisiert war. Wir sind mit Schreckens- und Horrorszenarien über die bösen Absichten der Bundesregierung konfrontiert worden. Die CDU-Regierung hier war sich nicht zu schade, in die Fußstapfen von Herrn Koch zu treten und den so genannten niedersächsischen Weg zu propagieren - Herr Dr. Matthiesen, Sie haben das ja eben noch einmal erzählt -, der das ganze Land zwangsweise mit der Optionslösung beglücken wollte und von einem gehörigen Maß an politischem Realitätsverlust gekennzeichnet war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Städte und Gemeinden haben Ihnen in diesem Prozess die ganze Zeit über unentwegt erzählt, was sie von diesem Weg hielten, nämlich gar nichts. Da wädhnten Sie aber immer noch die Landkreise geschlossen hinter sich. Wenn nun aber von 38 niedersächsischen Landkreisen nur 13 den Antrag auf Option stellen, dann nenne ich das quasi eine Abstimmung mit den Füßen. Die große Mehrheit will Ihnen auf diesem Weg offenbar nicht folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, es ist ja gut, dass wir jetzt eine für den Wettbewerb zwischen optierenden Kreisen und Arbeitsgemeinschaften ausreichende Zahl von Kommunen haben, die dann beweisen können, wer was wie besser macht. Dabei wird sich herausstellen, dass die optierenden Kommunen auf die Arbeitsagenturen angewiesen sind und umgekehrt. Es wird zu einer vielfältigen Verschränkung der Aufgaben in der Praxis kommen, und das wird auch gut sein.

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung der beklagenswert hohen Arbeitslosigkeit ist eine gemeinschaftlich von allen gesellschaftlich Beteiligten zu lösende Aufgabe. Schwarze-Peter-Spiele bringen den Betroffenen doch überhaupt nichts.

Für die zukünftigen ALG-II-Empfängerinnen bringt Hartz IV sicherlich einiges an Zumutungen. Ich möchte das hier nicht kleinreden. Aber wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wären die Zumutungen doch viel größer gewesen. Und wie schnell wollten doch neulich die Herren Milbradt und Stoiber z. B. nichts mehr von ihren eigenen Taten wissen. Das war wirklich eine peinlich populistische Entgleisung, die die Republik da erleben musste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bundesregierung dagegen hat schnell auf bestehende Webfehler reagiert und die notwendigen Korrekturen vorgenommen. Diese Arbeitsmarktreform bietet sehr viele Chancen, wenn die Instrumente vernünftig genutzt werden. Für den Übergang hat der Bundesgesetzgeber flexible Regelungen zur Fortzahlung der passiven Leistungen wie auch zur Fortführung kommunaler Beschäftigungsträger eingebaut.

Aber wir, meine Damen und Herren, werden zukünftig all diejenigen anprangern, die meinen, sie könnten nun mit Hartz IV reguläre Arbeitsplätze durch Ein- bis Zwei-Euro-Jobs ersetzen. Diese Jobs sind nur für einen kleinen Teil der Erwerbslosen brauchbar. Sie müssen zusätzlich sein, Qualifizierung bieten und zeitlich befristet werden.

Meine Damen und Herren, das ALG II ist noch nicht in allen Teilen so, wie wir es uns wünschen. Ich nenne als Beispiel nur die Regelung zum Zuverdienst, die auf Anregung der Damen und Herren von der CDU ja sehr unselig geworden ist.

Was das hier zur Verabschiedung vorliegende niedersächsische Gesetz angeht, so muss ich darauf hinweisen, dass es Lücken enthält, die die Landesregierung bei Einbringung eines Artikelgesetzes sicher hätte vermeiden können. Es ist hier zu keiner Klärung zwischen Wirtschaftsministerium und Sozialministerium in der strittigen Frage der notwendigen Rechtsform der zu bildenden Arbeitsgemeinschaften gekommen. In der Anhörung haben die kommunalen Spitzenverbände das auch bitter beklagt. Leider lassen Sie diese jetzt im Regen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden diesem Ausführungsgesetz zustimmen, weil man damit nichts Falsches beschließt. Aber insuffizient im eben beschriebenen Sinne bleibt es doch allemal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat die Abgeordnete Meißner.

Gesine Meißner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Diskussion über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist fast schon eine unendliche Geschichte. Es ist eine Vorstufe zu dem, was wir bereits seit zehn Jahren wollen, nämlich zu unserem Bürgergeld. Das muss an dieser Stelle unbedingt erwähnt werden.

Die Hartz-Gesetzgebung zeigt, dass die rot-grüne Bundesregierung endlich begriffen hat, worum es geht, und das Ganze auch aufgegriffen hat.

(Zuruf von der SPD)

- Wir sind ja nicht gehört worden. Das ist unser Problem dabei, sonst hätte man schon vorher so weit kommen können.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Vor zehn Jahren waren Sie noch in der Bundesregierung!)

- Gut, okay.

Jetzt besteht die Gefahr eines Fehlstarts - darüber ist auch schon gesprochen worden -, weil z. B. die Software nicht einsatzreif ist und verspätet zur Verfügung gestellt wird. Ich hoffe, es ist kein Trepennwitz, dass ausgerechnet T-Systems verant-

wortlich dafür ist, die ja auch schon das Maut-Debakel mit verursacht haben.

Die Rücklaufquote bei den Anträgen ist gering. In der Region Hannover liegt sie z. B. bei 20 %. Daher ist zu befürchten, dass es mit den Geldauszahlungen zum 1. Januar 2005 nicht überall klappen wird.

Wir von der CDU und FDP in Niedersachsen wollen versuchen, zum Gelingen der Arbeitsmarktreform insofern beizutragen, als wir die Fehler, die auf Bundesebene passieren, hier ausbügeln wollen.

(Beifall bei der FDP)

Dazu brauchen wir dieses Ausführungsgesetz. Wir sind hier schon immer für eine Anbindung an die Kommunen eingetreten, als niedersächsischen Weg, den Sie gerade eben schon genannt haben. Wir halten ihn weiterhin auch für den bestmöglichen Weg. Wir meinen nach wie vor, dass die räumliche Nähe - das wird sich bei schwierigen Vermittlungsverfahren zeigen - immer das Beste ist. Daher sind wir froh, dass es bei uns in Niedersachsen so viele gibt, die das Optionsmodell fahren können. Dass sich nicht mehr dazu entschieden haben, liegt, denke ich, zum einen daran, dass es Unsicherheiten gab, so z. B. bei der Rechtsform, im Hinblick auf die meines Erachtens wirklich die Bundesebene gefragt ist und nicht wir gefragt sind. Gleichzeitig ist zum anderen vielleicht sogar Verunsicherung betrieben worden. Das ist eigentlich schade.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Die Unsicherheit gibt es nur bei der Arbeitsgemeinschaft!)

Wir wollen jetzt sehen, inwieweit die Integration von Arbeitslosen funktioniert. Wir halten das Optionsmodell durchaus für ein Erfolgsmodell.

Ich wende mich nun dem Gesetzentwurf zu. Der Gesetzentwurf regelt so viel wie nötig und so wenig wie möglich. Das ist sehr gut so. Es handelt sich um ein kurzes Gesetz. Das hat Herr Matthiesen schon erwähnt.

Es sind schon verschiedene Probleme angesprochen worden. Das ist zum einen der Finanzausgleich. Was den Finanzausgleich angeht, so wird es über das Wohngeld zu einer Entlastung des Landes in Höhe von 170 Millionen Euro kommen. Abzüglich Sonderausgleich Ost verbleiben 90 Milli-

onen Euro für Niedersachsen und nicht, wie häufig von der Opposition gesagt worden ist, 150 Millionen oder sogar 250 Millionen Euro. Das wäre zwar schön, aber das kriegen wir leider nicht. Die genauen Zahlen werden im Zuge der Haushaltsberatungen noch festgelegt werden.

Zum anderen muss die Rechtsform der Arbeitsgemeinschaften - das ist bereits gesagt worden - unbedingt geklärt werden. Unserer Meinung nach gibt es da Klärungsbedarf auf Bundesebene.

(Dr. Harald Noack [CDU]: Natürlich auf Bundesebene!)

Was die Ein-Euro-Jobs angeht, so sehe ich es ähnlich wie Frau Helmhold. Diese gab es über § 19 BSHG auch in der Vergangenheit schon. Es wird darauf zu achten sein, dass es jetzt nicht dazu kommt, dass Leute aus dem zweiten und dritten Arbeitsmarkt verdrängt werden; vielmehr müssen die Ein-Euro-Jobs vernünftig in die bestehende Arbeitsstruktur integriert werden. Es gibt also noch einiges zu tun.

Ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen. In § 17 SGB II wird die Wohlfahrtspflege besonders hervorgehoben. Meines Erachtens können bestimmte soziale Betreuungsvarianten, z. B. das Vorlesen in einem Pflegeheim, sehr wohl auch von privaten Trägern wahrgenommen werden. Die Vorschrift sollte entsprechend ergänzt werden, damit das allen Menschen und Betrieben zugute kommen kann.

Wir machen heute einen Schritt in die richtige Richtung. Wir sind das erste Land, das ein Ausführungsgesetz hat. Darüber freue ich mich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Abgeordneter Gabriel, Sie haben das Wort.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen, weil wir den Streit über die Frage Option oder Arbeitsgemeinschaften für müßig halten. Es ist gut, dass es Wettbewerb gibt. Es ist Unsinn, wenn erzählt wird, es gebe einen niedersächsischen Weg. Ein Drittel der niedersächsischen Landkreise beteiligt sich daran. Wenn sich bewahrheitet, dass er besser ist, werden die anderen einsteigen. Sollte sich heraus-

stellen, dass das nicht bei allen geht, dann werden diejenigen, bei denen es nicht geht, vielleicht wieder aussteigen. Ich glaube, dass ist eine ganz normale Entwicklung, die wir vor uns haben. Wir stimmen dem zu. Wir sollten daraus keinen Schaukrieg machen.

Meine Damen und Herren, uns geht es darum, dass wir den Paradigmenwechsel, der mit dieser Arbeitsmarktreform in der Bundesrepublik eingeleitet wird, in Niedersachsen wirklich umsetzen. Dieser Paradigmenwechsel hat zwei Bereiche. Es handelt sich nach meiner Einschätzung um eine der größten Sozialreformen, die unser Land jemals erlebt hat.

Eben hat eine Kollegin von der FDP erklärt, Sie hätten das seit zehn Jahren gefordert. Daher sage ich Ihnen einmal Folgendes: Den Paradigmenwechsel, die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht mehr auf dem Niveau der Arbeitslosenhilfe und nicht mit dem Ziel zu betreiben, den Lebensstandard zu sichern, sondern die Bedürftigkeit zu überprüfen und ein Existenzminimum zu sichern, haben SPD und Grüne gemeinsam durchgesetzt, und zwar gegen erhebliche Widerstände. Sie - da haben Sie Recht - haben während Ihrer Zeit in der Bundesregierung darüber geredet. Aber Sie hatten nicht den Mumm, das zu tun. Das mussten Sozialdemokraten und Grüne tun.

Ein weiterer Paradigmenwechsel, der für uns von besonderer Bedeutung ist, besteht darin, dass wir unsere Städte, Gemeinden und Landkreise nach 25 Jahren endlich von etwas befreien, wofür sie nie zuständig gewesen sind, nämlich von den Kosten der Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose. Sozialhilfe - das wissen Sie - war einmal als Einzelfallhilfe für in Not geratene Bürgerinnen und Bürger gedacht. Sie ist seit 25 Jahren zur allgemeinen Lohnersatzleistung gemacht worden. Das ist eine der Hauptursachen für die dramatische Überschuldung unserer Kreise.

(Beifall bei der SPD)

Damit, meine Damen und Herren, machen SPD und Grüne in der Bundesregierung und im Bundestag jetzt Schluss. Dafür haben die Kommunalpolitiker aller Parteien seit mehr als 20 Jahren gekämpft. Dafür hat der frühere Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Ernst Albrecht, einmal gekämpft. Allerdings hat er zuzeiten der Regierung von CDU und FDP in Bonn niemals eine Mehrheit

dafür bekommen. Es brauchte Sozialdemokraten und Grüne, die die Kommunen von dieser Belastung endlich befreien.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist ein Riesendurchbruch für die Kommunen, dass sie eine Nettoentlastung von 2,5 Milliarden Euro erfahren. Wir haben das immer für richtig gehalten. Wir haben auch an die Zusage des Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement geglaubt, dass er dafür sorgen will. Sie, Herr Wulff, haben hier Monat für Monat in jeder Landtagsitzung Cassandra-Rufe erschallen lassen. Sie konnten gar nicht genug über die Unfähigkeit der Bundesregierung und über die Unzuverlässigkeit von Wolfgang Clement herumschwadronieren. Ich gehe davon aus, dass Sie sich in dieser Debatte zu Wort melden, um die Vorwürfe zurückzunehmen, und sich über Ihren Irrtum freuen; denn es ist ja gut, dass Sie nicht Recht behalten haben.

Herr Ministerpräsident, die niedersächsischen Kommunen warten jetzt allerdings auch darauf, dass ihr Anteil an den 2,5 Milliarden Euro von der CDU/FDP-Landesregierung wirklich an sie weitergeleitet wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bislang wollen Sie genau das nicht tun; das hat die Kollegin aus der CDU/FDP-Koalition eben noch einmal gesagt. Am 23. Juni 2004 haben Sie, Herr Ministerpräsident, hier im Landtag erklärt - ich zitiere -:

„Am Ende bleiben etwa 80 oder 85 Millionen Euro an Entlastung aus dem Wohngeld.“

Nur diese wollen Sie an die Kommunen weiterleiten. Die niedersächsischen Kommunen warten aber auf 250 Millionen Euro Entlastungsvolumen. Genau dies ist die Nettoentlastung, die das Bundeswirtschaftsministerium aufgrund der von Niedersachsen gelieferten Zahlen für die Gemeinden, Städte und Landkreise unseres Bundeslandes ausgerechnet hat. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen, Frau Kollegin - nur weil Sie das eben bestritten haben -: Der Bund finanziert den niedersächsischen Kommunen einen Anteil von 29,1 % an den Unterkunftskosten. Das sind 320 Millionen Euro. Grundlage dafür sind die von der Landesregierung in den zuständigen Arbeits-

gemeinschaften gelieferten Zahlen. Da unsere Kommunen aus dem Hartz IV-Gesetz am Ende aber auch Belastungen in Höhe von 230 Millionen Euro netto haben, ergibt sich für sie eine Nettoentlastung aus Bundesmitteln in Höhe von 90 Millionen Euro. Zusätzlich allerdings wird das Land Niedersachsen - wiederum aufgrund von Hartz IV - mit rund 250 Millionen Euro brutto entlastet. Sein Anteil an den Sonderbedarfsergänzungszuweisungen für Ostdeutschland belastet es mit exakt 94 Millionen Euro.

Im Ergebnis ist das also eine Entlastung für das Land Niedersachsen in Höhe von 156 Millionen Euro. Und diese Entlastung müssen Sie ebenso wie das Geld des Bundes - dem Anteil an Unterkunftskosten - weiterreichen. Das sind dann zusammen die fast 250 Millionen Euro, auf die die niedersächsischen Kommunen einen Anspruch haben, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

- Sie schütteln den Kopf. Aber Ihre Sozialministerin sitzt da vorne ganz ruhig, weil sie weiß, dass sie exakt diese Zahl dem Niedersächsischen Landtag seinerzeit vorgestellt hat. Am 10. März 2004 - das ist noch nicht sehr lange her - hat sie, anders als der Ministerpräsident dieses Landes, wörtlich hier im Landtag gesagt:

„Die Landesregierung rechnet ... mit einer faktischen Entlastung in Höhe von 150 bis 155 Millionen Euro. Abgezogen sind in dieser Rechnung bereits die ca. 95 Millionen Euro, die an die östlichen Bundesländer transferiert werden sollen.“

Wenn wir also eine Nettoentlastung von fast 100 Millionen Euro vom Bund über seinen Anteil an den Unterkunftskosten weiterreichen und diese 150 bis 155 Millionen Euro, um die nach den Zahlen der Sozialministerin das Land netto entlastet wird, dann müssen die niedersächsischen Kommunen ihren Anteil von 250 Millionen Euro bekommen. Das, meine Damen und Herren, erwarten wir von Ihnen. Alles andere wäre Wortbruch und das Gegenteil von dem, was im Bundesrat mit Ihrer Stimme verabredet worden ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie und Ihr Finanzminister hier erklären, dass

Sie Abstand davon nehmen, 60 Millionen Euro offenbar in die eigene Tasche stecken zu wollen. Das wäre ja noch mehr als der Raubzug durch die kommunalen Kassen, den Sie mit dem Haushalt 2005 ohnehin schon geplant haben. Da wollen Sie ja 150 Millionen Euro aus dem Finanzausgleich nehmen und fast die gleiche Summe noch einmal dadurch freisetzen, dass Sie Lasten auf die Kommunen übertragen, wie beim Landesblindengeld, bei der Sozialhilfe und bei vielem anderen mehr. Wenn die niedersächsischen Kommunen von Ihnen nur die Hälfte von dem bekommen, was die Frau Sozialministerin hier versprochen hat - diese 150 bis 155 Millionen Euro -, dann ist das nur die Hälfte dessen, was Sie den Kommunen im nächsten Jahr wegnehmen wollen. Damit helfen Sie keiner Stadt und keinem Landkreis in Niedersachsen. Damit torpedieren Sie die Bemühungen der Kommunen, endlich wieder investitionsfähig zu werden. Das ist der Vorwurf, den wir an Sie richten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Kollege Gabriel, Sie haben Ihre Redezeit schon weit überschritten.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stimmen zu, aber wir erwarten, dass Sie nicht schon wieder wortbrüchig werden und dass Sie aufhören mit den Beschimpfungen in Richtung Berlin. Kommen Sie Ihrer Pflicht nach! Geben Sie den Städten und Gemeinden das, was ihnen zusteht, und bedienen Sie sich nicht in den Kassen der Kommunen, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Ministerpräsident Wulff hat jetzt das Wort.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich im Lande umschaute, der wird feststellen, dass die Enttäuschung, die Verunsicherung, die Frustration und die Depression über politisches Handeln noch nie so groß waren wie derzeit und dass man unendlich viele Menschen trifft, die unendlich viel Angst vor dem haben, was

auf sie zukommt. Und da gibt es natürlich Unterschiede zwischen denen, die einen gesicherten Job haben, und demonstrieren - die können das in einer größeren Gelassenheit tun, auch wenn sie finanzielle Schwierigkeiten haben -, und denen, die bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage überhaupt keine Aussicht mehr haben, Arbeit zu finden, weil sie spüren, dass ständig Arbeitsplätze aus Deutschland abwandern, oder die Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und dann keinen neuen zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Die Angst ist unendlich groß, und auch die Verantwortung derer, die solche Gesetze wie das hier aus Berlin umzusetzen haben, ist unendlich groß. Es geht hier um ein unzuträgliches Gesetz, das wir so nicht gewollt haben. Jeder hier weiß, dass wir seit Monaten um Nachbesserungen gerungen und sie am Ende auch erreicht haben. Beispielsweise ist die Zusage der 2,5 Milliarden Euro einschließlich der Revisionsklausel erst aufgrund der Debatten der letzten Wochen und Monate, bis wir die Mehrheit im Vermittlungsausschuss hergestellt haben, erreicht worden. Das ist ein beachtliches Eintreten unsererseits gewesen. Wir sind insofern durchaus den Hinweisen von hier gefolgt - „bringt das Gesetz über die Hürde, seht zu, dass es beschlossen wird, seht zu, dass ihr Verbesserungen hinbekommt!“ - und haben gesagt, aus unserer staatspolitischen Verantwortung heraus nehmen wir diese Aufgabe wahr.

Ich finde es sehr wichtig, dass die Niedersächsische Landesregierung erklärt hat, dass sie alle drei Wege nach Kräften unterstützen wird: die Wahrnehmung durch die Bundesagentur für Arbeit, die Wahrnehmung durch die Arbeitsgemeinschaft und die Wahrnehmung durch die Landkreise aufgrund der Optionsmöglichkeit. Wir hätten uns im Übrigen gewünscht, dass auch die kreisfreien Städte eingebunden worden wären; denn immerhin ist mit Göttingen - aufgrund ihres Sonderstatus aus der Göttingen-Gesetzgebung - innerhalb des Landkreises Göttingen eine große selbstständige Stadt dabei.

Uns geht es darum, im Wettbewerb Erfahrungen zu sammeln, wer die Aufgabe am Ende am besten und am wirkungsvollsten wahrnimmt: die Landkreise auf der einen Seite oder die Bundesagentur für Arbeit mit ihrer zentralistischen Struktur auf der anderen Seite. Der Kollege Matthiesen hat dazu schon kritische Anmerkungen gemacht.

Meine Damen und Herren, die Landkreise betreten damit Neuland. Das sind Pioniere, die sich auf den Weg machen. Wir sind froh darüber, dass wir eine 99,9-prozentige Garantie haben, dass jetzt alle 13 niedersächsischen Landkreise, die sich um die Option bemühen, sie auch bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt in zwei sozialdemokratischen Ländern Klageverfahren und einstweilige Anordnungen; in Mecklenburg-Vorpommern und in Nordrhein-Westfalen. Dort will man die Option den Landkreisen nicht zugestehen und wird sich vor Gericht wiedersehen. Aber selbst wenn alle Landkreise gewinnen würden, hätten wir zwölf. Wir sind eigentlich zuversichtlich, dass alle 13 Landkreise dabei sein werden.

Echte Probleme bereitet uns - das ist keine Frage - die Form der Arbeitsgemeinschaft. Wir hoffen, dass wir hier in den nächsten Wochen mit dem Bund und den anderen Ländern zu einer Regelung gelangen. Es geht natürlich um die Rechtskraft der Bescheide. Es wird eine Reihe von Anfechtungen gegen Bescheide geben, die dann vor Gericht Bestand haben müssen. Es ist schließlich auch eine schwierige Angelegenheit, wenn man die Bundesagentur für Arbeit und Kommunen, die unterschiedlichen Parlamenten gegenüber verantwortlich sind, zu einer Arbeitsgemeinschaft verknüpft, die dann einheitliche Bescheide erlassen soll, die vor Gericht Bestand haben.

Ich glaube, es ist ein gutes Signal, dass es in diesem Lande noch Regierungen gibt, die Dinge dann machen, wenn sie sie verantworten können, bzw. die sich, wenn sie sie noch nicht verantworten können, um Lösungen bemühen, die also nicht ständig eine Politik mit Webfehlern machen, die dann immer wieder ausgebessert werden müssen. Davon haben die Leute in diesem Land die Nase gestrichen voll.

Zu der Frage der Entlastung des Landes infolge von Hartz IV gilt die Aussage der Landesregierung, dass sie 1 : 1 umgesetzt wird. Das ist mit den kommunalen Spitzenverbänden so besprochen worden. So verfahren leider nur wenige Bundesländer. Ob 95, 98, 88 Millionen Euro oder Ihre in den Raum gestellte Zahl von 156 Millionen Euro stimmt, kann im Moment noch niemand sagen. Die Bundesregierung hat es in den Verhandlungen abgelehnt, Belastungs- und Entlastungszahlen für die Bundesländer darzulegen. Deswegen hat sie

auch darauf bestanden, dass es für das Land bzw. für die Kommunen Revisionsklauseln gibt. Allerdings werden wir im Ausschuss die von unserer Finanzverwaltung errechnete Zahl von 90 Millionen Euro darlegen. Der Diskrepanz liegt ganz offenkundig in der Behandlung der ESF-Mittel, die die Bundesregierung fälschlicherweise in die Entlastung eingerechnet hatte, obwohl sie für diesen Zweck in Zukunft gar nicht mehr zur Verfügung stehen. - Wir werden darüber im Ausschuss vernünftig beraten.

Die Aussage, dass die Entlastung 1 : 1 weitergegeben wird, ist wichtig. Das hat unsere Finanzverwaltung schon deshalb sehr gestört, weil die Landesregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung eine Entlastung durch bundesgesetzliche Änderungen in Höhe von 330 Millionen veranschlagt hatte, die jetzt nicht mehr realisiert werden kann. Eine wichtige Position der Entlastung, die wir uns versprochen hatten, war die Reform des Wohngeldes, die jetzt im Zuge von Hartz IV verfrühstückt ist und entsprechend den Kommunen zugute kommt.

Dies ist eine Aussage, die wir mit allen anderen 15 Ländern abgleichen. Das ist für uns ein wichtiger Punkt. Ansonsten hätten wir die Diskussion über den kommunalen Finanzausgleich auch nicht führen können. Wir geben 1 : 1 weiter und werden morgen die Debatte um Konnexität und Konsultation führen und Ihre Frage der Interessensquote im Falle der Region Hannover diskutieren.

Ich finde es schon ziemlich ungeheuerlich, Herr Gabriel, wie Sie hier auftreten. Wer die Kommunen so wie Sie in Ihrer Zeit mit Eingriffen in den kommunalen Finanzausgleich ruiniert hat, wer die Unternehmenssteuerreform 2000 mit all den Steuersätzen, die Sie heute als obszön bezeichnen, und mit der Körperschaftsteuerreform, die dieses Land und seine Kommunen Milliarden gekostet hat, verabschiedet hat, der sollte sich hier nicht hinstellen und sagen, er könnte in irgendeiner Form Retter kommunaler Finanzen sein.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat nach § 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung um zusätzliche Redezeit gebeten. Ich gewähre ihr zwei Minuten. Herr Gabriel, Sie haben das Wort.

(Reinhold Coenen [CDU]: Jetzt kommt die Entschuldigung!)

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir messen Sie nur an dem, was Sie gesagt haben, nämlich dass Sie die Entlastung weiterleiten wollen. Jetzt lese ich einmal vor, was Sie im Landtag zum Thema ESF-Mittel gesagt haben, und stelle dem gegenüber, was Sie tatsächlich tun. Sie haben am 23. Juni 2004 - ähnlich wie eben - behauptet:

„... 200 Millionen Euro Eingliederungshilfe, wo wir überhaupt nicht daran denken, diese Mittel nicht weiter für die Nichtsesshafte, für sozial Benachteiligte und andere Gruppen einzusetzen ...“

Da geht es um solche ESF-Mittel.

In dem Haushaltsplanentwurf, den Sie uns vorgelegt haben, sind genau diese Mittel nun gestrichen worden. Was stimmt denn nun: dass Sie die Mittel weiter zur Verfügung stellen wollen oder dass Sie die Mittel im Haushalt streichen wollen? Was ist denn nun die Wahrheit?

(Zuruf von der CDU)

- Natürlich gibt es einen Haushaltsplanentwurf. Kennen Sie den nicht? Lesen Sie den nicht? Lesen Sie nicht, was aus dem Kabinett selbst veröffentlicht wird?

(Bernd Althusmann [CDU]: Wir lesen alles! - Weitere Zurufe von der CDU)

Lesen Sie nicht, was Ihr eigener Finanzminister auf Pressekonferenzen über die Beschlüsse des Kabinetts sagt? - Na ja. Ich bin davon ausgegangen, dass ein Kabinettsbeschluss bei Ihnen Gültigkeit hat. Aber da mag ich mich geirrt haben.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eben gesagt, es gebe keine Aussagen des Bundes zu den Zahlen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat auf unsere Anfrage hin - insofern könnten Sie da ja auch mal nachfragen - am 13. September 2004 Folgendes mitgeteilt:

„Im Rahmen des im Vermittlungsverfahren im Dezember 2003 vereinbarten Sonderausgleichs Ost an die neuen Bundesländer obliegt dem Land

eine Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 94 Millionen Euro.“

Und jetzt kommt es:

„Das Land Niedersachsen wird durch die Reform daher nach hiesiger Schätzung netto um rund 150 Millionen Euro entlastet. Diese Entlastung wäre nach dem Sinn und Zweck des Vermittlungsergebnisses an die Kommunen weiterzureichen.“

Das kommt aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Also sagen Sie dem Landtag nicht, das Bundeswirtschaftsministerium sei nicht bereit, Zahlen vorzulegen. Das tut es, übrigens auch beim Wohngeld.

Ich mache Ihnen einmal folgenden Vorschlag: Wenn es stimmt, was Sie sagen, dann machen Sie doch einen entsprechenden Gesetzentwurf - oder regeln es im Haushaltsgesetz -, mit dem Sie das, was derzeit an positiven Schätzungen über die Entlastung des Landes vorliegt, an die Kommunen weiterreichen, und nutzen Sie die Revisionsklausel dazu, dann, wenn Ihre pessimistischen Schätzungen eintreten, rückabzuwickeln. Damit wären wir einverstanden. Aber handeln Sie doch einmal so, wie Sie im Wahlkampf geredet haben: im Zweifel für die Kommunen. Mehr erwarten wir von Ihnen nicht - nur dass Sie sich so verhalten, wie Sie früher immer geredet haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Ministerpräsident Wulff, Sie haben das Wort.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Vor ein paar Tagen habe ich im Berliner *Tagesspiegel* lesen können, was Sie als das Schwierigste daran beschrieben haben, jetzt in der Opposition zu sein. Da wurden Sie zitiert mit: Das Schwierigste sei gewesen, wieder selber lesen zu müssen. - Dazu kann ich nur sagen: Im Amt hätten Sie manches Mal lesen sollen. Dann müssten wir manches, was uns heute im Weg liegt, nicht wegräumen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das ist mit Sicherheit nicht wahr!)

Aber immerhin lesen Sie jetzt wieder.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie wieder lesen - was wir erfreut zur Kenntnis nehmen -,

(Sigmar Gabriel [SPD]: Sie sind gerade ziemlich billig!)

dann müssen Sie die gesamte Dokumentation des Zahlensalates aus Berlin, der uns dort ständig wechselnd und verändert präsentiert wurde - weswegen die Beträge des Bundes über die Entlastungswirkung immer mehr gesteigert wurden -, zur Kenntnis nehmen. Das wird sinnvollerweise im Ausschuss geschehen. Die Gesamtwürdigung der Zahlen wird am Ende bei der Haushaltsberatung hier zu debattieren sein.

Der Haushaltsplanentwurf des Landes Niedersachsen wird übernächstes Wochenende - da ist Wochenendarbeit ist angeordnet - im Finanzministerium eingegeben. Am Sonntag geht er dann in die Druckerei, und Anfang Oktober wird er dem Parlament zugestellt. Bis dahin können Sie niemandem im Haus vorwerfen, er hätte irgendetwas nicht zur Kenntnis genommen oder würde irgendetwas bestreiten.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Doch, Ihren Kabinettsbeschluss gibt es!)

Bisher sind keine Haushaltsstellen eingezeichnet, sondern gibt es nur Kabinettsbeschlüsse. Dann wird auch die Gesamtwürdigung von Hartz IV vorgenommen.

Zum Schluss komme ich auf Ihre Formulierung, doch im Zweifel zugunsten der Kommunen zu handeln und die Revisionsklausel zulasten des Bundes oder Landes zu nutzen. Genau diese Formulierung haben wir in Berlin erhoben, aber genau dazu hat sich die Bundesregierung nicht bereit erklärt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das ist Ihre Formulierung!)

Jetzt werden erst einmal vor allem die Kommunen in Vorleistung treten und müssen darauf vertrauen, dass das, was Ihr Herr Clement vorgetragen hat, verlässlich ist.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Machen Sie doch einmal das, was Sie sagen!)

Bisher ist überhaupt nicht klar, dass verlässlich ist, was Herr Clement zugesagt hat. Ob es das ist,

wird sich im Herbst nächsten Jahres zeigen. Dann werden wir sehen, ob sich der Bund an die Revisionsklausel hält. Sie ist aber zulasten und nicht zugunsten der Kommunen formuliert. Deswegen können wir dann sehr genau prüfen, welchen Bestand Ihre Ankündigungen haben.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe auf:

§ 1. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 2. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

§ 3. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 4. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 5. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 5/1. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 6. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Gesetzesüberschrift. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 13, dessen Beratung noch auf heute vorgezogen werden sollte, nun doch morgen, also gemäß der Tagesordnung, zu beraten.

Die Tagesordnungspunkte 10 und 11 sollen ohne Beratung in die Ausschüsse überwiesen werden. Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 10:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Gesetze - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/1200

Wer der Empfehlung des Ältestenrates zustimmen möchte, mit der federführenden Beratung den Ausschuss für Inneres und Sport und mit der Mitberatung die Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen, für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie für Wissenschaft und Kultur zu betrauen, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 11:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Eisenbahnen und Seilbahnen (NESG) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/1235

Wer der Empfehlung des Ältestenrates folgen möchte, mit der federführenden Beratung den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und mit der Mitberatung die Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen, für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu betrauen, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist anderer Meinung? - Der Empfehlung ist einstimmig gefolgt worden.

Meine Damen und Herren, damit sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19.59 Uhr.